Kursbuch 69

Unsere Wirtschaft

Schön ist der Westen / Unser Ein- und Auskommen
Die vier Jahreszeiten der westdeutschen Wirtschaft
Schattenökonomie in der Bundesrepublik
Duisburg ist überall – Stadt in der Krise
Sieben Pleiten / Krisen-Scenario
Konflikt oder Kooperation?
Gewerkschaften und Bundesbank
Rosenkranzkettlerin im Bayerischen Wald
Gänse des Kapitals oder die Leere der fünf Weisen
Munter in die Achtziger?

Kursbuch/Rotbuch Verlag 9 Mark

Kursbuch

Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

69 Unsere Wirtschaft — September 1982

Irene Böhme, Schön ist der Westen 1
Claus Leggewie, Unser Ein- und Auskommen 7
Joseph Huber, Die vier Jahreszeiten der westdeutschen Wirtschaft 29
Barbara Wesel, Sieben Pleiten 55
Stefan Welzk, Krisen-Show-down 75
Tilman Spengler, Duisburg ist überall 89
Anka Kirchner, Ida Maurer, Rosenkranzkettlerin 99
Charles C. Roberts, Die Gänse des Kapitals oder die Leere der fünf Weisen 107
Gernot Müller, Konflikt oder Kooperation? Zum Verhältnis von Gewerkschaften und Bundesbank 125
Bernd Mettelsiefen, Schattenökonomie in der Bundesrepublik 147
Aike Blechschmidt, Munter in die Achtziger? 164

82-1066
Goethe-Institut e.V.
Goethe Bibliothek
ausgeschieden am: .....
05
Kur

Das Kursbuch erscheint viermal im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 7, im Einzelverkauf DM 9. Verlagsanschrift: Kursbuch/Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 2 61 11 96. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag, Bleibtreustraße 15/16, 1000 Berlin 12, Telefon 8 81 50 59. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann.
Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Tilman Spengler. © 1982 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck und Bindung: Georg Wagner, Nördlingen
Beilagen: Rotbuch Verlag

Irene Böhme
Schön ist der Westen

Hier geht es nicht mit rechten Dingen zu. Das Auto gleitet über Asphalt ohne Schlaglöcher. Nahe dem Parkplatz vier Fernsprechzellen, sie sind intakt, telefonieren ist möglich – wohin man will, solange man will, soweit das Hartgeld reicht. Auf gewässerten, gemähten Rasenflächen spielen Kinder mit Bällen. Das Betreten der Grünanlagen scheint nicht verboten. Im kühlen Vorraum des Hauses eine große Wanderkarte, bunte Zeichen markieren nahe Ortschaften und Sehenswürdigkeiten; daneben ein Sinalco-Automat, ein Softeis-Automat, beide sind in Betrieb. Der Fahrstuhl funktioniert, die Toiletten und Waschräume sind gekachelt, sauber, unaufdringlich duftend, notwendige Utensilien liegen parat. Im Restaurant weißgedeckte Tische und freie Plätze, die Serviererinnen tragen gestärkte weiße Schürzchen. Der Gast darf sich an den Tisch setzen, der ihm zusagt. Die Speisekarte ist zwei Seiten lang, auch warme Gerichte werden angeboten, obwohl es bereits 16 Uhr ist. Alkoholfreie Getränke in großer Auswahl, Bier, Schnaps, Wein, Sekt, sogar Eis oder Eiskaffee kann man bestellen. Es gibt Servietten. Die Bedienung ist freundlich und flott, bringt die Speisen in der richtigen Reihenfolge, räumt benutztes Geschirr sofort ab, fragt, ob es geschmeckt hat. Der Eindruck entsteht, man freue sich hier über den Gast, wünsche, daß er sich wohlfühle und wiederkehre. Für 15 Deutsche Mark läßt sich ausreichend essen und trinken. An den Nachbartischen viele Familien mit kleinen Kindern, Kaffee, Milch, Kuchen und Berge von Schlagsahne. Die Kinder toben durch das Lokal, rennen hinter die Theke, inspizieren die Küche. Ein kleines Mädchen gerät einem Ober mehrmals vor die Beine. Er verliert kein böses Wort, streichelt ihr liebevoll den Kopf. Hier geht es nicht mit rechten Dingen zu. Junge Leute lachen laut auf, ältere Frauen mit ondulierten Köpfen betrachten wohlwollend das fröhliche Treiben, ehe sie zum Wanderstock greifen und ihre Tour fortsetzen. Türken und Jugoslawen bewegen sich ungeniert durch den Raum, Fetzen von fremden Sprachen klingen herüber. Die Menschen erscheinen locker, liebenswürdig, selbstbewußt. Sie sind bunt gekleidet, geschniegelt und gebügelt, Strahlendweiß, Strahlendhellblau, Strahlendrosarot dominieren. Eine blankgeputzte heile Welt der kleinen Leute mit dem Duft nach Seife und Deo-Spray an einem heißen Sommernachmittag.

1 *Schön ist der Westen*

Was sich hier zuträgt, scheint selbstverständlich. Wenige Kilometer nördlich von hier wäre nichts davon selbstverständlich, nur die grünen Berglandschaften gleichen einander. Wir befinden uns in der Autobahnraststätte Frankenwald. Soeben verließen wir Thüringen, setzten erstmalig den Fuß auf bayerischen Boden. Wanderer zwischen zwei Welten, kommst du zum Grenzübergang Rudolphstein, laß dich nicht verführen. Wisse, hier wollen sie nichts als Profit machen, ausbeuten und dem fleißigen Bürger das Geld aus der Tasche ziehen. Laß dich nicht blenden durch bunte Reklame, frischgeweißte Bauernhäuser, blühende Vorgärten, blankgefegte Gehsteige, restaurierte Fassaden, schlaglochfreie Autostraßen, überquellende Supermärkte, frisches Obst und Gemüse, das lockende Angebot »Zimmer frei« oder »Ferienwohnung zu vermieten« und freundliche Wirtsleute. Wanderer, wo du herkommst, arbeitet der befreite Mensch mit verstaatlichten Produktionsmitteln für sich selbst. Wo du herkommst, gibt es Ideen und Ideale, da bedarf es des Flitters, des Überflusses, des Sonderangebots, auch der funktionierenden Automaten, Telefonzellen, Toiletten und Fahrstühle nicht. In der Autobahnraststätte Köckern im Anhaltinischen gibt es zwei Gerichte und Cola, an acht Tischen wird bedient, die anderen bleiben gesperrt. Wanderer, schau auf dieses fremde Land und erkenne: Hier geht es nur um das Geld und nichts als das Geld. Hier geht es nicht mit rechten Dingen zu.

Kindereien

Hotels und Pensionen müssen es extra in die Prospekte drucken, daß sie kinderfreundlich sind. Alles Geschäft. Zehn Kinder liefern sich eine Schlacht mit Bierdeckeln in einer schwachbesetzten Gaststube, die Wirtin lächelt milde. Ein Fußball landet mehrmals auf den Kaffeetischen eines Ausfluglokals, die Gäste zeigen sich verständnisvoll. Die beliebteste Mahlzeit des Kindes ist ein halbes Brathähnchen mit pommes frites. Selten wird die Portion aufgegessen, dennoch wird sie mittags und abends bestellt. Zwischen den Mahlzeiten sind Cola, Eis oder Schlagsahne mit Früchten geradezu geboten. Was das Kind wünscht, bekommt es. Ein Fahrrad. Aber bitte schön. Auf Westberlins Straßen fahren eine Million Fahrräder, eine stolze Zahl. Fast jeder hat Verständnis dafür, daß Radfahrer Gehwege benutzen, sind keine Radwege angelegt. Ein Moped fürs Kind, das ist fast selbstverständlich, hat der junge Mensch das Alter dazu und Lust darauf. Kofferradios, Recorder, Fernseher im Kinderzimmer, alles keine Probleme. Unerläßlich sind Turnschuhe für die Turnschuhgeneration. An ihren Markennamen läßt sich die Hierarchie in einer Jugendgruppe ablesen. Einen Hundertmarkschein haben die Eltern hinzulegen, soll ihr Kind up to date sein.

Eine Generation mit Hundertmarkscheinen an den Füßen schleicht durch das Land. Aus dem Münchner Hofbräuhaus hallt Lärm wie aus einer Badeanstalt. Neben Einheimischen scheinen vorwiegend Schülergruppen dort ihre Nächte zu verbringen, jugendliche Touristen aus aller Welt werden des bayerischen Biers teilhaftig. Reisen kostet ja nicht viel! Wer jung ist, sieht sich das Land an, wandert ganz billig von Ort zu Ort. So ein armer Wandersbursche legt pro Nacht bis zu 15 Deutsche Mark auf die Theke des Wirts. Eine alleinstehende Mutter mit zwei Kindern, von Beruf Sekretärin, will ihrer 14jährigen Tochter diesen Sommer klarmachen, »daß Geld nicht so leicht zu haben ist«. Sie gibt dem Mädchen nur 20 Mark Taschengeld pro Tag auf die Ferienfahrt mit, aufgerundet 250 Mark. Das muß für Kleinausgaben reichen, verkündet die Frau resolut. Sie hat dabei ein schlechtes Gewissen. Sie spekuliert darauf, daß die Großeltern dem Kind heimlich 200 Mark zuschießen. Schüler jobben in den Ferien. Sie bekommen 10 Mark die Stunde, die Abzüge sind minimal. Mehr als Tausend Deutsche Mark sind so zu verdienen. Wanderer, blicke nicht zurück in dein Land, wo so etwas unmöglich ist, sondern erkenne die kinderfeindlichen Auswüchse dieser marktorientierten Wirtschaft.

Jahrmarkt

Der Sonnabend ist ein Festtag, allen voran der verkaufsoffene Sonnabend. Vater, Mutter, Kind, Großvater und Großmutter, Liebespaare und Halbstarke, Popper und Punks zieht es in die Einkaufszentren. Vor den Warenhäusern die Bettler mit Eseln, Lamas und anderem Getier, in den Fußgängerzonen die Musikanten, Feuerschlucker und Pflastermaler. Ein Treiben wie auf dem Rummel, mit Würstchenbuden, Zuckerwatte, Marktschreiern und Drehorgel. Einkaufen ist eine Lieblingsbeschäftigung des Bürgers. Er schwärmt aus, um ein »Schnäppchen« zu machen oder um sich »nur« über Preise zu orientieren. Er streunt oder eilt gezielt von Angebot zu Angebot. Er befingert die Waren, probiert an, prüft, verwirft, sucht weiter. Bereits zur Mittagsstunde sieht man keinen Menschen mehr auf der Straße, der nicht wenigstens eine gefüllte Plastiktüte mit sich herumschleppt, viele sieht man, die ihre Plastiktüten kaum noch schleppen können. Wer sich auf den Markt begibt, kauft auch. Glaube ihnen kein Wort, wenn sie stöhnen, wie wahnsinnig sie unter dem Konsumterror leiden. Sieh sie dir an, wie sie Annoncen, Prospekte, Kataloge und die Schriften der Stiftung Warentest gierig studieren, als gelte es ein Examen abzulegen. Sieh, wie sie sonnabends die Städte durchstreifen auf der Jagd nach erlesenen Gütern; funkelnde Augen, behende Schritte, strahlende Gesichter. Sie stehen an Ecken, sitzen auf Bänken, bevölkern Eiskaffees, schwatzen über das Angebot, geben einander

Tips. Beim Einkauf erscheinen alle gleich, die Linken wie die Rechten, die Jungen wie die Alten. Was früher der Jahrmarkt gewesen sein muß, ist heute der monatliche verkaufsoffene Sonnabend. Er vereint Schichten, Klassen, Nationalitäten. Alle sind darauf aus, »viel Geld zu sparen«, indem sie ihr Geld jetzt ausgeben. Der Reiche kauft einen billigen Nerz für 5900 Mark, der Arme eine billige Jeans für 5 Mark. Das Vergnügen, Scheine hinzublättern, erfaßt diesen wie jenen. Es scheint um so größer, je weniger notwendig und nützlich der erstandene Gegenstand ist. Man kauft um des Kaufens willen. Wie sonst könnten die vielen Geschäfte mit Tand, Krimskrams, Ketten und Aufklebern existieren. Wie könnte beispielsweise Oberammergau so florieren mit seinen Halbedelsteinen, silbergefaßten Gamsbärten und holzgeschnitzten Figuren. Ab 800 Mark beginnen die Holzschnitzereien passabel auszusehen. Sie werden gekauft und gekauft und gekauft. Nicht nur von reichen Amerikanern, jeder nimmt sich ein Andenken aus Oberammergau mit. So wie jeder etwas heimträgt vom verkaufsoffenen Sonnabend: Teenager ihr zwanzigstes T-Shirt, Damen ihr dreißigstes Paar Schuhe, Familienväter das vierzigste Werkzeug für eventuelle Autobasteleien. Der von Existenzangst gebeutelte Bürger bevölkert die »Freßabteilung« des KaDeWe, kauft Schinken, 100 Gramm zu 4 Mark, französischen Käse, seltene Gemüse und lebende Langusten. Brot, Butter und Kartoffeln sind teuer. Deshalb drängen sich in den Delikateßgeschäften die Käufer: In der allergrößten Not schmeckt die Wurst auch ohne Brot.

Wirtschaftswunder

In Westberlin gibt es 6700 Kneipen. Einige machen Pleite, andere eröffnen, alle existieren. An warmen Sommerabenden, wenn man draußen sitzt, wird es offenbar: eine Stadt voller Kneipengänger. Bis weit nach Mitternacht sind die Etablissements gut besucht. Getrunken wird nicht nur ein kleines Helles sondern mehrere, getrunken wird überhaupt, und man ißt. »Essen gehen ist teuer«, sagen die Frauen, »für einmal essen gehen kannst du eine vierköpfige Familie gut bekochen.« Trotzdem, die Studenten, die Hausbesetzer, die Arbeitslosen, die kinderreichen Familien, die Rentner, die Schüler, sie sitzen und essen jugoslawisch, italienisch, chinesisch, amerikanisch, französisch oder deutsch und finden das korrekt. Essen und Trinken ein Lustgewinn, ein Zeichen für Lebensqualität. Der Berliner, ein leichtsinniger Vogel, bereit zum Tanz auf dem Vulkan. Das war schon immer so. In München jedoch das gleiche Bild. Der Viktualienmarkt, der Marienplatz, das Platzl, überall Esser und Trinker bis Mitternacht. Der Biergarten gehört zur Tradition, auch die Rezession kann bisher nicht verhindern, daß ein sehr schlicht gekleideter Bayer ohne Wimpernzucken 25 Mark fürs Bier hinlegt und dabei

noch lacht. Morgens gegen 11 Uhr sitzt der gleiche Mann in seinen Krachledernen in der Theatinerstraße und trinkt ein Bräu. So sind die Münchner, das hat Tradition wie die Weißwürste. Eine Sommernacht in Nürnberg. Je näher man der alten Kaiserburg kommt, desto dichter wird die Menschenmenge. Ein Raunen geht durch die halbdunklen Straßen. Ist irgendwo Feuer ausgebrochen? Naht eine Katastrophe? Was treibt die Leute aus den Häusern? Sie stehen herum, lehnen an Hauswänden, sitzen auf Bordkanten oder Gartenstühlen, halten Flaschen oder Gläser in der Hand. Vor dem Dürer-Haus ist fast kein Weiterkommen mehr, die Straße blockiert von Menschenkörpern. Pantomimen zeigen ihre Kunst, ein Feuerschlucker bereitet sich zum Auftritt vor, die Uhr schlägt Mitternacht. Ein Einheimischer löst das Rätsel: »Wir kommen hier zusammen zum ›Babbeln‹, so ähnlich wie im Hyde-Park, das ist bei uns Tradition.« Also auch du, mein ehrwürdiges Nürnberg. Essen und Trinken bis spät in die Nacht, Geselligkeit und Gespräche am laufenden Band. Wer hier sitzt, ist gewiß arbeitslos, sonst könnte er nicht die Nächte versitzen. Wer hier sitzt, hat gewiß Arbeit, sonst könnte er nicht zahlen. Wanderer, was du in den Wirtschaften dieses Landes erspähst, es ist ein Wunder, ein Wirtschaftswunder.

Pfennigfuchser

Benzin ist wieder zwei Pfennig teurer geworden. Die Tankstellen werden boykottiert. »Recht geschieht ihnen, nichts sollen sie mehr verdienen, aushungern werden wir sie«, sagt der Mann und steigt in sein Auto. Er fährt zum Mittagessen nach Salzburg, am nächsten Tag zum Kaffeetrinken nach Bozen, am dritten Tag zum Sommerschlußverkauf nach München. So macht man auf moderne Art Ferien in den Alpen. Die Jäger und Sammler von heute jagen von Ortschaft zu Ortschaft, sammeln Eindrücke und Schnappschüsse. Nichts ist zu teuer, man hat schließlich zwei Mark pro Essen auf einem abgelegenen Gasthof gespart. Preise und Kosten, ein beliebtes Thema. Schleppt die Unterhaltung, ist sie leicht zu beleben mit gezielten Fragen nach Steuern, Versicherungen, Investitionen, Zinsen oder günstigen Einkaufsmöglichkeiten. Unabhängig von Bildungsstand und Vermögenslage wird jedermann gesprächig. Debatten über Finanzielles haben etwas Erotisches. Man spricht mindestens so gern darüber wie über Geschlechtsverkehr, man drückt sich auf ähnliche Weise aus. Andeutungen sind üblich, wer will sich schon in die Karten gucken lassen. Halbwahrheiten werden aufgetischt, wer will schon unbedarft oder unbemittelt erscheinen. Man spricht über Manipulationen betont kühl mit vertraulichem Unterton, als plaudere man Bettgeheimnisse aus. Die sogenannten Linken werden beim Geld-Thema besonders nervig. Sie schämen sich ihrer Eigentumswohnung

oder der Zehlendorfer Villa. Am liebsten würden sie geheim halten, daß sie ein Bauernhaus in Lüchow-Dannenberg gekauft haben. Doch so etwas Schönes darf man nicht verschweigen. Mit aufsteigender Röte wird allerorts gemurmelt, man habe sich verschulden müssen, günstige Kredite erhalten, ein lukratives Angebot gehabt, wie es nie wieder im Leben komme. Die Leute aller Couleur, sie haben es hier nicht leicht mit dem Geld. Arm sein ist immer noch eine Schande. Reich sein ist wieder mal nicht zeitgemäß in diesen Zeiten. Die Genüsse dieses Lebens, sie kosten. Kauft man sie wohlfeil, sind es billige Genüsse. Gesteht man, wie preiswert der Kauf war, mindert es das Renommee. Die Zwickmühle zwischen Hochstapelei und understatement, sie schnappt unaufhörlich zu.

Marginalien

»Seit die Reinigung eines Pullovers nur 1 Mark 50 kostet, wasche ich doch keinen Pullover mehr selbst«, sagt die Bankangestellte.
»Wenn ich 1300 Mark Arbeitslosengeld bekomme, muß ich nicht wie wild eine neue Stelle suchen«, sagt der ledige Drucker.
»Was für Kartoffeln wünschen sie?« fragt der Händler. »Haben sie neue?« sage ich. »Was gibt's denn sonst für welche«, staunt der Händler und betrachtet die sechs Sorten Frühkartoffeln seines Angebots.
Wanderer, kommst du in den schönen Westen, laß dich nicht verführen vom Kartoffelsortiment.

Claus Leggewie
Unser Ein- und Auskommen

Wir gewöhnlichen Zeitungsleser pflegen im Wirtschaftsteil nur die Überschriften wahrzunehmen. Schon dabei beschleicht uns das Gefühl, mit »unserer Wirtschaft« gehe es bergab – und folglich auch mit uns. Aber wir freuen uns an den putzigen Grafiken des »Globus«-Bilderdienstes: Normalerweise unfaßbare statistische Dimensionen und Proportionen verwandeln sich da in liebevoll gemalte Tortenstücke, Kolonnen, Haufen und Pyramiden. So verstehen wir die Wirtschaft: das Bruttosozialprodukt ergießt sich mutmachend aus Füllhörnern, die Raffgier von Ölmultis und Finanzämtern entlarvt sich in Gestalt anschwellender Sandhaufen, die EG-Agrarüberschüsse bilden die sprichwörtlichen Milchseen und Butterberge. Die Globus-Bildchen erzielen regelrechte Aha-Effekte, wo Wirtschaftsstaatssekretäre und Aufsichtsratsvorsitzende von der Öffentlichkeit nur noch ein gelangweiltes Gähnen ernten. Der Leser fühlt sich aufgeklärt – bisweilen aber nur, um gleich von neuen Zweifeln befallen zu werden. Nehmen wir nur einen beliebten Globus-Hauptdarsteller, den Vierpersonenarbeitnehmerhaushaltmitmittleremeinkommen. Der wirkliche Vorstand eines solchen realexistierenden Arbeitnehmerhaushalts (er Facharbeiter, sie Hausfrau, die beiden Kinder gehen noch zur Schule oder Lehre) konstatiert da z. B. verärgert, daß das ihm monatlich abverlangte Haushaltsgeld ein Fünftel seines Nettoeinkommens bei weitem übersteigt, ihm Globus aber hier schwarz auf weiß das Absinken der Nahrungsmittelausgaben auf gut 20 Prozent signalisiert. Lebt die Familie zu aufwendig? Werden da schwarze Kassen gefüllt, gar emanzipatorische Konten geführt? Und er selbst: muß er, der sich mit seinem Einkommen immer schon fast für einen topdog gehalten, es sich gefallen lassen, daß ihm diese blöden Bildchen jetzt beweisen, daß er um gute zwei Blaue unter dem Durchschnitt liegt? Aus der Lust an diesen modernen Moritatentafeln ist unversehens Verdruß geworden.

Ich kann das gut verstehen. Mich verweist die Wirtschafts- und Sozialstatistik in die Fußtruppe derer, die über dem Durchschnitt verdienen, also in eine Zahlenregion, in der Privileg und Progression gleichermaßen lauern. Während ich jedoch zunehmend die Klage relativer Verelendung im Munde führe, mich jede Gasrechnung, jede Reparatur und jeder Schuhgrößenzuwachs der nachwachsenden Turnschuhgeneration in gelinde Panik versetzt,

bin ich vom demonstrativen Wohlsein anderer Leute geradezu umstellt, die statistisch gesehen vergleichsweise Habenichtse sein müßten. Die herumliegenden Girokontoauszüge meiner Freunde zeigen mir, daß ich mit meinen Ängsten nicht allein stehe – aber wobei? Sind das bloß schreiende Anklagen miserabler Wirtschaftsführung – oder Beweise, daß wir allesamt Opfer statistischer Betrüge geworden sind? Wer ist eigentlich arm, wer durchschnittlich und wer reich oder superreich in diesem unseren Lande?

Über dieser zweifellos interessanten Frage liegt hierzulande und heutzutage der dichte Schleier des Privat- und Staatsgeheimnisses. Den aufstiegs- und karrieregeilen Angestellten der Großbetriebe braucht man gar nicht erst zu verbieten, ihre Gehaltshöhe auszuplaudern: eher würden sie sich die Zunge abbeißen. Das gilt selbst für Staatsdiener, deren Bezüge man problemlos einschlägigen Listen entnehmen kann. Die Bankangestellten entziehen den peinlichen Sollstand des Kunden den neugierigen Blicken der Warteschlange, indem sie die Kontoauszüge diskret blindseitig anreichen. Und der Siegeszug der monatlichen Gehaltsüberweisung hat heute selbst auf Baustellen die weniger anonyme Lohntüte verdrängt. Im Zeitalter der Scheckkarten und Bankomaten weiß heute ja kaum noch einer, wie es gerade um die eigenen Finanzen steht.

Kein Wunder, daß die die Klassengesellschaft ohnehin eher ver- als enthüllenden Verteilungsverhältnisse sich so noch weiter mystifizieren.

Die Weißwäscher

Löhne, Zinsen und Gewinne heißen die traurigen Reste der von Marx auf- und angegriffenen »trinitarischen Formel« der Vulgärökonomen seiner Zeit, mit der sie die ökonomische Dreieinigkeit von Profit, Grundrente und Arbeitslohn als hauptsächlichen Revenueformen der bürgerlichen Gesellschaft umschreiben:

»Es ist daher . . . natürlich, daß die Vulgärökonomie, die nichts als eine didaktische, mehr oder minder doktrinäre Übersetzung der Alltagsvorstellungen der wirklichen Produktionsagenten ist und eine gewisse verständige Ordnung unter sie bringt, grade in dieser Trinität, worin der ganze innere Zusammenhang ausgelöscht ist, die naturgemäße und über allen Zweifeln erhabene Basis ihrer seichten Wichtigtuerei findet. Diese Formel entspricht zugleich dem Interesse der herrschenden Klassen, indem sie die Naturnotwendigkeit und ewige Berechtigung ihrer Einnahmequellen proklamiert und zu einem Dogma erhebt.«[1]

Das mit der »seichten Wichtigtuerei« würde sich natürlich heute keiner mehr trauen, haben sich doch unsere Wirtschaftswissenschaftler mit ihren ausgewogenen und immer fast zutreffenden Gutachten in den Rang von »Weisen« erhoben. Bei der Erklärung der Verteilungsverhältnisse herrscht

allerdings heute nicht mehr Klarheit als in jener wissenschaftlichen Vorgeschichte des *Kapital*. Dieses Manko hat selbst in einem neueren Lehrbuch der Verteilungstheorie in der ketzerischen Frage seinen Niederschlag gefunden: »Sind Ökonomen zu etwas nutze?« Alice Rivlin, seinerzeit Direktorin des Haushaltsbüros des US-Kongresses, hat sie gestellt (und sanft verneint), weil der versammelte Sachverstand der Boys aus Chicago und sonstwo, auch schon vor Reagan, nicht die ihr aus praktischen Gründen am Herzen liegende Frage beantworten konnte, warum so viele so wenig haben, während so wenige so viel haben![2]

Auch wenn unsere bezahlten Agnostiker aus den Wiso-Fakultäten darauf nicht viel zu sagen wissen, muß zum besseren Verständnis dem Leser ihr beeindruckendes methodisches und begriffliches Promontorium zumindest in Grundzügen vermittelt werden, d. h. eine längere Vorrede ist vonnöten, bevor ihm »harte Fakten« präsentiert werden können.

Wir beginnen, weil wir es schon so gewöhnt sind, mit dem *Bruttosozialprodukt* aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, aus dem die diversen Revenuebezieher Jahr für Jahr ihr »Stück am Kuchen« fordern dürfen. Daraus ergibt sich die *personelle Einkommensverteilung*, womit der individuelle Einkommensbezieher bzw. der Haushalt in den Blick gerät, dessen Mitglied er (allein oder mit mehreren) ist. Aber auch das Ganze kommt nicht außer Sicht, denn glücklicherweise kennen wir noch die *funktionelle Einkommensverteilung*, also die Aufteilung des Kuchens zwischen Kapital und Arbeit, meßbar in Lohn- und Gewinnquoten. Wir haben ferner noch die *Verteilung nach sozioökonomischen Gruppen* (Selbständige, Beamte, Bauern, Arbeiter, Angestellte, Nichterwerbstätige). Bis hierhin sprechen wir dann von der *Primärverteilung*. Diese ist ganz nach den Gesetzen des (sagen wir:) Rosenmontagszuges organisiert. Jeder Jeck grabscht sich so viele Kamelle, wie ihm sein Standplatz, seine Ellbogen und seine Gerissenheit erlauben. Deswegen füllen sich die Plastiktüten bei Tribünensitzern und Fußvolk ganz unterschiedlich dick. Nun will ich natürlich nicht behaupten, die soziale Marktwirtschaft sei wie Karneval, und ich steige zu seriöseren Erklärungen wieder aus der Bütt. Denn während Bonbons irgendwann schlecht werden, kann man Geld bekanntlich »arbeiten lassen«. Daraus ergibt sich dann die *private Sekundärverteilung*, also alles, was an Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen u. ä. anfällt. Damit nicht genug. Ganz unübersehbar hat sich neuerdings ein weiterer Akteur ins Verteilungsgeschehen eingemischt: der Staat. Seine *Transfers*, die Summe aus Sozialversicherungs- und Steuerabzügen einerseits, Subventionen, Steuerentlastungen, Geld- und Sachleistungen andererseits, modifizieren das ursprüngliche Produktionsergebnis durch *staatliche Sekundärverteilung*. Verteilungstheorie wird deswegen heute mehr und mehr zur Umverteilungstheorie. Die Haushaltseinkommen setzen sich nämlich praktisch aus mehreren Revenuequellen zusammen und

bilden eine *Querverteilung* aus Faktoreinkommen (Lohneinkommen, Einkommen aus Unternehmertätigkeit, Einkommen aus Vermögen) und Transfers gleich Basis(brutto)einkommen minus Steuer/Sozialbeiträgen gleich Nettoeinkommen.
Die Ökonomen kommen damit wortursprünglich wieder zur Hauswirtschaft zurück, also zur personellen Verteilung von Einkommen, die von Haushaltsvorständen und weiteren Personen zusammengetragen werden. Da fallen uns die frühen TV-Serien der Vor-Dallas-Periode ein, in denen z. B. eine mild-gestrenge Inge Meysel von einem meist abgeschlafften Malocher, den die Ermittler des Statistischen Bundesamtes als Haushaltsvorstand ausgemacht hätten, den Hauptbatzen abkassierte. Das zum Leben angenehme Zusatzbudget erwirtschaftete sie aus geheimnisvollen, natürlich ehrenwerten Nebenerwerben, den mageren Zuschüssen der in Lehre stehenden Kinder und damals kaum nennenswerten staatlichen Gaben. Auch bei Unternehmer»babba« Hesselbach war das nicht viel anders, obwohl Geld da nicht so eine große Rolle spielte. Aber was ist mit den wirklichen Hesselbachs . . .?

Rechenkunststücke

Wie gesagt, über die wirkliche Verteilung sagen uns die Weißwäscher nicht sehr viel; was Hesselbach, Flick und Co. angeht, sind wir auf die periodischen Enthüllungen zweier Hamburger Nachrichtenmagazine angewiesen. Aber noch etwas Geduld bitte. Immerhin haben wir in Wiesbaden und in den Landeshauptstädten emsige statistische Amter, deren EDV-Anlagen an Daten zu ersticken drohen. Von dort bekommen wir nicht nur das *Statistische Jahrbuch* der Republik, in dem beispielsweise der Zierpflanzenbestand regelmäßig dokumentiert wird, sondern auch den zentralen sozialpolitischen Leitwert des Preisindexes. Schon wollen wir den gutmeinenden Datensammlern weitere Informationen entlocken, da hören wir:

»Gesellschaftliche Bedeutung und statistische Durchleuchtung der Einkommensverteilung indes stehen in einem Mißverhältnis zueinander. Einer fundierten verteilungspolitischen Diskussion sind nach wie vor durch einen empfindlichen Mangel an statistischen Informationen und durch fehlende Durchschaubarkeit der Verteilungs- und Umverteilungsvorgänge enge Grenzen gesetzt.«[3]

Dies ist weniger die Bankrotterklärung einer Wissenschaftszunft als vielmehr ein politischer Skandal. Denn hinter der häufig nichtssagenden Datenfülle des Wiesbadener Amtes verbirgt sich die gewollte Datenarmut in entscheidenden gesellschaftlichen Fragen, besonders dann, wenn es um die Verteilung von Geld, anderen materiellen Wohltaten und sonstigen Versor-

gungsleistungen geht. Die brisanten Statistikfälle genießen den totalen Datenschutz.

Im Bereich der Einkommensverteilung sind schon die verschiedenen Erhebungstypen nicht eben vielversprechend, noch viel mehr gilt das für fiskalische Daten. In beiden Fällen werden die Bezieher hoher und höchster Einkommen systematisch unseren neugierigen Blicken entzogen. Die Daten der *»Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung«*[4] sind nur sehr begrenzt brauchbar, weil sie nicht unter Verteilungsgesichtspunkten erhoben wurden; im übrigen fehlt es an entsprechenden Sozialindikatoren. Die *»Einkommens- und Verbrauchsstichproben«* sind zuletzt für 1973 verfügbar; die 1978 eingeholten Auskünfte, die heute für eine anders als weltfremde Sicht auf die soziale Lage unabdingbar wären, harren noch immer der Auswertung und Veröffentlichung. Die Bezieher von Einkommen über 15 000 Mark pro Monat werden überdies nicht darin einbezogen (um die Durchschnittswerte nicht zu verzerren?). Die im Mikrozensus erhobenen *»Wirtschaftsrechnungen«* von drei Haushaltstypen (u. a. der oben erwähnte Standardhaushalt mittleren Einkommens) repräsentieren nur eine geringe Zahl wirklicher Haushalte (in diesem Fall: 2,4 Prozent), gaukeln aber weitaus größere Repräsentativität vor. Schließlich sind alle brisanten *Steuerstatistiken* mit Datum ihres Erscheinens veraltet (wenn sie überhaupt stimmen!) und damit für tarifpolitische Zwecke unbrauchbar. Dasselbe gilt für den *Warenkorb*, der der Ermittlung des Preisindexes und der Teuerungsrate zugrunde liegt; Bezieher geringer Einkommen und Sozialhilfeempfänger, die von diesem monatlichen Orakel existentiell abhängig sind, wissen dies genauer. Die Wirkungen des quantitativ nicht unbeträchtlichen staatlichen Transfers liegen in ihrer Richtung und Art dermaßen im Dunkeln, daß im Dezember 1976 ein neues Gremium weiser Männer (die »Transfer-Enquête-Kommission«) gebildet werden mußte, um dieser Art von Staatsintervention auf die Spur zu kommen.[5] Kurz und gut: wie die Verteilungsverhältnisse hierzulande aussehen, versucht man uns aus naheliegenden Gründen zu verheimlichen. Sehen wir zu, was wir aus den wenigen Daten dennoch erfahren können.

»Jeder soll ene Rolls Royce han, jeder« (BAP)

Dazu dürfte es kaum kommen. Laut Auskunft des führenden westdeutschen RR-Importeurs, Auto-Becker aus Düsseldorf, stieg zwar die Einfuhr dieses edlen Gefährts bis 1981 kontinuierlich auf 100 Stück pro Jahr, aber heuer scheint der Absatz ins Stocken zu geraten. Sicher ist jedoch, daß in der Nachkriegszeit die verteilbare Einkommensmasse explosiv gestiegen ist. Wir sind wieder wer.

Tabelle 1: Entwicklung und Zusammensetzung des Volkseinkommens (1960-1980)

	1960	1965	1970	1975	1980
Volkseinkommen (in Mrd. DM)	240	359	533	806	1149
(1960 = 100)	(100)	(150)	(222)	(336)	(479)
Bruttoeinkommen					
– aus unselbständiger Tätigkeit (in Mrd. DM)	145	235	361	584	833
(1960 = 100)	(100)	(162)	(249)	(403)	(575)
– aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (in Mrd. DM)	95	124	171	222	316
(1960 = 100)	(100)	(131)	(180)	(234)	(332)

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen (1982)

Harte Zahlen des Wirtschaftswunders sind das. Alle haben mehr verdient, von der Hilfsarbeiterin bis zum Kieferorthopäden:

Tabelle 2: Bruttostundenverdienste ausgewählter Berufsgruppen (in DM)

	1960	1965	1970	1975	1978
Hilfsarbeiterin	335	530	765	1 217	1 542
Facharbeiter (Leistungsgr. 1)	621	952	1 360	1 999	2 438
Angestellter	723	1 063	1 531	2 468	2 986
Rechtsanwalt*	3 176	4 143	6 617	7 383	–
Zahnarzt*	2 361	4 150	9 125	12 535	–

* Zahlen für 1961, 1965, 1971, 1974
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1980)

Abzurunden ist dies damit, daß jener nun schon ominöse Vierpersonenhaushalt 1965 noch unter 1000 DM verdiente, 1981 jedoch die Schallgrenze von 3000 DM durchbrach. Aber die Inflation, höre ich die Verbraucher seufzen, hat ja alles zunichte gemacht. Sinkt nicht die tatsächliche Kaufkraft je Lohnstunde? Keineswegs. Zwar muß der durchschnittlich verdienende Industriearbeiter heute für den Sack Kartoffeln, ein Paar Schuhe oder den vollen Benzintank wieder länger arbeiten als 1970, aber für ein Kilo Butter beispielsweise sank der Arbeitszeitaufwand von 1:11 h auf 41 min., für 200 kWh Strom von 3:56 auf 3:14 h und für ein Radio von 41 auf 15 Stunden (nach *Die Zeit*, 16. 1. 1981). Aber die Steuern, versetzt der progressionsfrustrierte Arbeitnehmer. Auch Fehlanzeige. Denn die *reale Nettolohn-/-gehaltssumme* (also: nach Abzug von Preisanstieg und Steuern) stieg zwischen 1966 und 1978 um jährlich gute drei Prozent. So entstanden die Eisbeinphy-

siognomien des häßlichen Deutschen à la Erich Riedl, so wurden einst ansehnliche Landschaften steppenartig mit Eigenheimen, Grillplätzen, Trimm-Dich-Pfaden und Freizeitanlagen überzogen, so stauten sich die Camping-Karawanen der reisewütigen Westdeutschen bis in die verschwiegensten Buchten des Mittelmeers, so wurde eine Republik geboren, die ihre fortbestehenden sozialen Gegensätze unter einem von der Basis bis zur Spitze der Pyramide nach diskreter Korruption riechenden Schleier verbarg.

Zwischenspiel für Kursbuch-Leser

Ein spontanes Gefühl materiellen Wohlseins durchflutet uns und regt uns zu einem neuen Gesellschaftsspiel an. Es dient dazu, in diesen schwieriger werdenden Zeiten etwas mehr Bewußtsein in Zustandekommen und Verwendung unserer Einkommen zu bringen und jedermann sein Maß an gesellschaftlicher Abweichung oder Übereinstimmung zu demonstrieren. Ich erlaube mir, für diese Demonstration in Gedanken an die Portemonnaies der *Kursbuch*-Leser weiterhin den schon erwähnten Durchschnittshaushalt zugrunde zu legen, also den Haushaltstyp 2. Sie bekommen damit Gelegenheit, an einer Übung teilzunehmen, die das Statistische Bundesamt Monat für Monat mit einer auserwählten Schar von westdeutschen Haushalten durchexerziert, deren Haushaltsbücher minutiös geführt und ausgewertet werden, gegen ein Anerkennungshonorar versteht sich. Dieser Typ 2 soll 500 000 wirkliche Haushalte (gleich 2,4 Prozent aller Haushalte) und westdeutsches Mittelmaß repräsentieren.[6] Man erkennt darin ein Angestelltenehepaar jüngeren Alters, mit zwei Kindern nicht über 15 Jahren, wohnhaft am Rand einer größeren Stadt, keine Doppelverdiener. Der Leser mag nun Vergleiche anhand der folgenden Aufstellung ziehen und sich sozialpolitisch verorten:

Herr N. hatte 1981 ein Bruttoroheinkommen von –	DM 3244,64
Darin eingeschlossen und monatlich umgelegt sind Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Prämien, Überstundenentgelte und vermögenswirksame Leistungen seines freundlichen Arbeitgebers.	
Ehefrau und Kinder tragen nur minimal zum Haushaltseinkommen bei (Flohmarktverkäufe, Zeitungsaustragen); das bringt nicht mehr als –	DM 50,99

Herrn N.'s Bruttoeinkünfte aus Unternehmertätigkeit (Schwarzarbeit gar nicht mitgerechnet!) bringen –	DM	108,98	
Vermögenseinkünfte (aus Sparguthaben, Wertpapieren) –	DM	117,24	
Weitere Einkommensübertragungen (z. B. Kindergeld, Untervermietung, Zahlungen der Sozialversicherung, Unfallrenten usw.) schlagen mit weiteren –	DM	391,76	
zu Buche, so daß die Familie unterm Strich –	DM		3913,61
als *Haushaltsbruttoeinkommen* zur Verfügung hat. (Man vergegenwärtige sich, daß dies für eine repräsentative Durchschnittsfamilie gelten soll!)			
Davon gehen nun ab:			
an Steuern –	DM		418,77
an Sozialversicherung bittere –	DM		482,91
So bleiben *netto* –	DM		3011,93
Aber die Familie hat sonstige Einnahmen (Geschenke, km-Pauschale, Rückvergütungen für dienstliche Ausgaben usw.); die bringen das *verfügbare Einkommen* wieder auf –	DM	3197,39	
Das könnte Familie N. jetzt ausgeben, was sie freilich nicht tun wird, denn –	DM	214,34	
gehen in die Bildung von Sachvermögen (z. B. das Häuschen im Grünen), und weitere –	DM	325,41	
werden in verschiedener Form zur Bildung von Geldvermögen auf die hohe Kante gelegt. Zwar sind auch Kredite abzubezahlen, aber auch Zinsen und weitere Schenkungen (von der reichen Tante aus Amerika) einzustreichen, so daß unterm Strich –	DM		2533,38
für den privaten Verbrauch ausgegeben werden.			

So weit zum ersten Teil des Spiels, an dem man mit Hilfe einer Gehaltsabrechnung und diverser Kontoauszüge problemlos teilnehmen kann. Der zweite Teil ist langwieriger; deswegen gibt es jetzt erst einmal eine Pause.

Linkssteile Kurven

Zurück zum Rolls Royce für jedermann. In Tabelle 2 deutet die Kluft zwischen Hilfsarbeiterin und Zahnarzt schon an, warum sich dieses Produkt (mit Stückpreisen von über 100 000 DM) so schlecht demokratisieren läßt. Zwar ist die Einkommensmasse in der Nachkriegszeit explosiv angewachsen, aber ebenso die Unterschiede zwischen Selbständigen und Arbeitnehmern, zwischen Angestellten und Arbeitern, zwischen Erwerbstätigen und Rentnern, und dies jeweils zuungunsten der sowieso schon Benachteiligten und ganz anders, als es einer »sozialen Marktwirtschaft« geziemt hätte. Besonders überzeugte Vertreter dieser Ordnung pflegen an dieser Stelle die Stirn in Falten zu ziehen und auf die »steigende Lohnquote« (gemessen am gesamten Volkseinkommen) zu verweisen. Sie stieg zwischen 1950 und 1980 von unter 60 auf über 70 Prozent an, angeblich auf Kosten der Gewinnquote. Freilich geschah dies nur aufgrund des zahlenmäßigen Rückgangs der Selbständigen, während die Lohnquote zu jedem Zeitpunkt des Wirtschaftswunders weit hinter dem Arbeitnehmeranteil (der gleichzeitig auf über 85 Prozent stieg) herhinkte.[7] *Pro Kopf* haben sich die Einkommen der Selbständigen ständig von denen der Lohn- und Gehaltsempfänger abgesetzt, wie dies hier für die 70er Jahre gezeigt wird.

Tabelle 3: Verfügbares Jahreseinkommen je Haushaltsmitglied nach sozioökonomischen Gruppen 1972 und 1979

Jahr	Privathaushalte	DM	Privathaushalte insgesamt = 100	Index 1972 = 100
1972	Selbständige	16 625	192	100
	– Landwirte	6 097	72	100
	– übrige Selbst.	21 184	251	100
	Arbeitnehmer	7 115	84	100
	Nichterwerbstätige	8 078	96	100
	Privathaushalte insges.	8 449	100	100
1979	Selbständige	29 773	210	184
	– Landwirte	8 050	57	132
	– übrige Selbst.	38 938	275	184
	Arbeitnehmer	11 899	84	167
	Nichterwerbstätige	13 275	94	164
	Privathaushalte insges.	14 165	100	168

Quelle: Statistisches Bundesamt (1982)

Die Einkommenskonzentration sieht infolgedessen heute nicht anders aus als vor dreißig Jahren. Statistiker veranschaulichen dies in hübschen »linkssteilen Häufigkeitsverteilungen«: links, an der Ordinatenachse, türmt sich

steil das Gros von 60 Prozent Kleinverdienern unter dem Mittelwert, von dem aus sich sanft auf die Abszissenachse hin die Reichen und Mehrfachmillionäre ins Endlose gleiten lassen. (Mittels logarithmischer Skalierung läßt sich die Kurve übrigens optisch freundlicher, nämlich zur symmetrischen Normalverteilung, gestalten.) Wenn wir die bundesrepublikanischen Haushalte einmal in drei Einkommensschichten betrachten, dann ergibt sich für die Nachkriegszeit folgendes konstante Verhältnis:

Tabelle 4: Einkommensschichtung der privaten Haushalte 1955 und 1974

Jahr	Anteil an den privaten Haushalten	monatliche Haushaltsnettoeinkommen	Anteil am gesamten Einkommen
1) Die happy few (obere 5 Prozent)			
1955	6,0%	(über 1300 DM)	20,4%
1974	6,2%	(über 5000 DM)	21,2%
2) Die Wohlhabenden (oberes Fünftel)			
1955	21,3%	(über 800 DM)	45,9%
1974	20,4%	(über 3000 DM)	45,5%
3) Die Armen (unteres Drittel)			
1955	28,5%	(unter 300 DM)	9,6%
1974	29,0%	(unter 1200 DM)	11,4%

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1978)

Kein Wunder, daß angesichts derartiger Konstanz Ökonomen die Grenzen ihrer Disziplin entdecken und von »naturgesetzlicher« Ungleichheit sprechen, die überdies nicht nur für die BRD, sondern gleichermaßen für die USA und andere kapitalistische Gesellschaften gültig sei.[8]

Bisher wissen wir nur, daß immer weniger Selbständige immer mehr, und immer mehr Lohnarbeiter proportional immer weniger verdienen. So weit die Ergebnisse des jährlichen Rosenmontagszuges. Aber was ist mit der über die ungleiche Primärverteilung hinaus bedeutsamen *Vermögenskonzentration?* Hat da nicht der gemeine Durchschnittsverdiener trotzdem mächtige Vermögen akkumuliert? Es verwundert nicht, daß in diesem Bereich noch größerer Datenmangel herrscht. Ende der 60er Jahre wurden von unverdächtiger Seite magische Zahlen publik gemacht, die heute zum Bestand jedes besseren Sozialkundebuchs gehören. Danach nämlich besaßen Ende der 60er Jahre winzige 1,7 Prozent der Bevölkerung riesige 70 Prozent des gesamten Vermögens.[9] Dazu zählt vererbbares Eigentum, Produktionsmittel, Wertpapiere, Guthaben, Haus- und Grundbesitz usw. Diese seinerzeit Vermögensbildungspolitiker jeder Couleur und Antiautoritäre gleichermaßen umtreibende Zahl dürfte sich heute noch drastischer gestalten. Die letztverfügbaren Daten zur Vermögenssteuer aus der Hauptveranlagung von 1974 wiesen mehr als 400 000 steuerpflichtige Personen mit Vermögen über 100 000 DM und einem Rohvermögen (vor Schuldabzügen und Frei-

beträgen) von 300 Mrd. DM aus. Darunter waren etwa 41 000 Millionäre, 1473 Fälle mit Vermögen über 10 Mio. und 24 Fälle mit Vermögen über 100 Mio. DM. Nicht vermerkt ist, wie viele Steuerpflichtige und Hosenkönige sich legal und illegal dieser Veranlagung entziehen bzw. ihre Steuerschuld durch geschicktes Schuldenmachen auf Null reduziert haben (s. u.). Dafür teilt uns aber das Statistische Bundesamt den überaus erstaunlichen Sachverhalt mit, daß nach sozialen Gruppen geschichtet 71,5 Prozent der Steuerschuld vom Konto der Selbständigen und 0,1 Prozent von dem der Arbeiter abging – schließlich spielt auch die Arbeiterklasse Lotto. Nach Vermögensarten schließlich belief sich land- und forstwirtschaftliches Vermögen auf 1,7 Mrd., Grundvermögen auf 87 Mrd., Betriebsvermögen auf 368 Mrd. und sonstiges (Kapital- und Geld-)Vermögen auf 108 Mrd. DM.Weiteren Aufschluß gibt die (allerdings noch weiter zurückliegende) *Erbschaftssteuer*statistik. 1967 bis 1972 gab es hier 566 000 Steuerfälle, von denen die Hälfte geringe Vermögen unter 10 000 DM betraf. An der Spitze der Pyramide hinterließen die 2167 Verschiedenen ihren trauernden Hinterbliebenen knapp 5,5 Mrd. DM (wovon der Fiskus 686 Mio. abknapste).

Es dürfte sich mittlerweile aufdrängen, daß die Festsetzung von Durchschnittswerten sowohl für die Gesamtbevölkerung wie auch innerhalb bestimmter sozioökonomischer Gruppen höchst problematisch ist, weil sie die ganz erhebliche Klassendifferenzierung in der BRD verschleiert. Ebenso fiktiv ist es aber, von einem homogenen Territorium »Bundesrepublik« auszugehen, denn auch regional gibt es starke Einkommensgefälle. Zieht man beispielsweise eine Linie vom Kreis Bitburg-Prüm in der Eifel über Frankfurt und Nürnberg zum Kreis Cham im Bayerischen Wald, so ergeben sich Unterschiede in der relativen Kaufkraft der dort ansässigen Bevölkerung in Höhe von fast 70 Prozent. Die beiden ländlichen Armutsregionen kommen nämlich nur auf knappe 65 Prozent des bundesrepublikanischen Durchschnittswertes, während die beiden Städte diesen um fast dreißig Prozent übersteigen. Stuttgart, der Hochtaunuskreis, Starnberg und Baden-Baden übertreffen diese noch, während im Emsland, in Passau und zunehmend im Ruhrgebiet ähnliche Niedrigwerte anzutreffen sind.[10]

Der unaufhaltsame Anstieg der Staatsquote, oder: wie man einem nackten Bergmann in die Tasche greift

»Aim nacktn Bärgmann kannse nich mehr inne Tasche greifen« – damit glaubt der Kohlenpott fein raus zu sein, wenn nichts mehr läuft. Der Kumpel irrt. Das Transfersystem des Staates vollbringt dieses Kunststück, auch bei ihm, Jahr für Jahr. Die »Staatsquote«, also der Anteil der öffentlichen

Ausgaben am Sozialprodukt, 1951 noch bei 31,4 Prozent gelegen, nähert sich gegenwärtig der 50-Prozent-Hürde, die sie in Dänemark, Schweden und den Benelux-Ländern schon mühelos überschritten hat. Der Staat in der BRD gibt damit mehr aus, als in Afrika oder auf dem indischen Subkontinent insgesamt erwirtschaftet wird. Abgesehen von gelegentlichen Startbahn-West-Einsätzen der Ordnungskräfte, freundschaftserhaltenden Service-Leistungen an die Industrie und milden Gaben an die notleidende Bundeswehr fällt dabei insbesondere das Sozialbudget ins Gewicht. Nach letzten Angaben belief sich dieses 1981 auf den stolzen Betrag von 242 Mrd. Mark, wovon 150 Mrd. an Rentner und Pensionäre gingen, 17 Mrd. an Kranke und Unfallopfer, 18,5 Mrd. als Kindergeld an Väter und Mütter, 10 Mrd. an Arbeitslose und Kurzarbeiter, 10 Mrd. an Kriegsopfer, 7 Mrd. an Sozialhilfeempfänger und 3 Mrd. an Auszubildende. Der Anteil der Sozialleistungen am Sozialprodukt stieg auf diese Weise auf knapp ein Drittel. Das Ausmaß der staatlichen Sekundärverteilung muß demnach ganz erheblich sein. Das gilt besonders für die Gruppe der Rentner, Arbeitslosen und Bauern (aufgrund der niedrigen Steuersätze indirekt auch für die Beamten), wo staatliche Lohnanteile die »primären Faktoreinkommen« stark ergänzen, sprich: »die Stütze« so manche magere Revenue aufpäppelt. Staatstragende Wirtschaftsjournalisten wie Frau Merklein[11] oder Herr Stolze erwekken deshalb gern den Eindruck, der Staat benehme sich wie ein atavistischer Trottel oder wie ein Nikolaus, dem sie gern einen Knecht Rupprecht für die Faulen und Schmarotzer beigeben würden. Dazu sei die Anmerkung erlaubt, daß der Sozialstaat damit zunächst nichts anderes tut, als die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge seiner Bürger zu verteilen und umzuschichten. Er sorgt dafür, daß etwa ein Viertel der Haushalte (mehr noch bei den Ein-Personen-Haushalten) durch staatliche Transfers über die sogenannte »Armutsgrenze« gehievt wird – wie immer man diese problematische Grenze definiert. Frau Merklein beispielsweise läßt gerade 4,5 Promille und auch »nur Bewußtseins-, nicht Magenarmut« gelten, während Jürgen Roth großzügige 26 Prozent der Haushalte für arm erklärt und auch die zuständigen CDU-Fachleute für »neue soziale Fragen« noch sechs Millionen Arme parat halten. Wie »reich« aber sind etwa die Hälfte der Rentnerhaushalte, deren Monatseinkommen heutzutage unter 1250 DM liegt, staatliche Transfers eingerechnet?

Beim Transfersystem kann von einer Umverteilung *zwischen den Generationen*, also von der Erfüllung des »Sozialvertrags« für Nicht(mehr)erwerbstätige, gesprochen werden, nur sehr eingeschränkt aber von einer Umverteilung *zwischen den Klassen*. Auch die »Weisen« der Transfer-Enquête-Kommission müssen zugeben, daß die Nivellierungstendenzen, die von einem sich ständig ausdehnenden Transfersystem ausgehen, sehr schwach ausgefallen sind. Die Finanzierung des Sozialstaats, die mit wachsender Ar-

beitslosigkeit erhöhtes Schuldenmachen nach sich zieht (jeder Neugeborene steht schon mit fast 10 000 Mark in der Kreide), erfolgt zuallererst aus der Geldbörse der Steuer- und Beitragszahler. Finanzämtern und Versicherungsanstalten gelingt es dabei, auch noch einem splitternackten Bergmann ein paar Mark aus der Tasche zu ziehen. Denn keine soziale Gruppe ist vollständig von »negativen Transfers« verschont, wie die folgende Berechnung des DIW zeigt:

Tabelle 5: Größenklassenumsetzung bei 2-Personen-Arbeiter-Haushalten mit einem Einkommensbezieher 1978

Monatliches Haushaltseinkommen von ... bis unter ... DM	Zahl der Haushalte vor der Umverteilung	Zahl der Haushalte nach der Umverteilung	Veränderung durch die Umverteilung		Verfügbares Einkommen insgesamt jährlich	Verfügbares Einkommen im Durchschnitt monatlich
	in 1000		in Prozent		in Mill. DM	in DM
unter 1 000	4	53	+ 49	+1 225,0	577	907
1 000 ... 1 250	35	134	+ 99	+ 282,9	1 821	1 132
1 250 ... 1 500	71	151	+ 80	+ 112,7	2 492	1 375
1 500 ... 1 750	81	129	+ 48	+ 59,3	2 508	1 620
1 750 ... 2 000	85	101	+ 16	+ 18,8	2 262	1 866
2 000 ... 2 250	81	77	− 4	− 4,9	1 952	2 113
2 000 ... 2 500	75	59	− 16	− 21,3	1 671	2 360
2 500 ... 2 750	69	46	− 23	− 33,3	1 439	2 607
2 750 ... 3 000	61	36	− 25	− 41,0	1 233	2 854
3 000 ... 3 250	49	28	− 21	− 42,9	1 042	3 101
3 250 ... 3 500	41	23	− 18	− 43,9	923	3 344
3 500 ... 3 750	37	19	− 18	− 48,6	819	3 592
3 750 ... 4 000	32	15	− 17	− 53,1	691	3 839
4 000 ... 5 000	103	10	− 93	− 90,3	532	4 433
5 000 ... 6 000	43	3	− 40	− 93,0	195	5 417
6 000 ... 7 000	13					
7 000 ... 8 000	3					
8 000 ... 9 000	1	1	− 17	− 94,4	92	7 667
9 000 ... 10 000	1					
10 000 oder mehr						
Insgesamt	885	885	± 0	± 0	20 249	1 907

Quelle: Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Daß auch die Geringverdienenden in eine niedrigere Größenklasse rutschen, liegt hauptsächlich an unserem Steuersystem, mit dem eine Art »sekundäre Ausbeutung« praktiziert wird, glaubt man selbst so ehrenwerten Bürgern wie dem »Bund der Steuerzahler«.[12] Denn im vergangenen Jahrzehnt stiegen

die Lohnsteuern proportional immer schneller als die Einkommens- und Vermögenssteuern, also die klassischen Abzüge der Selbständigen. Während zwischen 1960 und 1980 die Nettolöhne und -gehälter um das Vierfache stiegen, versiebenfachten sich die Sozialabgaben und verzwölffachten sich die Lohnsteuern. Die sogenannte »Grenzbelastung« stieg damit auf über 60 Prozent. Das bedeutet, daß ein lediger Lohnsteuerzahler bei einer Lohnerhöhung vom 9. August an nur noch für den Fiskus und die Firma Stingl arbeitet. Bekanntlich treiben derartige schwedische Verhältnisse Weltregisseure aus dem Land, aber auch den biederen Arbeitsmann gnadenlos in die Arme der Schattenökonomie. Demagogie wildgewordener Poujadisten? Nicht unbedingt, wenn man sich die Steuergeschenke an die großen und Spitzenverdiener vergegenwärtigt. Würde das NRW-Finanzministerium morgen die Einkommenssteuer-Rückstände aus den Jahren vor 1979 eintreiben, flössen auf einen Schlag 2,3 Mrd. Mark in die Kassen, die nun nach diversen »Sparoperationen« aus den Taschen der Lohnsteuer- und Sozialversicherungspflichtigen an Rhein und Ruhr aufgefüllt werden.
Wohlgemerkt, wir reden hier nicht von Wirtschaftskriminalität. Unser Augenmerk richtet sich gar nicht auf diejenigen, die die Guthaben ihrer steuermüden Kundschaft für dubiose Abschreibungsgeschäfte im Libanon illegal geplündert haben, sondern auf die honorigen Abschreibungskunden selbst oder allgemeiner jenen ehrenwerten Kreis »volkswirtschaftlich besonders förderungswürdiger Personen« wie Herrn Flick, dem man ein Geschenk in Höhe von ca. 200 Millionen Mark geradezu aufdrängen mußte, oder die in Ehren ergrauten Gewerkschaftskollegen, die das schöne Geld auch nicht umkommen lassen wollten. In einer Art sozialdemokratischen Aufwallung hat der Chef des eben erwähnten Finanzministeriums einige Steuertricks ausgeplaudert, mit deren Hilfe sich Großverdiener über Verlustzuweisungen und Bauherrengemeinschaften zu Steuerzwergen und Nullzahlern gemacht haben. Denen, die immer noch Jahr für Jahr lustlos an ihren Lohnsteuerjahresausgleichen herumtüfteln, seien mit den folgenden Beispielen des Herrn Ministers die letzten Skrupel genommen. Ein vierundvierzigjähriger Unternehmer hatte 1979 positive Einkünfte in Höhe von 4,6 Millionen. Ohne Verlustzuweisungen aus Abschreibungsgeschäften und Bauherrengemeinschaften in Höhe von über einer Million hätte er 2,44 Millionen an Steuern entrichten müssen. Mit der Hilfe jener überaus segensreichen Verluste verringerte er seine Schuld um 570 000 Mark auf 1,86 Millionen. Ein Freiberufler hatte noch mehr Chuzpe. Mit 52 Jahren im besten Alter stehend, verheiratet, drei Kinder, stellte er seinen 466 666 Mark Einkünften 520 834 Mark Verluste gegenüber, wodurch sich seine Steuerschuld von theoretisch 222 225 Mark auf Null verringerte. Merke: einem nackten Freiberufler . . .[13]

Lohnstreifen und Kontoauszüge können nun wieder beiseite gelegt werden. Wir haben uns bisher um die Entstehung von Einkommen gekümmert und müssen uns jetzt dringend der Verwendungsseite zuwenden. Als Einstimmung seien dem Konsumenten ein paar makroökonomische Daten an die Hand gegeben, die die Verschiebungen in der Verwendung des immer größer werdenden Sozialprodukts in der Wirtschaftswunderzeit vermitteln. Bemerkenswert ist zunächst die überproportionale *Steigerung des Konsums* gegenüber den Investitionen; die privaten Investitionen stiegen von 1970 bis 1981 um 109 Prozent, der private Verbrauch aber um 134 und der *staatliche Verbrauch* gar um 200 Prozent. Kein Wunder, daß christ- und freidemokratische Politiker da vom Investitionsstau reden und von der Verkabelung der Republik, der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und zahlreichen Nuklear-Aufträgen für die notleidende Bauwirtschaft träumen. Aber nicht nur der Verbrauch, auch die Sparwut der Deutschen (West) wuchs. Lag die *Sparquote* 1960 noch bei 8,5 Prozent, so treibt sie heute auf 16 Prozent zu.

Nun aber zurück zur Familie N. und dem neuen Gesellschaftsspiel. Man besorge sich ein kleines Vokabelheft, einen Taschenrechner und einen angespitzten Bleistift und beginne eine penible Buchführung über Höhe und Art aller Haushaltsausgaben. Wohngemeinschaften und gewissenhafte Hausfrauen und -männer sind hier natürlich bereits bestens ausgestattet und können ohne weiteres anhand folgender Ausgabenliste erneut das Maß ihrer gesellschaftlichen Normalität überprüfen. Wir erinnern uns:

	DM	in Prozent*	
Familie N. hatte 1981 –	2533,38	(100)	(100)
für den privaten Verbrauch übrig. Davon gibt sie aus:			
für Nahrungsmittel	602,13	(23,6)	(35,1)
(davon 159,46 für Fleisch, 62,41 für Brot, 60,65 für Obst und Gemüse, 93,92 in Wirtshäusern, Kneipen und Kantinen außer Haus)			
Hinzu kommen:			
für Wohnungsmiete	418,03	(16,4)	(11,2)
das Auto, den Bus, Briefporto	374,49	(14,6)	(9,7)
Möbel, Hausrat, Kleinkram	236,59	(9,3)	(10,0)
Kleidung, Schuhe	233,77	(9,2)	(11,9)
Bildung, Unterhaltung, Fernsehen	220,23	(8,6)	(6,5)
Heizung, Strom, Gas	162,26	(6,4)	(4,5)
Genußmittel (Kaffee, Tee, Tabak, Alkohol, Süßes)	96,74	(3,8)	(6,0)
Reisen, Hotels	94,78	(3,7)	(1,7)
Körperpflege, Gesundheit	83,57	(3,3)	(3,4)

* Die Zahlen in der zweiten Klammer belegen den Anteil der einzelnen Posten im Vokabelheft einer vergleichbaren Familie im Jahr 1965; der Vergleich beider Prozentzahlen zeigt, welche Verwendungsbereiche »unelastisch« und welche »elastisch« sind, d. h. sinkende oder steigende Anteile an den Haushaltsausgaben aufweisen. Man sieht: trotz EG-Agrarmarkt und den quälenden Verteuerungen der täglichen Drogen verringert sich der Anteil der einschlägigen Posten bei steigendem Einkommen, während für erste und zweite Miete, Auto und Freizeit elastische Perspektiven gegeben waren. Erst kam das Fressen, dann die weite Welt und der Duft von Freiheit und Abenteuer. (Das gilt natürlich nicht für den Haushaltstyp 1 der Statistiker; d. h. Rentner und Sozialhilfeempfänger müssen für das Notwendigste erheblich mehr ausgeben und sind damit von Preissteigerungen erheblich härter betroffen.)

Zur Abrundung dieses Spiels hier noch ein hübsches Globus-Bildchen über die Komfortausstattung unseres Modellhaushalts, RR wieder ausgenommen:

nach: *Die Zeit*, 29. 6. 1982; Quelle: Statistisches Bundesamt

Wie sieht, lieber Leser, Ihr Ergebnis aus? Zu üppig geschlemmt, zuviel geraucht und getrunken? Sind Sie diesen Sommer mit nur zwölfmal 94,78 gleich 1137,36 Mark in Kreta oder Alassio ausgekommen? Haben Sie immer noch keinen Farbfernseher, spülen Sie immer noch mit der Hand (bzw. lassen spülen)? Reichen Ihnen 560 Mark Warmmiete? – In diesem Spiel, so scheint es, gibt es nur Verlierer.

Einstürzende Neubauten

Alles war so schön gedacht und aufgebaut. Jetzt durchweht die Wirtschaftsteile unserer Medien die schmerzliche Ahnung: etwas ist geschehen, es wird nie mehr so sein wie zuvor. Die Zeit der fetten Zuwachsraten ist vorbei, die Kurven machen einen scharfen Knick nach unten:

Tabelle 6: Zuwachsraten ausgewählter makroökonomischer Größen (1960-81)

	1960-74 (jährlich)	1978	1979	1980	1981
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 9,9	+ 6,4	+ 7,5	+ 8,1	+ 4,6
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 8,7	+ 7,5	+ 7,9	+ 6,5	+ 4,1
– je Beschäftigtem	+ 8,0	+ 6,3	+ 5,9	+ 5,0	+ 4,5
Reallöhne	+ 4,0	+ 3,6	+ 1,8	– 0,5	– 1,4
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	+ 5,9	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,4	– 0,9
Nettoeinkommen aus Vermögen	+ 5,9	+ 12,6	+ 10,6	+ 2,1	+ 0,7
entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	+ 8,8	+ 5,5	+ 11,6	+ 10,6	+ 6,3
Anlageinvestitionen (nominal)	+ 8,3	+ 9,7	+ 15,2	+ 11,5	+ 1,0

Quelle: Statistisches Bundesamt (1981, 1982)

Das ist die wirkliche Tendenzwende dieser Republik, die liebgewordene Beziehungen zwischen Gewinnen, Löhnen, Steuern und Sozialleistungen mächtig ins Wanken bringen wird. Anstelle eines mannaähnlichen Kaufkraftzuwachses steht jetzt ein beträchtlicher *Reallohnverlust* an. Wie dramatisch muß die Lage sein, wenn ein Gewerkschafter auf dem immer mit großem Stolz vorgezeigten »Teilgebiet der Einkommenspolitik . . . die Arbeit unserer Organisation nicht als erfolgreich ansehen« kann (Franz Steinkühler, IG Metall)?![14] Auch die Ende der 70er Jahre noch einmal kräftig angeschwollenen *Nettogewinne* der Unternehmer gehen in den Keller; selbst strahlende Branchen wie die Auto- und chemische Industrie krebsen knapp über dem Nullwachstum. Privater und demnächst (nach diversen Bonner Sommerinszenierungen) auch staatlicher Verbrauch gehen ebenfalls zurück; Warenhäuser und Baufirmen singen ein Lied davon. Und während die öffentlichen Haushalte mit großen Steuerausfällen rechnen müssen und oft kaum noch die Schuldzinsen und die Gehälter aufzubringen wissen, wachsen die Anforderungen ans Sozialbudget ins Unermeßliche.
Werden die Deutschen nun ärmer, wie es die bange (?) Frage jener schon mehrfach erwähnten Wirtschaftsredakteurin erwarten läßt? Um die Supereichen wird man sich keine Sorgen zu machen brauchen. Bevor man sie mit weiteren Steuererleichterungen überhäuft, möchte ich die Ergebnisse einer

(natürlich nicht repräsentativen) Umfrage zur Kenntnis bringen, die den Verbrauch an Luxusgütern betrifft. Die Weltfirma Daimler Benz teilt beispielsweise mit, der Umsatz der »S-Klasse« (incl. 500er Coupé und Cabrio, allesamt ab 40 000 DM aufwärts) sei zwar 1981 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent zurückgegangen, aber dies sei eher auf den noch so kurz zurückliegenden Modellwechsel als auf eine wirkliche Kaufkraftermattung derer mit dem guten Stern zurückzuführen. Im nächsten Jahr werden die Damen und Herren schon wieder zugreifen. Der »Bundesverband der Juweliere« (Sitz: Königstein/Taunus) läßt für 1981 ein schwaches Umsatzplus von nur zwei Prozent ausrichten; aber das muß auch eher an einer pekuniären Kurzatmigkeit des Mittelstandes liegen, denn die Colliers und Ohrhänger ohne Preisschild gehen immer noch vorzüglich. Auf ähnliche Weise erklärt sich der »Verband der Rauchwaren- und Pelzwirtschaft e. V.« den geradezu katastrophalen Einbruch um minus 7,7 Prozent, den die Pelzhändler 1981 zum ersten Mal seit der Währungsreform zu beklagen hatten. Lassen wir es dabei: ich vermute einfach, der »Ring deutscher Makler«, die Schlemmerlokale, die Spielbankenkonzessionäre, die Ferrari-Importeure und die Yachtverkäufer beunruhigen sich ebenfalls weniger um die wirklich Reichen als um den leicht geschwächten oberen Mittelstand, der sich – krisenpsychologisch verständlich – hinter einer ärgerlich hohen Sparquote verschanzt. Crisis! What Crisis?

Wir verlassen die Nobelquartiere und begeben uns in die bescheideneren Vororte und in die »sozialen Brennpunkte«. Dort wird von überhasteten Notverkäufen hypothekenbeladener Eigenheimrohbauten berichtet, von wachsender Verschuldung bei Teilzahlungsbanken und Kredithaien, von Pfändungen und Offenbarungseiden. Die Telefonseelsorge und die Lottoannahmestellen werden intensiv beansprucht, und die Anträge auf Wohngeld und Sozialhilfe nehmen rapide zu. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger lag 1980 schon bei 2,3 Millionen; sehr junge Leute, Arbeitslose »besten Alters« und Rentner kommen täglich in nicht unbeträchtlicher Zahl dazu. Es wären noch mehr, wenn tatsächlich alle Anspruchsberechtigten, die das bisher aus Scheu oder Unkenntnis noch nicht getan haben, gleich morgen Anträge stellen würden. Eine allgemeinverständliche Demonstration des Anrechts auf Wohngeld, »Hilfe zum Lebensunterhalt« und andere laufende oder einmalige Sozialleistungen zu bester Sendezeit im Abendprogramm hätte mit Sicherheit subversivere Wirkungen als die inquisitorisch vom Staatsschutz verfolgte Broschüre über geschicktes Krankfeiern. Denn die Zahl der Anspruchsberechtigten nimmt mit jeder Firmenpleite, jeder Lehrstelleneinsparung und jeder Mietpreisfreigabe zu.

Das zeigt eine einfache Rechnung: ein durchschnittlich verdienender Industriearbeiter (verheiratet, zwei Kinder) bringt monatlich 1912 Mark nach Hause. Damit liegt er ohnehin nur wenige Mark über dem für einen Vier-

Personen-Haushalt gültigen Sozialhilfesatz von ca. 1800 Mark. Wenn dieser Industriearbeiter nun arbeitslos wird, hat er ein Anrecht auf etwa 1300 Mark Arbeitslosengeld, später auf etwa 1100 Mark Stütze. Sofern der Haushalt keine anrechenbaren sonstigen Einkünfte aufweist und keine reichen Verwandten vorhanden sind (was in Bitburg/Eifel oder Duisburg-Hamborn nicht eben häufig vorkommt), besteht automatisch ein Anrecht auf Hilfe zum Lebensunterhalt von seiten des Sozialamts. Bisher waren davon und von den weiteren Segnungen des staatlichen Transfersystems soziale *Rand*gruppen betroffen. Aber nicht ganz zu Unrecht quält die Koalitionstaktiker in Bonn die Vision einer von den *Kern*gruppen losgetretenen Anspruchslawine, wenn nicht . . . ein Wunder geschieht?

Bonner Sommertheater

Diese Vision ruft auch den einfachen Sozialdemokraten an der Basis auf den Plan. Der *Spiegel* (Frau Merklein?) zitiert aus dem Brief der SPD-Betriebsgruppe des Bezirksamts Hamburg-Nord an Willy Brandt: »Die Mitglieder hier im Hause, insbesondere die im mittleren Dienst und die Arbeiter, finden es empörend, wenn nicht gar provozierend, wenn sie sehen, daß ein Sozialhilfe-Empfänger mehr an Barmitteln zur eigenen Verwendung hat als sie selbst, die sie den ganzen Tag arbeiten.« Und die Mitglieder des Hauses kommen dann auf das anschauliche, aus dem Leben gegriffene Beispiel einer »Raumpflegerin im öffentlichen Dienst, Monatslohn 1670,85 Mark, alleinstehend, zwei Kinder«, die »mit 814,83 ihr Auskommen finden (mußte), einer alleinstehenden Sozialhilfeempfängerin verblieben dagegen 974 Mark« (Nr. 22/1982). Während der Leser noch darüber rätselt, ob sich die Hamburger Genossen nun für ein höheres Nettogehalt der Raumpflegerin oder für eine Senkung der Einkünfte der Sozialhilfeempfängerin (die ja den ganzen Tag nicht arbeitet!) stark machen, haben die Sozialdemokraten in verantwortlicher Position mit liberaler Hilfestellung das Problem schon mutig angegangen. Statt die spartanischen Regelsätze anzuheben (sie liegen z. Z. bei 340 Mark für den Haushaltsvorstand, zwischen 153 und 306 Mark für jedes Kind, 272 Mark für Ehepartner, zuzüglich Beihilfen, evtl. Mehrbedarfszuschlägen und Mietkostenübernahme), werden sie 1982 und 1983 um maximal drei Prozent »angepaßt« (gemessen am Preisindex also real jährlich um ca. drei Prozent *gesenkt*).
Weitere Änderungen des Bundessozialhilfegesetzes in dieser Richtung sind bzw. werden gerade beschlossen. Als Resultat dieser »Operation 82« werden irgendwann Raumpflegerin und Sozialhilfeempfängerin mit gleich wenig Geld auskommen. Solidarität ist eben alles.
Die Akteure des Bonner Sommertheaters sind soeben dabei, das Ende einer

Epoche zu spielen. Dabei geht ihnen der Text aus, denn der Sozialstaat muß die Vorstellung nach der Ouvertüre leider abbrechen. Bisher haben alle ihren Part gespielt: Maria Braun ließ es sich bei der Vermehrung ihrer Gelder und Häuser wohl sein, für Veronika Voss sorgten die Suchtkliniken und die Bundesversicherungsanstalt. Wer einfach nur fordert, der Sozialstaat müsse sich jetzt eben linear-progressiv weiterentwickeln, der übersieht natürlich, daß damit nur die Symptome einer Krankheit notdürftig versorgt werden können, die sich gesellschaftliche Desorganisation nennt. Die irrationale Verschleuderung von Mitteln und Phantasie, die irrwitzige Fehlverteilung der Arbeit und die horrende soziale Vereinzelung, die nun mehr und mehr Klienten in die durchaus nicht liebevollen Arme des Sozialstaats treibt, lassen sich auch nicht durch eine Haushaltsoperation *zugunsten* des Sozialetats beseitigen. Das haben nun sogar linke Kritiker des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates erkannt, deren einziger Makel häufig darin besteht, daß sie von Bafög bis Beamtenpension selbst lebenslange Nutznießer staatlicher Transfers sind. Dafür hassen sie die Bürokratie, verdammen die Passivität und Anspruchshaltung der wachsenden Sozialklientel und geißeln die traditionelle Staatsfixiertheit der Linken. Aus weichen Lederfauteuils verkünden sie den »postkeynesianischen Ökosozialismus«. Gut gebrüllt, Löwen. Da applaudieren auch die Konservativen, die gerade die »Trittbrettfahrer des Sozialstaats« ins Visier genommen haben und damit weniger die Zahnärzte und Hochschulprofessoren meinen, die bekanntlich auf keinen Pfennig Gehalt verzichten können, weil ihre Arbeitsmotivation sonst nicht wiedergutzumachenden Schaden leiden würde.
Statt einfach den Vorhang fallen zu lassen oder ein mieses Stück stammelnd zu Ende zu improvisieren, hat die Souffleuse einen lichten Augenblick, der dem Sommertheater eine überraschende Wende gibt. Unter dem Grollen eines mächtigen Theaterdonners drängt die Komparserie nach vorn, der Kriegsminister schnallt den Gürtel enger, die Reichen geben unter sanftem, aber bestimmtem Druck ihre liebgewordenen Steuergeschenke und Subventionen zurück, und die Bedürftigen erhalten ihren Anteil. Wenn der Vorhang endlich gefallen ist, denken sich geeignete Autoren ein besseres Stück aus.

Anmerkungen

1 Karl Marx, *Das Kapital*, Bd. 3, 48. Kapitel, (Ullstein-Ausgabe) Berlin 1971, S. 763.
2 in: F. Klanberg/H. J. Krupp (Hg.), *Einkommensverteilung*, Königstein 1981, S. 269-90. Als Standardwerk gilt Gerold Blümle, *Theorie der Einkommensverteilung*, Berlin-Heidelberg-New York 1975 und öfter.
3 so K. D. Bedau/B. Freitag, in: *DIW-Wochenbericht*, H. 2-3, 1981, S. 154. Kritisch auch

Michael Jungblut, *Die Reichen und die Superreichen in Deutschland*, Reinbek 1973, S. 25 ff.; hat an Aktualität nichts eingebüßt.

4 Neben den verschiedenen Fachserien des Statistischen Bundesamtes (veröffentlicht im Kohlhammer-Verlag) sind hier vor allem die laufenden Veröffentlichungen in *Wirtschaft und Statistik* zu konsultieren, z. B. Klaus Schüler, »Einkommensverteilung und -verwendung nach Haushaltsgruppen«, *WiSt* 2/82, S. 75-91. Weitere Daten im folgenden auch nach Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, *Einkommens- und Vermögensverteilung 1979* (1980) und *Sozialbericht 1980* (1981) sowie Gerhard Göseke/K. D. Bedau, *Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der BRD 1955-1974*, DIW, Beiträge zur Strukturforschung 49, 1978.

5 Ergebnisse in Transfer-Enquête-Kommission, *Das Transfersystem in der BRD*, Stuttgart 1981.

6 Typ 2 wird seit 1949 erfaßt, Typ 1 (2-Personen-Haushalt von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen) seit 1954, Typ 3 (4-Personen-Haushalt von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen) seit 1964. Die Teilnahme der ausgewählten Haushalte ist freiwillig; meist melden sich Haushalte mit *über*durchschnittlichen Einkommen. Anzumerken ist, daß sich die Gestalt der westdeutschen Haushalte seit den 50er Jahren stark verändert hat. Ihre Zahl nimmt stärker zu als die der Gesamtbevölkerung, wodurch sich die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,9 auf 2,6 Personen (1974) verkleinert hat. Vor allem nehmen landwirtschaftliche Vielpersonenhaushalte ab, Rentnerhaushalte mit ein bis zwei Personen und »Singlehaushalte« ganz allgemein zu. Die Bedeutung zuverdienender Ehefrauen und mitzuversorgender Auszubildender ist ebenfalls gestiegen, und die Zahl der Erwerbspersonen ging schon seit 1957 relativ zurück.

7 Dazu Hermann Adam, *Der Kampf um Löhne und Gewinne*, Köln 1979.

8 Als goldene Regel oder »loi naturel« à la Vilfredo Pareto bezeichnen Klanberg/Krupp (a. a. O., S. 290), daß die unteren 20% der Haushalte 5% des Einkommens, die oberen 20% der Haushalte 40% des Einkommens erhalten. S. auch Thomas Stark, *The distribution of income in eight countries*, London 1977.

9 So Bruno Gleitze, *Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik*, Köln 1969; Wilhelm Krelle u. a., *Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer*, Tübingen 1968, aufgenommen z. B. von Urs Jaeggi, *Macht und Herrschaft in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1969, und Jürgen Roth, *Armut in der Bundesrepublik*, Frankfurt 1974 (neu 1979).

10 nach Ergebnissen der Nürnberger Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung, in: *Fischer Informationsatlas*, Frankfurt 1982, S. 102 f.

11 Aus ihrer Feder zwei *Spiegel*-Serien: »Griff in die eigene Tasche« und »Die Deutschen werden ärmer« (1981 und 1982).

12 Vgl. die Veröffentlichungen des Karl-Bräuer-Instituts, z. B. »Bilanz der Abgabenbelastung« (Ms. August 1979).

13 »Vorschläge zum Abbau von Fehlentwicklungen im Steuerrecht«, Pressemitteilung vom 28. 6. 1982. Weitere Tricks z. B. in *Spiegel* 51/1981 oder *Die Zeit*, 4. 6. 82 (vor allem im Wohnungsbau). Wie bei uns noch jede Steuer*reform* die Chancen der Besserverdienenden erhöht hat, demonstriert Jörg Goldberg, »Lohnsteuer und Steuerentlastung 1981«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr. 11/1980, S. 1394 ff.

14 So Franz Steinkühler, IG Metall, in: *Frankfurter Rundschau*, 26. 2. 1982.

5 Jahre fischer alternativ

November 1977 – November 1982

„Nur wenn es uns gelingt, die Alternative einer Gesellschaft und Technik mit menschlichem Gesicht zu entwickeln und durchzusetzen, können wir der Selbstzerstörung durch eine ungehemmte Expansion entkommen."
E. F. Schumacher

Um dies zu verwirklichen sollen auch weiterhin in der Reihe „fischer alternativ" Ideen, Entwürfe und Leitsätze für eine solche neue Praxis – die zur Erhaltung der Umwelt und zur Sicherung der Arbeitsplätze beiträgt – vermittelt werden.

Eine Auswahl der wichtigsten Bücher aus der Reihe fischer alternativ:

Die neuesten Daten, Fakten und Trends in der Ökologie- und Umweltdiskussion

■ Bd. 4002/DM 7,80

■ Bd. 4057/DM 12,80 ■ Originalausgabe

Bd. 4006/DM 8,80

■ Bd. 4014/DM 6,80

Bd. 4019/DM 9,80

Bd. 4030/DM 8,80

■ Bd. 4046/DM 6,80

■ Bd. 4047/DM 5,80

Bd. 4049/DM 12,80

■ Bd. 4054/DM 7,80

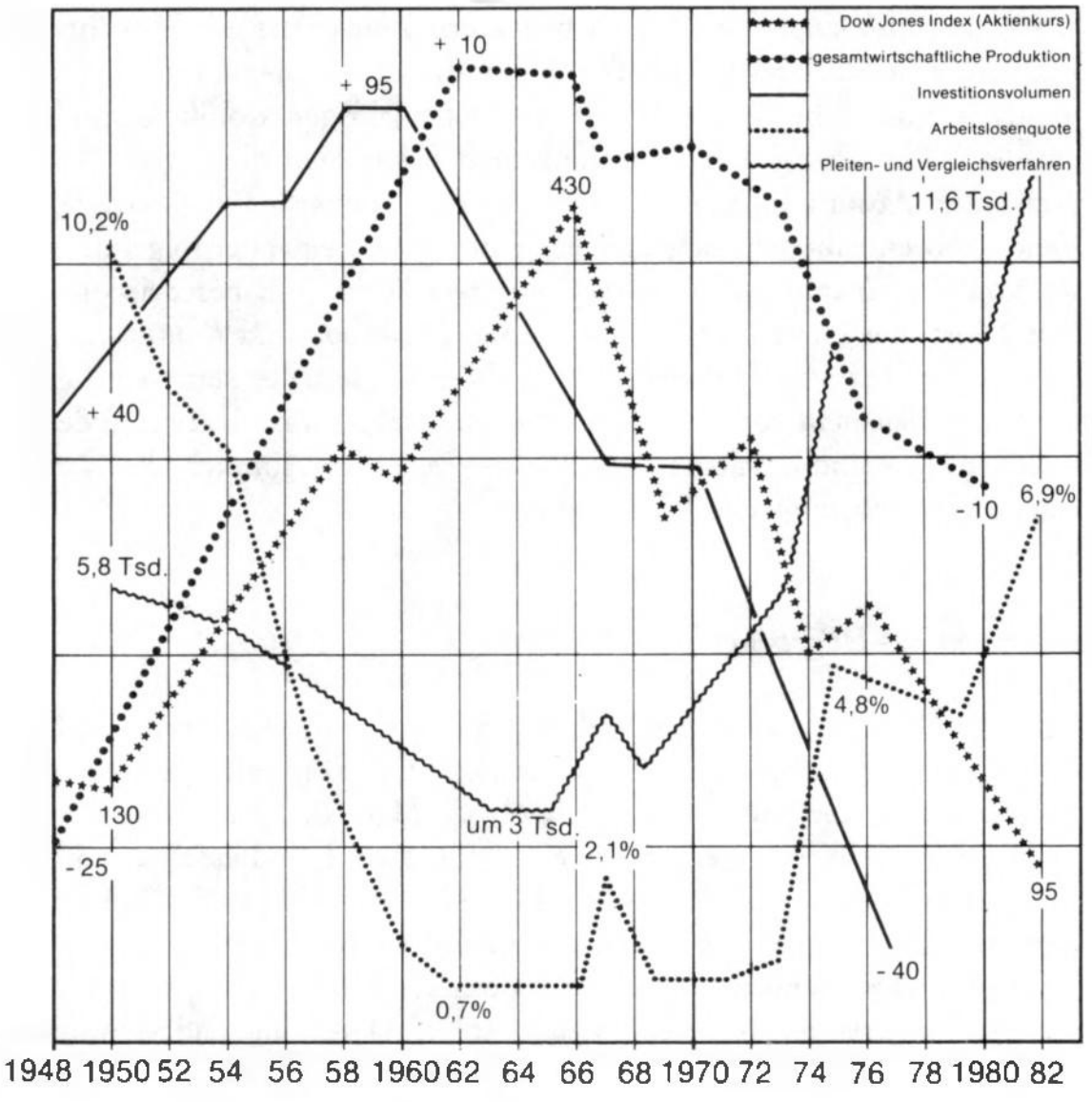
■ Bd. 4055/DM 7,80

■ Bd. 4058/DM 7,80

■ Bd. 4067/DM 6,80

Joseph Huber
Die vier Jahreszeiten der westdeutschen Wirtschaft

Alle Welt kennt heute die vier- bis siebenjährige Hausse und Baisse der kapitalistischen Konjunktur. Weniger bekannt, weil unsere kurzatmige Politik länger als in vier- bis siebenjährigen Wahlperioden kaum denkt, ist das langfristige, 40- bis 60jährige Auf und Ab in der industriellen Entwicklung, die sogenannten »langen Wellen«. Sie zeigen sich in allen Industrieländern, die Anschluß an den Weltmarkt gefunden haben, und deutlicher denn je in der weltmarktintegrierten Bundesrepublik:



Für die Zeit von 1948 bis 1982 zeigen die drei gebirgsförmigen Kurven die Entwicklung der Investitionen, der gesamtwirtschaftlichen Produktion und der Aktienkurse, die beiden talförmigen Kurven die Entwicklung der Pleiten und der Arbeitslosigkeit.[1] Aus den Kurven ist klar zu erkennen, daß es einen langen Aufschwung gegeben hat, bis zu dem Höhe- und Umschlagpunkt von 1966/67, und danach eine absteigende Entwicklung.
Diese »langen Wellen« lassen sich in gleicher oder ähnlicher Weise auch für die anderen Industrieländer zeichnen. Wie es scheint, hat man sich für die langfristigen »Flut- und Ebbeperioden«, wie der holländische Sozialist Jan van Gelderen sie nannte, vor allem dann zu interessieren begonnen, wenn die Zeiten schlecht waren. In wirtschaftlich besseren Zeiten dagegen ließ das Interesse daran so sehr nach, daß sie fast in Vergessenheit gerieten. Einen ersten Forschungsboom gab es in den 20er und 30er Jahren. Wichtige Beiträge kamen damals u. a. von Arthur Spiethoff (1923), N. D. Kondratieff (1924) und Joseph Schumpeter (1939). Im Verlauf der 70er Jahre erlebte dieser Forschungszweig einen erneuten Aufschwung, vor allem durch die Arbeiten von Ernest Mandel (1972) und Gerhard Mensch (1975).[2]
Was haben die langen Wellen zu bedeuten? Zunächst sind sie nichts als statistische Bilder: Trendperioden. Die langfristigen Auf- und Abschwungtrends werden dabei von den vier- bis siebenjährigen Konjunkturzyklen umspielt. Für diese kurzen Konjunkturen bestimmen die langen Wellen nach einem Ausdruck von A. Spiethoff die »ökonomische Großwetterlage«. Viele Autoren haben die langen Wellen auch als aufeinander folgende Phasen von *beschleunigtem* und *verlangsamtem* Wachstum beschrieben. Bei Mandel ist von Phasen die Rede, in denen *Expansion* und *Kontraktion* als »Grundtonalität« vorherrschen. Man könnte deshalb statt von einer »Welle« genausogut von einer »Treppe« oder vielleicht noch etwas anderem sprechen. Das sind letztlich nur bildhafte Vergleiche – sinnliche Eselsbrükken zu einer unsinnlichen Wirklichkeit.

Der Atem des Ungeheuers

Über die Ursachen der langen Wellen gab und gibt es kontroverse Auffassungen, die u. a. davon abhängen, ob man als Ökonom oder als Sozialwissenschaftler an die Sache herangeht, ob als Marxist, Monetarist, Marktgleichgewichts-Theoretiker oder wie sonst. Obwohl die Leute sich mit ihren Theorien gegenseitig furchtbar auf die Nerven gehen, halte ich die meisten ihrer Erklärungen für durchaus miteinander vereinbar.
Der gemeinsame Nenner dürfte der Hypothesenspur von Parvus – van Gelderen – Sombart – Schumpeter – Mensch folgen.[3] Diese und andere Autoren messen zunächst der technischen Entwicklung die tragende (nicht jedoch

treibende) Bedeutung bei. Technische *Basisinnovationen* (nach Gerhard Mensch z. B. Dampfmaschine, Eisenbahn, Elektromotoren und Automobil), daraus folgende *Verbesserungsinnovationen* und im Ausklingen dann nur noch *Scheininnovationen* bilden das technologische Entwicklungsskelett, um das herum der Wirtschaftskörper von Arbeit, Kapital und anderen Ressourcen sich formt und an dem die wirtschaftlichen Entwicklungen im engeren Sinn sich auf- und abranken.

Die Grundlagen liefern Erfinder und Pioniere. Mit ihren Innovationen eröffnen sie gänzlich neue Märkte und entsprechend auch neue und langfristig profitable Anlagemöglichkeiten. Damit kommen Investitionen, Kredit- und Wertpapierausgabe, Nachfrage und Beschäftigung auf Touren. Die Preise steigen. In dieser »aufwärts« gerichteten, expansiven Phase herrscht eine entsprechend permissive Wirtschaftspolitik vor.

Eine lange Welle erreicht ihren Höhepunkt, wenn das Neuerungspotential eines Technologiekomplexes erschöpft ist und damit zusammenhängende Märkte gesättigt sind, wie dies heute z. B. bei Kunstfasern und Autos der Fall ist. Dann entstehen langfristig Überkapazitäten und Kapitalüberhänge. Protektionismus macht sich breit, um sich gegenüber dem drohenden Verdrängungswettbewerb abzuschotten. Monopole neigen zu Gentlemen's agreements. Bei funktionierendem Wettbewerb sinken die Preise. Umsatz, Beschäftigung usw. nehmen ab, Pleiten und Fusionen sowie Spekulationen mit »herumirrenden« Finanzmassen dagegen zu. In schlimmeren Fällen kommt es zu schweren Einbrüchen wie beim Schwarzen Freitag 1929.

Je weiter diese »abschwingende« oder stagnierende Entwicklung geht, desto größer wird die Chance für neue Pioniere. Denn Erfindungen und Entwicklungen werden zwar jahrein jahraus gemacht, aber solange das Geld in alten Industrien profitabel angelegt ist, sind weder Interesse noch Geld noch genug Kraft für bahnbrechende Neuerungen vorhanden. Diese werden erst mit der Krise freigesetzt. Neue Technologien bzw. neue Industrien und neue Gründer erhalten jetzt die Chance für ihren Auftritt – als neue Besetzung in alten Rollen, als neues Stadium einer allgemeinen Entwicklung.

Aus dieser Sicht liegen also die *Antriebe* in gewissen menschlichen Bedürfnislagen und Werten unserer Zivilisation, etwa den von Erich Fromm so genannten »Haben«-Werten, der christlichen Arbeitsethik, dem Macht- und Gewinnstreben. Diese *wirken* in den *Bedingungen* des jeweiligen (nationalstaatlich-multinationalen) Institutionen- und Marktgefüges. Das *Mittel* dazu ist der technische Fortschritt, also die Industrialisierung, als das tragende und gestaltgebende Skelett. Heraus kommt dabei das Wirtschaftswachstum. Solange diese Antriebe und Bedingungen bestehen und solange immer wieder neue Technologien und Mittel verfügbar gemacht werden können, wird man auch mit langen Wachstumswellen rechnen müssen.

Die industrialisierte Welt hat bisher wenigstens *vier* solche langen Wellen,

Zyklen, »Stadien« oder wie immer, durchlaufen.[4] Sie bilden den Grundrhythmus der kapitalistischen Weltwirtschaft, in dem »der Atem des Ungeheuers in ganz großen Zügen wahrnehmbar ist« (Werner Sombart)[5].

– Die erste Periode ist die der ursprünglichen industriellen Revolution. Sie dauert von der Zeit der Französischen Revolution 1789/93 bis zur Zeit des Vormärz und der Revolution von 1948 mit dem Umschwung zum Ende der Napoleonischen Kriege um 1815. Die *Dampfmaschine* und der *mechanische Webstuhl* sind die wichtigsten Basisinnovationen. Die handwerklich-agrarische Arbeitsweise ist noch vorherrschend, die industrielle Organisation beginnt erst ihren großen Aufstieg. Der Kapitalismus ist gewissermaßen noch »anarchisch« (Manchester-Kapitalismus) und liegt im Kampf mit dem feudalen Großgrundbesitz. Es ist zugleich die Zeit des Frühsozialismus oder utopischen Sozialismus.

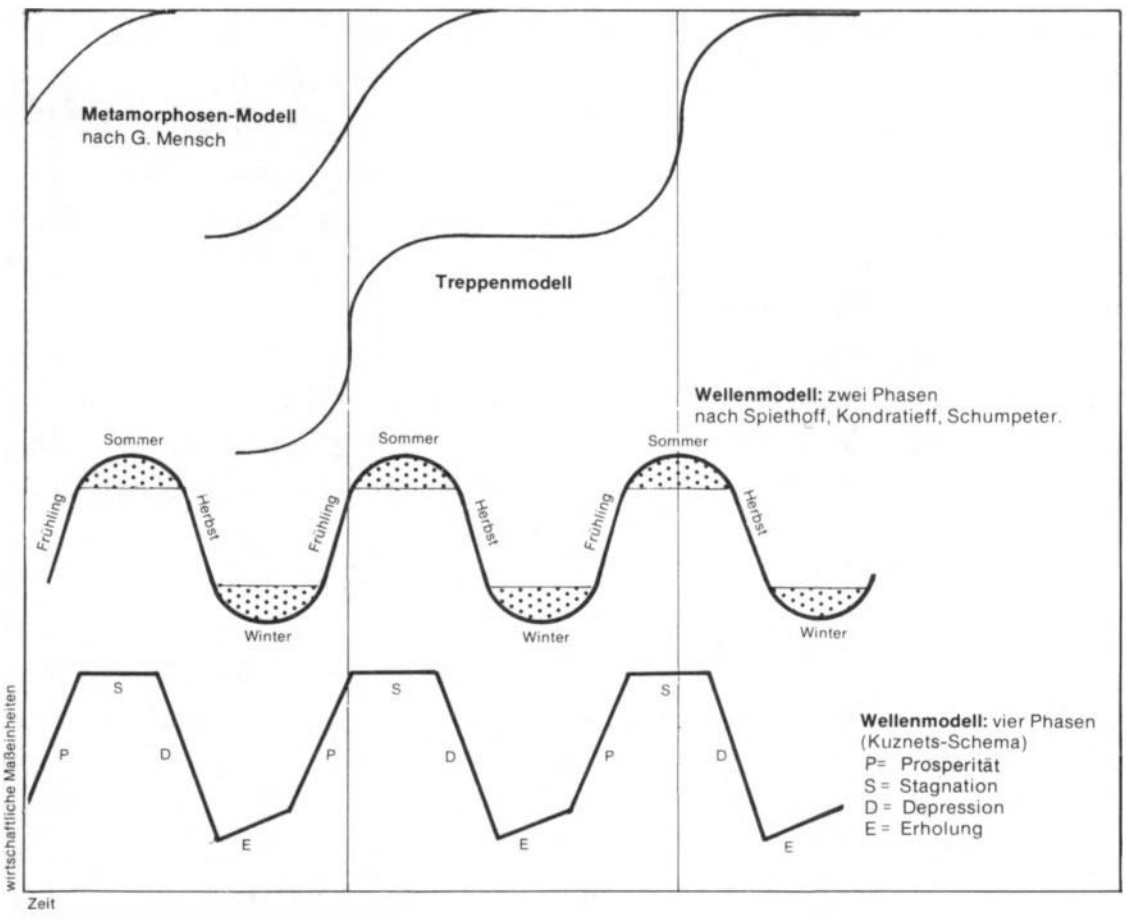
– Die zweite Periode ist die des *Eisenbahnbaus* und der Dampfschiffahrt. Sie dauert von etwa 1848 bis in die Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts, mit dem Umschwung im Zenit der Gründerjahre und den folgenden Börsenkrächen um 1870/73. Dies ist die Glanzzeit der Bourgeoisie und die Zeit ihrer ersten »Großen Depression«. Es ist zugleich die Elendsepoche des Proletariats, die Zeit des hemmungslosen Konkurrenzkapitalismus, der entstehenden Fabriken und Industriereviere, der Formierung der Aktiengesellschaften und Industriebanken, der Gewerkschaften und sozialistischen Parteien – die Entstehungszeit der »blauen Bände«, des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels.

– Die dritte Periode wurde durch die *Elektrifizierung* und Chemisierung eingeleitet. Sie dauert von ca. 1895 bis zur Mitte der 30er Jahre bzw. bis zum Zweiten Weltkrieg, mit dem Umschwung zur Zeit des Ersten Weltkriegs und der Russischen Revolution. Dies ist die Zeit der Belle Epoque und der zweiten großen Depression, die Zeit des vollendeten Hochkapitalismus, der Trusts und Monopole und der Formierung des Finanzkapitals, aber auch der Hochblüte der Arbeiterbewegung – und ihrer Spaltung in kommunistische (revolutionär-rätezentralistische) und sozialdemokratische (reformerisch-parlamentarische) Zweige.

– Die vierte Periode ist die Zeit der *Massenmotorisierung* und überhaupt des Massenkonsums solcher Produkte wie Plastikeimer (Kunststoffe), Nylonhemden (Kunstfasern) oder Plattenspieler (elektrotechnische Massenmedien). Sie begann, nach einer Verzögerung durch den Zweiten Weltkrieg, in den 40er Jahren, befand sich Mitte der 60er Jahre auf dem Höhepunkt und hat ihr Ende noch nicht erreicht. Dies ist der »Spätkapitalismus« (eine möglicherweise reichlich irreführende Bezeichnung), ganz sicher aber die Zeit der Manager und Bürokraten, der multinationalen Konzerne und Kombinate. Es ist die Zeit des realen Sozialismus Ost und des sozialdemokratischen Realismus West.[6]

Die »vier Jahreszeiten« der Bundesrepublik

Das einleitende Schaubild zeigte die letzte lange Welle am Beispiel der Bundesrepublik. Tatsächlich ist die Geschichte der Bundesrepublik vor dem Hintergrund der langen Wellen besonders interessant – und sie stößt uns mit der Nase auf eine Tatsache, die wir nicht gerne wahrhaben: die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik beginnt nicht mit ihrer Gründung, sondern mit dem Beginn der Nazi-Diktatur. Würde man die Kurven zeitlich noch weiter zurückverfolgen, so könnte man sehen, daß der absolute Tiefpunkt der Entwicklung 1933 lag. In der Depression der 20er Jahre sanken die Aktienkurse auf ihren tiefsten Stand. Die Arbeitslosigkeit war von 1928 bis 1933 von ca. 5 Prozent auf 26 Prozent gestiegen, und der Gehlhoffsche Preisindex zeigt für diesen Zeitraum einen Fall von 160 auf 100.[7] Danach, also mit Beginn der Nazi-Diktatur, nahm die Arbeitslosigkeit wieder ab, und die Aktienkurse und Preise zogen an, allerdings nur zögernd.
Dem Amerikaner Kuznets, der als »Buchhalter der Nation« einen Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften bekommen hat, verdanken wir die genauere Darstellung des zweiteiligen Wellenschemas als vierteiligen Zyklus: Auf eine Phase der »Prosperität« folgt eine Phase der »Stagnation«, die dann in eine »Depression« umkippt und schließlich durch eine Phase »zögernder Erholung« aufgefangen wird (siehe Schema).



Tatsächlich entspricht nach dem Kuznets-Schema die Zeit von 1933 bis 1939 – dann durch den Krieg verzerrt und verzögert bis 1948 – der Phase der »zögernden Erholung« nach einer Phase der »Depression«. Mit der Währungsreform von 1948 in Westdeutschland und dem Korea-Boom 1950/51 begann eine unvergleichliche Phase weltweiter »Prosperität«, die – dem Kuznets-Schema zufolge – 1967 in eine Phase der »Stagnation« überging. Wenn die letzten Entwicklungen nicht täuschen, dürften wir nun seit dem sogenannten Zweiten Ölpreisschock von 1979/80 erneut in eine Phase der »Depression« eingetreten sein.

Bei dieser Art der Betrachtung gehen allerdings manche charakteristischen Wendemarken der jüngsten Wirtschaftsgeschichte verloren, z. B. die genauere Ortung der Wirtschaftswunder-Ära seit Mitte der 50er Jahre oder der Ölpreisknick von 1973. Diese Daten sind jedoch so wichtig, daß im Hinblick auf die Bundesrepublik (aber auch auf andere Industrieländer) eine etwas andere Betrachtungsweise angemessener erscheint.

Bei dem vierteiligen Kuznets-Schema liegt das Bild der vier Jahreszeiten greifbar nahe, und tatsächlich möchte ich den Abschnitt um einen Hochpunkt herum hier einmal »Sommer« nennen, den um einen Tiefpunkt »Winter«, die entsprechenden Übergänge »Frühling« und »Herbst« (siehe Schema) – denn genau dies wird den herausragenden Ereignissen der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte am besten gerecht. Durch diese Brille stellt sich die jüngste lange Welle folgendermaßen dar:

Das letzte, tiefste »Frostjahr« der deutschen Wirtschaft war 1933. Diese Jahreszahl markiert den Tiefpunkt eines »Wirtschaftswinters«, der – gemessen an der Produktion, der Arbeitslosigkeit, den Preisen u. a. – um die Mitte der 30er Jahre überstanden war. Die erste Autobahn 1935 und der Aufbau der Volkswagen-Werke 1936/38 stehen für einen epochalen Neubeginn, nämlich für das industrielle Schlüsselprojekt des sich ankündigenden neuen Aufschwungs: die Massenmotorisierung.

Das mag manchen nicht gefallen, aber es entspricht den Tatsachen, daß der Nationalsozialismus die Rettung des Kapitalismus in Deutschland gewesen ist und mit ihm, wirtschaftlich gesehen, ein »Frühling« einsetzte. Allerdings wurde dieser durch den Zweiten Weltkrieg und besonders durch die wirtschaftlich eisige Nachkriegszeit vorübergehend wieder zunichte gemacht. Von 1944 bis 1948 kehrte der »Winter« gewissermaßen noch einmal zurück. Die neuen Knospen brauchten dann bis zum Boom von 1955, um in voller Blüte aufzugehen. Mit diesem Datum beginnt das sogenannte Wirtschaftswunder, der bundesdeutsche »Sommer«, der nicht nur hierzulande ungewöhnlich lange anhielt. Einschließlich der »Hochsommerunwetter« von 1966/67 und des »Spätsommers« dauerte er bis zum sogenannten Ölschock 1973. Seither ist der »Herbst« eingekehrt, und manches spricht dafür, daß dieser 1980 in einen neuerlichen »Winter« übergegangen ist.

Der Frühling (1945 – 1948 – 1955)

Im Hinblick auf Deutschland muß man bei der Nachkriegszeit zwischen der Periode von 1945–48 und dem darauf folgenden eigentlichen »Frühling« von 1948–55 unterscheiden.

Bei Kriegsende, so schien es damals, war innenpolitisch alles »offen«. Sozialismus, Enteignungen, Planwirtschaft, Bodenreformen – all das stand zur Diskussion; sogar im merkwürdigen Ahlener Programm der CDU von 1947 war es gefordert worden. Auf einem Wahlplakat der CDU von 1946 hieß es wörtlich: »Arbeiter der Stirn und Faust! Wir stehen am Anfang einer Zeitenwende! Das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter ist vorbei! Dem Sozialismus gehört die Zukunft!«[8] Aus dem Abstand von heute wird deutlich, daß dies nichts war als Trümmerschall und Nachkriegsrauch. Nichts war offen. Die grundlegenden Weichenstellungen technologischer, welt(markt)politischer und damit auch wirtschaftspolitischer Art *waren* bereits erfolgt. Die dickeren Verästelungen am Baum dieser Geschichte wuchsen folgegerecht. Im Abschwung und »Winter« der vorangegangenen langen Welle hatte sich die Metamorphose des Weltsystems angebahnt, und mit Ende des Zweiten Weltkriegs war die neue Gestalt hervorgetreten: Ende der kolonialistischen Imperien und nationaler Aufstieg von ehemaligen Kolonien (allen voran China); globale Blockbildung in Ost und West; hegemonialer Triumph der USA.[9] Zumal in Deutschland, das bedingungslos kapituliert hatte, konnte sich nur durchsetzen, was diesem Rahmen Tribut zollte.

Die Öffentlichkeit im In- und Ausland beschäftigte sich noch ausgiebig mit den unmittelbaren Kriegsfolgen bis zum Elendswinter von 1947/48. Es ging um die Ost-West-Spaltung oder die Einheit der Besatzungszonen, um Reparationszahlungen, Demontagen, Lebensmittelrationen und Schiebereien auf dem schwarzen Markt. Aber die interessierten Kreise in den USA und ihre Erfüllungsgehilfen in Deutschland hatten längst entschieden, und zwar teilweise schon in den Kriegsjahren. Die deutsche Industrie rechnete seit 1944 mit der Niederlage, und im Rahmen der Reichsgruppe Industrie machte sich Ludwig Erhard einen Namen, indem er Pläne entwarf, was nach dem Krieg zu geschehen habe. Kernstück war eine Währungsreform – und dies deckte sich bald mit den Vorstellungen der Amerikaner.[10]

1945 bereits stellte Churchill fest, der »Eiserne Vorhang« sei heruntergegangen. Die alliierten und sowjetischen Besatzungsgrenzen wurden zur Konfrontationslinie zwischen der Sowjetunion und den USA, die beiden Teile Deutschlands wurden (und blieben bis heute) vorgeschobene Außenposten der Siegermächte. Wenn in dieser Zeit auch viele Traditionen gebrochen wurden, die traditionelle Rolle (West)Deutschlands als Bollwerk gegen den Osten wurde mehr denn je verstärkt. Im Sinne dieser Rolle mußten Westeuropa und die Westzonen wirtschaftlich schnellstens wieder aufgerichtet

und militärisch wieder aufgerüstet werden. Beides ging seit 1947 Hand in Hand.

Bereits 1944 hatten die Amerikaner in Bretton Woods ihren Dollar als neue Leitwährung des Weltwährungssystems durchgesetzt. 1947 wurde der Marshall-Plan verkündet (European Recovery Program – daher heute noch: ERP-Mittel). Mit diesem Programm strömten Milliarden der neu gekrönten Dollars, aber auch Warenlieferungen, nach Europa. Die westlichen Demontage-Listen wurden entscheidend zusammengestrichen und ein westzonaler Wirtschaftsrat mit Ludwig Erhard als Direktor eingesetzt. Monopolentflechtungen, Enteignungen und Bodenreformen wurden gestoppt, über Produktionsverbote für die Schwerindustrie wurde großzügig hinweggesehen.

Damit waren die Voraussetzungen geschaffen, um im April 1948 die deutschen Westzonen an die Marshall-Plan-Ströme anzuschließen. Im Juni folgte zu guter Letzt die Währungsreform: die Staatsschulden des ehemaligen Deutschen Reichs wurden erlassen, sonstige Schulden auf ein Zehntel zusammengestrichen, ebenso aber auch sämtliche Sparguthaben. Nur 60 Mark pro Kopf wurden 1:1 umgetauscht. Dabei hatte die deutsche Planungsgruppe, die dies unter amerikanischer Führung und strikter Geheimhaltung ausgetüftelt hatte, zunächst ganz vergessen, daß es in Deutschland damals nicht nur Schieber, Kriegsgewinnler und Schwarzmarktkönige gab, sondern auch eine Menge Leute, die keine 60 Mark besaßen. Gleichzeitig verabschiedete der westzonale Wirtschaftsrat gemäß amerikanischem Wunsch »Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Währungsreform« (als ihr Urheber galt Ludwig Erhard). Sie regelten die Aufhebung von Rationierungen, Preiskontrolle, staatlicher Aufsicht u. ä. zugunsten eines freien Wettbewerbs.

Am Tag nach der Währungsreform waren die Läden voll mit zuvor gehorteten und versteckten Waren. Die Deutsche Mark begann zu rollen, Investitionen und Maschinen setzten sich in Bewegung. Es klingt unglaublich, aber trotz Kriegszerstörungen und Demontagen hatte die westdeutsche Industrie lediglich 15 Prozent ihrer Kapazität von 1936 eingebüßt, mehr nicht.[11] Wirtschaftlich gesehen taten die Amerikaner, aber auch die damals Labour-regierten Briten, fast alles, um eine personelle und organisatorische Kontinuität in ihrem Teil Deutschlands zu ermöglichen. Sie rissen damit, wie die Sowjetunion auch, den deutschen Wirtschaftsraum auseinander und teilten die Nation. Die Berlin-Blockade 1948/49, die eine unmittelbare Reaktion der Sowjets auf die Währungsreform war, zeigt allerdings, daß diese offenbar noch darauf spekuliert hatten, politisch eine gesamtdeutsche Lösung unter kommunistischem Einfluß durchzusetzen.

Nach der Kapitulation vom Mai 1945 hat es eine authentische deutsche Geschichte nicht mehr gegeben. Westdeutschland und die DDR sind Schöp-

fungen Washingtons und Moskaus, zumindest sind sie ganz unmittelbar von deren Interessen geprägt. Mit der Währungsreform in Westdeutschland kann die Teilung als erfolgt gelten. »Germoney« war entstanden, ein Wirtschaftswesen, das eine Währung hatte, noch bevor es einen Staat oder sonst eine Identität dafür gab. Die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland wirkt so gesehen eher als ein Geschöpf »Germoneys« als umgekehrt. Der Lebenshauch dieser Republik und ihr Lebensrhythmus kommen jedenfalls ganz unmittelbar aus dem »Atem des Ungeheuers«, und vielleicht ist dies mit ein Grund dafür, daß unser wunderbar freiheitliches und demokratisches Grundgesetz im realpolitischen Zweifelsfall ein so wunderlich rutschiger und unsicherer Boden ist. Auch stellt sich die Frage, ob diese Bundesrepublik jenseits »Germoneys« von Bestand sein kann. Die Antwort darauf ist allerdings weniger von den Deutschen selbst als von den Kräften im weltpolitischen Parallelogramm Ost-West und Nord-Süd zu erwarten.

Das »Germoney«-Konzept wurde von der CDU als *soziale Marktwirtschaft* angepriesen. Die soziale (Markt)Freiheit der CDU wurde ein solcher Renner, daß die SPD ihren freiheitlichen (Staats)Sozialismus nach der ersten Bundestagswahl 1949 bald einmottete und sich ebenfalls dazu bekannte. Die Formel »soziale Marktwirtschaft« stammt von Erhards späterem Staatssekretär Alfred Müller-Armack. Sie beruht ideell vor allem auf dem Ordoliberalismus nach Walter Eucken. Letzterem war es darum gegangen, einen Dritten Weg zu finden, der individuelle Freiheit und Leistungsprinzip einerseits, soziale Gleichheit und Gerechtigkeit andererseits miteinander verbinden sollte. Die Mittel dazu sah er vor allem in einer staatlichen Ordnungspolitik, die sich auf fairen Wettbewerb (Anti-Monopol-Politik), auf ausgleichende Einkommens- und Vermögenspolitik und auf »Stabilisierung« z. B. durch globale Kredit- und Zinspolitik konzentrieren sollte.

Es wäre gewiß zu billig, die soziale Marktwirtschaft bloß als Ideologie abzutun. An dem Konzept ist mehr dran, als linke Kritiker gemeinhin wahrhaben wollen, und es wäre sicherlich auch in Richtung »sozialistische Marktwirtschaft« entwicklungsfähig. Aber wahr ist, daß die soziale Marktwirtschaft in »Germoney« *kein* Dritter Weg wurde, sondern der alte Weg blieb mit einem neuen sozialstaatlichen Verputz. Diese Republik war in der Folgezeit in der Tat sehr sozial, aber nicht trotz der kapitalistischen Marktwirtschaft, sondern weil und solange von dieser genügend hohe Gewinne abfielen. Wir haben den Sozialstaat, weil wir ihn uns haben leisten können. Wenn diese Wirtschaft einmal nicht mehr floriert . . . Aber das gehört in ein späteres Kapitel, denn vorläufig florierte sie.

Der seit 1948 einsetzende »Frühling«, der bis Mitte der 50er Jahre dauerte, ist die Zeit des Wiederaufbaus im eigentlichen Sinn. Von 1949 bis 1956 wurde das Notopfer Berlin erhoben. 1950 trat das Gesetz über den sozialen

Wohnungsbau in Kraft. Bis 1955 wuchs die Bauwirtschaft jährlich um 50 bis 100 Prozent.[12] Die deutsche Schwerindustrie konnte sich mit den Rüstungsaufträgen aus dem Korea-Boom 1951 »gesundstoßen«, wie man das nannte. Zusätzlich flossen bis 1956 aus dem Marshall-Plan 15,5 Milliarden Mark in die Bundesrepublik.[13] Zwei Drittel davon kamen als großzügiges Geschenk – für den neuen Partner Bundesrepublik, der im Rahmen der weltpolitischen Arbeitsteilung im kriegerischen Ernstfall die »Front« abgeben sollte, an der das »Hinterland« – USA, Großbritannien, Frankreich u. a. – verteidigt würde. Der Marshall-Plan als Risikozulage . . .

Kriegszustand und Besatzung wurden 1951 offiziell für beendet erklärt. Die Aufrüstung der Bundesrepublik und ihre Eingliederung in westliche Bündnisse war schon seit 1949 betrieben worden.[14] Die Entwicklung mündete 1955 in die Eröffnung der Bundeswehr, die offizielle Aufhebung des Rüstungsverbots und den Beitritt zur NATO. Außerdem trat die Bundesrepublik 1952 der westeuropäischen Kohle- und Stahlunion (Montanunion) bei. Im selben Jahr traten das Gesetz über die Mitbestimmung in der Montanindustrie und das Betriebsverfassungsgesetz in Kraft. Die Gewerkschaften ließen ihre Verstaatlichungspläne endgültig fallen, schoben den sogenannten betrieblichen »Sozialklimbim« beiseite und setzten in der Folgezeit voll auf Lohndampf voraus. Was der Industrie recht war, sollte den lohnabhängigen Konsumentenmassen billig sein. Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Produzenten und Konsumenten begannen sich zum sozialpartnerschaftlichen Wachstumskartell zusammenzuschließen. Ebenfalls 1952 wurde mit dem »Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten« die Wiederherstellung der alten Großbanken (Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank) eingeleitet, die 1947 entflochten worden waren. Die 1948 noch als Kriegsverbrecher verurteilten Industriekapitäne – unter ihnen Flick, Krupp und Röchling – wurden vorzeitig aus der Haft entlassen und konnten auf ihre Posten zurückkehren.

Während der Studentenbewegung gab es eine Interpretationsmode, in der Rezession und Großen Koalition von 1966/67 das »Ende der Rekonstruktionsphase des westdeutschen Kapitals« zu sehen. Abgesehen davon, daß das Modell der langen Wellen diese Phase ohnedies in einem ganz anderen Licht erscheinen läßt, wurde das, was überhaupt zu »rekonstruieren« war, bereits zwischen 1948 und der Mitte der 50er Jahre erledigt. Der westliche Teil Deutschlands fand in dieser Zeit relativ rasch zur wirtschaftlichen Normalentwicklung zurück.

Der Sommer (1955 – 1967 – 1973)

Der Wohlstands-Sommer begann 1955. Mit 12 Prozent Wachstum ist dies bis heute das absolute Boom-Jahr der Bundesrepublik. Zwar waren auch die Zuwachsraten der Vorjahre beträchtlich gewesen, aber erst jetzt begann das Wachstum sich für die breite Bevölkerung auch *mengenmäßig* bemerkbar zu machen.

Die Einbindung der Bundesrepublik in den Westblock wurde 1957 mit den Verträgen von Rom (Gründung von Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom) fortgesetzt. Eine der ersten Konsequenzen war eine zehnprozentige Zollsenkung 1959. Damit wurde die permissive und expansive Wirtschaftspolitik ausgebaut, die mit dem Marshall-Plan, der OECD und den GATT-Abkommen über den Abbau von Handelsschranken zuvor international schon eingeleitet worden war. Die deutsche Exportoffensive konnte beginnen. Der Anteil der Bundesrepublik am Weltexport stieg von 6 Prozent 1955 ununterbrochen bis auf seinen höchsten Stand von 12 Prozent 1973.[15] In dieser Zeit wurde die Bundesrepublik zum zweitstärksten Industriestaat der Welt.

Nach der Errichtung der Bundesbank (1957) wurde im Zuge der Devisenliberalisierung 1958 die D-Mark frei austauschbar. Bereits 1961 war sie so »hart« geworden, daß sie auf Druck der USA um 5 Prozent aufgewertet werden mußte. Die Bundesrepublik, damals mit heute unglaublich erscheinenden Überschüssen von mehreren Milliarden Mark im Bundeshaushalt, konnte ihre sämtlichen Kriegsschulden zurückzahlen. Der »Typ des sozialkapitalistischen Erfolgsdeutschen« (Eugen Kogon) hatte sich formiert.[16]

Erhards Parole »Wohlstand für alle« wurde den Leuten nun unmittelbar greifbar, und der SPD blieb nur noch, im Godesberger Programm von 1959 die entsprechenden »Wirtschaftswunder«-Konsequenzen zu ziehen. Was hätte sie sonst tun sollen? Auch der zweite Staat auf deutschem Boden mußte 1961 die Notbremse gegen den Wirtschaftswundersog ziehen. Die DDR baute das ungeheuerliche deutsche Gegenwartsding, die Mauer. Ein Schutzwall ist sie allerdings höchstens für das Regime »drüben«, dem die Leute davonliefen – überwiegend gut qualifizierte Arbeitskräfte, die als Flüchtlinge von drüben durchaus nicht immer gerade freundlich aufgenommen wurden, dem bundesdeutschen Wirtschaftswunder aber erheblich zugute kamen. Die Bundesrepublik schuf sich eine massenhaft bestätigte Legitimation, die DDR nicht. Die Mauer war die DDR-Kapitulation im deutsch-deutschen kalten Konsumkrieg von 1955 bis 1961. An dessen Beginn hatte die SED (darin dem Verhalten ihres Moskauer Vorbilds gegenüber den USA getreulich folgend) auf ihrem V. Parteitag beschlossen, den Lebensstandard der Bundesrepublik bis 1961 zu erreichen und zu übertreffen . . .

Die Arbeitslosenquote knickte 1955 ab und erreichte mit dem Ende der 50er Jahre das in der Folgezeit anhaltende Vollbeschäftigungsniveau (definiert als Arbeitslosigkeit von unter ein Prozent der Erwerbstätigen). Vor 1955 waren stets mehr Deutsche ins Ausland abgewandert als umgekehrt. 1955 wurde das anders. Im Dezember unterschrieb man das erste Gastarbeiterabkommen mit Italien. Die Zahl der Gastarbeiter stieg, mit nur leichter Unterbrechung 1966/67, stetig von Null auf zweieinhalb Millionen im Jahre 1973.[17]

Das Ende des Wiederaufbaus signalisierte in der Bauwirtschaft vom Ende der 50er bis Mitte der 70er Jahre eine Art Nullwachstum der fertiggestellten Wohnungen.[18] Dafür kamen in den 50er Jahren eine Menge neuer Produkte in Umlauf: außer der *Bild-Zeitung* und Coca-Cola auch Kugelschreiber, Kreppsohlen, Perlons und Dralons, Nylonhemden und Plastikeimer, Fernseher und Musiktruhen, Vespas und Volkswagen. Die Lufthansa startete 1954, und 1956 gab Franz Josef Strauß den ersten deutschen Atomreaktor in Auftrag. Springer baute sein Presse-, Jahn sein Wienerwald-Imperium auf. Um die »Gummiadler« gab es auch erste Meinungsverschiedenheiten mit den USA, den sogenannten Hähnchenkrieg. Von Adenauer wird kolportiert, er habe, nachdem er Kennedy dreimal getroffen hatte und dieser jedesmal auf Hähnchen zu sprechen gekommen war, sich gefragt, ob dieser Herr nun US-Präsident oder Hähnchenzüchter sei.

Der Massenkonsum in jeder Form war etwas Neues und hatte für die vierte lange Welle eine große Bedeutung, vor allem soweit er die »gehobenen Konsumgüter« betraf, deren Flaggschiff das Automobil wurde. »Und sie wollten ein Kind / doch es wurde ein Auto / mit Radio und Schiebedach . . .« Die wichtigste Schlüsselindustrie dieser vierten langen Welle war mit Abstand die Automobilindustrie und alles, was sich um sie rankt, von der Stahlindustrie, den Ölkonzernen und Tankstellen über die Reparaturwerkstätten bis zu den Autobahnen und der autogerechten Stadtverplanung. Weitere Schlüsselrollen besetzten die elektronische Industrie (z. B. Telephon, Fernsehen, Stereoanlagen) und die chemisch-pharmazeutische Industrie (insbesondere Kunstfasern und Kunststoffe). Der große Wachstumsflop der Epoche hingegen war die Atomindustrie. Bis heute brachte sie der Nation nichts außer immensen Kosten und ökologischen und politischen Scherereien.

Der industrielle Strukturwandel und der neue Wohlstand für alle spiegelte sich unmittelbar in den veränderten Konsumgewohnheiten wider. Die Massenkaufkraft erzeugte nach und mit der berüchtigten Freßwelle zugleich eine massenhafte Eigenheimwelle, Bekleidungswelle, Reisewelle, den Massenverkehr, Massentourismus, die Massenkommunikation und die Massendrucksachen der Werbeindustrie. In der Fernsehreklame hieß es jetzt: »Öfter mal was Neues!« Der solchermaßen »gehobene Konsum« brachte eine

Wegwerfwelle nach der anderen. Mit dem jährlichen Massenaufmarsch an der Adria, dem abendlichen Massenblick in die Röhre etc. war und blieb diese lange Welle eine echte Massenveranstaltung.

Der Strukturwandel bewirkte jedoch auch in den alten Grundstoffsektoren erhebliche Probleme. Während der Wirtschaftswunderjahre befanden sich zwei »alte« Sektoren in einer Dauerkrise: die Landwirtschaft und der Kohlebergbau. Seit 1955 begann deshalb, mit dem sogenannten Grünen Plan, die Subventionierung der Landwirte einschließlich Flurbereinigung und Umsiedlungen. Das Ergebnis war aber, daß die Klein- und Mittelbauern weiterhin aufgeben mußten, während die größeren Höfe noch größer wurden. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe insgesamt verringerte sich stetig – zwischen 1949 und 1979 von 1,7 auf 0,8 Millionen.[19] Dies hatte bis weit in die 60er Jahre hinein immer wieder große Bauernprotestdemonstrationen zur Folge; dann ist es ruhig geworden an der Grünen Front. Mit dem 1962 beginnenden gemeinsamen EG-Agrarmarkt wurde der Grüne Plan dann auf europäischer Ebene weitergeführt. In dem undurchdringlichen Gestrüpp von Preiskontrollen, Subventionen und Vorschriften herrscht seither so ungefähr alles, nur keine Marktwirtschaft.

Die Kohle-Krise hatte ihren Schwerpunkt 1958–61. Die Gründe lagen in der Verdrängung von teurer heimischer Kohle durch ausländische Billigkonkurrenz, in gesunkenem Kohleverbrauch bei der Stahlerzeugung, besonders aber in der Ersetzung von teurer Kohle durch damals billiges Öl. Anfang der 50er Jahre wurden mit Kohle noch 90 Prozent des Energieverbrauchs gedeckt, nur 5 Prozent mit Öl. Zehn Jahre später war der Kohleanteil auf 60 Prozent gesunken und der Ölanteil auf 40 Prozent gestiegen (heute liegt die Kohle bei 25 Prozent, Öl bei 55 Prozent).[20] Mit einem Mal war das »schwarze Gold« reichlich wertlos, waren die gutverdienenden Kumpels – eine Art Arbeiteraristokratie – zu einem großen Teil überflüssig geworden und ein industrielles Weltbild zusammengebrochen. Die Schrumpfung und Umstellung der Kohleindustrie endete 1969 mit der Gründung der Ruhrkohle AG.

Der »Wirtschaftssommer« beruhte nicht zuletzt auf einer bisher unbekannten Produktivität der tragenden Schlüsselindustrien. Sie riß andere Sektoren mit und schuf Platz für das Soziale neben dem Markt. Der Produktivitätsanstieg ermöglichte die Durchsetzung der 5-Tage-Woche (1953–58), den Übergang von der 48- zur 45-Stunden-Woche (1955–67), dann zur 41-Stunden-Woche (1964), den bezahlten Mindesturlaub (1963) und schließlich die Lohnfortzahlung bei Krankheit, seit 1957 zu 90 und seit 1961 zu 100 Prozent.

Vor allem schuf die steigende Produktivität Raum für das weitreichendste Reformwerk der Ära, die sogenannte Produktivitätsrente von 1957. Sie ist auch als dynamische Rente bekannt, weil sie laufend dem Anstieg der Löhne

und Gehälter angepaßt wird. Diese Rentenreform spiegelt wie keine andere Maßnahme den Geist der sozialen Marktwirtschaft wider – und den Glauben daran. Denn entgegen dem konservativen Slogan »keine Experimente« war die Rentenreform 1957 vermutlich *das* gewagteste sozialpolitische Experiment der Bundesrepublik überhaupt. Bis heute weiß man nicht so genau, wie es auf Dauer eigentlich funktionieren soll. Damals aber hatte man sich an die hohen Wachstumsraten gewöhnt, und im Vertrauen auf ihre Beständigkeit wurde diese Art von nationaler Altersdividende beschlossen.

Auch die anderen sozialpolitischen Reformen entsprechen dem Modell des Sozialkapitalismus: weniger Staat – mehr Markt – noch mehr Geld – am besten für alle. Das Bundesmietengesetz von 1955 brachte eine Erhöhung der Altbaumieten um 10–20 Prozent und führte das Rentabilitätsprinzip in den sozialen Wohnungsbau ein. 1960 folgte der sogenannte Lücke-Plan. Die »weißen Kreise« – d. h. Wohnraumbewirtschaftung, Mietpreisbindung, Mieterschutz – wurden mit wenigen Ausnahmen (z. B. Berlin) abgeschafft und die Mieten stufenweise bis 1963 freigegeben. Da hierbei nicht alle Mieter mithalten konnten, wurde 1965 das Wohngeld eingeführt. Kindergeld gab es schon ein Jahr vorher. Ferner war 1963 das »Sozialpaket« (Verbesserung der Krankenversicherung) verabschiedet worden und bereits 1961 das Bundessozialhilfegesetz.

Um auch dem »Ordo« im Liberalismus Genüge zu tun, wurde 1957 das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, das sogenannte »Grundgesetz der sozialen Marktwirtschaft«, erlassen. Verboten wurden darin u. a. Preisabsprachen, Preisbindung (außer bei Büchern) und Monopolbildung. Das Bundeskartellamt in Westberlin sollte darüber wachen. Die Wirkung des Gesetzes ist bis heute umstritten. Aus Ländern mit Alkoholprohibition weiß man, daß sie nicht funktioniert: es wird weiterhin getrunken, wenn auch mehr oder weniger heimlich. So ähnlich dürfte das Kartellgesetz wirken. Das Volk läßt sich das Trinken nicht verbieten und der Kapitalismus nicht die Konzentration. So bewirkt das Gesetz immerhin eine staatlich kontrollierte Konzentration.

Besondere Erwähnung verdient die CDU-Sozialpolitik der Privatisierungen und der Vermögensbildung. Privatisierung ist genau genommen eine irreführende Bezeichnung, denn Konzerne und Konzernbürokratien haben in keinerlei Hinsicht irgend etwas Privates an sich. Worum es in Wirklichkeit ging, war eine Art Kollektivkapitalisierung durch Volksaktien. Es gab sie zum Vorzugspreis für kleine Leute 1959 bei der Preußag (Preußische Bergwerks- und Hütten-AG), 1961 bei Volkswagen und 1965 bei der VEBA (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-AG). Daneben gab es eine Reihe weniger spektakulärer, aber relativ wirksamerer Maßnahmen der Vermögensbildung wie z. B. 1959 das Sparprämiengesetz, 1961 die »Vermögens-

bildung in Arbeitnehmerhand« (312-Mark-Gesetz) und diverse steuerliche Förderungen von Wohneigentum.
Bei so viel Geld konnte es nicht ausbleiben, daß manches stieg – das Geld manchen in den Kopf, dann das lädierte Nationalbewußtsein (1954 Fußballweltmeister, später dann, in den 60er und 70er Jahren, Weltzahlmeister), nicht zuletzt die Preise. Spätestens mit den 60er Jahren machte sich die »schleichende Inflation« breit. Ludwig Erhard begann sich schon um das rechte Wohlstands-Maß zu sorgen und wurde seit 1962 nicht müde, zum »Maßhalten« aufzufordern. Das waren Sorgen von Leuten, denen es buchstäblich zu gut zu gehen begann.
In der Rezession von 1966/67 erreichte die große Wohlstandswoge ihren Höhe- und Umschlagspunkt. Zur gleichen Zeit wurde mit der Bildung der Großen Koalition die Ära Erhard/Adenauer abgeschlossen. Das Bündel Notstandsgesetze wurde geschnürt; es war von langer Hand vorbereitet und gedacht als Schlußstrich unter die Gründung der Bundesrepublik, ihre Beförderung zum souveränen Staat. Die Studenten nahmen dies zum Anlaß, unruhig zu werden: Die antiautoritäre Bewegung begann die Wohlstandsbürger zu verunsichern.
Aber wenn Erhard auch ging, eine weitere seiner Ideen blieb: die »formierte Gesellschaft«. In der »konzertierten Aktion« von 1967 wurde sie wirklich. Ihr Inhalt indes bedeutete eine relative Abkehr vom Neoliberalismus und der ökonomischen Neoklassik der Aufschwungszeit zugunsten einer Hinwendung zu keynesianisch geprägten Staatseingriffen. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 schrieb dies fest. Zum erstenmal wurde damit Wirtschaftswachstum als Ziel der Politik gesetzlich vorgeschrieben! Das Gesetz beschwor das »magische Viereck« – Wachstum (ohne Gewinne läuft nichts), Preisstabilität (Inflation bringt alles durcheinander), Vollbeschäftigung (Arbeitslosigkeit gefährdet den sozialen Frieden) und außenwirtschaftliches Gleichgewicht (ehrlicher: keine negative Handels- und Leistungsbilanz). Wirken sollte die Magie erstens durch das konzertierte Wohlverhalten von Regierungen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, zweitens durch Globalsteuerung (antizyklische Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand und mittelfristige Finanzplanung, auch »Mifrifi« genannt), drittens durch antizyklische Geldmengen-, Kredit- und Zinspolitik der Bundesbank sowie viertens durch währungspolitisch opportune Auf- oder Abwertungen sowie Zoll- und sonstige Außenhandelsregulierungen.
Das klang fürs rezessionsgeschreckte Volk beruhigend großartig. Das war doch schließlich Wissenschaft. Zwei Matadore machten sie dem Volk vor – Plisch und Plum, Schiller und Strauß, Wirtschaft und Finanzen. Das Wachstum stellte sich wieder ein, ebenso die Vollbeschäftigung. Sie blieben bis 1973. Auch die Mark wurde in dieser Zeit noch »härter«. 1969 wurde sie nach heftigen Wahlkampfdebatten um 8,5 Prozent aufgewertet (1971 noch-

mals um 14 Prozent), Brandt wurde Kanzler, Plisch – dem dadurch sein Plum abhanden gekommen war – zwei Jahre darauf »Superminister«. Viel mehr ist über dieses spätsommerliche Wirtschaftskapitel nicht zu berichten, wenngleich außenpolitisch (Ostpolitik und Entspannung) und innenpolitisch (Radikalenerlaß statt »mehr Demokratie«) wichtige Entwicklungen eintraten.

Sozialpolitisch war diese Zeit merklich blasser als das Vorhergegangene. Der Übergang von der 41-Stunden-Woche (1964) zur 40-Stunden-Woche dauerte bis 1970. Danach hat sich auf diesem Gebiet bis 1980 überhaupt nichts mehr gerührt (und der Versuch der IG Metall, eine neuerliche allgemeine Arbeitszeitverkürzung als Einstieg in die 35-Stunden-Woche durchzusetzen, scheiterte). Viele Gesetze dieser Zeit der angeblichen »inneren Reformen« waren im Grunde nur Ausgestaltungen oder Fertigstellungen von früheren CDU-Reformen. So wurden 1969 die Arbeiter den Angestellten in der Lohnfortzahlung bei Krankheit gleichgestellt, 1970 wurde das Prämiensparen ausgebaut (624-Mark-Gesetz), und seit 1970 wird das Sozialbudget statistisch ausgewiesen, eine seinerzeit von konservativ-liberalen Sozialpolitikern angeregte Planungs- und Verwaltungsmaßnahme zum Zweck eines lückenlosen Überblicks über alle Sozialleistungen, von wem an wen auch immer.

Immerhin war sich die SPD, vor allem nach den ersten »wilden Streiks« im September 1969, die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1971 schuldig. Aber niemand war mit dieser nicht so ganz qualifizierten Mitbestimmung zufrieden, und die Sache wurde sofort Gegenstand neuer lang anhaltender Veränderungsbestrebungen von *allen* Seiten.

Schon beachtlicher war dagegen die neuerliche Rentenreform von 1972 (u. a. flexible Altersgrenze, Besserstellung der Frauen und der Bezieher von regional oder sektoral bedingten Niedrigeinkommen), vor allem aber das Trara der Bildungsreform seit 1969. 1971 löste das BAFöG (Bundesausbildungsförderungsgesetz) in umfassender Weise die bis dahin geltende Ausbildungsförderung nach dem Bad Honnefer Modell ab. Die Volksschule hieß jetzt Primarstufe. Integrierte und differenzierte, kompensierte, durchtraktierte und auseinanderdividierte Bildungsmodelle wurden entwickelt. Wer etwas werden wollte, machte in Hochschulpolitik. Landauf landab wurden neue Universitäten gegründet, auf denen jeder, der nicht gerade durch die Doktorprüfung gefallen war, Professor werden konnte. Die beabsichtigte Demokratisierung geriet zu einer Bürokratisierung. Es ist kein Unglück, daß die Ölscheichs dem ein Ende setzten.

Im Oktober 1973 rächte sich die OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) für ein Billigpreis-Diktat, das insbesondere die Exxon ihnen 1960 aufgedrückt hatte. Die OPEC verpaßte der Welt den »Ölschock«. Anlaß war der vierte Nahostkrieg. Die Scheichs wollten die Erdölförderung so lange um 5 Prozent drosseln, bis die Europäer und Amerikaner Israel zum Rückzug vom Sinai bewegt haben würden. Der wichtigere Beweggrund lag jedoch im rasanten Verfall des Dollar, mit dem das Öl bis heute abgerechnet wird.

Der Markstein des beginnenden Wirtschaftsherbstes ist tatsächlich weniger der »Ölschock« als vielmehr der Zusammenbruch des Weltwährungssystems, das 1944 in Bretton Woods den Dollar zur Leitwährung gemacht hatte. Die Westeuropäer entschlossen sich 1973 zum »Blockfloaten«. Das heißt, der Wechselkurs des Dollar gegenüber den westeuropäischen Währungen wurde nicht mehr per Regierungsbeschluß auf- oder abgewertet, sondern dem Spiel von Angebot und Nachfrage an den Devisenbörsen überlassen. Man muß darin eine deutliche Zäsur im atlantischen Bündnis sehen, denn es war die faktische Feststellung unterschiedlicher Interessen von Amerikanern und Europäern (fortgesetzt im Europäischen Währungssystem von 1979). Der hegemoniale Triumph der USA hatte mit Vietnam seinen Höhepunkt überschritten. Der Dollar sackte nach der Freigabe von über vier Mark gegen zwei Mark fünfzig ab.

Die Scheichs reagierten mit den bekannten Preiserhöhungen. Als sie merkten, wie machtvoll ihr Kartell tatsächlich war, begannen sie eine systematische Monopolpreispolitik, mit der sie eine beträchtliche Umverteilung der Geldströme aus dem Westen zugunsten ihrer eigenen Länder durchsetzten. Der Rohölpreis wurde mit einem Schlag von 2,70 Dollar pro Barrel (= 159 Liter) auf 9,80 angehoben, und bis 1979 schrittweise weiter auf 17 Dollar.[21] Die Schulden der Industrieländer bei den Ölländern stiegen von 40 Milliarden Dollar (1974) auf 140 Milliarden (1979). Dagegen verdoppelten, verdreifachten und vervierfachten sich die Währungsreserven der Ölländer.[22] Sie wußten plötzlich nicht, wohin mit dem Geld.

Sehr viel konnten sie in den eigenen, wenig industrialisierten Ländern nicht ausgeben. So kam das Geld durch Aufträge für Straßen-, Flughäfen- und Fabrikbauten und durch Waffen- und Ausrüstungskäufe doch wieder den Europäern zugute. Vier Fünftel der Ölmilliarden begannen in den Westen zurückzufließen. Erleichtert nahm man dies als »Petrodollar-Recycling« auf. Das Öl für die Wirtschaft war allerdings Essig für den Nationalstolz, besonders als der Iran 1974 25 Prozent der Krupp-Aktien kaufte, Kuwait 15 Prozent von Daimler-Benz. Kaum war man wieder wer geworden, schien es, als müßte man nun vor den Scheichs buckeln. Die Araber investierten

Dutzende von Milliarden in buchstäblich jede Gelegenheit, und der immer noch erkleckliche Rest blähte den Eurodollarmarkt immer weiter auf und trieb Finanzspekulationen an.[23] Inzwischen haben sich die Araber mit einem weltumspannenden System eigener Banken eine Schlüsselrolle in der Weltfinanz verschafft. Die Betrogenen waren bei alledem die rohstoffarmen Entwicklungsländer, die »Vierte Welt«, die nun überhaupt nichts mehr bezahlen können.

Gleichwohl waren es *nicht* die Scheichs und der Ölschock, die die einbrechende Krise verursachten. Sie haben lediglich Wasser auf die Mühle einer ohnedies schon krisenhaft gewordenen Weltwirtschaft gegossen. Insofern eignen sie sich bis heute hervorragend als Sündenböcke, um von eigenen schweren Unterlassungssünden abzulenken. So wurden z. B. in weiten Bereichen die Entwicklung der Mikroelektronik und andere technische Miniaturisierungen verschlafen. Die heimische Uhren- und Kassenindustrie ging in den Bankrott. Die miniaturisierungs- und automationsfreudigen Japaner und andere Fernostländer fanden lukrative Lücken im europäischen Markt. Flugs ließen die Medien die »japanische Herausforderung« herumgeistern, ohne einzugestehen, daß man selbst Leerräume hatte entstehen lassen, die auszufüllen man nicht imstande war.

Die Wirkungen dieser Ereignisse waren vielfältig, und der Einschnitt ist auf allen Gebieten erkennbar. Seit 1973 gibt es in der Bundesrepublik wie in allen westlichen Industrieländern ein doppeltes Problem: die *Stagflation*, das heißt Preisauftrieb trotz stagnierendem Wachstum, und das *joblose Wachstum*, was bedeutet, daß einer Zunahme des Sozialprodukts *keine* Zunahme von Arbeitsplätzen mehr entspricht.[24] Das erste hat viel mit Monopolpreisbildung und staatlicher Finanzpolitik zu tun, das zweite mit den seit 1973 verstärkt vorangetriebenen technischen Rationalisierungen – Maschinen statt Menschen.

Pleiten und Arbeitslosigkeit begannen 1973 sprunghaft zuzunehmen. Dafür begann die Zahl der erwerbstätigen Ausländer, die von 1955 bis 1973 unaufhörlich gestiegen war, erstmals wieder zu sinken. Sommergäste . . . Ihre Zahl liegt heute etwa so hoch wie Mitte der 60er Jahre und sinkt weiter. Dem stetig steigenden Anteil der Bundesrepublik am Weltexport von 1955 bis 1973 folgt nun ein stetig sinkender.[25] Die inländische Bauwirtschaft befindet sich seit 1973 in einer rasanten Talfahrt, mit jährlichen Schrumpfungsraten bis 34 Prozent.[26] Ebenfalls seit Beginn der 70er Jahre klafft trotz Petrodollar-Recycling die sogenannte Investitionslücke. Das bedeutet, daß um Hunderte Milliarden Mark weniger investiert worden ist, als investiert werden müßte, um den wachstumsbedingten Wohlstand zu halten.[27] Der entsprechend einsetzende Steuerausfall trug mit dazu bei, die Staatsverschuldung zu einem ernsten Problem werden zu lassen. Die bis 1973 nur langsam gestiegenen Staatsschulden setzten 1974 zu einem Steilstieg an, der

sie bis 1979 auf über 200 Milliarden Mark trieb. Die Staatsschuld war damit so hoch geworden wie der Bundeshaushalt selbst.[28]

Auch der Umschwung von 1973 hat eine politische Entsprechung. Die ÖTV hatte trotz des »Ölschocks« vom November/Dezember 1973 im Februar 1974 eine elfprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung durchgeboxt. Das war zuviel. »Die Beamten fressen den Staat«, hieß es, und dies – nicht der als Vorwand dienende Fall Guillaume – war das endgültige Aus für Willy Brandt. Schmidt wurde im Mai Kanzler. Er stellte das Ende der »inneren Reformen« in Aussicht, ließ nur noch solche gelten, die kein Geld kosten, und profilierte sich seither als Krisenmanager der Nation. Hatte es von 1955 bis 1965 noch Vermögensbildung gegeben und von 1965 bis 1975 noch Bildung, so gab es nach 1975 gar nichts mehr. Zwar wurden seit 1973 einige Stabilitäts- und Konjunkturprogramme durchgeführt, doch ihre Wirkung blieb jedesmal undeutlich; deutlich erhöhte sich allerdings die Staatsverschuldung.

Allenthalben aufkommende Forderungen nach Protektionismus (in Amerika erneut Isolationismus) waren spätestens seit 1975 die typische Reaktion auf den Eintritt in einen ernsten langen Abschwung. Da die Bundesrepublik sehr exportabhängig ist, wurden hier die protektionistischen Forderungen von den hohen Wirtschaftsfunktionären immer entschieden zurückgewiesen, aber die protektionistischen Bestrebungen, vor allem auf europäischer Ebene, werden Jahr für Jahr stärker.

Ein Beispiel liefern besonders die Automobil- und Stahlindustrie. Die Massenmotorisierung, das industrielle Schlüsselprojekt der langen Welle, wurde im Verlauf der 70er Jahre abgeschlossen. Um 1975 kam der Markt in die Sättigungszone.[29] Mehr Autos werden hierzulande praktisch nicht mehr gebraucht. Damit setzte Verdrängungswettbewerb ein, zugleich auch Abschottung gegenüber japanischer Billigkonkurrenz. Neue Industrien hingegen, in den 70er Jahren besonders die Computerindustrie, besitzen noch keine zyklustragende Kraft. Darin besteht das eigentliche Strukturproblem.

Das Auto-Beispiel ließe sich auf viele andere Bereiche übertragen. Es macht deutlich, daß die Karte des Massenkonsums hierzulande ausgereizt ist. Was soll man den Leuten denn noch andrehen! Nun hatte die Regierung, unter »Ölschock« stehend, im November/Dezember 1973 an mehreren Sonntagen das Fahrverbot erlassen. Das Volk war von der himmlischen Verkehrsstille allgemein begeistert und um so bereiter, sich vom vergleichsweise primitiven Konzept des »Lebensstandards« abzuwenden zugunsten von mehr »Lebensqualität«. Qualität statt Quantität! Am liebsten natürlich beides: »qualitatives Wachstum«. Der Bericht des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums und die Ökologiebewegung wurden schlagartig zu einem heißen Thema.

Es ist nicht ohne Ironie, daß, um im Bild der vier Jahreszeiten zu bleiben, die Früchte eines Frühlings und Sommers zu dessen Ende und im Herbst besonders reichlich geerntet werden. Zum Erntedank im Herbst ist alles da, um sich den Ranzen damit vollzuschlagen. Selbst im Winter gibt es in der Regel noch Vorräte, und richtig kritisch wird es häufig erst im nächsten Frühling und zu Sommeranfang. »Schlecht« geht es uns jedenfalls bis heute nicht, allenfalls schon ein bißchen weniger gut . . .

Das gab nun der CDU in der Opposition Gelegenheit, die SPD in einer Art sozialpolitischem Spiegelkabinett links herum zu überholen. Einzelne CDU-Politiker thematisierten die »neue soziale Frage«.[30] Die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeit und Kapital habe zwar ein beachtliches soziales Netz geschaffen, aber allein in deren Eigeninteresse. Viele andere würden durch die Maschen dieses Netzes hindurchfallen: nicht-organisierte Minderheiten, ländliche und kleinbetriebliche Gruppen, Erwerbslose, kinderreiche Familien, berufstätige Frauen und Hausfrauen, Rentner, Jugendliche, Alte, Ausländer sowie andere Sonder- und Randgruppen. Die CDU der katholischen Soziallehre als Fürsprecher der Armen und Ausgestoßenen. Wie so oft, erwiesen sich die Konservativen, besorgt um ihre Ordnung, als die besseren Seismographen gesellschaftlicher Bruchlinien und Bebengefahren, die diese Ordnung bedrohen – in diesem Fall als Konflikt zwischen denen, die ihren sicheren Platz im System haben, und denen, die ihn nicht haben und mehr oder weniger überflüssig sind, der erneute Klassenkonflikt zwischen den Eingeschlossenen und den Ausgeschlossenen.

Um so ungenierter konnten die Konservativen die SPD-Regierung für das seit 1974 bestehende »Loch im sozialen Haushalt« verantwortlich machen und ihr 1977, als sie die dynamische Erhöhung der Renten um ein halbes Jahr verschieben wollte, »Rentenbetrug« vorwerfen. Dies war ein albernes Spiel, denn es wäre mit vertauschten Rollen wohl recht ähnlich abgelaufen. Schließlich löffelt die SPD-Regierung hier eine Suppe aus, die die CDU ihr mit der Rentenreform von 1957 eingebrockt hatte (an der die SPD selbst allerdings seit der Großen Koalition wortstark mitgekocht hat).

Auch die Mitbestimmungsfrage nahm für die SPD, vorläufig jedenfalls, ein unrühmliches Ende. Die »paritätische Mitbestimmung« von 1976, für Aufsichtsräte in Unternehmen mit über 2000 Beschäftigten, sah Arbeitnehmer (einschließlich leitender Angestellter) und Eigentümer je zur Hälfte vor. Das war ein Zugeständnis der Gewerkschaften und der SPD, und trotzdem erhoben die Arbeitgeber Verfassungsbeschwerde. Der DGB kündigte daraufhin seine Mitarbeit in der Konzertierten Aktion (wahrte aber der SPD-Regierung zuliebe lohnpolitisch Wohlverhalten). Er kehrte erst 1981 zurück, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde zurückgewiesen hatte und die Beteiligten sich durch den hart einbrechenden Winter genötigt sahen, ihren Part im Konzert wieder zu übernehmen.

Man ist nachträglich immer schlauer als mittendrin. So lasse man die folgenden Aussagen als vorläufig gelten.

Unverkennbar ist 1980 ein neuerlicher Sprung eingetreten. Politisch ist der Ausbruch der frostigen »Winterszeit« so deutlich wie wirtschaftlich. Die allgemeine Wirtschaftskrise auch im Ostblock, die polnischen Ereignisse, die Afghanistan-Krise und das Ende der internationalen Entspannung, die neuerliche atomare Hochrüstung, die nur noch mühsam überspielten Interessendivergenzen zwischen USA und Westeuropa, das Versickern der utopischen Ökologie- und Alternativbewegung und ihr Übergang in Friedensbewegung und neue Jugendrevolte, all das begann im Winter 1979/80 oder kurz darauf.

Wirtschaftspolitisch pokerte die OPEC ihr letztes »Full House«: von 17 Dollar für das Barrel Rohöl 1979 auf 28 Dollar 1980 und auf 32 Dollar 1981.[31] Das war der zweite Ölpreisschock. Er war in jedem Fall härter als der erste. Er bewirkte, daß die Leistungsbilanz der Bundesrepublik zum ersten Mal in ihrer Geschichte mit roten Zahlen abschloß. Der Pleitegeier, der von 1975 bis 1980 jährlich zwar hohe, aber nicht zusätzliche Opfer gefordert hatte, packte erneut zu. Ebenso sprunghaft stieg die Arbeitslosenquote von um 4,5 Prozent 1975–79 auf 7–9 Prozent 1982. Auch die Realeinkommen sanken erstmals in der Bundesrepublik – 1979, 1980, 1981 . . .[32]

Außer der erheblichen konjunkturellen Verschlechterung hatte der zweite Ölpreisschock immerhin auch die doch positive Nebenwirkung, daß sich in der Bundesrepublik wie in anderen Industrieländern das Energiesparen als vorrangiges Ziel durchsetzte. Es gab deutlich verstärkte Weg-vom-Öl-Rationalisierungen. Der Ölverbrauch ist seither jährlich um 10–14 Prozent gesunken. Gleichzeitig kommen immer mehr Ersatzquellen zum Tragen, etwa amerikanisches Öl aus Teersänden und Ölschiefern, Kohleverflüssigung und -vergasung, Sonnenenergie, Energie aus Biomasse, aber auch Atomkraft. Die Macht des OPEC-Kartells dürfte damit gebrochen sein. In der Tat begannen die Ölpreise Anfang 1982 erheblich zu bröckeln.[33]

Mit dem Eintritt in die offene Krisenphase der langen Welle ist auch die Chancenzeit für neue Basisinnovationen angebrochen, in diesem Fall für energiesparende, umweltverträgliche und hochproduktive Technologien. Dabei handelt es sich zunächst um die Mikroelektronik und ihre Anwendungen in der Fabrik- und Büroautomation, der Textverarbeitung, Telekommunikation und Raumfahrt. Bürotechnik, Telekommunikation und Datenverarbeitung samt dem dazugehörenden Maschinenbau sind seit 1977 die industriellen Spitzenreiter geworden.[34] Als »Jobkiller« und demokratiegefährdende »Big-Brother-Technologie« hat die Mikroelektronik in systemkritischen Kreisen einen sehr schlechten Ruf – in vielerlei Hinsicht zu

Recht, und doch ist es nicht die ganze Wahrheit. Sie zerstört nicht nur, sondern schafft auch neue Arbeits- und Partizipationsmöglichkeiten, allerdings eher auf lange Sicht, so daß kurzfristig mehr alte Arbeitsplätze zerstört als neue geschaffen werden. Nüchtern betrachtet, ist die Massencomputerisierung schon so weit in die Wege geleitet, daß etwas anderes als eine Flucht nach vorn zu ihrer positiven Vereinnahmung nicht realistisch ist. Daneben erlangen aber auch die Biotechnologie, die Biomasseproduktion, die Solartechnik sowie Umweltschutz- und Ökotechnik überhaupt zunehmend an Bedeutung.[35]

Gleichzeitig sind die Unternehmen in jetzt »alt« gewordenen Schlüsselindustrien in offene Überlebenskrisen geraten, vor allem in der Automobil- und Stahlindustrie. Ab 1990 rechnet die Automobilindustrie im Inland mit Nullwachstum. Man kann mit ziemlicher Sicherheit darauf wetten, daß ein Großteil der Autokonzerne die 80er Jahre nicht oder nur im Schrumpfzustand übersteht, um in den 90er Jahren weltweit eine Handvoll Auto-Superkonzerne übrig zu lassen.[36]

Über die Folgen dieses Strukturwandels kann man momentan nur spekulieren. Vergleiche mit den Umwälzungen der ursprünglichen industriellen Revolution scheinen mir durchaus angebracht. Die unmittelbaren Aussichten sind deshalb nicht lustig. Die Staatsverschuldung z. B. ist ganz sicher eines *der* Probleme der weiteren 80er Jahre. Seit 1980 ist die Verschuldung höher als der Haushalt, und die Zinsen werden bald so hoch sein wie die Tilgung.[37] Gleichzeitig streiten sich Experten, von wann an die dynamische Rente nicht mehr bezahlbar ist, und die Gewerkschaften, offenbar unfähig zu flexiblen Arbeitszeitlösungen, fabrizieren mit der von ihnen favorisierten »58er-Lösung« noch unlösbarere Rentenprobleme.

Verhindert werden kann die drohende Zerrüttung der Staatsfinanzen offensichtlich nur durch einen einschneidenden Abbau staatlicher Leistungen oder durch einschneidende Steuer- und Sozialabgabenerhöhungen. Über beides wird momentan lebhaft debattiert. Die Bruchlinien lauten »weniger Rüstung oder weniger Sozialstaat« und »wieviel Prozent mehr Mehrwertsteuer?« – letzteres wird so oder so den kleinen Mann am härtesten treffen, und beides wird erhebliche Legitimationsverluste erzeugen. Die Parteien und Verbände, die dreißig Jahre lang mit immer größeren Konsumlutschern für sich geworben und damit ein Volk politischer Riesenbabies erzogen haben, werden sich auf kindische Reaktionen gefaßt machen müssen.

Staatsverdrossenheit und Neigung zu tendenziell totalitären Vereinfachungen greifen schon weit vor der Gewaltszene um sich. Nicht nur in Deutschland klingen seit 1979 verstärkt rassistische Töne auf. Die Türken und sonstigen Gastarbeiter, seit 1980 durch Asylantenströme verstärkt, gelten nur noch als »Problem«. Die offizielle Hauptsorge ist, sie jetzt alle möglichst schnell wieder loszuwerden.

Endzeitstimmung. »No future«. Angst als Modethema. Jeder sieht die Bedrohung woanders – bei den Japanern, bei den Russen, bei den Scheichs, bei den Computern, bei der Arbeitslosigkeit, bei der Umweltverschmutzung, bei den Atombomben, bei den hohen Zinsen, bei den Schulden, bei den Feministinnen, Ausländern und Aussteigern, und ausgerechnet in der liberalen *Zeit* steht, daß »wir dabei sind, unser Land einer weinerlichen Generation auszuliefern«[38]. Nun gut, aber sind es nicht die ehemaligen »sozialkapitalistischen Erfolgsdeutschen«, die heute am steinerweichendsten lamentieren?

Der lange Abschwung hat seinen Tiefpunkt wahrscheinlich noch nicht erreicht. Die Ablösung der alten Industrien und der Aufstieg der neuen sind gerade erst in ihr kritisches Stadium eingetreten. Erfahrungsgemäß geht dies nicht ohne Brüche und Kämpfe. Von den wirtschaftlichen Voraussetzungen her ist jederzeit ein neuer Schwarzer Freitag möglich. Überkapazitäten, Marktsättigung, Kapitalüberhang, andererseits Verschuldung und zerrüttete Staatsfinanzen – dies ist die typische Konstellation am Vorabend eines depressiven Zusammenbruchs. Nervöse und scheinbar unmotivierte Aktienkursschwankungen hat es im vergangenen Jahr wiederholt gegeben. Einmal wurden in Wall Street überraschend die Schalter geschlossen, um Schlimmeres zu vermeiden. Es stellte sich als »Fehlalarm« heraus. Nun hat Wall Street gewiß nicht mehr die Bedeutung wie vor 50 Jahren, aber es ist beunruhigend zu wissen, daß dem Schwarzen Freitag damals drei solcher »Fehlalarme« im Abstand von mehreren Monaten vorausgegangen waren.

Andererseits bietet der Übergang von der langen Eisenbahn-Welle zur Elektrifizierungs-Welle in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts ein Beispiel dafür, daß der »Wirtschaftswinter« auch relativ mild ausfallen und damit auch relativ ruhig überstanden werden kann. Das Ende der gegenwärtigen langen Welle ist zwar noch nicht erreicht, aber deswegen muß nicht unbedingt das dicke Ende erst noch kommen.

Anmerkungen

1 Quellen – Aktienkurse: Dow-Jones-Index; *The Economist*, Sept. 26/1981, S. 15; April 17/1982, S. 99. Arbeitslosenquote: H. H. Glisman, H. Rodemer, F. Wolter, »Lange Wellen wirtschaftlichen Wachstums«, in: Petzina/Roon (Hg.), *Konjunktur, Krise, Gesellschaft*, Stuttgart 1981, S. 100/101; Gesamtwirtschaftliche Produktion: Glisman et al., a. a. O., S. 88-94 u. 103 (Abweichungen gleitender 3-Jahres-Durchschnitte vom Trend). Investitionsvolumen: ebda, S. 95-98 u. 105 (Abweichung gleitender 3-Jahres-Durchschnitte vom Trend in Prozent der Trendwerte). Pleiten und Vergleichsverfahren: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 2/1977, S. 93; Heft 2/1982, S. 96.

2 Wenigstens folgende Arbeiten muß man gerechterweise noch nennen: Parvus (alias Helphand), *Handelskrisen und Gewerkschaften*, München 1901; Jan van Gelderen (alias Fed-

der), »Springvloed«, in: *De Nieuwe Tijd*, Nr. 4-6, Mai-Juni 1913; Arthur Spiethoff, *Die wirtschaftlichen Wechsellagen*, 2 Bde., Tübingen 1955, erstveröffentlicht als Stichwortartikel »Krisen« im *Handlexikon der Staatswissenschaften* 1923; N. D. Kondratieff, »Die langen Wellen der Konjunktur«, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Band 56, Tübingen 1926; Joseph Schumpeter, *Business Cycles*, 2 Bde., New York/London 1939 (deutsche Überstzung: *Konjunkturzyklen*, Göttingen 1961); Simon Kuznets, *Secular Movements in Production and Prices*, Boston/New York 1930, sowie: ders., *Economic Change*, London 1954; Ernest Mandel, *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt 1972; Gerhard Mensch, *Das technologische Patt*, Frankfurt 1975; Walt W. Rostow, *The World Economy*, Austin/Texas 1978; Ernst Wagemann, *Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft*, Berlin 1931.

3 Vgl. unter Anmerkung 2 sowie Werner Sombart, *Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus*, München/Leipzig 1927, erster und zweiter Halbband; Alfred Kleinknecht, *Überlegungen zur Renaissance der »langen Wellen« der Konjunktur*, Wissenschaftszentrum Berlin November 1979 (IIM/dp 79-108).

4 Je nach untersuchten Größen und Ländern sind die Autoren zu im Detail zwar unterschiedlichen, im Ergebnis aber deutlich gleichgerichteten Feststellungen gekommen. Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Datierungen wichtiger Autoren:

Autor	1. Periode		2. Periode		3. Periode		4. Periode	
	Auf-schwung	Ab-schwung	Auf-schwung	Ab-schwung	Auf-schwung	Ab-schwung	Auf-schwung	Ab-schwung
Kondratieff (1926) für GB, F, D, USA	1789-1817	1817-1851	1851-1875	1875-1896	1896-1920			
Spiethoff (1955, 145-147) für D	1790-1822	1822-1842	1843-1873	1874-1894	1895-1913			
Wagemann (1931, 368) für Weltwirtschaft allgemein	1790-1815	1815-1845	1845-1873	1873-1895	1895-1920	1920-		
Schumpeter (1961, 264-448) für GB, USA, D, F	1787-	-1842	1842-	-1897	1897-1913			
Kuznets (1954, 109-110)	1787-1800 Prosperität	1814-1827 Depression	1843-1857	1870-1884/5	1898-1911	1925/6-1939		
für GB, USA, F	1801-1813 Rezession	1828-1842 Erholung	1858-1869	1886-1897	1912-1924/5			
Mandel (1972, 123-125) kap. Weltmarktländer	1793-1825	1826-1847	1848-1873	1874-1893	1894-1913	1914-1939	1940/5-1966	1967-
Rostow (1978, 299-304) für GB, USA, F, D, S, Jap, R/SU, I. u. a.	1790-1815	1815-1848	1848-1873	1873-1896	1896-1920	1920-1936	1936-1951 1951-1972	1972-
Glisman/Rodemer/Wolter (1981, 82) für D			(1854)-	-1882	1882-	-1932	1932-	
für GB			(1834)-	-1893	1893-	-1933	1933-	
für USA					1893-	-1934	1934-	

5 W. Sombart, a. a. O., S. 564.

6 Für eine detaillierte wirtschaftliche Verlaufsbeschreibung der ersten drei langen Wellen vgl.

Schumpeter, a. a. O.; für eine auch politisch-kulturelle Größen einbeziehende Skizze vgl. mein Buch *Die verlorene Unschuld der Ökologie*, Frankfurt 1982.

7 Gehlhoffscher Preisindex als zusammenfassende Tabelle in: Spiethoff, a. a. O., 2. Bd.

8 Bernt Engelmann, *Wie wir wurden, was wir sind*, München 1980, inneres Titelblatt

9 Vgl. Nicole Bosquet, »Skizze einer Theorie alternierender Konkurrenz- und Hegemonieperioden im Zentrum der kapitalistischen Weltwirtschaft«, in: Fröbel, Heinrichs, Kreye (Hg.), *Krisen in der kapitalistischen Weltökonomie*, Reinbek 1981, S. 102 ff.

10 Heinz Bergschicker, *Deutsche Chronik 1933-45*, Berlin 1981, S. 534.

11 B. Engelmann, a. a. O., S. 146.

12 BuMi. f. Wirtschaft, *Leistung in Zahlen '78*, S. 58.

13 Gerd Leptin, *Deutsche Wirtschaft nach 1945*, Opladen 1980, S. 58.

14 Ulrich Albrecht, *Die Wiederaufrüstung der BRD*, Köln 1974.

15 Globus Statistik Nr. 3828.

16 Eugen Kogon, »Am Ende einer Entwicklung: die neue Bedeutung der Bundesrepublik«, in: *Frankfurter Hefte extra 2*, 1980, S. 7.

17 Peter Czada, *Wirtschaft. Aktuelle Probleme des Wachstums und der Konjunktur*, Berlin 1980, S. 247.

18 BuMi. f. Wirtschaft, *Leistung in Zahlen '78*, S. 78.

19 *Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1981*, S. 138.

20 Globus Statistik Nr. 3150.

21 Globus Statistik Nr. 3378.

22 Peter Czada, *Die Außenwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1975, S. 25/26.

23 Ebda., S. 30-32.

24 R. Rothwell, Walter Zegveld, *Technical Change and Employment*, London 1979.

25 D. B. Simmert, *Wirtschaft im Wandel*, Berlin 1981, S. 66: der Anstieg ging von 6,5 Prozent 1955 auf 11, 5 Prozent 1973, der Abstieg dann auf 9 Prozent 1980.

26 Karl C. Thalheim,*Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland*, Berlin 1978, S. 89.

27 Vgl. *Wirtschaftswoche* Nr. 15 v. 4. 4. 1975.

28 *Der Spiegel* Nr. 38/1980, S. 213.

29 Jochen Sonn, *Die Zukunft unserer Arbeit in der Autoindustrie*, Stuttgart 1980 (Daimler Plakatgruppe), S. 4.

30 Vgl. zusammenfassend Manfred Groser, *Die Neue Soziale Frage*, Melle 1979.

31 Globus Statistik Nr. 3378.

32 *Die Zeit*, Nr. 16 v. 16. 4. 82, S. 18 (und zwar um −0,3 Prozent 1980, −1,3 Prozent 1981 und −1,5 Prozent 1982).

33 *The Economist*, March 27/1982, S. 72.

34 Alfred Kleinknecht, a. a. O., S. 19 ff.

35 Vgl. *Die verlorene Unschuld der Ökologie*, a. a. O.

36 J. Sonn, a. a. O.

37 *Sozialpolitische Informationen* v. 29. Sept. 1980; *Der Spiegel*, Nr. 38/1980, S. 213.

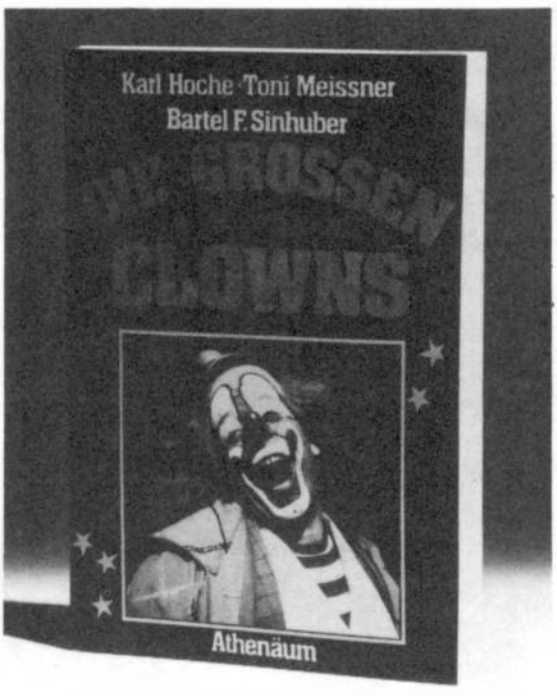
38 Diether Stolze, »Deutschland – ein Jammertal?«, *Die Zeit*, 10. April 1981.

Athenäum

Menschsein oder Clown, das ist doch dasselbe

(Juanito Rivel)

Schauen Sie hinter die Kulissen, erleben Sie, wie die größten Clowns die Versöhnung der Gegensätze zwischen Wirklichkeit und Imagination immer wieder neu für uns gestalten.
Die 16 berühmtesten Clowns werden in Wort und Bild vorgestellt von
Karl Hoche, Toni Meissner,
Bartel F. Sinhuber in



248 Seiten mit über 100 Abbildungen,
geb. DM 39,80

Athenäum Verlag
Königstein/Ts.

Ullstein Materialien

War er der Spaßmacher und weise Humorist, der Bilderpossenreißer und lachende Philosoph, als den wir ihn zu kennen meinen? Wilhelm Busch war ein vielspältiger Künstler und Schriftsteller, der seine innere Biographie, die eigentlichen Beweggründe seines Schaffens immer sorgfältig verborgen hat – sie führen in die Untiefen des bürgerlichen Lebens, in verdrängte Bereiche.
Seine Werke sind ein Bilderbogen zur Sozialpsychologie des deutschen Bürgertums.

35124/DM 12.80

Ullstein
Ullstein
Ullstein
Taschenbücher

Barbara Wesel
Sieben Pleiten

Es geht uns gar nicht gut. Jedenfalls nicht der Wirtschaft, die für unser materielles Wohlergehen sorgen soll. Fast zwei Millionen Arbeitslose sind auf die Zuwendungen von Herrn Stingl angewiesen. Über 300 000 von ihnen kommen aus Unternehmen, die im vergangenen Jahr in Konkurs gegangen sind. Zwölftausend Firmen mußten 1981 aufgeben. In diesem Jahr, wird erwartet, sollen es sogar sechzehntausend sein. Das ist alarmierend, und alle Betroffenen bemühen sich, die Ursachen für die Krise zu finden. Man sucht nach dem Schuldigen.

Der Bundesverband der deutschen Industrie meint, der Staat sei schuld. Er schaffe schließlich die schlechten Rahmenbedingungen, die die Unternehmen in den Ruin treiben, mit zu hohen Steuerbelastungen, einer wuchernden Verordnungsbürokratie, und vor allem würden staatliche Investitionshilfen fehlen. Die mittelständischen Unternehmer glauben, die OPEC sei schuld. Sie hat schließlich die Ölpreise hochgetrieben. Außerdem sind die Arbeitnehmer schuld, denn sie feiern viel zu oft krank. Besonders viel Schuld haben jedoch die Gewerkschaften auf sich geladen mit maßlosen Lohnforderungen. Die Gewerkschaften wiederum geben den Schwarzen Peter an den Staat zurück, denn der müßte mit einem großen Beschäftigungsprogramm der Wirtschaft und den Arbeitnehmern gleichermaßen helfend unter die Arme greifen. Einfache Gemüter schieben die ganze Schuld auf die Japaner, denn die sind gelb, schlitzohrig und dauernd auf dem Vormarsch. Das Institut für Weltwirtschaftsforschung in Hamburg findet die Ursache des Übels wieder beim Staat. Seine Eingriffe in die natürlichen Marktmechanismen – als Beispiel wird die Subventionierung der Stahlindustrie genannt – hätten die Wirtschaft aus dem Gleichgewicht gebracht. Alle gemeinsam klagen über die hohen Zinsen. Mit anderen Worten: Die Amerikaner sind schuld. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff macht es sich leicht. Es sind wieder die Arbeitnehmer. Sie müßten mehr arbeiten, wie die Japaner.

Der Streit ist schwer zu entscheiden. Doch wenn wir einige ausgewählte Fälle der vergangenen anderthalb Jahre betrachten, dann drängt sich der Gedanke auf: Da war doch noch was?

1. Die Brüder Bauknecht oder »Die warten doch nur, bis wir über die Klinge springen«

Das Werk in Lothringen war von Anfang an eine Quelle des Unheils. Bei den Verträgen mit der französischen Regierung hatten sich die Brüder Gert und Günter Bauknecht übervorteilen lassen. Die Fabrik wurde auf Moorboden errichtet und drohte ständig abzusacken. Die Fundamente zu verstärken kostete viel Geld. Von vornherein gab es Ärger mit den Arbeitern, die das Werk erst einmal besetzten. Mit den Gewerkschaften hatten sich die Bauknechts nie verstanden. Die Kühlschränke, die in St. Avold schließlich vom Band rollten, waren miserabel. Die glücklose Unternehmung verschlang allein 1981 fünfzig Millionen Mark. Dreihundertfünfzig Arbeitnehmer wurden wieder entlassen. Die französische Tochter hat der Mutter noch keine Freude gemacht, hieß es in den Kommentaren der Presse.

Dabei hatten sich die Brüder Bauknecht das Ganze so schön gedacht: International werden und in Billiglohnregionen produzieren, das war einer der Lehrsätze ihres Vaters Gottlob. Also bauten sie folgsam Fabriken in Österreich, Belgien, im Saarland und in Lothringen. Das kostete Geld, man mußte Schulden machen. Eigenes Kapital war nicht genug vorhanden.

Bis zu seinem Tode mit 85 Jahren hatte der Gründerpatriarch das Unternehmen fest am Zügel gehalten. Lange waren die Söhne bei ihm in der Lehre. 1976 konnten sie die gesunde und solide Firma übernehmen. Die stand – nach dem klassischen Muster: vom Handwerksbetrieb zum Großkonzern – inzwischen auf Platz 94 unter den 100 größten bundesdeutschen Unternehmen. Über 14 000 Mitarbeiter schufen einen Umsatz von mehr als anderthalb Milliarden Mark. Dreiviertel des Geschäftes wurden mit der ›weißen Ware‹ gemacht, Waschmaschinen, Kühlschränke und was Frauen sonst so wünschen. Hin und wieder kauften die Brüder ein paar kleinere Unternehmen dazu und versammelten noch etwas Stahlbau und Kunststoffverarbeitung unter ihrem Konzerndach. Alleinherrschaft der Familie, Unabhängigkeit und Sparsamkeit, das waren die goldenen Regeln, nach denen Gert und Günter Bauknecht ihr Unternehmen führten, wie schon zu Vaters Zeiten.

Ende der sechziger Jahre hatte es im Stammwerk bei Stuttgart einmal großen Ärger gegeben. Dem ›Juniorchef‹ Günter war vor der Belegschaft die Zunge davongelaufen: »Gegen eine Rezession wie '67 hätte ich nichts einzuwenden, weil es mir dann als Unternehmer besser geht«, was einen kleinen Proteststreik zur Folge hatte, bis er sich entschuldigte. Wie man sich irren kann!

1981 kam sie, zunächst langsam, mit etwas sinkenden Umsätzen. Dann ließ die schlechte Baukonjunktur den Absatz von Küchen und elektrischen Heizanlagen abstürzen. Auch Wärmepumpen gingen nicht mehr. Auf die-

sem Markt war Bauknecht sowieso erst aufgetaucht, als die kurze Mode schon wieder vorüber war. Und schließlich bemerkten die Brüder, daß schon 95 Prozent aller Haushalte einen Kühlschrank haben, 90 Prozent eine Waschmaschine und so weiter. Im Herbst wurde ihnen klar, daß etwas getan werden müsse. Sie verkündeten als neue Strategie: Die Produktion wird gestrafft. Das heißt auf deutsch, Arbeitsplätze werden eingespart, im ersten Anlauf 1500. Außerdem solle die besonders unwirtschaftlich arbeitende Produktion von Elektromotoren zukünftig in Kooperation mit der AEG weitergeführt werden. Der Versuch, aus einem Blinden und einem Lahmen einen Zehnkämpfer zu machen.

Er baue auf »vernünftige Frauen«, so meinte Gert Bauknecht, die den Wunsch nach besseren, energiesparenden Haushaltsgeräten hätten. Die Frauen waren viel vernünftiger, als er glaubte. Sie kauften nämlich bei steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Realeinkommen immer weniger neue Kühlschränke und legten ihr Geld lieber auf ein Sparbuch. Und das war schlecht für die Bauknechts.

Im März 1982 brauchen sie dringend Geld. Sie verkaufen still und leise einige Grundstücke, unter anderem das eigene Verwaltungshochhaus in Stuttgart. Sie bleiben als Mieter drin, was man heute Leasing nennt. Auf diese Weise kommt Kapital in die Kasse. Als die Transaktion ruchbar wird, erklären die Brüder ihren Geldbedarf mit der geplanten AEG-Kooperation. Dummerweise haben sie nicht damit gerechnet, wie äußerst empfindlich Gläubigerbanken auf so unerwartete und merkwürdige Geschäftsvorgänge bei ihren Schuldnern reagieren. Und Schulden haben die beiden in wenigen Jahren reichlich angesammelt: Vor zehn Jahren noch waren es lächerliche zwei Millionen, heute stehen sie mit zweihundert Millionen in der Kreide. Auch rächt sich jetzt eine der väterlichen, schwäbischen Tugenden: Weil sie unabhängig sein, sich an niemanden verkaufen wollten, haben die Brüder bei zwanzig verschiedenen Banken Geld aufgenommen, immer hartnäckig um die Konditionen feilschend. »Wie die Markthändler«, rümpfte man in standesbewußten Bankierkreisen die Nase. So steht den Unternehmern jetzt statt einer Hausbank, die sich schon aus eigenem Interesse für das Überleben der Firma einsetzen würde, ein Bankenkonsortium gegenüber.

Die Bank of America bringt den Stein ins Rollen und kündigt Bauknecht die Kreditlinie. So eine Nachricht, auch wenn es sich um einen internen Vorgang handelt, verbreitet sich schnell in der Branche der Banken, und alarmiert ziehen andere mit. Alle wollen plötzlich Sicherheiten sehen. Gert Bauknecht bittet sie zu einem »Routinegespräch«. Er hat noch nicht gemerkt, daß ihm das Wasser bis zum Halse steht, und spricht unbekümmert über Umsatzzahlen und Erwartungen, neue Produktionslinien. Alles etwas vage, und die Bilanz für 1981 kann er – im Mai '82 – auch noch nicht vorlegen. Schließlich kommt er zur Sache. Die Banken möchten doch bitte

auf 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten, die alten Kredite stehenlassen und hundert Millionen Mark neu einschießen. »Danach«, so erklärt Gert Bauknecht gekränkt, »hat es Kündigungen von Kreditlinien gehagelt.« Die Lage wird immer ernster und verzweifelter. Das Unternehmen hat kein Geld mehr, denn inzwischen haben die Banken auch die Eingänge auf den Bauknecht-Konten gesperrt. Das Land Baden-Württemberg will helfen – schließlich müssen Arbeitsplätze erhalten werden – und bietet eine Landesbürgschaft über 50 Millionen Mark. Es wird eine Woche lang verhandelt, die Banken stellen sich störrisch. Schnell einig werden sie sich mit dem Landesvertreter lediglich darüber, daß »ein Generalbevollmächtigter einzusetzen ist, der die Sanierung des Unternehmens in Angriff nehmen soll«. Man will nicht noch mehr Geld verlieren. Ein abschließendes Urteil über die Management-Künste der Brüder Bauknecht.

Immerhin scheint die Rettung noch möglich, bis am 18. Mai die österreichische Bauknecht-Tochter den Vergleichsantrag stellen muß. Es gibt Krisensitzungen in Wien. Das Bankenkonsortium in Stuttgart sagt endgültig ›nein danke‹, und zwei Tage später müssen auch Gert und Günter Bauknecht den Gang zum Vergleichsrichter antreten. Sie sind dauernd zahlungsunfähiger geworden. Es ist absolut kein Geld mehr aufzutreiben. Man hofft aber, aus dem Firmenvermögen noch 35 Prozent der ausstehenden Forderungen bezahlen zu können, sonst wird's ein Konkurs.

Seitdem hat bei Bauknecht ein Vergleichsverwalter das Sagen. Ein tiefer Sturz für die Brüder, die es gewohnt waren, allein zu herrschen. Hatten doch bei ihnen schon die Direktoren nie etwas zu vermelden, ganz zu schweigen vom höchst lästigen Betriebsrat. Nach des Vaters ehernem Vorbild hielten die Söhne an erprobten Produkten und dem eigenen Ratschluß fest. Warum auch sollte heute nicht mehr gut sein, was doch jahrzehntelang Erfolg gebracht hatte? Und da sich ein guter Kühlschrank kaum verbessern läßt, wurde auch kein Geld für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Statt dessen erweiterte man die Produktion. Die Bauknechts hatten einfach nicht bemerkt, daß in der Bundesrepublik – dem größten Haushaltsgerätehersteller Europas – schon seit Jahren mühelos doppelt so viele Waschmaschinen, Kühlschränke et cetera hätten hergestellt wie verkauft werden können.

Die Zukunft des Unternehmens sieht trübe aus, auch wenn der Vergleich zustande kommt. Bei der IG Metall in Stuttgart macht man sich darüber keine Illusionen: »Bauknecht wird keinesfalls in der bisherigen Form weiterbestehen.« Der Sanierungsplan sieht vor, daß die Firma aufgesplittert, daß kurzgearbeitet und bis zum Jahresende zunächst 1100 Mitarbeiter entlassen werden. Ein finanzkräftiger Partner könnte da helfen. Aber der ist unter den Konkurrenten Bosch, Miele, Siemens und AEG nicht auszumachen. »Die warten doch nur, bis wir über die Klinge springen«, heißt es bei

der Gewerkschaft. »Warum sollen wir uns Kapazitäten ans Bein hängen, die wir ebenso wenig auslasten können wie andere?« verlautet aus der Industrie. Pessimisten glauben sogar, daß der Konkurs nur vermieden werden kann, wenn das Land Baden-Württemberg großzügig hilft. Gert und Günter Bauknecht waren angetreten unter der Devise »Bauknecht auf dem Weg zum Weltunternehmen«. Inzwischen regnen die Invektiven auf sie nieder: »Konzeptionslos, ohne unternehmerischen Weitblick, krasses Mißmanagement, starrer Führungsstil, konservative Geschäftsführung, innovationsfeindlich . . .« Kurz: »Sie haben ihr Erbe verspielt.«

2. Die Pelikan-Erben oder »Die wichtigen Fragen wurden auf dem Golfplatz entschieden«

Im Mittelalter erzählte man sich, der Pelikan ernähre seine Jungen mit seinem eigenen Blut. Das tat er denn getreulich dreißig Jahre lang. Aber 46 Sprößlinge können die Kraft selbst des stärksten Pelikans schließlich erschöpfen. Wie sich am Beispiel des Hannoverschen Büromittel-Unternehmens erweist. Im Herbst 1981 stimmte die Familien-AG dem Vorschlag zu, endlich einen finanzstarken Großaktionär in ihre bis dahin festgeschlossenen Reihen aufzunehmen. Das äußerst knappe Grundkapital des Konzerns von 63 Millionen Mark sollte verdoppelt werden. Eine so kurz bemessene Finanzdecke ist schließlich für ein Unternehmen mit über 11 000 Mitarbeitern und mehr als einer Milliarde Mark Jahresumsatz auf die Dauer ein ernstes Handicap. Doch so schnell ließ sich kein Geldgeber finden. Und allzu drängend schien die Sache denn auch wieder nicht.
Was sollte einem soliden Unternehmen wie der Firma Pelikan auch schon passieren? Seit hundertfünfzig Jahren wurden im Zeichen des aufopferungsvollen Vogels Tinte, Löschpapier und Federhalter hergestellt. Im Laufe der Jahrzehnte kam noch dieses und jenes nützliche Schreibutensil dazu. Generationen von Schülern sorgten für gute Geschäfte. Den Höhepunkt gesellschaftlichen Glanzes erlebte die Familie in den dreißiger und vierziger Jahren unter Fritz Beindorff, dem erfolgreichen Chef der verzweigten Sippe. Er wurde schließlich – Buddenbrook'sch – sogar zum Senator geadelt. Nach dem Kriege ging es dann eher demokratisch weiter: über vierzig Erben teilten sich das Unternehmen, scheibchenweise. Die Gründerjahre der Bundesrepublik brachten neuen Aufschwung, auch ohne die starke Hand eines Familien- und Firmenoberhauptes. Fürs Geschäftliche sorgte ein erfahrener Direktor. Die Kinder, Enkel, Tanten, Neffen gewöhnten sich daran, ohne Aufhebens die Einkünfte des Unternehmens zu verzehren. Ansonsten beschäftigten sie sich mit dem Streit, der bei so viel Verwandtschaft nicht ausbleiben kann. Ein Familienmitglied berichtet später einer Zeitung, man

habe sich eigentlich nie richtig um irgend etwas gekümmert, »die wichtigen Fragen wurden auf dem Golfplatz entschieden«.
1975 gab es in dem Unternehmen eine kleine Krise, der Pillenknick bei den Schülern machte sich bemerkbar. Da traf es sich gut, daß kurz darauf ein neuer Manager bei Pelikan die Führung übernahm. Jung, dynamisch, progressiv entfachte Jürgen Hansen frischen Wind nach der neuesten Wirtschaftsmode. Man trug gerade Diversifikation. Nicht mehr auf einige wenige Produkte sollte sich ein Unternehmen verlassen, sondern in möglichst verschiedenen Bereichen arbeiten. Auf diese Weise sei man – so die Lehrmeinung – besser gegen Veränderungen der Absatzmärkte gefeit. Der neue Chef bei Pelikan kaufte also Diverses: eine Druckerei für Spielkarten, eine Kosmetikfirma, einen Papierproduzenten in England, einen Hersteller von Farbbändern in Costa Rica und so weiter. Schließlich wollte Hansen im Büro der Zukunft auch nicht mehr nur mit Tinte und Radiergummi vertreten sein. Mit dem verhängnisvollsten seiner Käufe erwarb er die Hamburger Bürotechnik-Firma Lumoprint, die Kopiergeräte herstellte. Finanziert wurde das Ganze aus der linken Hosentasche. Zwar bat Geschäftsführer Hansen die Eigner immer wieder, neues Kapital in das expandierende Unternehmen einzuschießen. Doch die Erben meinten, daß Nehmen ganz entschieden seliger sei als Geben, und verbrauchten unerschrocken weiter die Erträge. Oft gab es heftige Auseinandersetzungen um neue Geschäftsentscheidungen. Ungetrübt von Sachkenntnis, nur so aus Familiensinn. 1978 hatte der entnervte Manager die Sippe endlich so weit gebracht, daß sie der Umwandlung des Unternehmens in eine Aktiengesellschaft zustimmte. Damit war die Familie aus der aktiven Geschäftsführung ausgeschlossen. Hansen avancierte zum Vorstandsvorsitzenden.
Die Kapitalschwierigkeiten der Firma aber waren dadurch nicht behoben. Die Eigner rückten keinen Pfennig heraus. Also wurden Schulden gemacht. Vierundneunzig Banken liehen dem Konzern immer mehr Geld, überwiegend mit kurzer Laufzeit. 1980 sackte die Hamburger Kopiererfirma, inzwischen zur ›Pelikan Informationstechnik‹ aufgewertet, in ein Loch. Die Produktion der Geräte war nur zögerlich angelaufen. Es gab viele Reklamationen, im Lager stapelte sich die Ware. Die Verluste mußten mit Gewinnen aus anderen Bereichen ausgeglichen werden. Der Vorstand informierte die Eigner über die schlechte Lage und drängte erneut auf Beteiligung eines finanzstarken Partners. Den Erben wurde die Sache lästig und sie behalfen sich damit, den Vorstandsvorsitzenden zu feuern. Wegen unterschiedlicher unternehmenspolitischer Auffassungen. Damit begann die monatelange Suche nach einer neuen Firmenleitung.
Inzwischen wuchsen die Verluste bei der Informationstechnik. Die Bilanz für 1981 konnte nur mit Hilfe außerordentlicher Erträge und ebensolcher Mühe ausgeglichen werden. Finanzchef Walter Bubbel verkaufte Grund-

stücke und vor Weihnachten sogar das Gold, das zur Herstellung von Füllfedern in Hannover eingelagert war. Nach Neujahr holte er es wieder zurück. Die Bilanz gleiche einer gut frisierten Dame, äußerte ein betroffener Banker später.

Am 15. Februar 1982 tritt der Mann auf den Plan, der endlich wieder Ordnung in die Geschäftsführung bringen soll. An diesem Montag nimmt der neue Vorstandsvorsitzende Kurt Hackel die Arbeit auf. Am Dienstag besucht er die Informationstechnik in Hamburg. Er blickt in einen finanziellen Abgrund. Die Verluste für 1981 sind mit fast 100 Millionen nahezu doppelt so hoch wie in der Bilanz angegeben. Am Mittwoch muß Hackel den Banken gegenüber Farbe bekennen. Sie verweigern weitere Kredite. Es ist kein Geld mehr da. Am Donnerstag, dem 19. Februar, um 10.10 Uhr meldet der Vorstandsvorsitzende den Vergleich an. Das ist neuer deutscher Rekord.

Pelikan hatte innerhalb weniger Jahre eine Schuldenlast von mehr als einer halben Milliarde Mark angesammelt. Allein die Zinsen kosteten zuletzt 80 Millionen im Jahr. Die Gläubiger spielen schließlich nicht mehr mit. Die dauernden Manipulationen am Zahlenwerk des Konzerns haben ihnen die Erkenntnis vermittelt, daß da etwas nicht stimmt. Auch bei Pelikan gibt es keine Hausbank. Die vierundneunzig verärgerten Kreditgeber wollen kein Auffangkonsortium bilden. Manager Hackel hofft, durch den Vergleich wenigstens das Anlagevermögen der Firma zu retten und den Konkurs abzuwenden. »Dieser Konzern wurde geführt wie der Krämerladen an der Ecke«, erkennt er bei der weiteren Besichtigung der Pelikan-Geschäfte. Nur daß ein Krämerladen nicht so viel Kredit bekommt. Und Hackel bereut: »Hätte ich vorher gewußt, daß ich bereits nach vier Tagen Vergleichsantrag stellen muß, hätte ich den Job nicht angenommen.« Da haben die Erben doch kurz vor Schluß noch einmal Glück gehabt und einen erfahrenen Vorstandsvorsitzenden mit eingebautem Vergleichsverwalter gefunden.

Ansonsten haben sie vorläufig nichts zu lachen und vor allem nichts mehr zu sagen. Pelikan muß das Land Niedersachsen um Hilfe bitten. Hannover ist zur Gewährung einer Bürgschaft bereit, aber nur wenn die Familienaktionäre ihre Anteile aufgeben. Zunächst einmal wird das Aktienkapital 10:1 zusammengelegt. Aus dem Grundkapital von 62 Millionen werden so kümmerliche 6,2 Millionen. Das macht für jeden der sechsundvierzig Erben noch 134 000 Mark. In der Symbolsprache der mittelalterlichen Alchimisten war der Pelikan ein Bild für den Stein der Weisen, der sich bei der Verwandlung von Blei in Gold auflöst. Hier dürfte es eher umgekehrt sein.

Kurt Hackel entwirft einen Sanierungsplan. Die Diversifikation soll beendet werden. Pelikan stellte zum Schluß 6000 Produkte her, aber 80 Prozent des Umsatzes wurden mit weniger als tausend dieser Produkte erwirtschaftet. Die verlustreiche Produktion im Ausland kommt in die Bundesrepublik

zurück. Und schließlich: Das Unternehmen muß weg von der Informationstechnik. Ende April wird für die PIT-Lumoprint in Hamburg der Konkurs erklärt. Der Hamburger Senat will zwar helfen, die Arbeitsplätze erhalten, kann aber nicht alle Verluste abdecken: »Wir werden nie dafür einstehen können, was die Familie entnommen hat.« Die 800 Beschäftigten der Firma legen ihr Geld zusammen und veröffentlichen eine Annonce im *Handelsblatt.* Unter Stellenangebote: »Wir von Pelikan Lumoprint wollen arbeiten und nicht stempeln. Unsere Produkte haben in der ganzen Welt einen guten Ruf. Wir können und wollen hart arbeiten und suchen deshalb einen fähigen Unternehmer.« Bis heute hat sich keiner gemeldet.
Statt dessen gibt es einige Interessenten für eine Kapitalbeteiligung am noch funktionsfähigen Teil des Pelikan-Konzerns. Zwei englische Unternehmen und eine amerikanische Firma sind im Gespräch. Im Juli wird plötzlich bekannt, daß die Erben in aller Stille ein Aktienpaket von 29 Prozent an eine zunächst unbekannte Kommanditgesellschaft verkauft haben. Für den noch fälligen Beschluß der Hauptversammlung aber, mit dem endlich die Bezugsrechte der Altaktionäre annulliert werden sollen, ist eine Mehrheit von 75 Prozent erforderlich. Die Familie hat wieder zugeschlagen. Irgend jemand, auf dem Golfplatz, muß eine Idee gehabt haben.

3. & 4. Kreidler und Nachfolger oder »Was 75 Jahre gut war, kann auch noch 50 Jahre halten«

Wenn an der Londoner Metallbörse die Preise für Kupfer oder Aluminium um einige Prozentpunkte steigen, hat das verschiedene Folgen. Oft sind es Spekulanten, die sich dabei eine goldene Nase verdienen. Im besseren Fall bekommt ein Land der Dritten Welt mehr Geld in seine Kassen. Auf jeden Fall aber gibt es sorgenvolle Gesichter in der Metallindustrie. Besonders kleine und mittlere Firmen leiden unter dem Druck steigender Rohstoffkosten. Auch der Ingenieur Alfred Kreidler aus Stuttgart hatte in den letzten Jahren damit zu kämpfen. Metall war das Material, aus dem in den Kreidler-Werken die Dreher und Fräser jene kleinen Gewinde, Zahnräder und Gehäuse fertigten, die etwa in der Uhrenindustrie oder in der Elektrobranche gebraucht werden. Halbzeug nennt man diese Produkte, denn sie sind zur Weiterverarbeitung bestimmt.
Doch die Erfinderlaunen und die technischen Fähigkeiten von Alfred Kreidler waren damit bei weitem nicht erschöpft. Er stellte sich ans Zeichenbrett und entwarf ein kleines Motorrad. Gerade richtig für die fünfziger Jahre, wo das Auto noch zu teuer, der Drang nach Fortbewegung aber schon groß war. Die knatternden Mopeds wurden genau so zum Inbild der Zeit wie die pomadigen Entenschwanzfrisuren ihrer Fahrer. Die Firma flo-

rierte. In ihrer besten Phase, 1965, beschäftigte sie 6000 Arbeitnehmer. Der Firmenchef, inzwischen schon im Pensionsalter, arbeitete unermüdlich weiter an der Vervollkommnung seiner Motorräder. Mit Erfolg, denn im gleichen Jahr stellte sein Fahrer Rudolf Kunz auf einer spezialgefertigten Kreidler-Maschine einen neuen Weltrekord in der 50-Kubikzentimeter-Klasse auf. Mit 210 Stundenkilometern raste er über den großen Salzsee in Utah. Mit dem Slogan »Die Technik des Weltmeisters« warb Kreidler fortan für seine Produkte.

Ende der sechziger Jahre ließ der Moped-Boom nach. Die Produktion mußte verkleinert werden. Doch Alfred Kreidler hatte etwas von Diversifikation gehört. Er kaufte die Uhrenfabrik Kienzle, die in Schwierigkeiten steckte und sowieso schon zu den Abnehmern seiner Halbzeug-Produktion gehörte. Aber Kreidler verpaßte die Revolution in der Uhrenherstellung und fertigte noch feinmechanische Chronometer, als die Japaner längst Millionen von Quarzuhren nach Europa verschifft hatten. Ende 1980 mußte ein Sanierer sich um die Kienzle-Reste bemühen.

Andere Unternehmen waren dazugekauft worden. Innerhalb einiger Jahre entstand ein kleines Kreidler-Imperium, mit einer Filiale in Brasilien, zahlreichen Beteiligungsgesellschaften und sogar einer Kleinbank in der Schweiz. Zu Hause in Stuttgart ließ der alte Herr sich nicht dreinreden. Die Geschäfte gingen immer schlechter, doch seine Regierungsform blieb absolutistisch. Der Betriebsrat wußte längst, daß der metallverarbeitende Teil des Unternehmens nicht mehr konkurrenzfähig war. Die Verluste wuchsen mit jedem Jahr, denn die Maschinen in den Kreidler-Werkshallen wurden mit jedem Jahr älter. Stammten sie doch überwiegend noch aus den Gründerjahren der Firma nach dem Krieg, und viele waren auch damals schon gebraucht gekauft worden. Die Vertreter der Arbeitnehmer faßten sich ein Herz und forderten vom Inhaber-Patriarchen, endlich neue Maschinen zu kaufen und das Werk zu modernisieren. Alfred Kreidler blieb störrisch in seiner Sparsamkeit. Was so lange gehalten hatte, würde auch noch weiter halten. Dabei liebte er seine Firma. Dreißig Millionen Mark schoß er in den letzten Jahren als Gesellschafterdarlehen aus seinem Privatvermögen ein. Das Werksgrundstück, das auf seinen Namen lief, wurde auf die Firma übertragen, um deren Anlagevermögen zu erhöhen. Doch in den Fabrikhallen wurstelte man weiter wie eh und je. Die Verluste stiegen zum Schluß auf fast dreißig Millionen Mark. Genau wußte das keiner, denn das Rechnungswesen war völlig undurchschaubar geworden. 1980 starb Alfred Kreidler. Das bittere Ende mußte er nicht mehr erleben. Das blieb für seinen Sohn und Nachfolger Axel. Zwischen den beiden habe es einen fürchterlichen Vater-Sohn-Konflikt gegeben, schrieben die Zeitungen damals.

Ein Jahr später, am 1. Februar 1981, meldet Axel Kreidler den Vergleich an. Die Verbindlichkeiten der Firma sind auf 160 Millionen gestiegen. Die Ban-

ken lehnen es ab, bei den schlechten Marktchancen für kleine Motorräder noch neue Kredite zu geben. Und die Halbzeugproduktion ist hoffnungslos veraltet. Sie wird kampflos aufgegeben. Am 20. Februar finden die Arbeitnehmer am schwarzen Brett die lapidare Mitteilung: »Die gesamte Belegschaft ist von der Arbeit freigestellt.« 950 Metallarbeiter, darunter viele Ältere und Frauen, stehen auf der Straße. Die 450 Beschäftigten vom Fahrzeugbau dagegen sind noch einmal davongekommen. Es hat sich ein Käufer gefunden, der Ingolstädter Auto- und Motorradhändler Horst Willner: »Eine solche Marke läßt man doch nicht untergehen.« Er kratzt Kredite von 28 Millionen Mark zusammen und kauft die Kreidler-Reste. Der unternehmungslustige Willner ist Hauptdarsteller in einem Familienclan, der sich mit vielerlei schwer durchschaubaren Geschäften in aller Welt befaßt. Dazu gehört zum Beispiel die Mega-Petrol-Gesellschaft, die in Nordamerika nach Öl und Gas bohrt. Und eine Schiffahrtsgesellschaft, die unterging und Horst Willner den Spitznamen »der bayerische Onassis« eintrug.

Auch bei Kreidler hat er keine gute Hand. Er verpaßt die letzte Chance, die es für die deutschen Anbieter von kleinen Motorrädern gibt. Am 1. Januar 1981 wird nämlich die Führerscheinvorschrift umgestellt. Jugendliche ab 16 Jahren dürfen seitdem mit 80 Kubikzentimeter großen Mopeds durch die Gegend brausen. Die alte 50er Klasse ist damit aus dem Rennen. Schnellere Maschinen hätten rechtzeitig auf den Markt gebracht werden müssen. Doch das alte Kreidler-Management hatte den lange angekündigten Wechsel verschlafen. Und als die neuen Eigner im März anfangen, ein größeres Motorrad zu produzieren, ist es längst zu spät. Sie können damit erst im Herbst auf den Markt kommen. Das Geschäft haben aber schon im Frühjahr die Japaner gemacht. Der Marktanteil von Kreidler sinkt auf fünf Prozent. Die renommierten Maschinen sind mit über 4000 Mark zu allem Unglück auch noch zu teuer. Bei Honda gibt es die heißen Öfen für Teenager schon ab 2000 Mark. Die Stuttgarter haben einfach zu solide und sorgfältig konstruiert. 11 000 Kreidler-Mopeds bleiben im Lager stehen.

Um weiterzumachen, braucht die Firma neues Geld. Die Willner-Familie aber will nur dann neue Millionen einschießen, wenn eine Landesbürgschaft ihre Bankkredite sichert. Das Land wiederum will nur bürgen, wenn die Marktaussichten für kleine Motorräder eine dauerhafte Sanierung versprechen. Und die sind nach den Erfolgen der Japaner für die überlebenden deutschen Hersteller schlechter denn je. Hinzu kommt, daß durch dubiose Praktiken bei Mega-Petrol der Name der Willner-Sippe bei den Banken nicht mehr gern gehört wird. Die Verwendung von Anlagegeldern im Schneeballsystem ist gar nicht beliebt.

Genau ein Jahr nach dem ersten Vergleichsantrag wird Anfang Februar 1982 für Kreidler der zweite gestellt. Diesmal findet sich kein Kaufinteressent, und Horst Willner kann einen vernünftigen Sanierungsvorschlag nicht auf

die Beine stellen. Für die 450 verbliebenen Arbeitnehmer ist schon Mitte März endgültig Schluß. Das Geld reicht nicht einmal mehr für die vier Millionen rückständiger Gehälter, die das Unternehmen ihnen schuldet. Ende des Monats wird die Produktion völlig eingestellt und der Anschlußkonkurs eröffnet. Für einen Vergleich waren nicht mehr genügend Mittel vorhanden.
Im Mai wird schließlich das letzte Kapitel der Kreidler-Geschichte geschrieben. Alle Anlagen und Maschinen der Firma werden öffentlich versteigert. Dafür gibt es spezielle Wirtschaftsauktionäre, die Pleitegeier der Marktwirtschaft. Die 150 alten Motorräder aus dem Kreidler-Museum – darunter die Weltmeisterschafts-Maschine – gehen an einen unbekannten Stuttgarter Sammler. Aber die eigentlichen Museumsstücke sind die Maschinen in den Kreidler-Werkshallen. »Es ist unwahrscheinlich, welche hochwertigen Produkte die Belegschaft mit diesen alten Maschinen hergestellt hat«, wundert sich der Auktionator. Ein paar Belegschaftsmitglieder stehen dabei und sehen zu, wie ihr Arbeitsplatz mit rasender Geschwindigkeit unter den Hammer kommt. Ein langgedienter Kreidler-Meister kann das alles nicht verstehen: »Jeder Arbeitslose kostet 25 000 Mark im Jahr. Das macht für uns hier im Werk genau 11,25 Millionen. Damit hätte Kreidler doch gerettet werden können!« Die Eigner hätten auf ihrer Suche nach neuen Krediten vielleicht bei der Bundesanstalt für Arbeit nachfragen sollen.

5. Der totale Wienerwald oder »Wenn einer, der mit Mühe kaum geklettert ist auf einen Baum . . .«

Zum Schluß war Friedrich Jahn wieder da, wo er einmal angefangen hatte: in einer billigen Kneipe in die Kochtöpfe guckend, ein scharfes Auge auf das Personal und die Tageseinnahmen gerichtet. »Wohlan«, spricht Friedrich Jahn, einer der letzten großen Selfmade-Männer Europas, wie ihn amerikanische Zeitungen nannten, »allein es gilt, unseren Garten zu bebauen.« Der einzige Unterschied zwischen Anfang und Ende: Das erste Etablissement stand in München, das letzte unter der Sonne Miamis oder in Houston, Texas. Aus den bescheidenen ›Linzer Stuben‹, mit denen der gelernte Kellner hinter der Münchner Uni 1956 begann, waren im Laufe der Jahre 1500 Betriebe mit über 25 000 Arbeitnehmern geworden. Der Österreicher und Wahlbayer blieb getrieben von der Idee des totalen Wienerwald. Die ganze Welt überzogen mit einem lückenlosen Netz von Hähnchen-Bratereien und deutscher Gemütlichkeit. Von Anfang an hatte Jahn sich immer um alles selbst gekümmert. Seine Idee, eine schnelle, billige Mahlzeit anzubieten, wo man weiß, was man hat, mußte in den hungrigen fünfziger Jahren einschlagen. Was den Franzosen das Huhn im Topf, sollte den Deutschen das Brat-

hähnchen werden. Und damit sich die Leute wohl und überall im Wienerwald wie zu Hause fühlen, verzierte Jahn seine Gaststätten mit einer Mischung aus Wiener Heurigen-Kitsch und Münchner Bierseligkeit. Der Erfolg war überwältigend. Und all das schaffte Jahn zunächst, ohne Schulden zu machen. Sein Reich wuchs, und er wagte sich auf neuen Boden. Weinkellereien, Werbeagenturen, Grundstücksgesellschaften, eine Niederlassung in Australien. Nun hatte er einen Konzern. Doch das Rückgrat des Geschäfts waren und blieben die Bratvögel, mit denen Jahn über fünfzig Prozent seines Gesamtumsatzes zusammenbrutzelte. Die Grillapparate, die den Hühnchen jene appetitliche Farbe verliehen, stammten längst aus einer konzerneigenen Gerätebau GmbH.

GmbH's wuchsen dem Großgastronom zu wie anderen Leuten Radieschen im Garten. Aber auch Beteiligungsgesellschaften, Stiftungen und Holdings wucherten nur so. Hundertfünfzig sollen es inzwischen sein, genau weiß das keiner. Zweck der Übung war, der Mitbestimmung und den strengen Vorschriften über die Publizitätspflicht in der Bundesrepublik zu entgehen. Außer sich selbst traute Friedrich Jahn nämlich höchstens noch seinem Schwiegersohn Günter Steinberg, und auch dem nur begrenzt. Was sollte ihm da das Dreinreden von Arbeitnehmervertretern? Und wer jedes Jahr – wie das Gesetz es befiehlt – eine ordentliche Bilanz mit allen Zahlen veröffentlicht, dem kann doch die Konkurrenz in die Karten gucken. Also wurde das Hähnchen-Imperium sorgfältig in kleine Teile zerlegt, hier ein Flügelchen, dort ein Beinchen, locker zusammengehalten von einer Schweizer Holding-Gesellschaft. Die Schweiz, wo es keinen Zwang zur Veröffentlichung von Bilanzen gibt, ist liebster Zufluchtsort für publizitätsscheue Unternehmer. Dort richtete auch Friedrich Jahn sich ein, immer rastlos auf der Suche nach neuen Abenteuern.

Die fand er in Amerika. 1978/79 erwarb er gleich zwei von der Pleite bedrohte amerikanische Restaurant-Ketten, Lums und International House of Pancakes. Der Wienerwald-Chef legte dafür insgesamt 122 Millionen Dollar auf den Tisch, die er sich bei deutschen und Schweizer Banken geliehen hatte. Der amerikanische Markt mit seinen scheinbar unbegrenzten Absatzmöglichkeiten für schnelles und schlechtes Essen verlockte ihn so, daß er von seiner alten Maxime abließ, keine Schulden zu machen. Was hatte er da bloß gekauft? Die Lums-Restaurants, mit traulichen Nischen für Liebespaare der unteren Mittelklasse, produzierten nichts als rote Zahlen. Das hörte auch nicht auf, nachdem Friedrich Jahn sie ›verwienerwaldet‹ hatte. Schließlich mußte er mit seinen deutschen Brathähnchen gegen die urameri-kanischen Kentucky Fried Chicken des legendären Colonel Sanders antreten, der ebenfalls ein großer Selfmade-Mann war. Bei den internationalen Pfannkuchen sah es nicht viel besser aus. Sie verursachten 1981 Verluste von etwa 32 Millionen Dollar. Kurz: Jahn hatte sich verrechnet und übersehen,

daß in den USA schon seit einigen Jahren die ›Schöner Essen‹-Welle wogte. Daß der Dollar bald von 1,70 Mark auf 2,50 Mark steigen würde, ahnte er nicht einmal in seinen drückendsten Alpträumen.
Dem Jahn-Reiseunternehmen in München erging es wenig besser. Erst 1980 aus dem Boden gestampft, erreichte die Firma innerhalb eines Jahres die beachtliche Umsatzgröße von 100 Millionen Mark. Da Konzern-Chef Jahn aber nicht bemerkt hatte, daß gerade die ersten Zeichen der Touristik-Krise auftauchten, machte der Neuling trotzdem 35 Millionen Verlust.
Im März 1982 treffen sich zum erstenmal Jahns Gläubigerbanken in Zürich. Sie sind beunruhigt von den spärlichen, aber schlechten Nachrichten, die aus dem Dickicht der Jahn-Unternehmungen dringen. Da geht es nicht mit rechten Dingen zu. Zwei vorsichtige, die Augsburger Fugger-Bank und die Bank für Gemeinwirtschaft, fordern ihre fälligen Millionen lieber gleich zurück. Auf dem größten Teil der 260 Millionen Mark Wienerwald-Schulden sitzen zwei Schweizer Banken, die Kreditanstalt und der Bankverein. Sie sind kulant: Statt dem Unternehmen sofort die Kreditlinien zu kündigen, als immer mehr Meldungen über Verluste bei Jahn eintreffen, fordern sie ihn zunächst nur auf, endlich eine Bilanz für den Gesamtkonzern vorzulegen. Die Banken hatten leichtsinnig die Ausflüge des Gastronomen in die große weite Welt finanziert, ohne Sicherheiten und ein vernünftiges Zahlenwerk des Konzerns zu besitzen. Die schlechte Nachricht aus Zürich trifft ihn bei seiner neuen Lieblingsbeschäftigung, der Inspektion seiner amerikanischen Besitztümer. Statt in Ruhe die Qualität der Brathühnchen zu kontrollieren, muß er nun in München mit den Bankenvertretern verhandeln. Im Restaurant ›Schwarzwälder‹, dem Wienerwald-Flaggschiff, lassen sie sich zum vorläufigen Stillhalten bewegen. Dafür fordern sie den Verkauf des verlustreichen Reiseunternehmens und die Verpachtung der amerikanischen Gaststätten. Gleichzeitig tritt der alte Wienerwald-Finanzchef Klaus Reindl wieder in das Unternehmen ein. Die Banken vertrauen ihm und hoffen auf eine etwas durchsichtigere Geschäftsführung.
In dem Konzern geht es erst einmal normal weiter, auch wenn oft nicht klar ist, wo das Geld für den nächsten Tag herkommen soll. Und Friedrich Jahn nimmt die Forderungen der Banken nicht ernst. Es ändert sich wenig, nur die Reise-Tochter muß er für eine klägliche halbe Million an die Charter-Gesellschaft LTU abgeben. Die Anfangsinvestitionen dafür hatten ihn vierzig Millionen gekostet. Doch jetzt ist es wichtiger, künftige Verluste zu vermeiden, als vergangenen Ausgaben nachzuweinen. Jeder Verkauf schmerzt den Konzerneigner in ganzer Seele, und die Sanierung des Unternehmens geht dementsprechend schleppend voran.
Ende April reißt den Banken, die jetzt ein Konsortium gebildet haben, die Geduld. Es gibt eine neue Verhandlungsrunde. Sie endet mit erneutem Stillhalten. Im Mai setzt sich Finanzmanager Reindl wieder ab, wegen unüber-

brückbarer Differenzen mit Friedrich Jahn. Doch in der Presse heißt es, er habe die Zahlen beim Wienerwald schlechter vorgefunden als erwartet. Es gibt Krach zwischen den beteiligten Schweizer und deutschen Banken, das Konsortium fällt auseinander. Neue Verhandlungsrunde. Jetzt geht Jahn in den USA auf Tauchstation und ist nicht mehr greifbar. Er kann der Demontage seines Hühnchen-Reiches nicht zusehen. Eine Zeitung beschreibt Aufstieg und Fall des Gastwirts in drei Phasen: Es gab den gastronomischen, den expansiven und den exzessiven Teil. Sie hat einen vergessen: den eskapistischen.
Die Lage in den europäischen Unternehmen wird immer schwieriger. Die Lieferanten werden unruhig, die Kreditversicherer kündigen. Die Gläubiger überlegen, gegen welche der vielen Jahn-Gesellschaften sie ihre Forderungen geltend machen sollen. Am besten gegen alle. Auch gibt es da so eine merkwürdige Stiftung in Freeport auf den Bahamas. Der Wienerwald-Chef hatte nichts ausgelassen.
Nur ist er jetzt plötzlich kein Chef mehr. Ein Koordinationsausschuß von Bankern, Wirtschaftsprüfern, Konzernvertretern und dem Schwiegersohn nimmt ihm die Geschäftsführung aus der Hand. Man überlegt, was besser ist, eine Auffanggesellschaft, der Vergleich oder sogar der Konkurs. Die Banken stimmen einer letzten Schonfrist bis Ende November zu. Dann soll der Wienerwald wieder auf seine ursprüngliche Größe und Funktion geschrumpft sein und – vielleicht – als reiner Gastronomiebetrieb weiterleben. Das geht nicht ohne den Verlust von Arbeitsplätzen ab. Man nennt das auch ›Gesundschrumpfung‹.
Dem geschäftlichen Absturz Friedrich Jahns folgt der gesellschaftliche. In den Zeitungen wird er vom tatkräftigen Unternehmer wieder zum »ehemaligen Münchner Oberkellner« zurückgestuft. Andere sind etwas feinfühliger und bemühen psychologische Erklärungen für den Größenwahn, der ihn in den Untergang trieb. Jahn habe seinen »Mangel an formaler Bildung mit unternehmerischen Maximalanstrengungen wettgemacht«, heißt es. Zum Schluß ist Friedrich Jahn wieder da, wo er einmal angefangen hatte. Als er gefragt wird, was er denn machen wolle, wenn nun alles verlorengehe, sagt er: »Dann tu ich wieder obern.«

6. Videocolor oder »Größer werden oder untergehen«

Aus gemeinsamen Aktionen für die eigene, gerechte Sache entsteht gestärktes Lebensgefühl, erwächst Hoffnung. In einer kalten Januarnacht fuhren die Arbeiter der Videocolor-Werke in Ulm ihre Autos vor die Tore des Betriebsgeländes und stellten Posten auf. Keine Kiste mit fertigen Produkten, vor allem kein Stück der Betriebsanlagen würde den Hof verlassen,

solange sie hier aufpaßten. Die zuständigen Herren Direktoren waren weit weg, in Paris, und nicht sonderlich beunruhigt. Bei Thompson Brandt, dem größten französischen Elektrokonzern mit 130 000 Arbeitnehmern und einem Jahresumatz von 15 Milliarden, saß man schließlich am längeren Hebel. Was bedeuten schon sechzehnhundert Arbeitnehmer in Deutschland, die sich mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze nicht abfinden wollen?
Videocolor in Ulm stellte Röhren her, für Farbfernseher. Ein zweites Werk arbeitet in Agnani bei Rom und ein drittes in Lyon. Ein sicheres Geschäft, sollte man meinen, denn schließlich verbringen Franzosen, Italiener und Deutsche ihre freien Abende gleichermaßen vor der ›Röhre‹. Die Videocolor-Gruppe hatte eine wechselhafte Vorgeschichte. Die Röhrenproduktion in Ulm gehörte früher zur Abteilung Unterhaltungselektronik der AEG. Der deutsche Konzern war auch an der Fabrik in Agnani beteiligt, die ursprünglich vom amerikanischen Elektroriesen RCS errichtet worden war, und an dem Werk in Lyon. Überall liefen Bildröhren vom Band. Doch die Produktionsanlagen waren nicht auf dem neusten Stand, der von der japanischen Konkurrenz diktiert wird. Im Sommer 1979 trennte sich die AEG von der wenig lukrativen Tochter und verkaufte die ganze Gruppe an Thompson Brandt. Zusammen mit RCA behielt sie nur eine Minderheitsbeteiligung.
Der Verkauf an den französischen Konzern löste bei einigen Funktionären der IG Metall böse Vorahnungen aus, kannten sie doch Thompson Brandt als Jobkiller. Kurze Zeit zuvor hatte der Elektro-Multi bereits die traditionsreichen Marken Nordmende und Saba geschluckt, die es nicht geschafft hatten, aus eigener Kraft die Verlustzone zu verlassen. Die neuen Eigner in der Pariser Unternehmenszentrale schrumpften die beiden bundesdeutschen Firmen dann ganz schnell gesund. Fünfzig Prozent der Mitarbeiter mußten gehen. Dabei fielen auf einen Streich siebentausend Arbeitsplätze in der Unterhaltungselektronik weg. Grund zur Sorge also auch bei Videocolor.
Doch Thompson Brandt kümmerte sich um seine Neuerwerbung. 1981 wurden die Produktionsanlagen in Ulm modernisiert und auf die Fertigung einer neuen, kleineren Bildröhre umgestellt. Dafür, versprachen die Marktanalysen, seien die Verkaufschancen in den nächsten Jahren gut. Über 30 Millionen Mark wurden von der Konzernmutter in die Produktionsumstellung investiert, der Rest kam von der Bundesanstalt für Arbeit. Sie zahlte während des Umbaus Kurzarbeitergeld für ein Drittel der Videocolor-Belegschaft. Im Herbst lief die Fertigung dann wieder auf vollen Touren. Kurze Zeit darauf geschah etwas Merkwürdiges. In aller Stille überschrieben AEG und RCA ihre restlichen Videocolor-Anteile an Thompson Brandt. Ohne dafür einen Sous zu verlangen. Ein Wunder in einer Welt ohne Menschlichkeit. Endlich wurde mal wieder etwas geschenkt.

Am 19. November 1981 stellt ein Vertreter der Konzernmutter Thompson Brandt beim Amtsgericht in Ulm den Vergleichsantrag für Videocolor. Gleichzeitig erfährt die Belegschaft aus einer knappen Mitteilung, die Produktion würde bis zum Jahresende eingestellt. Betriebsrat und Belegschaft protestieren verzweifelt. Erst Anfang 1982 beginnen die Presse und die höheren Chargen der IG Metall sich um Videocolor zu kümmern. Inzwischen hat die monatliche Statistik aus Nürnberg 1,7 Millionen Arbeitslose gemeldet. Da kann man eine neue Firmenschließung nicht mehr so ohne weiteres hinnehmen. »Wie und mit wieviel Mitarbeitern kann die Produktion in Ulm wettbewerbsfähig aufrechterhalten werden?« will Staatssekretär Ludwig aus dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium von Thompson Brandt-Manager Claude Mallard wissen. »Gar nicht«, lautet die lapidare Antwort aus Paris. Der Betriebsratsvorsitzende im Ulmer Werk hat im Grunde auch schon aufgegeben: »Es geht nur noch um die Höhe des Sozialplans. Geld zum Weitermachen und politischer Druck müßten aus Stuttgart und Bonn kommen.« Der Stuttgarter IG Metall-Boß Franz Steinkühler versucht es mit dem sogenannten Kanzler-Draht. Er trifft sich mit Staatsminister Huonker im Kanzleramt. Der soll mit dem Bundeskanzler reden und dieser wieder seinen Freund Mitterand anrufen. Schließlich steht Thompson Brandt auf der Verstaatlichungsliste der französischen Sozialisten. Da müßte sich doch etwas diskreter Druck auf das Management ausüben lassen?

Die Belegschaft verläßt sich lieber auf ihre eigene Kraft und tritt am 10. Januar in den wilden Streik. Zum einen geht es wirklich um den Sozialplan. Die Konzernspitze in Paris hat 13 Millionen angeboten, der Betriebsrat verlangt 46 Millionen. Doch andererseits haben die Arbeitnehmer bei Videocolor noch einmal Hoffnung geschöpft. Gewerkschafter und Landespolitiker scheinen sich plötzlich einig in ihren Angriffen auf Thompson Brandt. Die Franzosen würden das Werk in Ulm nur schließen, um die Produktion in Agnani und Lyon besser auszulasten. In der Bundesrepublik seien die Kosten für einen Sozialplan eben wesentlich niedriger als in Italien oder Frankreich, geradezu eine Einladung, sich ausplündern zu lassen, heißt es bei der IG Metall. Warum aber hat der französische Elektro-Multi einige Monate vor Schließung des Ulmer Werkes noch einmal Millionen in die Modernisierung investiert? Die Arbeiter haben den Verdacht, die Franzosen wollten nur die neuen Fertigungsstraßen aus der Vergleichsmasse holen und nach Italien abtransportieren.

In einem nämlich ist Generaldirektor Jaques Fayard ganz ehrlich. Das Werk bei Rom wird auf keinen Fall zugemacht. Italien ist einer der größten Abnehmer von Fernsehern bei Thompson Brandt, und die italienische Regierung würde zweifellos Einfuhrboykotts verhängen, wenn das Unternehmen ihren Zorn durch den Abbau von Arbeitsplätzen erregte. Die Begründungen für das Aus sind in Ulm jedoch nicht so leicht zu verstehen, auch wenn

sie als objektive Zwänge dargestellt werden: elf Millionen Fernsehröhren würden pro Jahr in Europa verkauft, vier Millionen davon kämen bereits aus Japan. Die Kapazitäten in den europäischen Fabriken seien ohnehin zu groß und gerade zur Hälfte ausgelastet. Nur Fabriken, die mehr als eine Million Röhren im Jahr herstellen, könnten noch wirtschaftlich arbeiten. Die Produktion in der Bundesrepublik sei zu teuer. Undsoweiter. Das alles muß den Managern von Thompson Brandt ganz plötzlich aufgefallen sein, im November 1981, kurz bevor sie den Vergleichsantrag für Videocolor in Ulm stellten.

Da muß doch noch etwas anderes dahinterstecken. In einem Zeitungsinterview erzählt Thompson Brandt-Chef Jaques Fayard ein bißchen über seine Strategie. In der Unterhaltungselektronik heiße es »größer werden oder untergehen. Und dazu muß man aufkaufen, was es gibt«, Fabriken, Marken, Märkte, Patente und know-how. Die Eintrittskarte für den deutschen Markt war der Kauf von Nordmende, Saba und Videocolor. Damit gewann der Multi zwei eingeführte Marken mit dazugehörigem Händlernetz und einige inzwischen rationell arbeitende Fabriken. Bei Videocolor – so wird in der Branche vermutet – ging es ums know-how. In den dortigen Forschungslabors war eine neue Bildröhre entwickelt worden, die der bislang bei Thompson Brandt produzierten weit überlegen sei.

Die zaghaften Rettungsversuche für das Werk in Ulm scheitern. Es gibt keinen Käufer, und niemand macht sich ernstlich dafür stark, daß die Belegschaft den Betrieb in eigener Regie übernehmen solle. Am 26. Januar ist auch Ministerpräsident Lothar Späth davon überzeugt worden, daß die Firma nur mit Verlust weiter erhalten werden kann. Eine Übernahme durch den Staat würde das Problem nur verlängern. So erklärt's der Landesvater der immer noch streikenden Belegschaft, die inzwischen von der Konzernzentrale auch noch fristlos gekündigt wurde. Das heißt, die Arbeiter sollen kein Geld aus dem Sozialplan bekommen und als zusätzliche Strafe zwei Monate lang kein Arbeitslosengeld.

In Stuttgart tagt immer noch der Schlichtungsausschuß, der zwischen Videocolor-Betriebsrat und Thompson Brandt-Managern vermittelt. Am 29. Januar liegt ein neuer Sozialplan auf dem Tisch. 30 Millionen Mark Abfindung wollen die Franzosen zahlen und die fristlosen Kündigungen zurücknehmen. Franz Steinkühler empfiehlt seinen Metallern dringend die Annahme dieses Vorschlages. Sie tun es, der Streik wird beendet. Viel haben sie nicht gewonnen. Die baden-württembergische SPD ist nach wie vor nicht sicher, ob das Werk wirklich geschlossen werden mußte. Eine konservative Tageszeitung schreibt auf ihrer Wirtschaftsseite: »AEG und RCA haben sich in dieser Sache nicht mit Ruhm bekleckert. Das war kein geordneter Rückzug, sondern ein Davonstehlen aus der Verantwortung.« Und Thompson Brandt habe kein »Fingerspitzengefühl« bewiesen. Juristen un-

terscheiden zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit bei der Begehung von Straftaten, und es gibt auch noch sogenannte Unterlassungsdelikte. Manchmal läßt sich leider nicht genau feststellen, was im einzelnen in den Fingerspitzen stattfindet.

7. AEG oder »Wer bezahlt eigentlich die Wirtschaft?«

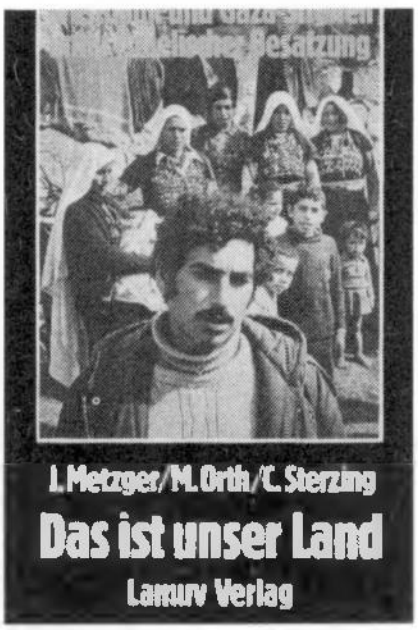
In der bundesdeutschen Wirtschaftsszene gab es 1979 ein großes Schulterklopfen. Ein Bankenkonsortium hatte genügend Geld zusammengebracht, um der sanierungsbedürftigen AEG wieder auf die Beine zu helfen. Man feierte die »privatwirtschaftliche Lösung«. Besonders freute sich Hans Friderichs von der Dresdner Bank, AEG-verbunden in guten wie in schlechten Tagen. Er hält nichts von Eingriffen des Staates in die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft. Zwei Jahre später und fast zwei Milliarden Mark ärmer, ist bei den Banken die Begeisterung erloschen. Inzwischen spricht man von einer neuen Form der privatwirtschaftlichen Lösung: dem Konkurs.
Doch davor steht immer noch der Staat. Hans Friderichs und Heinz Dürr mußten den Canossagang nach Bonn zu Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff antreten. Der Graf reagierte höchst ungehalten auf den Vortrag der beiden Bittsteller, er möge doch der AEG eine Exportbürgschaft für 600 Millionen Mark zur Verfügung stellen. Er hat den Verdacht, hier sollen Verluste sozialisiert werden. Deshalb – so der Wirtschaftsminister – gibt es eine Exportbürgschaft nur, wenn die Banken noch einmal 275 Millionen nachschießen. Dabei hatte sich schon vor Monaten ein betroffener Banker empört, er habe keine Lust mehr, gutes Geld schlechtem hinterherzuwerfen. Doch Graf Lambsdorff ist sehr fürs Private. Schließlich unterhält er in seinem Wirtschaftsministerium »keine Reparaturwerkstatt des Kapitalismus«. Und er liebt dort auch »keine Fremdkörper – und das sind Bürgschaften der öffentlichen Hand im marktwirtschaftlichen System«.
Bei den Banken herrschen Uneinigkeit und düstere Stimmung. Die Prognosen der AEG-Spitze, daß es nächstes Jahr ganz bestimmt besser werde, erwiesen sich bisher jedesmal als grundlose Hoffnung mit Aufmunterungscharakter. Die Geldgeber haben nicht das Gefühl, sie könnten noch überblicken, was bei der AEG wirklich vorgeht. Denn ständig werden neue Leichen aus den weitverzweigten Kellern des Unternehmens ans Tageslicht gezerrt. Dabei wurden schon genug Fehler aufgedeckt.
Die sinnlose Kaufwut zum Beispiel, mit der die AEG nach dem Krieg hinter dem doppelt so großen Siemens-Konzern herhetzte. Dabei wurden alle Regeln vernünftiger Geschäftsführung außer acht gelassen. Das AEG-Management kaufte alles, was angeboten wurde, ohne über das Risiko der Neuerwerbung nachzudenken. Es erfand geradezu die Diversifikation, und seine

Lust, kleinere Mitbewerber zu schlucken, wurde zur Gigantomanie. Die Konzernherren waren fixiert auf große Umsätze und vergaßen völlig, daß sie eigentlich Erträge erwirtschaften sollten. Das Schuldenmachen dagegen ging ihnen leicht von der Hand. Bei 140 Banken pumpten sie sich über fünf Milliarden Mark zusammen. Etwa 700 Millionen sind es allein bei ihrer Hausbank, der Dresdner. Und mit weiteren zwei Milliarden steht die AEG bei ihren Mitarbeitern in der Kreide. Die hat sie nämlich aus dem Pensionsrücklagenfonds entnommen. Allein die Zinslast für die Kredite würde ausreichen, um ein kleineres Unternehmen in die Knie zu zwingen. 1981 kostete das teure Vergnügen 624 Millionen Mark Zinsen. Zugleich leidet die AEG an einer gefährlichen Krankheit, der Eigenkapitalschwindsucht. Schon seit ein paar Jahren betragen die eigenen Mittel des Unternehmens wenig mehr als 10 Prozent der Bilanzsumme. Das heißt, für jede Modernisierung oder Umstellung, sei sie noch so dringend, muß fremdes Kapital aufgenommen werden. Aus eigener Kraft kann man überhaupt nichts mehr finanzieren.
Und dann gab es noch die unselige Kooperation mit Siemens in der Kraftwerksunion, an der die AEG sich finanziell völlig verhob. Das Engagement in der Kernkraft hat den Konzern 1,7 Milliarden Mark gekostet. Die Hauptverwaltung in Frankfurt wuchs sich zu einem riesigen Wasserkopf aus, wo Frühstücksdirektoren jahrzehntelang auch noch mit Mittag- und Abendessen versorgt wurden. In der Abteilung Unterhaltungselektronik verpaßte man die Rationalisierung nach japanischem Vorbild, bei den Haushaltsgeräten die Umstellung auf den sich ändernden Markt. Sämtliche Auslandstöchter gerieten außer Rand und Band. Undsoweiter.
Ein Wirtschaftsmagazin stellte unlängst fest: »Weder das Aktienrecht noch andere Gesetze kennen eine juristische Norm, nach der das AEG-Management belangt werden kann.« Das ist Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff gar nicht recht. Für ihn ist »jede Insolvenz ein Beweis von Unfähigkeit«. Und er ist dafür, daß »die Folgen von den Verantwortlichen getragen werden«.

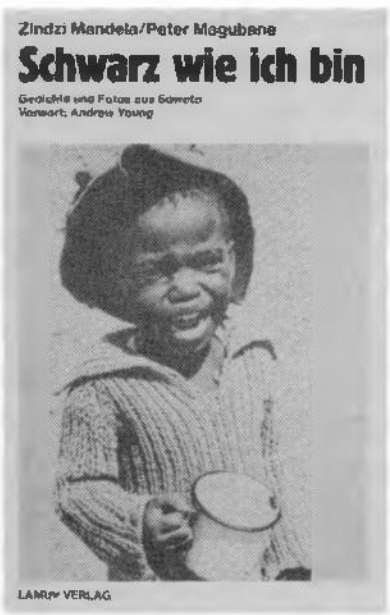
Vor kurzem fragte in einer Berliner Kneipe jemand seinen Nachbarn: »Sag mal, Kumpel, wer bezahlt eigentlich die Wirtschaft?« Ja, wer zahlt eigentlich? Gert und Günter Bauknecht, sechsundvierzig Pelikan-Erben, Alfred und Axel Kreidler, Friedrich Jahn und mehrere Direktoren von Thompson Brandt und AEG? Sie hatten ja schließlich die Verantwortung. Aber, wie gesagt, die Ursachen für die Wirtschaftskrise liegen vielleicht doch in Japan oder in Amerika.

Karl-Klaus Rabe (Hg.), **Vier Minuten vor Mitternacht** – Stellungnahmen zum Rüstungswahnsinn, ca. 192 Seiten, Format 11,5x18 cm, Lamuv Taschenbuch 9, **DM 9,80**
ISBN 3-921521-32-7

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (Hg.), **Frieden schaffen ohne Waffen**, Aktionshandbuch, 224 Seiten, Schaubilder, Format 11,5x18 cm, Lamuv Taschenbuch 7, **DM 7,80**
ISBN 3-921521-35-1



Jan Metzger/Martin Orth/Christian Sterzing, **Das ist unser Land – Westbank und Gaza-Streifen unter israelischer Besatzung**, 320 Seiten, Format 11,5x18 cm, Lamuv Taschenbuch 2, **DM 14,80**, ISBN 3-921521-20-3



Zindzi Mandela/Peter Magubane, **Schwarz wie ich bin**, aus dem Englischen von Annemarie und Heinrich Böll, ca. 124 Seiten, Broschur 14,8x21 cm, **ca. DM 14,80**, ISBN 3-921521-33-5
Auslieferung September 1981

Lamuv Verlag · Martinstraße 7
D-5303 Bornheim-Merten

Stefan Welzk
Krisen-Show-down

Im Juli 1976, in der Bundesrepublik waren bereits mehr als eine Million Arbeitslose registriert, überraschte die *Frankfurter Rundschau* mit der Schlagzeile »Institut für Arbeitsmarktforschung Nürnberg hält Chancen für Rückkehr zur Vollbeschäftigung für besser als 1967/68«.[1] Inzwischen sind selbst unsere Starökonomen jedoch so lern- oder anpassungsfähig, nach nunmehr bereits acht Jahren andauernder »Wachstumsschwäche« keine baldige Verbesserung am Arbeitsmarkt mehr zu verheißen. Diese Bescheidung ist berechtigt. Der atemberaubende Entwicklungsschub der Großunternehmen – er hat vornehmlich unter dem Stichwort der »Multinationalen Konzerne« das öffentliche Bewußtsein erreicht – verleiht der gegenwärtigen Krise eine Dauer und Intensität, die historische Erfahrung und Vorstellungskraft sprengen. Im Verein mit den Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer und dem Vordringen der Chips führt die Krise zu einem Ausmaß an Arbeitslosigkeit, Reallohnverfall und fiskalischer Überlastung, die den Fortbestand des politischen Systems in diesem Land in Frage stellen wird:

Bereits vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise war die Abdrift der *arbeitsintensiven* Industrien in die Dritte Welt voll im Gang – zum guten Teil unter der Ägide eben jener Unternehmen, die mittlerweile beredt Klage führen über den Druck der Billigimporte. 241 000 Arbeitsplätze gingen 1966–74 in der Textil- und Bekleidungsindustrie verloren. Über 40 Prozent der Bekleidungsimporte von außerhalb der EG kommen aus Filialen oder von Subkontraktoren deutscher Firmen.[2] Bis Ende 1981 sank die Zahl der Arbeitsplätze hier um weitere 230 000 auf ca. 480 000. Die Relikte der deutschen Bekleidungsindustrie existieren zumeist nur noch aufgrund von Einfuhrbeschränkungen.

Alarmierender noch ist freilich die Tatsache, daß auch die Mammutkonzerne im Hochtechnologiebereich seit langem schon ihren Wachstumsschwerpunkt ins Ausland verlagert haben. Führend in der Auslandproduktion sind nicht arbeitsintensive »Niedrigtechnologieindustrien«, sondern die Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft – Chemie, Maschinenbau, Fahrzeugbau und Elektrotechnik.[3]

Beschäftigungsentwicklung deutscher Großunternehmen (in tausend)

		1970	1974	1981
Siemens	Inland	234	221	230
	Ausland	67	88	108
Bosch	Inland	97	75	75 (1980)
	Ausland	23	36	45 (1980)
AEG	Inland	160	144	100
	Ausland	18	26	24
Hoechst	Inland	98	108	100
	Ausland	42	72	86
Bayer	Inland	90 (1972)		101
	Ausland	47 (1972)		80
BASF	Inland	85 (1972)	89	88
	Ausland	19 (1972)	22	29

Quelle: Jahresberichte der Unternehmen

Die gesamte Auslandsbeschäftigung der deutschen Industrie wurde für 1975/76 auf 1,5 Millionen geschätzt.

Der stetige Jobexport hat den Wachstumseinbruch des Jahres 1974/75 kaum ausgelöst, sondern lediglich begünstigt; er verteuert nunmehr jedoch eine antizyklische Wirtschaftspolitik. Da die enorme industrielle Reservearmee in der Dritten Welt schneller wächst als jede vorstellbare Nachfrage nach Industriearbeitern, Lohn- und Nebenlohnkosten (Renten-, Krankenversicherung usw.) und Belastungen durch Arbeits- und Umweltschutzauflagen sich auf einen Bruchteil der hiesigen belaufen, da zunehmend auch die Herstellung von Hochtechnologieprodukten in standardisierte Komponenten zerlegt werden kann, ist die Grenze einer industriellen Auszehrung nicht abzusehen. (So wird bereits seit 1975 das Raketenabwehrsystem Safeguard in Hongkong montiert, werden F-5E Jagdflugzeuge in Taiwan in Lizenz hergestellt.[4]) Gravierender als Fertigungen in den Entwicklungsländern sind in der unmittelbaren Zukunft jedoch produktive Engagements in anderen Industriestaaten, deren Lohnkosten merklich unter den bundesdeutschen liegen und die einen bedeutenden Inlandsmarkt und kaum Defizite in Infrastruktur, Qualifikation und Verwaltung aufweisen. Bislang haben Auslandsfertigungen Exporte nicht nur ersetzt, sondern ergänzt, doch dürften sich hier die Gewichte sehr bald verschieben.

Industrieverlagerung, Multinationalisierung, Ausbau von Marktmacht, Engagement in anderen Branchen (»Diversifikation«) und Korporatismus (Business-Government-Cooperation) stimulieren und stabilisieren einander wechselseitig. Ihr Zusammenwirken hat die Handlungspotentiale der Großunternehmen deutlich erweitert. Dieser Entwicklungsschub im Konzernbereich verstärkt die gegenwärtige Stagnation, verteuert oder verhindert eine

Politik der Konjunkturbelebung und destabilisiert unsere Wirtschaft. Dies kann hier nur mit einigen Stichworten illustriert werden:
Es ist der Export der Hochtechnologiebranchen, der gegenwärtig die westdeutsche Wirtschaft trägt. Er erklärt unsere im internationalen Vergleich noch recht komfortable Situation. Chemie, Maschinenbau, Fahrzeugbau und Elektrotechnik stellen 54,5 Prozent der deutschen Ausfuhr; über 40 Prozent der Erzeugnisse von Maschinen- und Fahrzeugbau und 37 Prozent der Chemieprodukte gehen ins Ausland (1980). Anhaltende hohe Arbeitslosigkeit der Importländer läßt jedoch Einfuhrerschwerungen erwarten – entweder Zölle und Einfuhrverbote oder, wo die Mitgliedschaft in der EG dem Grenzen setzt, Subventionen für Inlandproduktion. Dies gilt verstärkt für Länder, deren Handel mit der BRD defizitär ist. (Frankreich, unser wichtigster Handelspartner, verzeichnete 1980 gegenüber der BRD ein Handelsdefizit von 10 Mrd. Mark.) Eine solche Politik muß aufgrund der nunmehr ausgebildeten internationalen Beweglichkeit der Großunternehmen einen Schub der Ersetzung von Exporten durch Auslandsproduktion einleiten. Er träfe den Lebensnerv der Bundesrepublik.
Multinationale Unternehmensorganisation gewährt Vorteile im sensiblen Bereich der Finanzierung, in der Umgehung staatlicher Regulierungen, in der Nutzung von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, stärkt die Verhandlungsposition gegenüber Gewerkschaften und führt somit zu einem Machtgewinn gegenüber nationalen Unternehmen und Administrationen. Ein wachsendes »evolutionäres Gefälle« im Unternehmensbereich bedeutet eine Zunahme der Verdrängungskämpfe. Es ist klar, daß diese gerade in Stagnationsphasen virulent werden. Ausbau von Marktmacht, Diversifikation und Auslandsdirektinvestitionen sind attraktive Alternativen, die zu Lasten inländischer Wachstumsinvestitionen gehen.
Absinkende Nachfrage führt unter der Bedingung von Konkurrenz zum Rückgang der Preise. Dies wieder stimuliert die Nachfrage. Das ist der bekannte Selbstregulierungsmechanismus des Marktes. Marktmacht jedoch ermöglicht bei Nachfragerückgang Preiserhöhungen zur Stabilisierung der Gewinne – mit der Konsequenz weiter schrumpfender Nachfrage. Das Ausmaß derartiger oligopolistischer Preissetzung hat sich – nachgewiesen in den USA[5] – in jüngster Zeit enorm verstärkt. Damit ist ein neuartiges Moment autokatalytischer Krisenverstärkung entstanden. Die deflationäre Wirkung von Depressionen weicht dem Phänomen der »Slumpflation« – der Inflationsbeschleunigung gerade in der Krise. Da wiederum staatliche Wirtschaftspolitik heute noch der einst richtigen Theorie anhängt, Inflation werde durch Depression und Verminderung der Liquidität gebremst, wird die Inflation gerade mit demjenigen Mittel zu kurieren versucht, welches sie erneut erzeugt. In summa: Depression, Inflation und restriktive Geldmengenpolitik verstärken einander zirkulär.

Multinationale Konzernstrukturen paralysieren das keynesianische Instrumentarium der Konjunktursteuerung. So werden staatlich finanzierte Nachfrageimpulse zunehmend ins Ausland transferiert. Desgleichen läuft eine zur Konjunkturankurbelung verfolgte Politik »leichten« Geldes – sei es in Form niedriger Leitzinsen, Steuererleichterungen für Unternehmen oder auch von Subventionen – ins Leere, wenn z. B. aufgrund hoher Zinssätze in den USA die liquiden Mittel großenteils ins Ausland verschwinden. Diese Situation wieder schwächt die Bereitschaft von Regierungen, Haushaltsmittel zur Krisensteuerung einzusetzen.

Der Multinationalisierung der Unternehmen folgt notwendig die der Banken. Längst ist der jeder Regulierung und Kontrolle entzogene Eurodollarmarkt zum wichtigsten Kapitalmarkt der Welt geworden. Die Möglichkeit, die Solidität eines Kreditnehmers, den Umfang seiner bereits aufgenommenen Kredite zu ermitteln, besteht hier nicht. Es ist ein Geschäft ins Blaue, dies mittlerweile unter der Bedingung eines Wettlaufs von Depression, Zinssteigerung und Verschuldungszunahme von Unternehmen, Kommunen und Staaten. »Schwellenländer« der Dritten Welt, allen voran Brasilien, Mexico und Argentinien, stehen aussichtslos in der Kreide, Wirtschaftswunderland Brasilien allein mit über 60 Mrd. Dollar längerfristiger Darlehen. Wieviel kurzfristige Kredite hinzukommen, weiß niemand. Die Zahlungsfähigkeit wird lediglich aufrechterhalten durch stetig wachsende Neuverschuldung bei transnationalen Banken. Daß diese immer noch Kredite zur Verfügung stellen, erscheint als absurd. Keiner kann die Illusion aufrechterhalten, dieses Geld käme je zurück. Eine Verweigerung neuer Kredite würde jedoch unmittelbar die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit des Landes nach sich ziehen. Dem gesamten Kapitalmarkt wäre klar, daß führende Banken der USA (Chase Manhattan, First National City u. a.) damit gleichfalls von Insolvenz bedroht wären – sie sind mit enormen Anteilen ihres Eigenkapitals in einzelnen dieser Länder engagiert. Sofort würden die Einleger ihre Gelder aus diesen bislang solidesten Kreditinstituten des Westens abziehen. Niemand weiß, welche Dominoreaktionen das auslöst und wie sie abzufangen wären. Weitermachen, ohne hinzusehen, ohne über die Zukunft nachzudenken, ist folglich eine plausible Politik. Zugleich werden diese Staaten zu einem rigorosen Spar- und Deflationskurs gezwungen, um ihre kurzfristige Rückzahlungsfähigkeit und Kreditwürdigkeit zu erhalten. Die Folge ist eine binnenwirtschaftliche Depression, die mittelfristig jede Chance auch der finanziellen Stabilsierung vernichtet. Man mag die Monate zählen, bis eines dieser Länder von sich aus die Entscheidung trifft, sich für zahlungsunfähig zu erklären, oder, politisch vorteilhafter, diese Staatengruppe als Schuldnerkartell gemeinsam ihre Rückzahlungsfähigkeit aufkündigt. Mit großer Wahrscheinlichkeit würden Großbanken der Industriestaaten kettenweise Konkurs anmelden.

Gleichwohl ist die Publizität, die die Verschuldung der Dritten Welt findet, in ihrer Einseitigkeit unberechtigt. Niemand wird ernsthaft erwarten, daß etwa die Staatsverschuldung der Industrienationen je beglichen wird. Unmittelbar bedrohlicher ist die Situation der Unternehmen. Der Anteil kurzfristiger Anleihen an der Kreditaufnahme deutscher Unternehmen ist 1978–81 von 29 Prozent auf 66 Prozent gestiegen. Der Anteil der Auslandskredite an deren Verschuldung wuchs von 12,4 Prozent 1973 auf 20,3 Prozent. Ihr Eigenkapital ist im Mittel alarmierend zurückgegangen – in der BRD auch bei bislang soliden Unternehmen auf 10–20 Prozent der Bilanzsumme. Angesichts der nunmehr gängigen Zinssätze (ca. 11 Prozent bei lang-, 15 Prozent bei kurzfristigen Krediten) ist offen, wie sich diese wieder werden stabilisieren können. Allein der amerikanische Chrysler-Konzern hat mehr Schulden als Polen. Der weitere Anstieg der bereits exorbitanten Zinssätze in den USA hat die Kreditnachfrage nicht verringert – ein Hinweis, daß das Gros der Unternehmen von der Hand in den Mund lebt, bereits Mittel für laufende Betriebsausgaben auf dem Kapitalmarkt aufgenommen werden müssen. Gerüchte bevorstehender Konzernpleiten beleben die Wallstreet. Keine Frage, daß die Regierung einspringen wird, wie hierzulande bei AEG. Ob ihre Kraft und Reaktionsschnelligkeit jedoch hinreicht, eine Serie von Konzernpleiten abzufangen, ist zweifelhaft. Ein Konzept, diesen offensichtlich auf einen Zusammenbruch zustrebenden Wettlauf von Inflation, Verschuldung und Depression abzubremsen, ist nirgendwo sichtbar. Ein »schwarzer Freitag« ist nicht mehr auszuschließen.

Dies sind nur Exempel des allgemeinen Zurückbleibens von Politik und Administration hinter dem Entwicklungsschub im Konzernbereich. Die Konsequenz ist eine weitgehende Emanzipation des Kapitals von wirtschaftspolitischer Regulierung. Dabei erleiden auch diejenigen Mechanismen eine entscheidende Schwächung, die das Interesse des Gesamtkapitals gegen die Einzelkapitalien durchgesetzt haben. Zugleich verliert sich die Fähigkeit, den Wirtschaftsprozeß an außerökonomische Bedürfnisse – Umweltschutz, Lebensqualität usw. – anzupassen. Die ökonomische Harmonisierung (Konjunktursteuerung, Antiinflationspolitik) wird weitgehend unmöglich, ökonomische Standardisierung (wie etwa die Durchsetzung eines einzigen Formats von Tonband-Kasetten) und Liberalisierung wird weithin vom Kapital autonom geleistet. Bereitstellung von Vorleistungen fällt teilweise an die für Neuinvestitionen bevorzugten Gebiete, und die Sicherung des sozialen Konsensus wird unter der Bedingung industrieller Auszehrung zur Quadratur des Kreises. Die destruktiven und zentrifugalen Tendenzen im modernen Kapitalismus verstärken sich signifikant.
Eine weltwirtschafts*politische* Integration als Regulativ der Internationalisierung von Unternehmen und des Zusammenwachsens der Weltwirtschaft

ist wenig wahrscheinlich: die Konkurrenz zwischen den Firmen forciert deren Internationalisierung, die Konkurrenzsituation der Regierungen dagegen erschwert den Zusammenschluß ihrer gemeinsamen Interessen. Während die europäischen Nationalstaaten im wesentlichen als Anpassung der politischen Strukturen an ökonomische Integrationsbedürfnisse entstanden, werden heute die seitens des Kapitals für erforderlich erachteten Integrationsleistungen überwiegend vom Kapital autonom erbracht oder mittels wirtschaftlichen Drucks durchgesetzt. Einer stärkeren Integration, die im öffentlichen Interesse läge, widerspricht gerade das Firmeninteresse.

Angesichts der Arbeits- und Existenzbedingungen in den Industriezentren zahlreicher Billiglohnländer, die sich ja nicht nur gegenüber den Industriestaaten, sondern auch untereinander in Konkurrenz befinden, ist es keineswegs übertrieben, von der Tendenz zu einem weltweiten Manchesterkapitalismus zu sprechen. Dieser unterscheidet sich vom historischen Manchesterkapitalismus vor allem darin, daß es langfristig gesehen keine politische Instanz gibt, die das Überleben von Bevölkerungsteilen und die Erhaltung existenznotwendiger wirtschaftlicher, ethnischer und ökologischer Strukturen sichern kann.

Der Rationalisierungsdruck der Krise forciert diesen Verlagerungsprozeß. (Er vollzieht sich in vielfältigen Zwischenstufen und Formen der Kooperation und des Subcontracting. So wird z. B. das neue Volkswagen-Modell »Santana« in Zusammenarbeit mit dem Nissan-Konzern in Japan hergestellt.) Die Ersetzung teurer durch billige Arbeitskraft muß sich weltweit und erst recht im jobexportierenden Land in einem Absinken der Lohnsumme und damit der Konsumgüternachfrage niederschlagen und verschärft insofern die Stagnation. Zugleich vernichtet das Vordringen der Mikroprozessoren in diesem Jahrzehnt in der Bundesrepublik wahrscheinlich etwa 1,25 Millionen Arbeitsplätze im Büro und eine weitere Million in der Industrie.[6] (Kaum etwas charakterisiert die Irrationalität dieses Wirtschaftssystems drastischer als die Tatsache, daß die Nachricht von der Ersetzung monotoner Arbeit durch billige Automaten einen einzigen Angstschrei auslöst.)

Produktionsverlagerungen und Rationalisierung durch mikroprozessorengestützte Technologien forcieren einander wechselseitig. Zum ersten bilden Verlagerung und Rationalisierung oft konkurrierende Möglichkeiten, auf den Konkurrenz- oder Rationalisierungsdruck zu reagieren. Zum zweiten sind chipgestützte Technologien mitunter »verdeckte Produktionsverlagerungen«, d. h. sie sind deshalb kostengünstig, weil wichtige ihrer Komponenten mit Billigarbeitskräften in Südostasien gefertigt werden. Und zum dritten präparieren diese Technologien durch Entqualifizierung von Jobs neue Produktionsbereiche für eine Verlagerung.

Die Weltwirtschaft verzeichnet sogenannte »lange Wellen der Konjunktur«. Sie überlagern sich den etwa vierjährigen Konjunkturzyklen und münden etwa alle 50 Jahre in eine anhaltende Depression. Diese »Kondratieff-Zyklen« sind wahrscheinlich bestimmt durch Hoch- und Ermattungsphasen des technischen Fortschritts. Empirische Untersuchungen deuten jedoch darauf hin, daß eine Periodizität lediglich bei Nachfrage-erzeugenden Produktinnovationen vorliegt, während Rationalisierungsinnovationen einen konkurrenzbedingt un- oder sogar antizyklischen Charakter zeigen. Die »Freisetzung« von Arbeitskräften infolge Rationalisierung überwiegt deshalb schließlich die Wachstumsimpulse: Produktivitätssteigerungen wirken nunmehr depressiv. Beschäftigungsrückgang verstärkt sich zirkulär über Nachfragerückgang. Die anhaltende Nachfrageschwäche läßt Investitionen in die herkömmlichen Bereiche wenig sinnvoll erscheinen. Unternehmen werden deshalb zur Ausforschung der wirtschaftlichen Nutzbarkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse, zur Entwicklung von Basisinnovationen motiviert. Diese lösen schließlich einen neuen, langanhaltenden Wachstumsschub aus. Das ist in etwa das gegenwärtig dominierende Bild eines Kondratieff-Zyklus. – Das eher zufällige Zusammentreffen der heutigen Depression mit zwei globalen Rationalisierungsschüben – eben den Produktionsverlagerungen in Billiglohngebiete und dem Vordringen der Mikroprozessoren – bedeutet nun jedoch eine im historischen Vergleich wohl einmalige Kulmination von Krisenfaktoren. (Bezeichnenderweise ging der katastrophalen Depression der 30er Jahre gleichfalls eine umfassende Rationalisierungsinnovation voraus – die Durchsetzung des Fließbandes.)

Zugleich hat die Marktmacht der Großkonzerne eine Forschungs- und Entwicklungsstrategie erzeugt, die primär nicht auf Innovationen, sondern auf die Aneignung andernorts geleisteter Innovationen gerichtet ist (»strategy of the fast second«). Klassisches Beispiel ist wohl der IBM-Konzern, der nach langanhaltendem dezidierten Desinteresse an der Computerentwicklung schließlich kraft Marktmacht auch mit deutlich unterlegenen Produkten eine Monopolposition etablieren konnte.[7] Die Konzentration der F&E-Ressourcen bei denjenigen Unternehmen, die zu derartigen Forschungsstrategien in der Lage sind, schlägt sich in einer substantiellen Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Innovationsintensität nieder.

Zugleich gewinnt das weithin akzeptierte »Phasenmodell« der Wirtschaftsentwicklung an Brisanz: Die Volkswirtschaften der einzelnen Industrienationen durchlaufen zunächst ein Stadium nachholender Industrialisierung mit hohen Wachstumsraten und relativ niedrigen Löhnen. Sie vermögen dabei aufgrund von Lohnkostenvorteilen und schließlich auch hoher Innovationsintensität wachsende Weltmarktanteile zu Lasten der bislang führenden Industriestaaten zu erobern und verdrängen schließlich diese »reifen«

Ökonomien aus ihrer Dominanzposition. Für deren Unfähigkeit, ihren »Platz an der Sonne« zu verteidigen, werden zumeist zwei Erklärungen angeboten – starke Gewerkschaften, Gilden usw., die einen Abbau der Reallöhne auf ein konkurrenzfähiges Niveau verhindern, und eine »Erschlaffung« der Klasse der Entrepreneurs und Manager nach erreichter Dominanz. Sie wird »zu fett, zu faul, zu glücklich«. Paradigmen derartiger absinkender Volkswirtschaften, deren Lebensstandard sodann rapid verfällt, sind England und später die USA. Die Newcomer erfahren nach Erlangen der weltwirtschaftlichen Führungsrolle und einer Verbesserung der Einkommensverteilung den nämlichen Reifungsprozeß und werden schließlich von neuen Konkurrenten verdrängt. Die Krisis dieses Ablösungsvorgangs fiel historisch oft mit Krieg zusammen und vollzog sich vermutlich im Übergang zu einem neuen Kondratieff-Zyklus.
Die »Opfer« dieses Prozesses sind heute die hochindustrialisierten Kernstaaten der EG. Die Konkurrenz der »newly industrializing countries« der »Dritten Welt« und der Trend zur Produktionsverlagerung fügen sich zwanglos in dieses Schema. Das historische Novum jedoch ist, daß dieser Ablösungsvorgang sich nunmehr überwiegend nicht als Konkurrenz nationaler Kapitalistenklassen vollzieht. Dadurch wird der Abstieg der bereits hochindustrialisierten Volkswirtschaften rapide beschleunigt und intensiviert. Dieser Rekonstruktionsprozeß der Weltwirtschaft – er verläuft gewiß krisengeschüttelt und unter enormer Kapitalvernichtung – leitet ein qualitativ neues Stadium kapitalistischer Entwicklung ein. Mit und seit Lenin unbeirrt vom »Spätkapitalismus« zu sprechen, beweist eine faszinierende Lernunfähigkeit.

Diese Entwicklungen konfrontieren die Industriestaaten mit
- stetig steigender struktureller Arbeitslosigkeit,
- sinkenden Reallöhnen,
- zunehmenden regionalen Disparitäten,
- einer Krise der Regulationsfähigkeit des politischen Systems,
- einer deutlichen Verschärfung der fiskalischen Überlastung,
- einer Legitimationskrise des politischen und wirtschaftlichen Systems und
- innenpolitischer Instabilität.

In der Bundesrepublik wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit noch verstärkt durch die geburtenstarken Jahrgänge, einen Beschäftigungsrückgang in der Landwirtschaft (allein in Bayern ist in diesem Jahrzehnt mit dem Verlust von über 300 000 landwirtschaftlichen Arbeitsplätzen zu rechnen[8]) und eine restriktive Personalpolitik im Öffentlichen Dienst. Hinzu kommen Rationalisierungen großen Umfangs bei Post und Bahn. (Bereits für den kommenden Winter ist mit de facto drei Millionen Arbeitslosen in der BRD zu

rechnen. Die »stille Reserve« – Arbeitswillige, die nicht als Arbeitslose registriert sind – wird offiziell auf 700 000 geschätzt.[9])

Die sich abzeichnende soziale Krise wird nicht nur vom Ausmaß, sondern vor allem von der Struktur der zu erwartenden Arbeitslosigkeit geprägt. Sie konzentriert sich auf bestimmte Altersgruppen, soziale Schichten und Regionen:

In den strukturschwachen oder randständigen Gebieten kommt das industrielle Arbeitsplatzangebot im wesentlichen von arbeitsintensiven Branchen mit geringen Qualifikationsanforderungen und von stark konjunkturabhängigen kurzlebigen Zweigwerken mit Teilfertigung für Großunternehmen, die in Boomphasen aus den Ballungsgebieten ausgewichen sind. (So waren z. B. von 55 Zweigwerken der verarbeitenden Industrie, die 1963–70 im Saarland angesiedelt wurden, 60 Prozent Ende 1974 wieder stillgelegt. Ihre mittlere Lebensdauer lag bei 3,3 Jahren.[10]) Diese Arbeitsplatzangebote sind substantiell bedroht – vom Verlagerungstrend und von der anhaltenden Stagnation, die eine Arbeitskräfteknappheit in den Ballungsgebieten weitgehend beseitigt.

Die Gewerkschaften sehen sich in einer stark veränderten Situation. Das Primat der Lohnpolitik wird durch das Primat der Jobsicherung abgelöst. Soziale Forderungen können nicht mehr über Wirtschaftswachstum bei Konstanz der Einkommensverteilung abgegolten werden. Umverteilungsforderungen aber verstärken die Abdrift von Kapital. Kapitalflucht vermittelt sich über Arbeitslosigkeit und Lohnstagnation in Arbeitskämpfe. Arbeitskämpfe motivieren Kapitalflucht. Die Gewerkschaften können offenbar die Löhne, nicht aber die Jobs verteidigen. Sie verfügen letztlich über kein Instrument, Produktionsverlagerungen zu verhindern (zumal diese in der Regel nicht als direkte Verlagerungsentscheidungen greifbar sind; zumeist verlaufen sie in Form sukzessiver Umlenkung der Neuinvestitionen). Sie müssen – solange sie keine revolutionäre Zielsetzung verfolgen – im Interesse der Joberhaltung Löhne und Arbeitskämpfe eingrenzen, als social tranquilizer wirken, zugleich sich jedoch gegenüber ihren Mitgliedern profilieren. Sie müssen sich gegen das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen wenden und wissen zugleich, daß zumindest in einem Teil der Fälle Rationalisierung Überlebensbedingung der Firma ist. (Sehr oft wird es jedoch für Gewerkschaften kaum erkennbar sein, ob Teilverlagerung oder Rationalisierung eine tatsächliche oder nur vorgebliche Existenznotwendigkeit für das Unternehmen ist.) Die Internationalisierung des Kapitals schwächt die Macht der Gewerkschaftsbürokratie gegenüber der Unternehmerseite, stärkt jedoch ihre Position gegenüber ihren Mitgliedern. Spontane, regional begrenzte Kämpfe und Protestaktionen der Lohnabhängigen verlaufen zunehmend im Leeren, erzielen das Gegenteil des Angestrebten.

Die Gewerkschaftsbewegung ist sowohl international wie national gespal-

ten. Die Gewerkschaften der importbedrohten Industrien verfechten eine protektionistische Politik, die Gewerkschaften der Exportindustrien haben entgegengesetzte Interessen. Sie sehen sich als die Geschädigten einer zunehmenden Blockierung des Welthandels infolge eines sich wechselseitig stimulierenden Protektionismus. Zugleich sind es großenteils die Exportindustrien, die immobiler und stärker an die Industriehemisphäre gebunden sind. Hier könnte deshalb eine internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften im Prinzip ein gegenseitiges Unterbieten der Löhne verhindern und den sozialen Besitzstand verteidigen.

Das politische Verhalten der Regierten wird bestimmt sein durch die Marginalisierung einer wachsenden Minorität, durch verschärfte Stratifikation und absinkenden Lebensstandard innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen und durch einen Legitimationsverfall der Regierungen und schließlich der politischen und sozioökonomischen Ordnung.
»Legitimation« bezeichnet – einigermaßen vergröbert – den Handlungsspielraum einer Regierung, der ihr zwanglos von den Regierten zugebilligt wird. Die Gewährung eines derartigen Vertrauens- und Handlungsspielraums setzt voraus, daß die Regierung in den Augen der Regierten gemäß ihren Werten und Zielen regiert und daß sie dies in hinreichend effizienter, erfolgreicher Weise tut. Beides jedoch erscheint als nicht mehr gegeben:
Die entscheidende, einzige Rechtfertigung des politisch-administrativen Systems bestand für ca. drei Jahrzehnte im erfolgreichen Abfangen der ökonomischen Krisen und in der Sicherung eines stetigen Wirtschaftswachstums. Zum ersten hat der wachstumsbedingte kontinuierliche reale Einkommensanstieg den Druck in Richtung auf – tendenziell systemgefährdende – Einkommensumverteilungen niedrig gehalten. Zugleich waren mit der annähernden Vollbeschäftigung die maßgeblichen individuell erfahrbaren Strukturmängel des ökonomischen Systems korrigiert. Zum zweiten hat wirtschaftliches Wachstum die Ideologie der Chancengleichheit stützen können. Die Glaubwürdigkeit individueller Aufstiegschancen vermindert das Engagement dafür, die Situation der Schicht oder Klasse, der man zugehört, zu verbessern. So hatte das kapitalistische System durch das weitgehend stetige Wirtschaftswachstum eine historisch einmalige innenpolitische Konfliktarmut gewonnen.
Dieses Legitimationsmuster – ökonomische Harmonisierung und Egalitarismus in der paradoxen Form der Chancengleichheit – hat jedoch die Eigenschaft, im ökonomischen Krisenfall zu kollabieren. Der Handlungsspielraum der Regierung schrumpft mithin genau dann zusammen, wenn er deutlich erweitert werden müßte. Das System ist folglich außergewöhnlich instabil. Dies gilt a fortiori in der hier skizzierten gegenwärtigen Phase der

Rekonstruktion der Weltwirtschaft. Umverteilungsforderungen müssen sich in längeren stagnativen Phasen verschärfen, diesmal jedoch aufgrund der neuen Flexibilität der dominanten Kapitalfraktionen ins Leere stoßen, sich in verstärkter Kapitalflucht und damit weiter absinkendem Lebensstandard niederschlagen.

Die wirtschaftlichen und sozialen Spannungen in den Industriestaaten werden zur offenen sozialen und schließlich politischen Krise führen. Deren Dynamik nimmt von den besonders betroffenen Schichten ihren Ausgang. Die Bereitschaft zu aktiver Systemkritik ist um so größer, je höher die Diskrepanz zwischen Ansprüchen und Erwartungen oder Besitzstand ist, je geringer die Prämien für Konformität sind, je uneffizienter die systeminterne Interessenvertretung und je stärker das kritische Bewußtsein in dieser Schicht verwurzelt ist. Das gilt vor allem für zwei Gruppen: jüngere Hochschulabsolventen und die von Dauerarbeitslosigkeit betroffenen Jugendlichen. Die Situation des akademischen Nachwuchses verschlechtert sich rapid. Die Zahl der Studenten an den Hochschulen der Bundesrepublik hat sich seit 1967 etwa verdoppelt. Die Anzahl der gebotenen Arbeitsplätze jedoch ist wenig gewachsen und zeitweise rückläufig. Diese Tendenz wird sich verstärken. Der Öffentliche Dienst hatte bis Mitte der 70er Jahre 50–70 Prozent aller Akademiker aufgenommen. Nunmehr wird aufgrund der staatlichen Finanzkrise mit einer Aufnahmequote von 16 Prozent gerechnet.[12] So führt gerade die Verbesserung der Ausbildungschancen die Ideologie der Chancengleichheit zu ihrem Zusammenbruch.

Das Bemühen linksintellektueller Systemkritik um Verbündete wird sich zwangsläufig auf die Schicht der Marginalisierten richten. Die militante Linke fände hier nunmehr jene soziale Basis, deren Fehlen bislang ihre Erfolglosigkeit und Schwäche begründet hat. Diese Koalition von intellektuell und von ökonomisch Marginalisierten ist gewiß zu schwach, das ökonomische System zu gefährden, jedoch stark genug, die polizeistaatliche Deformation des Rechtsstaates zu legitimieren. – Zugleich werden (vor allem, aber nicht nur) in der Schicht der Marginalisierten anomische Verhaltensweisen – psychische Deformationen und kriminelle Formen der Expression und der Selbsthilfe – sich ausbreiten. Linksmilitante bis anarchistische Aktionen und anomische Verhaltensweisen erschweren nicht nur Koalitionen mit den noch nicht Arbeitslosen. Sie verstärken auch das Potential der um Einfluß konkurrierenden rechtsradikalen bis faschistischen Strömungen. Sie forcieren mithin nicht nur die gesamtgesellschaftliche, sondern auch die schichteninterne Polarisierung.

Der Ungleichverteilung der Lasten gegenläufig ist die Ungleichverteilung der Risiken. Die Nichtarbeitslosen, diszipliniert durch Jobangst und hohe Fixkosten – Relikte der Wohlstandsepoche (Mieten, Eigenheimabzahlungen usw.) –, werden in ihrem öffentlichen Verhalten Konformität zeigen, im

Wahlverhalten hingegen ihre Vertrauenskrise gegenüber dem politischen System zum Ausdruck bringen, mithin Parteien bevorzugen, die direkt oder unausgesprochen dieses System in Frage stellen. Vermutlich werden dabei autoritätsorientierte Alternativen zur delegativen Demokratie bevorzugt werden, zumal Erfahrungen der Solidarität, die eine sozialistische Orientierung unterstützen würden, meist nur in Arbeitskämpfen entstehen.
Komplementär und reaktiv zum Legitimationsverfall des politischen Systems bei den Lohnabhängigen und zu ihrem Orientierungsverlust ist eine Identitätskrise und eine allmähliche Distanzierung des »Blockes an der Macht« (Spitzenpolitiker, Exekutive, Staatsbürokratien, militärische Führung) von der delegativen Demokratie zu erwarten. Die abnehmende Attraktivität der tradierten Parteien entspricht ihrer realen Konzeptlosigkeit. Die Parteiführungen verfügen über keine sie selbst überzeugende Strategie mehr. Sie sind lediglich zur Krisenverwaltung, zu pragmatischem Reagieren in der Lage. Psychologische Korrelate einer solchen Situation sind Handlungsunfähigkeit oder Gewaltsamkeit.

Die absehbaren wirtschaftlichen und sozialen Spannungen überlasten die Problemlösungskapazitäten des politischen Systems in einem Maße, daß sein Bestand in Frage gestellt wird. Der Entwicklungsschub im Konzernbereich führt zur Erosion von Staatsfunktionen, die unverzichtbar für die Aufrechterhaltung von Regierung sind. Zu ihnen gehören Ressourcenbeschaffung, Information und Sanktion. So verfügt der Staat hinsichtlich der Besteuerung und Regulierung von multinationalen Unternehmen tendenziell weder über hinreichende Informationsmöglichkeiten, noch oft über die erforderlichen Rechte (soweit etwa ausländische Firmenteile involviert sind), noch über Sanktionen, die kein unakzeptables feed back auslösen.
Der Staat kann sich angesichts von Ressourcenentzug und Machtverlust gegenüber den wichtigsten Kapitalfraktionen und gleichzeitig signifikant steigendem Regulierungs- und Ressourcenbedarf nur stabilisieren durch den unwahrscheinlichen Versuch einer Änderung des ökonomischen Systems oder durch Einsparungen oder Ressourcenbeschaffung von anderer Seite, mit der die vom Kapital durchgesetzte inverse Einkommensumverteilung (Arbeitslosigkeit und Verfall der Reallöhne) noch verschärft wird – Abbau von Sozialleistungen, restriktive Personalpolitik im Öffentlichen Dienst, Lohn- und Mehrwertsteuererhöhungen usw. Diese Umverteilung der Lasten impliziert eine Veränderung des Legitimationsprofils der Regierung und erfordert deshalb eine Umstrukturierung der Macht – mithin eine Veränderung des politischen Systems. *Der Staat ersetzt gegenüber den Lohnabhängigen Legitimation durch Macht und gegenüber dem Kapital Macht durch Legitimation.* Die Möglichkeit von Regierung, in der Tat Le-

gitimationsverlust durch Macht zu kompensieren, wird gerade durch die ökonomisch-soziale Krise geschaffen. Vor allem tolerieren oder unterstützen dann mutmaßlich Teile des politischen Establishments Veränderungen, die sie unter Normalbedingungen schwerlich befürworten würden. Die Eigendynamik des – von Bürokratien stets bevorzugten – Weges der kleinen Schritte führt in die Richtung des repressiven Ausnahmestaates.
Diese Veränderung des politischen Systems erscheint als Regression. Die Paralyse wirtschaftspolitischer Regulierungsfähigkeit bedeutet eine Reduktion zum Sozialstaat. Die Unfähigkeit einer auch nur ungefähren Absicherung der Löhne und der Einkommensverteilung infolge Machtmangel und das Versagen sozialstaatlicher Leistungen aufgrund von Ressourcenmangel – die Regression vom Sozialstaat zum Rechtsstaat – läßt den sozialen Dissens zu Dimensionen anwachsen, die wiederum mit dem liberalen Rechtsstaat nicht kompatibel sind. Die Adaption des politischen Systems an diese Situation mag sich sodann als Regression vom Rechtsstaat zum Staat als bloßem Gewaltmonopol darstellen.

Anmerkungen

1 *Frankfurter Rundschau*, 12. 7. 76.
2 Abgeschätzt aus Angaben in Fröbel, Heinrichs, Kreye, *Die neue internationale Arbeitsteilung*, Hamburg 1977.
3 Gemessen an der Zahl der Auslandsbeschäftigten, der produktiven Filialen und am Umfang der Auslanddirektinvestitionen, vgl. ibid.
4 R. Barnet, R. Müller, *Global Reach. The Power of Multinational Corporations*, New York 1975, S. 306 f.
5 Howard Sherman, »Monopoly Power and Stagflation«, *J. of Ec. Issues* XI, 2., June 1977, S. 267-284.
6 Vgl. z. B. *Süddeutsche Zeitung* 5. 1. 81. Der frühere DGB-Vorsitzender Vetter hält dagegen allein aufgrund von Chips drei Millionen Arbeitsplätze in der Industrie für gefährdet (Rede zur 450-Jahrfeier der Universität Marburg, *ötv-aktuell* Nov. 1977, S. 4).
7 Vgl. W. D. Hoffmann, »Ökonomische Analyse der Entwicklung der IBM Corporation«, *Jahrbuch für Sozialwissenschaften* 27, 1976, 1, S. 160 ff.
8 Abgeschätzt aus *Prognos Report* No. 7, Die Bundesrepublik 1980, 1985 und 1990, Basel 1976, und *Stat. Jahrbuch der BRD 1977*, S. 41 und *1981*, S. 41.
9 *Süddeutsche Zeitung*, 6. 7. 82.
10 F.-J. Bade, »Sektorale und räumliche Aspekte der Mobilität industrieller Betriebe«, Wissenschaftszentrum Berlin, dp 77-46.
11 Dieter Freiburghaus, »Die Verteilung der Dauer der Arbeitslosigkeit in der BRD 1977-79«, Wissenschaftszentrum Berlin IIM 80-2, S. 17.
12 *Der Spiegel* 8, 1977, S. 73.

Helga M. Novak
Vogel federlos

Luchterhand

292 Seiten. Leinen. DM 32,–

Im Frühherbst 1951 bezieht eine überzeugte Jungkommunistin, gerade 16 Jahre alt, die Landesoberschule W. in der Märkischen Schweiz östlich von Strausberg bei Berlin. Die Schule ist bevorzugt ausgerüstet und privilegiert in jeder Hinsicht: eine Kaderschmiede, in der sich der neue Staat, die Deutsche Demokratische Republik, politisch bewußten Nachwuchs heranzieht. Das Studium des Marxismus-Leninismus gehört ebenso zum Unterricht wie die vormilitärische Ausbildung am Kleinkalibergewehr; wer will, kann Segelfliegen lernen oder Motorradfahren oder beides. In den Ferien fahren die älteren Klassen ganz selbstverständlich zum Arbeitseinsatz aufs Land oder in das neue Eisenhüttenkombinat, das bei Fürstenberg a.d. Oder gebaut wird. Die Utopie vom sozialistischen Leben, vom Leben im Kollektiv, von einem neuen, ganz anderen Deutschland, vom radikalen Aufbruch in eine bessere Zukunft prägt das Bewußtsein der künftigen Kader.

Gleichzeitig erzählt Helga M. Novak, wie dieses Bewußtsein an sich selbst zu zweifeln beginnt. Anders als *Die Eisheiligen* ist deren Fortsetzung, *Vogel federlos*, nicht nur Autobiografie.

Luchterhand

Tilman Spengler
Duisburg ist überall

I

»Wenn man von der Kriminalstatistik ausgeht«, erklärte der hilfsbereite Beamte im Duisburger Polizeipräsidium, »läßt sich so etwas wie Krise nicht belegen.« Zwar wird seit 1975, dem Jahr, in dem es der Stahlindustrie und damit auch Duisburg schlechter zu gehen begann, mehr geraubt, gedealt und betrogen, doch die Steigerungsraten halten sich im Landesdurchschnitt. Andere Delikte haben sogar abgenommen, die Erregung öffentlichen Ärgernisses etwa, und auch der sexuelle Mißbrauch von Kindern ist seit Beginn der Krise um ein Drittel zurückgegangen. Trotzdem, kriminalstatistisch kommt man nicht an die Krise heran.

»Sind eigentlich die Gastarbeiter stark an den Straftaten beteiligt?« Der hilfsbereite Beamte nickte freundlich. Mit dieser Frage hatte er gerechnet. Wenn man im Duisburger Polizeipräsidium von der Presse befragt wird, geht es entweder um den Tatort-Kommissar oder um straffällige Ausländer.

»Natürlich ist die Begehrlichkeit größer geworden, doch um genau auf Ihre Frage zu antworten: Wenn man das gesamte Deliktangebot betrachtet, kann man kaum sagen, daß die Beteiligung ausländischer Mitbürger an den Straftaten zugenommen hat.«

Die Fußgängerzone, der Taxifahrer nannte sie »Bazargegend«, heißt Sonnenwall und unterteilt sich in eine feine und eine nicht mehr ganz so feine Hälfte. Einige der alteingesessenen Läden haben sich aber auch hier noch halten können; allerdings hat neulich sogar eine Apotheke Pleite gemacht. Das hat mir der Geschäftsführer des SuperSexShop erzählt, dessen Ladenfront neben einem Geschäft für Jagdgeräte liegt, das mit dem Schild wirbt »Alles für die Bockjagd«. Im SuperSexShop merkt man nichts von Krise. Seine Branche, sagte der Geschäftsführer, sei ja eher wie der Brötchenhandel, allerdings mit steigender Tendenz. Natürlich kauften die Leute preisbewußter; Sonderangebote, gerade bei Heften und den Videokassetten, gingen immer besser als das Standardangebot. Mit Ausländern sei nicht so ein gutes Geschäft zu machen, die »gehen allenfalls mal in die Kabine, weil da 'n Eimer und Toilettenpapier drin is«, man müsse auch aufpassen, weil sie mehr klauten, aber sonst – na ja, mit den Gummipuppen gehe

es bei ihnen auch besser. Aber Krise? Eher im Gegenteil – schon der elfte Laden der Kette sei eröffnet worden, das spreche ja auch eine deutliche Sprache.
Während unserer Unterhaltung kamen ein paar ältere Männer in den Laden, blätterten in den Heften, lösten Eintrittskarten für eine Filmvorführung. Der Geschäftsführer behandelte sie freundlich, eher wie ein Therapeut als wie ein Verkäufer. Nebenher katalogisierte er den Neueingang an Videokassetten. Das sei das neue große Geschäft, denn eine Videoanlage habe hier doch fast ein jeder. Allerdings, mit den harten Pornos laufe das nicht mehr so berauschend, dazwischen würden immer wieder Zeichentrickfilme, »so anspruchsvolle Dschungelpornos« oder Kung-fu-Szenen verlangt. Den Geschäftsführer wunderte ohnehin, warum sich das mit den harten Pornos so lange hat halten können. Natürlich gebe es Kenner, die orderten über Katalog nach ganz bestimmten Merkmalen, »da weiß man, der versteht was vom Geschäft, und der achtet auch auf Spitzenware«; andererseits sei auch »der Hang zum Literarischen« nicht zu übersehen, gerade ältere Kunden, »so um die vierzig«, die griffen lieber zum Buch, »die lesen das geile Zeug lieber, da haben die mehr davon«.
Im Laden gegenüber soll eine Spielhölle eröffnet werden. Doch noch hält das Gewerbeaufsichtsamt da den Daumen drauf. Zwar muß der Betreiber schon Miete zahlen, doch eine Konzession ist ihm noch nicht erteilt worden. »Unternehmerrisiko, könnte man dazu sagen«, meinte der Geschäftsführer.

Vor einem Schallplattenladen in der Fußgängerzone machte eine Frau ihrem Mann Vorhaltungen: »Mit deine Bedürfnisse is dat ganz schön schlimm. Abba hasse allet, Peter Maffay auch, wat soll man dich denn noch zum Geburtstag schenken?«

Wer in Duisburg-Marxloh wohnt, fährt selten »in die Stadt». Einkaufen kann man hier genauso gut, Extravagantes ist ohnehin nur einmal im Jahr drin, und man ist ja auch eher Marzloher als Duisburger.
»Natürlich«, sagte die Frau, die den Beerdigungsladen betreibt, »natürlich ist die Tendenz fallend. Ob man das jetzt Krise nennt, weiß ich nicht. Weniger Geburten gibt auch weniger Sterbefälle, das können Sie sich doch vorstellen. Daß sich das groß verändert haben soll, würd ich nicht so sagen. Die Rentner, na ja, die sparen noch, die wollen was anlegen. Aber die Jungen leben in den Tag hinein, die hauen alles auf den Kopf – gut, mit denen haben wir ja sowieso nicht soviel zu tun.«
Die Frau hatte es eilig. Ich war kein Kunde, die Steuerbehörde wartete auf irgendeine Form von Erklärung, »der Mann is widder nich da«. Nein, schlecht laufe das Geschäft nicht, nur unberechenbar, und natürlich nach

Jahreszeiten verschieden. Die Türken? Da sei kein großer Unterschied. Nur Zinksärge, die gingen natürlich besser seit den letzten Jahren. Warum? »Wär doch Quatsch, Holz nache Türkei zu transportieren!«
Sargschreinern ist ein aussterbendes Handwerk. Heutzutage machen das alles Fabriken. Sie seien die letzten, die in »Groß-Duisburg« noch von Hand fertigen ließen. Das Holz kommt aus dem Westerwald.
Zwei Straßenzüge weiter las ich ein Graffiti an einer zerfallenen Mauer: »Guten Morgen!« Daneben, doch sichtbar einige Tage später entstanden: »Danke.«

II

Was »Krise« eigentlich konkret für Duisburg bedeutet, ist in der Stadt gar nicht so leicht herauszufinden. Das liegt zum einen sicherlich daran, daß eine Stadt heutzutage genauso ungern ins Gerede kommt wie ein Wirtschaftsunternehmen. »Wie sind Sie denn auf Duisburg gekommen?« fragte der Pressesprecher fast schon empört. »Unsere Finanzen sind doch längst wieder in Ordnung, die umliegenden Kommunen haben strukturell dieselben, wenn nicht größere Probleme.« Außerdem müsse man »das« global betrachten, leere Kassen habe heute auch das Land, vom Bund gar nicht zu reden. »Und die nehmen uns ja noch die letzten Groschen weg.«
So kleiden die Vertreter der Stadt ihre speziellen Sorgen lieber in die Form eines allgemeinen Klagegesangs über die untragbare Last der Städte: Insbesondere für Bautätigkeit fehle es an Geld, die Folgekosten für die Investitionen der fetten Jahre von früher – die sozial notwendigen wie die prestigeträchtigen – bissen ins Stadtsäckel, da müßten dann auch Abstriche »am Sozialen« gemacht werden, doch – wie gesagt – das seien generelle Gemeindeprobleme. »Duisburg ist heute überall«, sagte der Pressesprecher, und der dumme Spruch von den »Duisburger Verhältnissen«, der gehöre nun wirklich der Vergangenheit an.
Der dumme Spruch von den »Duisburger Verhältnissen« machte vor fünf Jahren die Runde, als der Haushalt der Stadt auf eine so spektakuläre Weise ins Ungleichgewicht zu rutschen drohte, daß der damalige Stadtkämmerer einen radikalen Ausgabestop für alle städtischen Zahlungen anordnete, zu denen die Stadt nicht gesetzlich verpflichtet war. Die Bremsspur, die er damit hinterließ, kann man heute noch riechen. »Dieser Herr ist für uns kein Thema mehr«, sagte man mir im Rathaus, »Finanzprobleme auf diese Weise an die Öffentlichkeit zu tragen, ist einfach unsolidarisch.«
Der Stadtkämmerer wurde damals gefeuert. Heute redet er nur noch, wenn er dafür bezahlt wird. »Schließlich bin ich nicht mehr im öffentlichen Dienst«, sagte er mir am Telephon, »heute kostet meine Zeit Geld.«
Die Wirtschaftsprobleme sind auf eine triviale Weise eindeutig: Duisburg ist

eine Monokultur der stahl- und eisenerzeugenden Industrie. Wenn es der gut geht, fließt Geld in die Stadtkasse, können Hallenbäder, Bibliotheken, U-Bahnen und Autobahnzubringer gebaut werden. Stagniert der Absatz von Stahl und Eisen, dann kann Neues nicht gebaut werden, die Gelder für den Unterhalt oder Abschluß bestehender Projekte müssen zusammengestrichen werden, und die Ausgaben für Sozialhilfe steigen.
Bis zum Jahre 1974 scheint kaum ein Stadtrat damit gerechnet zu haben, daß die Nachfrage nach den Produkten der Industrie einmal ernsthaft zurückgehen könne. So bekam jeder Stadtteil sein Hallenbad und seine Bibliothek, ein gewaltiger U-Bahn-Bau wurde in Angriff genommen, das Straßenbauamt hatte Hochkonjunktur. »Standortverschönerung« lautete das einschlägige Stichwort. Es bezog sich auf die naheliegende Vermutung, daß die Anwesenheit von sieben Hochofenanlagen, ebensovielen Sinterwerken, fünf Stahlwerken und drei Kokereien allein wenige Leute zu einem Leben in Duisburg motivieren könne, zumal wenn man bedenkt, daß die Stadtluft in beträchtlichem Maße mit Feinstäuben, Schwefeldioxid, Schwefel- und Kohlenwasserstoff, mit Stickstoffdioxid und mit Chlor angereichert und die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß durch den Bau neuer Werke »die im westlichen Ruhrgebiet bereits vorhandene Luftbelastungspalette . . . um die Gruppe der geruchsintensiven Kohlenwasserstoffe erweitert wird« – wie es in einer Veröffentlichung der Stadtverwaltung heißt.
Die Standortverschönerung hätte neue Fabriken anlocken können, vielleicht auch einige Verwaltungsbehörden, die dem traditionellen Erscheinungsbild der Kommune ein paar bunte Tupfer verliehen hätten. Schließlich gab es ja auch eine Gesamthochschule, aus der eine Universität wurde . . . Und auch das »Freizeitangebot« kann sich durchaus sehen lassen. Im Osten der Stadt, nach Mülheim und Düsseldorf herunter, stehen dichte Wälder um eine Handvoll Seen. »Sie dürfen nicht vergessen«, sagte der Mann vom Presseamt, »für das Ruhrgebiet ist Duisburg das Surferparadies.«
Doch seit acht Jahren lockt der schönste Standort nicht mehr so recht; allein zwischen 1975 und 1981 haben 40 000 Einwohner die Stadt verlassen, und da es in der Mehrzahl Mitglieder der höheren Einkommenssparten waren, leiden Handel und Gewerbe unter empfindlichen Einbußen. Nicht nur in der Innenstadt, wo vielen Kunden das Flanieren durch die Gerüste des U-Bahn-Projektes erschwert wird, auch in den Zentren der Vororte klagen die Händler. Zwei große Warenhausketten sollen bereits ein »Ruhrgebietssortiment« eingeführt haben: Billigware als Antwort auf »zögerndes Konsumverhalten«.

Läuft man vom Sonnenwall nach Südosten, kommt man nach Hochfeld, einem der Bezirke, den die Stadt sanieren lassen will, wenn wieder genug Geld zur Verfügung steht. Thyssen, Mannesmann und die Kupferhütte ha-

ben hier Anlagen stehen – dicht an den Straßen. Auch das ist eine Duisburger Eigenart: 70 Prozent aller Wohnungen liegen innerhalb von sogenannten Abstandsflächen der Großbetriebe und kriegen damit eher unvermittelt den Dreck ab, der am Tage und mehr noch in der Nacht verblasen wird. Einige Straßenzüge sind hier auch schon ab- oder besser angerissen worden, über die Fortführung des Sanierungsprogramms entscheiden die kommenden Sparbeschlüsse.

In einer Trinkhalle kaufte ein Arbeiter in dunklem, verschwitztem Monteursanzug Bier für die Schichtkollegen ein. »Trinkhallen und Pommesbuden«, hatte mir ein Sozialarbeiter gesagt, »sind für den Sozialkontakt wichtiger als alle Begegnungsstätten und Jugendzentren.« Der Betreiber dieser Trinkhalle hatte früher als Ofensetzer gearbeitet, war dann arbeitsuntauglich geschrieben worden und hatte sein Geschäft eröffnet, »um nicht, wie andere, am Volksvermögen zu schnorren«. Zu den Wirtschaftsproblemen Duisburgs hatte er eine eindeutige Meinung: Der Stadt, meinte er, gehe es schlechter als notwendig, »weil hier den Berufspennern Zucker in den Arsch geblasen wird«. Auf diesen Punkt kam er mehrmals in unserem Gespräch zurück, mit den »Asozialen aus selbstverschuldetem Handeln« solle die Stadt kurzen Prozeß machen.

Eine blonde Frau nahm sich eine Flasche Kakao aus dem Kühlschrank, ließ den Kronkorken in einen Abfalleimer springen und trank mit gierigen Zügen. »Mein Gott, war ich gestern knülle, Otto«, sagte sie zu dem Trinkhallenbesitzer, »ich krieg jetzt noch den Kopp nicht klar.« Otto lachte: »Am besten ist Weiterballern.« Die Blonde schüttelte den Kopf und giggelte. »Den ganzen Abend gesoffen und dann noch in die Bar, aber alles für umsonst, versteht sich.« Otto nickte. »Knülle sein für lau ist die beste Art, durchs Leben zu kommen«, meinte er.

Ob denn die städtischen Einrichtungen wie Hallenbäder oder Bibliotheken zu aufwendig gewesen seien, fragte ich, als die Blonde gegangen war.

Nein, sagte er, im Gegenteil, hier in der Gegend gebe es so viele Wohnungen ohne Bad, da wäre es unverantwortlich, jetzt die öffentlichen Bäder zu schließen. Die Bibliotheken solle man auch fortführen, die seien vorzüglich ausgestattet, außerdem mit einem freundlichen und hilfsbereiten Personal besetzt; gut, nicht alles sei vorrätig, neulich habe er nach einem Band von Lombroso gesucht, der mußte über Fernleihe beschafft werden, aber sonst keine Klagen, nein, die Probleme der Stadt seien einzig die Penner, das arbeitsscheue Gesindel – und natürlich die Ausländer.

»Ich selbst stehe dem Ausländer ablehnend gegenüber«, sagte er, und als ich fragend nach den türkischen Tageszeitungen schaute, die zum Verkauf ausgebreitet lagen, fügte er hinzu: »Das mache ich nur geschäftlich.« Gefährlich sei der Ausländer in erster Linie wegen »seiner unverhohlenen Gier gegenüber unseren Frauen«, man könne das ja auch verstehen, die kämen aus dem

Mittelalter, und so wie unsere Frauen rumliefen, mit den heißen Höschen, die seien ja zum Teil mit schuld. Vor zwei Jahren habe ein Türke in der Nachbarschaft eine Deutsche abgestochen. »Das schreibe ich der aber selbst zu, die hat wohl keinen deutschen Schwanz mehr gekriegt, da hat sie sich einen Türkenschwanz genommen, und als sie nicht mehr wollte, hat der Türke eben das Messer gezogen. Damit muß man rechnen.«
Ein bärtiger kleiner Matrose war eingetreten und bestellte für uns alle eine Runde Apfelkorn. Otto war wieder beim Thema Gammler und Penner. »Wenn so einer hier reinkommt und was anstellt«, sagte er erregt, »der kann was erleben.« Er griff unter die Ladentheke und zog einen schweren Knüppel, eine Art Morgenstern hervor, »dann mach ich hiermit ein Tänzchen«.
»Jau«, sagte der Matrose begeistert, »ich kenn die Brüder ganz genau, hab ich ja früher selber gemacht, ich trau mich doch heute schon nicht mehr über bestimmte Anlagen. Die kennen mich ja alle noch von damals, und sofort heißt es: gib einen aus. Aber gib mal einen für vierzehn Mann aus!«
Otto nickte. »Probehängen am Laternenpfahl, das sollten die mal.«

Auch der Pressesprecher der Stadt war über die Ausländerfeindlichkeit besorgt. Allerdings habe die Wahl in Hamburg gezeigt, daß sich das in Wählerstimmen so direkt noch nicht niederschlage. Zunächst bleibe die Stadt bei einer integrationsorientierten Ausländerpolitik. Ganz könne man ja auch die Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Konjunktur nicht aufgeben, wenngleich im Augenblick natürlich die Zeichen nicht sehr günstig stünden. Immerhin habe die Stadt jetzt wieder einen ausgeglichenen Haushalt, jedenfalls einigermaßen. Sicherlich, man könne heute darüber diskutieren, ob alle Projekte, die wegen der jetzigen Geldknappheit kaum vorangetrieben werden können, unbedingt hätten angefangen werden müssen. Klar, eine Industriestadt brauche ein schnelles Nahverkehrssystem, doch ob man dazu hätte in die Tiefe gehen müssen – doch hinterher sei man immer klüger, und fertiggebaut würde die U-Bahn schon, wenn vielleicht auch mit einiger Verzögerung. Und das großzügige Straßensystem sei für eine Stadt wie Duisburg unerläßlich, »so kommt man schneller in die Naherholungsgebiete«.
Das Straßensystem ist in der Tat eindrucksvoll. Wie im Mittelalter der Einfallsreichtum der Künstler und Architekten den Bau von Kathedralen förderte, so richtete er sich im Ruhrgebiet unserer Tage auf die Anlage kühn geschwungener Autobahnzubringer. Es ist daher wohl auch kein Zufall, daß fast alle Duisburger, die ich fragte, warum sie gerne in ihrer Stadt leben, zuerst anworteten, »man kommt so leicht weg von Duisburg«. Nur zur Orientierung taugen die Asphaltbänder schlecht. Das liegt an der Beschilderung, die nur lesen kann, wer die Logik des Systems genauso verinnerlicht

hat wie die Geographie des linken und des rechten Niederrheins. Für die Verwirrung entschädigt allerdings ein oft eindrucksvolles Panorama – etwa, wenn man über die Hafenanlagen von Ruhrort fährt und auf die vielen Kräne blickt, die wie riesige Vögel in das trübe Wasser zu picken scheinen. Über die Romantik des Ruhrgebiets ist ja allerhand schwärmerischer Unsinn geschrieben worden, doch so ganz abwegig ist es auch nicht, den ästhetischen Wert der Hochöfen und der Förderanlagen herauszukehren, dieser monumentalen und doch so sinnfällig gegliederten Komplexe mit ihren kräftigen Rosttönen und den weißen Wattebäuschchen an den Kühltürmen. »Ehrlich«, sagte ein Student, den ich im Auto mitgenommen hatte, »wennse dat ankucks, kannse die Documenta mit ihrn Honigpumpen vergessen.«

Bis zum Beginn der 60er Jahre brauchten die Hochöfen, die Stahl- und Warmwalzwerke in Duisburg Kapital *und* Arbeiter, um sich auf den Märkten behaupten zu können. Die Produktion stieg, doch die Produktionsbedingungen änderten sich: Investitionen erfolgten nach wie vor – sogar in steigendem Maße –, doch sie dienten zunehmend zur Substitution von Arbeitskraft. In den eisenerzeugenden Betrieben Duisburgs wurden zwischen 1970 und 1980 9000 Arbeitsplätze abgebaut, bis 1983 sollen weitere 5000 eingespart werden. Da fast zwei Drittel aller Beschäftigten in diesem Industriezweig arbeiten, kann man sich leicht ausmalen, welche Erschütterungen von den Stahlwerken ausgesandt werden. Zudem gilt die Faustregel: ein verlorener Arbeitsplatz in der Stahlindustrie vernichtet weitere eineinhalb Anstellungen im Umfeld: in der Verwaltung, im Handel, im Baugewerbe usw. Die Arbeitslosenquote liegt jetzt um die 10 Prozent, an offenen Stellen gibt es nur noch ein Viertel der Zahl von 1974. Wenn man die einschlägigen Tabellen und Statistiken durchsucht, finden sich wenige Zeichen, die für die Zukunft Hoffnung versprechen; einzig die Kreditinstitute und das Versicherungsgewerbe treiben kleine Blüten.
»Das war auch so ein Quatsch mit der Umschulerei«, erklärte der Sprecher einer der großen Banken, »da schulen die Bankkaufleute auf Sozialpädagoge um, wofür nun wirklich kein Bedarf sein wird.«
Das Arbeitsamt verwies darauf, daß die Karteien eine ungewöhnlich hohe Anzahl von »Problemfällen« enthalten. Es geht dabei um eine Häufung von Indikatoren: ein Alter von über 55 Jahren, keine abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung, »gesundheitliche Einschränkung« und eine Arbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr summieren sich zu einem klassischen Problemfall. In Duisburg ist fast jeder fünfte Arbeitslose älter als 55, mehr als ein Viertel warten schon über ein Jahr auf einen neuen Job.
Denen, die noch eine Stelle haben, wird die »Frühverrentung« angeboten – mit 59 in Rente, da liegen zwar die Bezüge niedriger, aber da hat man doch noch was vom Lebensabend, nicht?

»Würd ich mich nie drauf einlassen«, sagte einer, dem das Angebot demnächst ins Haus steht. »Ich bin doch kein altes Eisen, noch nicht.« Wir saßen am Tresen einer kleinen Kneipe in Huckingen. »Ich würde doch auch noch Wechselschicht bringen, wenn jetzt nicht Kurzarbeit wäre. Tu mir noch ein Pils ein. Da gibt es viele Jüngere, die vor mir schlapp machen. Ich bringe meine Leistung, da bin ich Profi. Und was weiß ich schon, was die Suffköppe in Bonn mit den Renten noch anstellen? Da gibst du jetzt Ansprüche auf, und später liegst du weiß Gott wem auf der Tasche, wenn du überhaupt einen hast.«

»Das allgemeine Klima der wirtschaftlichen Verunsicherung«, hatte der Bankvertreter am Vormittag gesagt, »macht auch vor dem kleinen Schalterkunden nicht halt.«

Von dem Bankier hatte ich auch erfahren, daß die Türken zu den »klassischen Kontensparern« gehören – was für ein Kreditinstitut, das diese Gelder im internationalen Geschäft gut unterbringen kann, »keine ganz unglückliche Konstellation ist«.

Die Türken, deren hohen Sparwillen die Banken so schätzen, siedeln in der Nähe der großen Industrieanlagen. Sie prägen Straßenzüge, manchmal auch Einkaufsviertel; in Hüttenheim, im Süden der Stadt, wohnen mehrere hundert Familien in einem Ghetto. Die Häuser gehören »der Fabrik«, sie sind um Innenhöfe gruppiert, in denen früher Grünflächen gepflanzt waren, heute ist von Gras nichts mehr zu sehen. Die Arbeiterwohlfahrt unterhält einige Projekte, die sich um die Integration der Ausländer kümmern – wie lange noch, kann angesichts der fehlenden Gelder niemand sagen. Unter den Sozialarbeitern läßt sich eine Spur von Resignation ausmachen, die Probleme – Fremdenfeindlichkeit, Arbeitslosigkeit (gerade unter den Jugendlichen), Wohnraummangel und türkischer Konservativismus – kennt man lange genug. Man hat auch viele Anstrengungen unternommen, doch wie es weitergehen soll, ist unsicherer denn je – und politisch läuft sowieso kaum was. Neben der ganzen wirtschaftlichen Misere ist noch eine weitere Entwicklung eingetreten, die die Integrationsarbeit erschwert: auch die Türken haben Geschmack am Video gefunden; wo früher fröhliche Schwätzchen und Diskussionen auf der Tagesordnung standen, verziehen sich jetzt die Familien zum Glotzen – von türkischen Filmen, versteht sich, da wird nicht einmal mehr Deutsch gelernt. Die meisten Türken würden das Ghetto gern verlassen. Einmal, weil die Wohnungen, die ihnen die Werke stellen, weder besonders billig noch besonders gut erhalten sind, zum anderen, weil Integration mit der deutschen Bevölkerung eben auch gesellschaftlichen Erfolg bedeutet, von der wirtschaftlichen Sicherung ganz zu schweigen. Doch wohin umziehen? Die Hüttenwerke besitzen den Wohnraum von fast vier Stadtteilen – und sie gehen damit restriktiv um.

Und damit landet man wieder bei der Stahlindustrie. Sie prägt die Duisburger Verhältnisse und wird das auch in Zukunft tun. In der für die Entwicklung der kommunalen Infrastruktur so wichtigen Bauleitplanung sitzen auch die allmächtigen Stahlkocher – als »Träger der öffentlichen Belange«. Genauso wichtig ist ein Schlagwort, das von der Düsseldorfer Landesregierung zur kosmetischen Behandlung der Finanzmisere ausgegeben wurde. Es lautet »Standortsicherung« und soll heißen: Duisburg bleibt Duisburg.

III

Den Vertreter der Duisburger Grünen habe ich gefragt, warum es in einer Stadt, die es an Emmissionswerten mit jeder anderen Kommune der Republik leicht aufnehmen kann, nur 33 Mitglieder seiner Organisation gebe. Hat vielleicht die Alternative Vergiftung oder Verarmung die Leute in den Armen der Sozialdemokratie gelassen? Der Vertreter zuckte leicht resigniert mit den Schultern. In Dortmund, meinte er, sehe die Lage auch nicht viel besser aus (die Bewohner des Reviers spenden sich beständig den Trost, daß es in der Nachbargemeinde ähnlich schlimm zugehe wie bei ihnen). Nein, fügte er hinzu, das müsse man praktisch sehen, einmal sei die Umweltbelastung hier so stark, daß die Leute auf alle Argumente nur mit einem verständnislosen »na watt denn« reagierten; der Fluß Emscher, das wisse eben jeder, sei ein »Köttelbach«, und die Aufforderung, das Grundwasser nicht durch zusätzliche Waschmittelrückstände zu belasten, stoße in dieser Gegend, in der sowieso alles dreckig sei, auf eine sehr geringe Resonanz. Der Vertreter hatte dazu auch eine Theorie: »Grün wählt nur, wer grün kennt«, sagte er. »Wer einmal ein Blatt in der Hand gehabt hat, weiß, worum es uns geht. Aber die Arbeiter hier, die haben ja nie ein grünes Blatt in der Hand gehabt, die wissen gar nicht, worum es überhaupt geht.« In Mülheim, der Nachbargemeinde, sei das anders, aber auch nur in den Wahlbezirken mit starkem Baumanteil; was das politisch und zielgruppenmäßig bedeute, sei ihm schon klar, er sei auch nicht besonders glücklich darüber, doch Illusionen solle man sich deswegen erst recht nicht machen.

Dem Pfarrer war nicht recht wohl bei dem Gedanken, am Telephon Auskunft über seelsorgerische Belange seiner Gemeinde abzugeben, dazu sei das Thema vielleicht doch zu heikel. Andererseits, wenn es eher um Allgemeines gehe, aha, um die Krise, ob die eine erhöhte Nachfrage nach seelsorgerischem Beistand ausgelöst habe? »Entschieden nein«, sagte der Pfarrer, »da weiß ich auch gar nicht, ob ich mir das wünschen sollte.« Aber bedenklich sei das alles natürlich schon, »auch Libanon ist ja keine Kleinigkeit«, und wenn man das Verhalten der Menschen betrachte, könne man nur sagen: Tanz auf dem Vulkan. Das gehe ja blind weiter wie bisher, »vordringlich der

Mann, der wütet weiter los mit Arbeit und Genuß«, das sei bei den Frauen Gottseidank noch nicht so stark ausgeprägt, wobei natürlich die Frau ja schon aufgrund ihrer psychophysischen Veranlagung näher am Leben und an der Vernunft stehe. Doch die Moral, das sehe man an allen Ecken und Enden, gehe einfach den Bach runter, vielleicht sei ja der heutige Tag – wir feierten das Fest der Heiligen Maria Magdalena – ein guter Anlaß, einmal nachhaltiger darüber nachzudenken. Wenn er auf Hochzeiten, »wo, sagen wir mal, nur reinrassige Duisburger zusammenkommen«, wenn er da Jesu Wort: was Gott gefügt hat, soll der Mensch nicht trennen, ins Gedächtnis rufe, wisse er schon, »da tu ich vielen im Raum sehr weh mit«.
Ich versuchte behutsam, das Gespräch wieder auf die Wirtschaftskrise zu lenken.
»Daß hier einer die Botschaft begriffen hätte, existentiell seinshaft ein anderer Mensch geworden wäre, das sehe ich nicht; sparsamer sind die Leute geworden.«
Auch bei der Kollekte?
Das sei unterschiedlich; bei den großen Kollekten, Misereor usw., da könne man keinen stärkeren Rückgang verzeichnen, da wollten sich die Gläubigen immer noch ein bißchen Seelenfrieden erkaufen, aber sonst sei alles zurückgegangen, der Kirchenbesuch natürlich auch. Vor fünfzehn Jahren kam fast ein Drittel der Gemeindeangehörigen noch regelmäßig zum Gottesdienst, heute sind es knapp 14 Prozent. So kraß sehe die Lage allerdings nur in Duisburg aus, in Bochum und auch in Wattenscheid sei das noch nicht so schlimm.
Worauf führt er es zurück, daß die Duisburger gerade jetzt, wo es doch vielen Menschen so viel schlechter geht, sich religiös nicht stärker engagieren?
»Schwer zu sagen, früher war das anders, früher, während der großen Depression, da kamen die Arbeitslosen zur Kolpingjugend, da bot, religiös gesprochen, die Arbeitslosigkeit eine gewisse Chance. Das ist heute ganz sicherlich nicht mehr der Fall – übrigens noch während der Kuba-Krise waren die Kirchen plötzlich gerammelt voll, da hatten die Leute eben schlicht Angst. Aber heute? Vielleicht liegt es daran, daß es nie einen richtigen Bums gegeben hat, die Krise kam immer schleichend, immer leise, aber nie mit so einem richtigen Bums.«

Würde die Bank der Stadt Duisburg noch einen Kredit geben, hatte ich von dem Banker wissen wollen.
»Das ist eine interessante Frage, zu der wir, wie Sie verstehen, natürlich überhaupt keine Auskunft geben können.«

Anka Kirchner
Ida Maurer, Rosenkranzkettlerin

22. Oktober

Ich fahre durch den »Hinteren Wald«, das ist der hintere Bayerische Wald, früher hat man Böhmischer Wald gesagt. Oben auf der Hügelkette zwischen dem Arber und dem Hohen Bogen liegen Einödhöfe. Von einem Hang zum anderen kann man die alten Rodungsinseln noch erkennen. Wenn die vielen Bäume nicht wären, müßte man von hier aus bis zur Donau hinunterschauen können und nach Norden zu in den Lamer Winkel hinein. Der Lamer Winkel soll zweimal, jeweils von Tirol aus, besiedelt worden sein. Nach der Pest und dem dreißigjährigen Krieg hatte in dieser Gegend niemand mehr gelebt. Weiter im Süden nennt man die Leute aus dem Lamer Winkel noch manchmal ›Tiroler‹.

Lamer Winkel, toter Winkel? Die nahe Grenze ist überall zu spüren; als ich heute Morgen davorstand, sah sie nicht einmal so eisern aus. In einem Wirtshaus hat mir dann einer erzählt, daß immer noch geschmuggelt wird. Der Mann hatte einen Mordsrausch. Da gehe immer noch was, sagte er; natürlich der Hitler, der habe damals durchgegriffen, die meisten Männer hätten in Straubing im Gefängnis gesessen. Die Tischrunde nickte: alte, dürre Männer mit tiefen Furchen im Gesicht. Sie trugen ausgebeulte Jacken und Arbeitshosen, an den Füßen hatten sie Stiefel, halb aus Gummi, halb aus Filz, auf dem Kopf Schirmmützen. Früher, erzählte einer, war das Schmuggeln hier Ehrensache. Noch vor fünfzig Jahren habe man ganze Viehherden heimlich über die Grenze getrieben, von Böhmen nach Bayern. In der Gegenrichtung wurden Tabak und Zucker verschoben. Aber heute? Wahrscheinlich haben sie nur aufgeschnitten. Ein paar Stunden später sah ich einen von ihnen bei der Feldarbeit. In den Hängen stehen noch Getreidemandeln, handgebunden mit gedrehten Strohschnüren. Für moderne Maschinen fehlt hier das Geld.

Pfarrer Murr wohnt in Neukirchen beim Heiligen Blut, oder b. Hl. Blut, wie es die Straßenkarte nennt. Der Pfarrer ist Herausgeber des *Neukirchener Bilderbogen,* einer Zeitschrift, die das lokale Brauchtum würdigt. Durchreisende Journalisten halten sich gern an den Pfarrer – er weiß viel, ist gutwillig und hat die besten Kontakte. Da ich einen Film über die Heimarbeit der Rosenkranzkettlerinnen machen will, bitte ich um seinen Rat. Der

Goethe Institut e.V. Bibliothek

Pfarrer hat eine ganze Sammlung von Familienphotos, auf denen die Frauen immer einen Rosenkranz in der Hand halten. In seiner Gemeinde wird das Gewerbe seit Jahrhunderten betrieben. Umständlich schließt er einen grauen stählernen Panzerschrank auf, in dem die kostbarsten Stücke verwahrt sind, die sich in der Wallfahrtskirche angesammelt haben. Früher hängten die Gläubigen ihre Rosenkränze als Votivgaben über das Gnadenbild. Der Rosenkranz, ein »Bindfaden« zwischen Himmel und Erde. »An einem Rosenkranz kann man die armen Seelen aus dem Fegefeuer ziehen« – das war der Glaube, an dem auch das Gewerbe hing.
Der Pfarrer hat mir einen Gasthof für das Abendessen empfohlen. In der Wirtsstube ist es dunkel, nur um den Stammtisch sitzen Gäste, ganz junge und ganz alte, und trinken Bier. Zu essen gibt es nur Leberkäs mit Ei. Ich verziehe mich in eine Ecke, breite meine Aufzeichnungen auf einem Resopaltisch aus. Für einen Moment taxieren mich die Stammtischler erstaunt – eine Frau allein? Wahrscheinlich halten sie mich für die Miederwarenvertreterin, die hier regelmäßig durchkommt. Aber ich bin zu müde, um auf ihre Neugier einzugehen, mich an ihren Tisch zu setzen und zu fragen: Wer macht bei euch Rosenkränze, wer handelt damit, wer kauft sowas?

29. Oktober

Nach einem großen Bogen über das Fichtelgebirge bin ich wieder nach Neukirchen b. Hl. Blut zurückgekommen. Ich habe erfahren, daß hier ein Mann wohnt, der »Rosenkranzkönig« genannt wird und seine Briefe mit »der Rosenkranzler« unterschreibt. Er ist einer von nur noch zehn Unternehmern, die Aufträge zum Ketteln von Rosenkränzen an Heimarbeiter vergeben. 53 509 Menschen verdienen nach Angabe des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung ihr Geld mit Heimarbeit; davon sind 92,4 Prozent Frauen. Sie sticken und klöppeln, binden Besen und Bürsten, schreiben Adressen, bauen Musikinstrumente, flechten Körbe.
Für jede Sparte gibt es einen »Heimarbeitsausschuß«. Eingesetzt werden diese Ausschüsse entweder vom Bundesarbeitsministerium (wenn sie für die ganze Republik zuständig sein sollen) oder von den Arbeitsministerien mehrerer Länder, manchmal auch nur eines einzigen Landes. In den Ausschüssen sitzen drei Vertreter der Auftraggeber und drei der Heimarbeiter; die zuständige oberste Arbeitsbehörde bestimmt den Ausschußvorsitzenden, in der Regel einen Referenten aus dem Ministerium. Da oft keine Tarifverträge vorliegen, setzt der Ausschuß die Mindestlöhne fest. Diese »bindenden Festsetzungen« haben die gleiche Wirkung wie Tarifverträge. Außerdem regeln Gesetze die Pflichten des Arbeitgebers gebenüber »seinen« Heimarbeitern: einmal durch vorgeschriebene Information über Unfall- und Gesundheitsgefahren, einen offenen Aushang der festgesetzten Stücklöhne und die gewerbliche Anmeldung der Beschäftigten; zum anderen be-

stehen Vorschriften über Arbeits- und Gefahrenschutz, über Steuerabführung und Sozialversicherung. Die Einhaltung der Mindestlöhne wird vom Gewerbeaufsichtsamt überwacht. Die herumreisenden Entgeltprüfer können gegebenenfalls die Unternehmer zu Nachzahlungen zwingen. Nach der Statistik zahlt jeder vierte Heimarbeitvergeber zu wenig aus. Die amtlichen Lohnnachforderungen für das Jahr 1981 liegen allein in Bayern bei 1,1 Millionen Mark.

In der Branche »Rosenkränze und Gebetsketten« sind nur noch 120 Menschen in Heimarbeit beschäftigt. Das Geschäft geht zurück; Rosenkränze aus Japan und Hongkong werden manchmal um 50 Prozent billiger angeboten. »Und die Kirche läßt jede ideelle Unterstützung vermissen; Rosenkränze kommen ganz einfach aus der Mode«, klagt Josef Neumeyer, der Rosenkranzkönig. Zu ihm bin ich an diesem Morgen als erstem gegangen. Er ist eher mißtrauisch, vor einiger Zeit war das ZDF dagewesen, da hatte er seine ersten schlechten Erfahrungen mit dem Fernsehen gemacht.

Vorne im Laden hängt ordnungsgemäß die Liste mit den Namen der beschäftigten Arbeiterinnen, samt geltendem Stücklohn und den gesetzlichen Zuschlägen, der Rosenkranzler weist mich auch gleich darauf hin. Wir reden über die Talfahrt der Rosenkranzindustrie, das stimmt ihn nicht vergnügter. Ich möchte gern einige der Heimarbeiterinnen besuchen und bitte ihn um Hilfe und Rat; da wird er freundlicher und bietet seine Mitarbeit an. Nach einem Gang durch das Geschäft – »mei, früher haben wir hauptsächlich ins Ausland geliefert, an Missionsstationen, aber die verschenken heute auch keine Rosenkränze mehr an Neger« – fahren wir in das Dorf Lamberg. Er vorneweg mit seinem Mercedes, ich mit dem VW hinterher. »Unsere Ida wird ihnen schon was übers Rosenkranzketteln erzählen, die ist nicht auf den Mund gefallen.« Der Herr Neumeyer geht laut und jovial mit seinen Leuten um. Er fühlt sich als Vater einer großen Familie, die auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Wir stehen vor der Haustür der Ida Maurer. Sie hat uns kommen sehen und trocknet sich noch schnell die Hände an der Schürze ab. »Ida, was macht die Gesundheit? Wie geht's den Enkeln? Ist der Mann wohlauf? Ich bringe eine Frau vom Fernsehen, die möchte mit dir reden.« Er hat wenig Zeit, ist schon wieder weg.

Ich bin mit ins Haus gegangen. In der kleinen Küche saß ihr Mann neben dem Herd auf einem Sofa. Wir beide haben der Frau beim Rosenkranzketteln zugeschaut; den ganzen Nachmittag lang. Danach notiert: Ida Maurer, 55 Jahre alt. Schönes Gesicht, mit schnellen, klugen, braunen Augen, wie man sie in der Oberpfalz so häufig sieht. Sie »kettelt« noch; die neuere Methode ist das Knüpfen, geht schneller, wird besser bezahlt. Hat mit zehn Jahren angefangen mit der Heimarbeit. Vier Geschwister. Die Eltern haben einen kleinen Hof gekauft, konnten damals gerade die Notarkosten auf den Tisch legen, alles andere mußte im Laufe der Zeit abgearbeitet werden. Der

Vater hat als Holzfäller dazuverdient, die Mutter machte die Landwirtschaft und besorgte den Krämerladen, eine kleine Bäckerei gehörte auch noch dazu. – Als junges Mädchen hat die Ida Maurer alle Möglichkeiten, Geld zu verdienen, wahrgenommen. Neben dem Rosenkranzketteln Hopfenzupfen in der Hallertau und Erntearbeit im Gäuboden. Ist immer zu Fuß gegangen, um das Fahrgeld zu sparen. Den Lohn bekam die Mutter; die kaufte ihr die notwendigen Kleider. 1946 geheiratet, ohne einen Pfennig, ohne Aussteuer. Ihr Mann sollte das Anwesen in Lamberg erben, aber damals lebten seine Eltern noch. So hat sie halt weiter gekettelt. Der Mann ist »hinaus«gefahren zum Arbeiten, als Pendler; Sonntagabend weg, Freitagnacht zurück (Erlangen, Straßenbau). Zwei Kinder; als die nicht mehr ganz so klein waren, hat sie oft fünf Dutzend Rosenkränze am Tag gekettelt. Das bedeutet zehn Stunden konzentrierter Arbeit; und daneben die Landwirtschaft: 13 Tagwerk, fünf Kühe, Schweine, Hühner, Äcker mit Hafer, Gerste und Kartoffeln; die Schwiegereltern waren inzwischen alt. So hat sie jeden Tag durchgearbeitet, bis zwei oder drei Uhr morgens, nur wenige Stunden geschlafen, immer allein. An den Wochenenden, wenn der Mann da war, haben sie gemeinsam das Haus umgebaut – über Jahre hin. Sie sagt: »Es war hart, aber wir sind gesund; jetzt, wo wir endlich beieinander sein können, wollen wir noch nicht so bald sterben.« – Ein Sohn lebt im Haus, arbeitet wiederum als Pendler (Nürnberg/Baggerführer), eine Schwiegertochter ist da, zwei Enkelkinder. Doch um die noch immer gleich große Landwirtschaft kümmern sich die beiden Alten. Der Mann ist jetzt 63, in Rente, krankgearbeitet.

14. November

Ich wollte mir die Devotionalienstandeln bei der Wallfahrtskirche anschauen; sie liegt etwas außerhalb von Neukirchen b. Hl. Blut. Aber da war alles vernagelt. Wahrscheinlich ist im November die Saison vorbei. »Da geht überhaupt nicht mehr viel, seit die Böhmen nimmer rüberkönnen.« Hinter mir steht der Pater Gabriel. Er kommt gerade von seinem morgendlichen Rundgang durchs Dorf zurück, freut sich, mit jemandem reden zu können. Er zeigt mir die Kirche und, soweit zulässig, auch das kleine, einfache Kloster, den Garten. Drei Padres leben noch da und zwei Laienbrüder; Franziskaner. – Die Fanni Dorfner solle ich doch mal besuchen, das sei die älteste Standelfrau im Ort, ein Original. Die Frau Dorfner war nicht daheim.

17. November

Es riecht nach Schnee. Ein wilder Himmel; alle Schattierungen von Wolkengrau, dazwischen blaue Löcher. Ich habe die Frau Dorfner in ihrem Haus unterhalb vom Pfarramt angetroffen. Ein kleines, verhutzeltes Weiberl, 86 Jahre alt. Sie nickt nur immer zu allem, was ich sage, und lacht. Ob sie überhaupt verstehen kann, worum es geht? Immerhin möchte ich von

ihr, daß sie ihren Devotionalienstand bei der Kirche für unsere Aufnahmen noch einmal öffnet, wenigstens einen Teil der Ware wieder hineinräumt. Ich bin selber ganz verwirrt, weil mir während des Redens erst klar wird, was für eine Mühe das für die alte Frau bedeuten muß; biete an, sie und die Sachen in meinem Wagen hinüber zu fahren. Sie lacht nur und nickt wieder. Wir verabreden uns für den nächsten Tag.

18. November

Die Rosenkranzkettlerin Ida Maurer hat den Küchentisch abgewischt. Draußen ist es regengrau, innen knallhell von unseren Lampen. Sie packt aus verschiedenen Tüten das Arbeitsmaterial aus. Silberdraht und silberne Ketten, kleine Herzen und rosa Plastikperlen; dahinter ihr hellblauer Küchenkittel mit einer bunten Borte, geblümte Gardinen, eine karierte Wachstuchtischdecke. Es kann losgehen.

»Also, das sind jetzt erst einmal die Vorbereitungen. Ja, von dene Ketterl muß ich die Zwischenglieder herrichten; das da sind die Herzerl, die kommen auch in den Rosenkranz; jetzt grad hab ich Plastikperlen, manchmal sind es Glasperlen, dann wieder Holzperlen oder Wachsperlen, je nachdem; es geht nicht mit allen gleich gut.« Sie ordnet das Material in einzelnen Haufen auf den Tisch und zwickt mit einer schönen, rhythmischen Bewegung jeweils zwei Kettenglieder ab. »Was haben Sie in dem Kastl da?« – »Das ist Abfall; das sind kaputte Perlen und so Abfallstücke, das muß ich alles wieder retour geben.« – »Warum?« – »Weil das Gewichtssache ist, das geht alles nach Gewicht.« – »Ihnen werden die Materialen abgewogen?« – »Ja.« – »Und nachher die Rosenkränze wieder gewogen, die Sie abgeben?« – »Ja, und das Material, das übrig bleibt.« Sie hängt Kettenglieder an die Herzen. »Sie biegen da jeweils ein Glied auf?« – »Das muß ich aufmachen, dann gehört das Herz da rein, und dann muß ich's wieder zumachen und das nächste wieder aufmachen.« – »Daß Sie das noch so sehen!« – »Nur mit dem Augenglas; anders geht's nimmer. Die Augen gehen am meisten kaputt bei der Arbeit, und dann zittre ich manchmal schon.« Sie schiebt einen Haufen Perlen vor sich hin, schüttelt den gerollten Draht auf und streift ihn über den linken Arm. »Warum schütteln Sie den so?« – »Damit er auseinanderläuft, sonst verhängt er sich nachher beim Ketteln.« – »Da nehmen sie jetzt die Perlen schon mal in der Reihenfolge auf den Draht auf?« – »Ja, immer zehn.« – »Das sind die Ave-Perlen, gelt?« – »Die zehn, das sind die Gegrüßet-seist-du-Maria, dann kommt der Vaterunser.« – »Wenn Sie da immer noch die Landwirtschaft machen, ich mein, dann ist es doch schwierig mit den Fingern bei so einer Arbeit.« – »Ja, da hab ich schwerere Händ, weil das Gefühl net da ist. Wenn ich den ganzen Tag die Mistgabel oder den Rechen in den Händen halt, ist natürlich die Zange ein Dreck dagegen; die ist dann so leicht, die spür ich kaum, da geht alles langsamer.« – »Und was ist jetzt

das?« – »Das ist das Zwischenstück, das Herzl, das den Rosenkranz zusammenhält. Dann kommt ein Vaterunser, dann ein Zwischengliedl, dann drei Gegrüßet-seist-du-Maria, dann wieder ein Gliedl, dann ein Vaterunser und dann der Schlußhaken. Jetzt hab ich ihn soweit fertig, jetzt könnt ich ihn runterketteln.« – »Und das Kreuz, das meistens noch dranhängt am Rosenkranz, machen Sie das nicht hin?« – »Das wird in der Firma gemacht.« – »Müssen Sie eigentlich das Material selber holen, oder wird Ihnen das gebracht?« – »Das muß ich selber holen und auch selber abliefern; außer es ist recht eilig, dann holen sie es manchmal dazwischen.«

Das Haus der Familie Maurer liegt etwas außerhalb von Lamberg an einem Hang. Von hier aus kann man weit in den Hohenbogenwinkel hineinschauen. Zweimal in der Woche radelt Ida Maurer mit ihren Rosenkränzen nach Neukirchen b. Hl. Blut. Das sind fünf Kilometer; eine Bus- oder Bahnverbindung gibt es nicht. Wenn Schnee liegt, geht sie zu Fuß. »Was verdienen Sie nun eigentlich?« habe ich gefragt. »Ach«, hat sie gemeint, »da komm ich net recht hoch; für ein Dutzend Rosenkränze, so wie sie da sind, krieg ich 4 Mark 79, und dazu brauche ich gute zwei Stunden.«

60 Frauen arbeiten so für die Firma Neumeyer; die meisten in ähnlichen Verhältnissen wie die Ida Maurer. Von einer kleinen Landwirtschaft kann man bei dem kargen Boden in dieser Gegend nicht leben. Sie sind auf einen Verdienst in der näheren Umgebung angewiesen. Andere Arbeit gibt es nicht, also müssen sie auf jede Bedingung eingehen.

Herr Neumeyer, der Rosenkranzkönig, in dessen Laden die Frauen die fertigen Rosenkränze abliefern: »Diese Frauen wären arbeitsmarktmäßig sowieso nicht unterzubringen; bei uns verdienen sie gutes Geld . . .« Laut Aushang zahlt er korrekt: 3 Mark 88 pro Dutzend für die Grundform (59 Perlen, ein Zwischenstück) zuzüglich 22,9 Prozent für Urlaubsgeld, Feiertagsgeld, Krankengeld und Unkosten.

Im Hintergrund wartet die Frau Maurer, daß man ihr das neue Material zusammenstellt. Dann radelt sie davon. – Wir haben es auch eilig; wollen noch die Aufnahmen beim Devotionalienstand drehen.

Ich fahre die Dorfstraße hinunter, um die Standlfrau abzuholen; dabei bin ich mir gar nicht so sicher, ob da überhaupt was zu machen ist. Vor dem Haus steht ihr Mann; er hat ein verschmitztes Gesicht und einen gezwirbelten weißen Schnurrbart. Er erkennt mich erst, als ich aus dem Auto steige, geht wortlos vor mir her bis in die Küche: »Mutter, die Frau ist da.« Die Fanni Dorfner wartet schon im Mantel. Sie hat zwei Heiligenbilder und das Familienkreuz in Plastiktüten eingepackt. Wir steigen ins Auto; der Mann bleibt zurück. O weh, habe ich mir gedacht, mit den zwei Heiligenbildern und einem Kreuz wird der Stand ganz schön kahl aussehen. Doch es kam ganz anders. Der Stand war eingeräumt, ein Heizofen eingeschaltet, Kaffee wurde gebracht, der Pater Gabriel kam zufällig vorbei, bereit, vor der Ka-

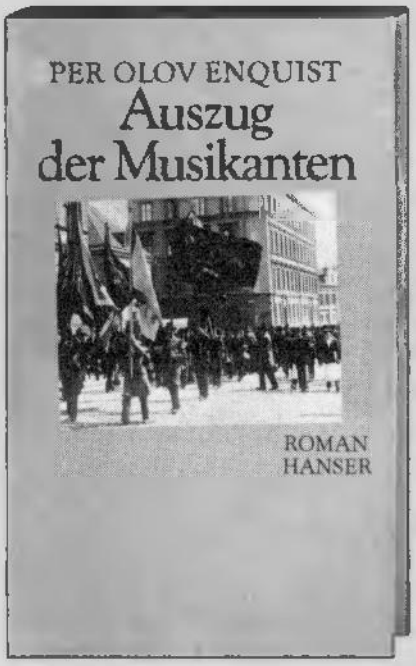
mera mit der Standlfrau zu scherzen. Ich war so verblüfft, daß ich einfach alles hab laufen lassen, wie es kam. Der Pater hat dauernd geredet, und die Frau Dorfner hat schnurgerade ins Objektiv geschaut. »Was kostet so ein Rosenkranz?« Ich habe einen aus hellblauen Glasperlen vom Nagel genommen; ein Preisschild war nicht daran. »Eine Mark fünfzig, gute Frau«, sagt sie freundlich lächelnd. – So also geht das, wenn man es laufen läßt. Bei dem Verkaufspreis, das muß doch jedem Fernsehzuschauer einleuchten, werden die Rosenkranzkettlerinnen ja geradezu fürstlich bezahlt.
DM 2,40 in der Stunde hat die Ida Maurer 1980 verdient (Zeitpunkt der Filmaufnahmen). Aus den Unterlagen vom Münchner Ministerium für Arbeit und Soziales ist zu ersehen, daß nicht nur ein Mindeststück- bzw. -dutzendlohn, sondern auch ein Mindeststundenlohn bindend festgesetzt ist. Der lag im Jahr 1980 bei 4,50 DM. Mittlerweile sind die Löhne um ca. 14 Prozent angehoben worden; das Mißverhältnis von Mindestdutzendlohn und Mindeststundenlohn beim Rosenkranzketteln ist das gleiche geblieben. Im Ministerium konnte man mir diese Diskrepanz auch nicht erklären. Da können sich eigentlich nur die behördlichen Zeitnehmer verhauen haben, die bei ihren Berechnungen von einer durchschnittlichen Leistungsfähigkeit des Heimarbeiters ausgehen müssen. Denn viel schneller als die Ida Maurer mit ihren 40 Jahren Routine kann man Rosenkränze nicht ketteln.

24. November

»Grüß Gott, Ihr Damen und Herren, zu Ihrer Sendung im 1. Programm am 24. 11. 1981, um 19/15 Uhr erlaube ich mir, Ihnen den Kommentar einer unserer Heimatzeitungen inclusive meiner Meinung zu senden. Bei manchen Eurer Leute ist nicht nur das Gesicht, sondern wahrscheinlich auch die Seele geschminkt. Wenn man sich in eine fremde Gegend begibt, dann sollte man sich immer von der besten Seite zeigen . . . Das Allergemeinste ist ja – Ihr sogenannten Sittenapostel –, daß dieser Film in ganz Bayern ausgestrahlt wurde, und wir können nur im Regionalbereich aufschreien. Wo ist da Gerechtigkeit? Wir sind ja heute schon so tolerant geworden, daß wir jedes Unrecht hinnehmen. Wundert es da noch jemanden, wenn Unrecht ins Verbrechen gesteigert wird. Sie haben uns und den Leuten keinen Gefallen getan. Die sind nach wie vor zufrieden. Sie werden für ihre Leerlaufzeit, weil sie in einen Arbeitsprozeß nicht eingereiht werden können, rechtens bezahlt. Wenn Sie ihnen keine besser bezahlte Arbeit geben können, dann lassen sie die Leute besser in Ruhe. Was das Auge nicht sieht und das Ohr nicht hört, macht das Herz nicht schwer.
Ein ehrliches Grüßgott, Ihr Josef Neumeyer, der Rosenkranzler.
P.S. Ihr könnt wohl keine friedliche, seriöse Welt mehr sehen. Wollt Ihr denn lauter Schwabinger- und St. Pauli-Duft.«

HANSER

Aufbruch in die Zukunft



352 Seiten. Leinen. DM 34,–

Zu Beginn dieses Jahrhunderts erfaßt die Industrialisierung auch die entlegene nordschwedische Provinz Västerbotten. Für die dort noch in mittelalterlich anmutenden Verhältnissen lebenden Menschen bedeutet dies den völligen Bruch mit ihrer bisherigen Lebenssituation, aber sie nehmen den Kampf um soziale und politische Anerkennung auf. So wie die Tiere im Märchen von den Bremer Stadtmusikanten gemeinsam aufbrechen, weil sie sich sagen: Es gibt immer etwas Besseres als den Tod! – schließen sich die Arbeiter des kleinen Orts Bureå zusammen, um ihre Rechte durchzusetzen: das ist der Beginn dessen, was heute als ›schwedisches Modell‹ gefeiert wird.

Der Auszug der Musikanten in eine bessere Zukunft ist einer der bewegenden politischen Romane dieses Jahrhunderts.

Howard K. Smith Feind schreibt mit

Ein amerikanischer Korrespondent berichtet über Nazi-Deutschland
aus dem Amerikanischen
von Niels Kadritzke
ca. 300 Seiten · ca. DM 28

aus der Reihe

Howard K. Smith verfaßte das Buch 1942 – Berichte aus dem »Inneren von Nazi-Deutschland« waren damals sensationelle Ausnahmen. Dieses aufregend zu lesende Dokument sollte die Leser aufrütteln gegen die Nazi-Herrschaft über Europa, besonders die amerikanischen Leser; Amerika war gerade in den Krieg eingetreten, die propagandistische Absicht des Buches ist daher nicht unwesentlich. Der Bericht spielt vor allem in Berlin, und für den Autor ist dies Feindesland. Die Qualen, ja die Depressionen, die der Autor empfindet, sind in seinen Schilderungen ständig gegenwärtig. Die Zeit: Deutschland am Wendepunkt des Krieges. Immer deutlicher mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Nazi-Armeen im Osten keinem neuen Blitzkrieg, sondern ihrem langsamen Heldentod entgegenziehen.

Rotbuch

Rotbuch Verlag · Potsdamer Str. 98 · 1 Berlin 30

Charles C. Roberts
Die Gänse des Kapitals oder die Leere der fünf Weisen

> »Wir wissen, daß es auch anders kommen kann. Und in diesem Jahr spricht vielleicht vieles dafür, daß das, was tatsächlich geschieht, eher besser als schlechter sein wird als jene Entwicklung, die wir für am wahrscheinlichsten halten. Aber das ist zu ungewiß.«
> SVR/Jahresgutachten 1977. Ziff. 339

1. Bürgerliche Nationalökonomie als Orakel

Die Fähigkeit, in die Zukunft zu schauen, ist in den verschiedensten Lebensbereichen von größtem Vorteil; der Wirtschaftspolitik käme eine solche Fähigkeit ganz entschieden zugute. Unter den Einrichtungen, die sich auf ökonomischem Gebiet diese Fähigkeit zuschreiben, ragt der »Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung« (SVR) weit hervor. Dieses Gremium wurde im Jahre 1963 per Gesetz geschaffen; seine Mitglieder – es sind derer fünf – werden vom Bundespräsidenten berufen, wobei die Wahl fast immer auf einen Universitätsprofessor fällt. Der Gesetzgeber legt den Sachverständigen in besonderem Maße ans Herz, darüber nachzudenken, »wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können«. Anfang 1965 legte der Rat sein erstes Gutachten vor; wie der Zufall es wollte, erlebte die Bundesrepublik in jenem Jahr ihre erste Wirtschaftskrise: Es wäre allerdings gewagt, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Aufnahme der Gutachtertätigkeit und dem prompten Auftreten von Krisenerscheinungen konstruieren zu wollen. Wie dem auch sei, seitdem legt der Rat Jahr für Jahr – seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend – so um den Volkstrauertag herum ein voluminöses Gutachten vor, das neben einer ausführlichen Analyse der gegenwärtigen Situation auch eine ins Detail gehende Vorhersage über die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr enthält. Daran knüpft der Rat seine wirtschaftspolitischen Überlegungen, deren konservative Grundtendenz jedem wirtschaftspolitisch Interessierten bekannt ist. Dieses bunte Potpourri wird noch mit allerlei theoretischen Gedankensplittern angereichert, die trotz ihrer Bruchstückhaftigkeit die theoretische Grundlage der wirtschaftspolitischen Vorstellungen hervorgucken lassen: die bürgerliche Nationalökonomie. Kraft gesetzlichen Auftrags erhält so die akademische Nationalökonomie die Möglichkeit, bei der Gestaltung der Wirtschaftspo-

litik mitzuwirken; desgleichen bieten die Gutachten eine Gelegenheit, über die Universitäten hinaus eine breitere Öffentlichkeit mit dem Gedankengut der bürgerlichen ökonomischen Theorie vertraut zu machen. Angesichts der Bedeutung, welche die positivistisch geprägten bürgerlichen Sozialwissenschaften der Prognosefähigkeit als Kriterium für die Validität eines theoretischen Erklärungsansatzes beimessen, ist es kühn vom SVR, seinen Kritikern quantifizierte – und deshalb nachprüfbare – Vorhersagen an die Hand zu geben, denn der Nachweis, daß das Gremium in seinen Prognosen regelmäßig gewaltig und mit System danebenhaut, müßte das Vertrauen in die Stichhaltigkeit seiner theoretischen Grundlage und somit in die Brauchbarkeit seiner wirtschaftspolitischen Vorstellungen schwer erschüttern.
Der Nachweis ist leicht zu führen. Die Jahre seit der 1973er Ölkrise, also die Periode einer ausgesprochenen wirtschaftspolitischen Herausforderung, bieten sich für eine Überprüfung der prognostischen Fähigkeit an. Konfrontiert man die Vorhersagen über das Wachstum des Bruttosozialproduktes (preisbereinigt), die der SVR für die Jahre 1973–81 vorgelegt hat, mit der statistisch gemessenen Wirklichkeit, so stellt man fest, daß der Prognosefehler bei 50 Prozent liegt! Darüber hinaus weisen die SVR-Prognosen eine recht deutliche Tendenz auf, die Entwicklung viel zu optimistisch einzuschätzen: In sechs der neun untersuchten Jahre fiel das statistisch ermittelte Wachstum geringer als prognostiziert aus. Die Tendenz zur Überzeichnung der Entwicklung kommt jedoch nicht nur in der Überzahl der zu optimistischen Vorhersagen zum Ausdruck: In den sechs Jahren, in denen das Wachstum kleiner als vom SVR erwartet ausfiel, betrug der Prognosefehler im Durchschnitt 76 Prozent, während der relative Prognosefehler bei den drei Unterschätzungen bei 14 Prozent lag. Immer dann, wenn ein negatives Wachstum eintrat, d. h. in den Jahren 1975 und 1981, verhaute sich der Rat besonders dramatisch: 1975 ging die wirtschaftliche Tätigkeit, gemessen am preisbereinigten BSP, um 1,8 Prozent zurück; der Rat hatte im Herbst 1974 ein *positives* Wachstum in Höhe von 1,9 Prozent vorausgesagt. Daß er aus seinen Fehlprognosen nicht gelernt hat, zeigt sein prognostisches Versagen im Jahre 1981: Gegenüber einem im Herbst 1980 erwarteten positiven Wachstum von 0,7 Prozent trat 1981 eine Schrumpfung in Höhe von 0,3 Prozent ein.
Die Verschätzung des Wachstums in diesem Ausmaß und mit dieser optimistischen Verzerrung mußte schwerwiegende Fehlschätzungen der Arbeitsmarktentwicklung zur Folge haben. Bei den Vorhersagen über die Zahl der Erwerbstätigen liegt der relative Prognosefehler mit 60 Prozent noch höher; die Tendenz zur überzogenen, d. h. zu optimistischen Einschätzung der Entwicklung ist ebenfalls sehr ausgeprägt. Das Ausmaß der Verschätzung ist schlimm genug; die systematische Überschätzung ist noch schlimmer. Doch dürfte dies angesichts der Fehlschätzungen des BSP-Wachstums

nicht überraschen, setzen doch zutreffende Prognosen über die Arbeitsmarktentwicklung brauchbare Vorhersagen des Wachstums voraus. Solche ungenauen und überdies nach oben verzerrten Arbeitsmarktprognosen sind offenkundig keine gute Grundlage für wirtschaftspolitische Empfehlungen, in welchen ein hoher Beschäftigungsstand einen gleichberechtigten Platz innehat.

Sind die BSP- und Arbeitsmarktprognosen des SVR schlechterdings als unbrauchbar zu charakterisieren, so muß dem Gremium eine glücklichere Hand bei der Vorhersage der Preisentwicklung bescheinigt werden. Seine Prognosen für den im Inland wirksamen Preisauftrieb weisen einen vergleichsweise geringen relativen Fehler auf, obgleich auch hier eine Tendenz, die inflationären Kräfte zu unterschätzen, unverkennbar ist.

Die dem SVR vom Gesetzgeber gestellte Aufgabe erschöpft sich nicht in der Erstellung von Vorhersagen über die wirtschaftspolitischen Zielvariablen, also über das Wachstum, die Arbeitsmarktentwicklung und den Preisauftrieb. Der Rat ist auch aufgerufen, jene binnenwirtschaftlichen Entwicklungen zu analysieren, die für Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität eine ganz besondere Bedeutung haben. Das ökonomische Geschehen hängt in besonderem Maße von den Entscheidungen der privaten Haushalte hinsichtlich ihrer Einkommensverwendung, d. h. ihres Konsums oder Sparens, und von den Entscheidungen der Unternehmen hinsichtlich ihrer Investitionen ab. Die strategische Bedeutung der Einkommensverwendung der privaten Haushalte ergibt sich aus dem relativen Gewicht des privaten Verbrauchs, der ja über 50 Prozent des BSP ausmacht. Die unternehmerischen Investitionen in Ausrüstungen und Bauten haben zwar ein geringeres Gewicht (rund 20 Prozent), doch weist die Konjunkturtheorie den Investitionsentscheidungen der Unternehmer eine besondere Bedeutung für die kurzfristigen Wachstumsschwankungen zu. Gelingen die Vorhersagen für diese strategischen Größen nicht, so werden die BSP- und Beschäftigungsprognosen allenfalls durch Zufall – infolge kompensierender Fehler – ins Schwarze treffen, und selbst dann gingen von der Gesamtprognose die falschen Signale für das wirtschaftspolitische Handeln aus. Überdies müßte das Unvermögen, diese strategisch wichtigen Verhaltensgrößen zutreffend vorherzusagen, das Vertrauen in die theoretische Grundlage der Prognosen *und* der wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen schwer erschüttern.

Der SVR hebt die Bedeutung der Gewinnentwicklung für die unternehmerischen Investitionsentscheidungen hervor; vorhersagen kann er weder das eine noch das andere. Beim Versuch, die Entwicklung des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, wie das die Unternehmensgewinne als Hauptkomponente enthaltende Aggregat in der amtlichen Statistik heißt, zu ermitteln, verschätzt er sich ähnlich katastrophal wie beim BSP: Der relative Prognosefehler liegt bei 50 Prozent, die Tendenz zur Überschät-

zung ist sogar noch ausgeprägter als beim BSP. Aber seine Mutmaßungen über die preisbereinigten Anlageinvestitionen der Unternehmen (und des Staates – eine Trennung wird in der Prognose nicht vorgenommen) schießen den Vogel ab: Hier beläuft sich, bei noch stärkerer Überzeichnung, der relative Prognosefehler sogar auf 75 Prozent. In acht von neun Jahren überschätzte der Rat die Investitionen.

Richtige Vorhersagen des preisbereinigten privaten Verbrauchs wären ebenfalls von größtem Nutzen für die Wachstumsprognosen und insbesondere für die Herleitung der wirtschaftspolitischen Implikationen einer bestimmten konjunkturellen Konstellation. Um zu solchen richtigen Vorhersagen zu gelangen, muß der Prognostiker das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte, also das Einkommen, das den Privaten für Konsumausgaben zur Verfügung steht, schätzen. Nun beziehen die privaten Haushalte ihr Einkommen aus verschiedenen Quellen: Den größten Teil machen Löhne und Gehälter mit rund 50 Prozent aus, ferner gibt es übertragenes Einkommen (Renten, Arbeitslosenunterstützung, Kinder-, Wohngeld usw.), schließlich erhalten viele Haushalte Einkommen aus Vermögen (z. B. Sparzinsen, Dividenden usf.), und nicht ganz so viele beziehen Einkommen aus Unternehmertätigkeit (Unternehmer, Landwirte, Freiberufler). Alle diese Einkommensströme müssen geschätzt werden, um das für Konsumausgaben zur Verfügung stehende Einkommen zu veranschlagen. Sodann muß die Einkommensverwendung, also der tatsächlich für Konsum ausgegebene Teil dieses Einkommens, festgelegt werden. Denn das Konsumverhalten der privaten Haushalte hängt sehr von den Umständen ab und variiert mehr oder minder stark, je nachdem, wie sich die Arbeitsmarktlage, die Kreditbedingungen und die subjektive Dringlichkeit der Konsumbedürfnisse entwikkeln. Kennt man das Einkommen und die Einkommensverwendung, so hat man die globalen Konsumausgaben; um Rückschlüsse auf die Beschäftigungslage in den Konsumgüterindustrien zu gewinnen, braucht man eine Schätzung der preisbereinigten (oder realen) Konsumausgaben, was eine Veranschlagung des Preisauftriebs im Konsumgüterbereich erfordert. Am günstigsten wäre es für den Prognostiker, er würde alle Glieder dieser Kette zutreffend vorhersagen; die zweitbeste Vorgehensweise stellen sich gegenseitig aufhebende Schätzfehler dar (z. B. *Über*schätzung des verfügbaren Einkommens, aber *Unter*schätzung des Anteils der Konsumausgaben ergeben – wenn man Glück hat – eine richtige Schätzung des nominalen Konsums). Das schlimmste, was sich der Prognostiker leisten kann, sind sich kumulierende Schätzfehler (*Über*schätzung des verfügbaren Einkommens, *Über*schätzung der Konsumbereitschaft, *Unter*schätzung des Preisauftriebs): Auch bei eher kleinen relativen Prognosefehlern bei den einzelnen Komponenten ergibt sich bei sich kumulierenden Schätzfehlern am Ende eine recht beachtliche Fehlschätzung für den realen Verbrauch. Der Leser

wird es geahnt haben: Gerade dies – die sich kumulierenden Schätzfehler – leistet sich der SVR mit bemerkenswerter Häufigkeit, und zwar summieren sich seine Fehler meistens zu einer deutlichen Überzeichnung des Wachstums des realen privaten Verbrauchs.

Wie der SVR durch kumulative Schätzfehler seine Vorhersagen über die Entwicklung des preisbereinigten privaten Verbrauchs hochjubelt, läßt sich am Beispiel der Vorhersage für 1981 vorführen. Im Herbst 1980 sah er eine Zunahme des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in Höhe von 6 Prozent voraus; eingetreten ist eine Zunahme von 5,4 Prozent, was auf einen relativen Prognosefehler von 10 Prozent hinausläuft. Der Rat ging davon aus, daß im Jahre 1981 die Haushalte 86,6 Prozent ihres Einkommens für Konsumzwecke ausgeben würden; verkonsumiert haben sie – wie die amtliche Statistik im nachhinein ermittelte – tatsächlich nur 86,2 Prozent. Die zwei Prognosefehler ergeben eine Überzeichnung des nominalen Verbrauchs um ein Fünftel (geschätzte Entwicklung +5,8 Prozent, statistisch gemessene +4,8 Prozent). Aber schließlich wollte der Rat den realen Verbrauch auch quantifizieren. Er antizipierte eine Preissteigerungsrate von 3,9 Prozent und bezifferte somit den *Anstieg* des preisbereinigten Verbrauchs mit 1,9 Prozent. Inzwischen wissen wir aus der amtlichen Statistik, daß die Preise der Konsumgüter 1981 um 5,9 Prozent anstiegen: Der preisbereinigte Verbrauch *schrumpfte* um 1,1 Prozent, was ganz entscheidend zum Rückgang des BSP im Jahre 1981 beitrug.

Der Rat verschätzt sich zwar nicht jedes Jahr so kumulativ katastrophal wie 1981, doch ist sein Hang zur Überschätzung der Entwicklung beim preisbereinigten privaten Verbrauch recht ausgeprägt. Während der Periode 1973–1981 hat der Rat die Entwicklung sechsmal überzeichnet (1973–74, 1977, 1979–81), dreimal fiel die Entwicklung günstiger als die Prognose aus. Der relative Prognosefehler liegt insgesamt bei 60 Prozent! Das Überwiegen von zu optimistischen Prognosen macht nur einen Teil der festgestellten Verzerrung aus. Wie bei den BSP-Prognosen kommen auch hier Überschätzungen nicht nur häufiger vor, sondern weisen mit durchschnittlich 82 Prozent einen deutlich höheren relativen Prognosefehler auf als die viel seteneren Unterschätzungen, die einen verhältnismäßig geringen relativen Schätzfehler von 20 Prozent zu verzeichnen haben.

Bedenkt man die Bedeutung, die im stabilitätspolitischen Konzept des SVR der Lohnzurückhaltung zukommt, so müssen das Ausmaß und, mehr noch, die Art des beim privaten Verbrauch festgestellten Prognosefehlers sehr zu denken geben. Es ist nicht schwierig, die negative Wirkung niedriger Lohnzuwächse im Zahlenwerk der Prognose dadurch zu übertünchen, daß all jene Größen, von denen der reale Verbrauch abhängt, systematisch nach oben getrimmt werden. Des Prognostikers Aufgabe ist es indessen nicht, auszurechnen, welche Überschätzung der Konsumquote gerade noch aus-

reicht, um das Einkommensdefizit auszugleichen, das aus der empfohlenen Lohnzurückhaltung resultiert, auf daß der private Verbrauch im Zahlenwerk der Prognose die Konjunktur stütze. Vielmehr müßte es dem Prognostiker darum gehen, losgelöst von seinen Vorstellungen von der richtigen Wirtschaftspolitik das *Verhalten* der privaten Haushalte hinsichtlich ihrer Einkommensverwendung zutreffend vorherzusagen.
Der Rat verschätzt sich mit schöner Regelmäßigkeit nicht nur beim Konsum und bei den Investitionen; wer sich die Mühe macht, die SVR-Prognosen für die Teilaggregate des BSP einer Treffsicherheitsüberprüfung zu unterziehen, wird feststellen, daß sich der Rat bei *allen* Einkommensströmen und *allen* realwirtschaftlichen Größen beträchtliche Prognosefehler zu leisten pflegt, und zwar im Hinblick auf Ausmaß *und* systematische Verzerrung des Prognosefehlers.[1] Angesichts von Prognosefehlern bei den realwirtschaftlichen Variablen wie Investitionen, privatem Verbrauch, Erwerbstätigenzahl, BSP von 50 bis 75 Prozent bleibt kein Platz für einen Gelehrtenstreit über die eventuelle Verwendbarkeit der Prognosen als Grundlage der Wirtschaftspolitik; erschwerend – und blamierend für die Prognostiker – kommt der *systematische* Fehler hinzu: Kurzum, die vom SVR vorgelegten Prognosen sind für die Wirtschaftspolitik wertlos.

2. *Die theoretische Argumentation des SVR*

Quantifizierte Prognosen sind einer objektiven Wahrheitskontrolle weitaus zugänglicher als rein theoretische Argumente. Allerdings hat das prognostische Versagen des SVR Konsequenzen für die Beurteilung der theoretischen Begründung seiner wirtschaftspolitischen Empfehlungen. Im Grunde kann es für solche katstrophalen Fehlprognosen nur drei Erklärungen geben:
– Der Prognostiker ist (noch) nicht hinter die Gesetzmäßigkeiten der kurzfristigen wirtschaftlichen Schwankungen gekommen. Hieraus ergäbe sich die Konsequenz, erst einmal mit der Prognostiziererei zu pausieren, um intensiv über das Konjunkturphänomen nachzudenken.
– Der Prognostiker legt willentlich falsche und verzerrte Prognosen vor, die ihm dabei entstehenden Nachteile wie beispielsweise chronisch schleichenden Prestigeverlust billigend in Kauf nehmend, um ein bestimmtes Ziel – z. B. die Wirtschaftspolitik in eine bestimmte Richtung zu biegen – zu erreichen. Liegt dieser Tatbestand vor, so hat zwar der Prognostiker keine Konsequenzen zu ziehen, dafür aber sein Auftraggeber.
– Der Vollständigkeit halber ist als dritte Erklärungsmöglichkeit noch zu erwähnen, daß die abweichenden Prognosen darauf zurückzuführen sind, daß die kurzfristigen wirtschaftlichen Schwankungen keinen Gesetzmäßigkeiten unterliegen und deshalb nicht vorhersehbar sind (Konsequenz: sich

auf einen ehrlichen Beruf umschulen lassen). Prognosefehler, die eine zufällige Streuung aufweisen, lassen sich so erklären, nicht jedoch Prognosefehler, die eine starke systematische Verzerrung haben.
Kennern der wirtschaftlichen Szene sind die stabilitätspolitischen Vorstellungen des SVR sattsam bekannt: ihre zwei Säulen sind[2]
– mäßige Tarifabschlüsse, um auf nichtinflationärem Wege eine Lohnkostenentlastung herbeizuführen;
– Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sprich Reduzierung der Haushaltsdefizite.
Der Bezug zur Inflationsbekämpfung braucht kaum begründet zu werden: In dem Maße, wie die Lohnkosten niedriger ausfallen, wird der Druck auf die Preise von der Kostenseite abnehmen; wenn die Lohnkostenentlastung von einer Nachfrageschwächung auf den Konsumgütermärkten begleitet wird, etwa infolge mangelnder Kaufkraft der privaten Haushalte, kann dies die preisdämpfende Wirkung der Lohnkostenentlastung nur unterstützen. Der Staat kann auf seine Weise für eine Abschwächung der Nachfrage sorgen, indem er seine Ausgaben langsamer als seine Steuereinnahmen steigen läßt. Auf diese Weise konkurriert er weniger stark mit den privaten Nachfragern nach Konsum- und Produktionsgütern; außerdem hat der Abbau des Haushaltsdefizits zur Folge, daß die Kapitalmärkte vom Staat weniger beansprucht werden, so daß private Investitionen leichter finanziert werden können.
Der Bezug der Lohnkostenentlastung zur Beschäftigungsproblematik ist hingegen sehr umstritten. Der Rat argumentiert, daß in einer Marktwirtschaft Arbeitslosigkeit nur entsteht, wenn die Arbeitsentlohnung zu hoch ist. Für diese These führt der Rat gleich zwei Begründungen an:

»... Wer Güter kaufen will und dafür zu arbeiten bereit ist, muß einen Arbeitsplatz haben. Den findet er in einer arbeitsteiligen Wirtschaft aber nur dann, wenn er nicht mehr an Lohn verlangt, als anderen das Ergebnis seiner Arbeit wert ist. Ein mehr als nur zeitweiliges Überangebot am Arbeitsmarkt muß also mit einem zu hohen Lohn zu tun haben.« (SVR/Jahresgutachten 1977. Ziff. 297)

Hinzu komme, so der SVR, der Einfluß der Lohnkosten auf die Gewinne der Unternehmen. Sind die Gewinne niedrig, so werde wenig investiert; die Gewinnentwicklung lasse sich auf die Weise ins Lot bringen, daß die Arbeitskosten relativ – oder vielleicht sogar absolut – gesenkt werden: Es entstünden höhere Gewinne, was mehr Investitionen nach sich zöge, denn

»... die Löhne sind in der Gesamtwirtschaft der weitaus wichtigste Kostenfaktor. Was das Investitionskalkül auch immer belasten mag, es gibt jeweils ein Lohnniveau, bei dem keine Angebotsprobleme, die aus anderen Gründen bestehen mögen, so stark zu Buche schlagen, daß Vollbeschäftigung unmöglich würde.« (SVR/Jahresgutachten 1977. Ziff. 288)

Eine deutlichere Zusammenfassung der Mehrheitsposition im SVR als im nachstehenden Zitat könnte man sich kaum wünschen:

»Der Satz ›mehr Nachfrage schafft mehr Beschäftigung‹ ist in dieser Verengung sicher richtig, aber auch umkehrbar: ›mehr Beschäftigung schafft mehr Nachfrage‹. Angebot und Nachfrage haben ihren gemeinsamen Ursprung in dem Willen der Menschen, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse wirtschaftlich tätig zu werden. Die Arbeitsleistungen und Güter, die ein einzelner anbietet, und die Waren und Dienstleistungen, die er nachfragt, sind notwendigerweise verschieden in einer arbeitsteiligen Wirtschaft. Es ist aber keineswegs zwingend, daß die Nachfrage dem Angebot vorauslaufen muß. Eine nur am Wirtschaftskreislauf orientierte Betrachtungsweise mag diesen Schluß nahelegen, die dauerhaften Impulse für wirtschaftliche Tätigkeit müssen jedoch von der einzelwirtschaftlichen Basis ausgehen, von der unternehmerischen Nutzung rentabel erscheinender Produktionschancen. Dabei wird Arbeit nachgefragt, woraus Nachfrage nach Gütern entsteht. Im Zusammenspiel der Vielen schafft so das Angebot seine Nachfrage.« (SVR/Jahresgutachten 1977. Ziff. 26*)

Hier werden ohne Wenn und Aber angebotsorientierte Positionen bezogen: Nicht mehr Nachfrage, sondern eine Revision der Verteilungsrelationen sei die Voraussetzung für eine Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit. Kenner der Materie werden in der theoretischen Begründung die bürgerliche Ökonomie neoklassischer Prägung wiedererkennen. Der normale Mensch wird sich indessen herzlich wenig dafür interessieren, welcher Sekte der politischen Ökonomie der SVR in seiner Mehrheit zuzuordnen ist. Vielmehr müßte es ihm darum gehen, die Stichhaltigkeit der SVR-Vorstellungen sowie die Erfolgschancen der daraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Empfehlungen – auch im Hinblick auf die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung – abzuschätzen.

Was das Ausmaß der öffentlichen Haushalte bzw. Defizite betrifft, so scheint die SVR-Befürchtung, der Staat erschwere mit seiner Beanspruchung der inländischen Produktion private Investitionen, auf eine Wirtschaft gemünzt zu sein, in der die Produktionskapazitäten voll ausgelastet werden. Nehmen wir den Bausektor, in welchem die staatliche Nachfrage eine besonders große Rolle spielt. Sind alle vorhandenen Kapazitäten – also alle einschlägigen Maschinen, Fachkräfte usw. – im Einsatz, so können ohne Kapazitätserweiterung im Bausektor keine zusätzlichen Bauprojekte in Angriff genommen werden. Erst wenn irgendein Projekt beendet wird, d. h. erst wenn Produktionskapazitäten frei werden, können neue Projekte zum Zuge kommen. Wenn nun der Staat diese Kapazitäten an sich reißt, um beispielsweise Schulen, Sozialwohnungen, Kläranlagen oder Massenverkehrsmittel zu bauen oder bauen zu lassen, so wird er in der Tat unter solchen Umständen die Erstellung zusätzlicher Büro- oder Fabrikgebäude, Eigenheime, die Durchführung von Luxussanierungen usw. verhindern. Nur, die tatsächlich anzutreffenden Umstände sind derzeit ganz anders: Gerade in der Baubranche gibt es eine gravierende Unterbeschäftigung sowohl der Arbeitskräfte als auch der Produktionskapazitäten, was übrigens für die ganze Wirtschaft zutrifft. Die an den SVR gestellte Aufgabe lautet: Konzipiere eine Strategie zur Wiedergewinnung der normalen Auslastung der Produktionskapazitäten! In seiner Analyse der Rolle des Staates unter-

stellt der SVR die Vollauslastung und leitet aufgrund dieser Hypothese Verhaltensvorschriften für das staatliche Handeln ab, die der Wiedergewinnung des als vorhanden unterstellten Zustands dienen sollen.
Im Hinblick auf die vom SVR betonte Gefahr, daß der Staat zur Finanzierung seines Haushaltsdefizits die inländischen Kapitalmärkte so stark beansprucht, daß die private Wirtschaft geplante Investitionen nicht finanzieren kann, ist nur zu sagen: Der Rat verkennt schlicht und einfach, daß die Notenbank *immer* dafür sorgen kann, daß die Kapitalmärkte ergiebig genug sind, um den Bedarf sowohl der öffentlichen Hand als auch der privaten Wirtschaft zu decken. Versäumt sie, dies zu tun, dann nur, weil sie es vorzieht, andere Ziele wie beispielsweise die Inflationsbekämpfung zu verfolgen.
Aber das Kernstück der SVR-Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung ist die Lohnkostenentlastung, wodurch die Gewinnsituation sowie die unternehmerische Investitionsbereitschaft und -fähigkeit aufgemöbelt werden sollen. Der Rat setzt sich in die Lage eines einzelnen Produzenten und fragt sich dabei, ob er – der Produzent – einen Arbeitnehmer behalten oder einstellen würde, wenn dieser einen Lohn verlangt, der höher als sein Nettobeitrag zur Produktion liegt. Angesichts des Gewinnstrebens, das der kapitalistischen Produktion gemeinhin unterstellt wird, muß die Antwort hierauf lauten: im Prinzip nein. Nur: jeder, der einen Industriebetrieb von innen kennt und die bürgerliche Nationalökonomie nicht verinnerlicht hat, wird verdutzt zurückfragen, ob sich akademische Ökonomen ernsthaft vorstellen, daß sich der Beitrag des einzelnen Arbeitnehmers quantifizieren lasse, und daß in einem Betrieb Entscheidungen über die Verwendung der bereits Beschäftigten oder über Entlassung bzw. Neueinstellungen aufgrund eines solchen Kalküls gefällt werden.
Jeder Geschäftsmann oder Manager wird sich diebisch freuen über eine Kostenentlastung, die nur seinen Betrieb – und nicht die Konkurrenz – betrifft und keine Auswirkung auf die Nachfrage hat. Auf jeden Fall steht der einzelne Betrieb nach einer nur ihm zugute kommenden Kostenentlastung besser da. Der Geschäftsmann sieht die Gewinnentstehung vor allem unter Kostenaspekten: Die Gewinne ergeben sich aus dem Verkaufserlös abzüglich der Lohn- und Rohstoffkosten sowie den Abschreibungen – basta. Sinkt nun eine Kostenkomponente, und bleibt der Erlös unverändert, so *müssen* die Gewinne zunehmen. Dies ist zwar auf der Betriebsebene definitorisch richtig, aber *nicht* hinauf zur Ebene der Gesamtwirtschaft generalisierbar. Der Geschäftsmann hat keinen Anlaß, sich zu fragen, wie die Kapitalisten denn *als Gesamtheit* Gewinne erzielen sollen, indem sie Güter und Dienstleistungen an Arbeitnehmer verkaufen, die ihre Käufe mit den Löhnen und Gehältern bezahlen, die sie von den Kapitalisten erhalten haben. Der Geschäftsmann wird sich viel lieber den Kopf darüber zerbrechen, wie

in der konkreten Situation Gewinne zu erzielen sind, als sich mit solchen abstrakten Vexierfragen nach der Gewinnentstehung an sich herumzuärgern. Der Fachökonom aber, namentlich wenn er sich mit makroökonomischen Themen beschäftigt, sollte sich über die Gewinnentstehung im klaren sein. Des Rätsels Lösung ist, daß Löhne und Gehälter nicht nur an Arbeitnehmer, die in den für andere Arbeitnehmer produzierenden Konsumgüterindustrien beschäftigt sind, ausgezahlt werden, sondern auch die Arbeitnehmer, welche Investitionsgüter zur Erhaltung und Erweiterung der Produktionsanlagen produzieren, erhalten eine Entlohnung. Es sind ihre Konsumausgaben, die es den Konsumgüterherstellern ermöglichen, einen über ihren Ausgaben für Arbeitsleistungen liegenden Umsatz und somit Gewinne zu erzielen.[3] Wenn die unternehmerischen Investitionen abnehmen, so daß die Beschäftigung und das Einkommen der Arbeitnehmer im Investitionsgüterbereich zurückgehen, müssen offensichtlich die Gewinne in Mitleidenschaft gezogen werden, es sei denn, das Ausland erhöht seine Käufe oder der Staat springt durch eine defizitäre Erhöhung seiner Ausgaben in die Bresche oder – letzte verzweifelte Hoffnung der Unternehmer und der angebotsorientierten Prognostiker – die Arbeitnehmer steigern ihre Konsumausgaben stärker als ihre Einkommen, indem sie weniger Ersparnisse bilden.

Hier stehen wir einem Hauptproblem der Wirtschaftswissenschaften gegenüber. Auf der Betriebsebene erscheinen Investitionen dann attraktiv, wenn der Betrieb

– profitable Produktionsmöglichkeiten sieht, die zusätzliche Produktionskapazitäten erfordern,

– profitsteigernde Möglichkeiten der Kosteneinsparung sieht, die andere – also bessere, rationellere – Produktionsanlagen als die bisher benutzten erheischen.

Eine günstige Gewinnsituation erleichtert – allein von der Finanzierbarkeit her – die Entscheidung für die Durchführung von Investitionen. Im übrigen ist es offenkundig, daß Investitionen zur Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten von den Absatzerwartungen, also von Nachfrageüberlegungen, abhängen. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist der Zusammenhang zwischen Gewinnentstehung und unternehmerischen Investitionen eindeutig, auch was die Richtung der Ursächlichkeit betrifft: Es wird – gesamtwirtschaftlich betrachtet – nicht mehr investiert, weil die Gewinne zunehmen, sondern im Gegenteil, es werden größere Gewinne erwirtschaftet, weil mehr investiert wird.

Diese Zusammenhänge lassen sich anhand der Entwicklung im Jahre 1981 ausgezeichnet vorführen. Bereits im Vorjahr (1980) erlitten die abhängig Beschäftigten Kaufkraft-Einbußen: Obwohl das Bruttoeinkommen je Beschäftigtem um 6,7 Prozent zunahm, stieg das Nettoeinkommen mit 5 Prozent deutlich langsamer als der Preisindex für die Lebenshaltung (5,5 Pro-

zent). Für 1981 wurden Lohn- und Gehaltserhöhungen vereinbart, die eine Zunahme des Bruttoverdienstes je Beschäftigtem von 5,4 Prozent zur Folge hatten; das Nettoeinkommen je Beschäftigtem nahm um 4,5 Prozent zu, während die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorjahr um 5,9 Prozent höher lagen. Hier endlich eine Lohnkostenentlastung, ganz nach den Vorstellungen des SVR. Bei einem derart deutlichen Rückgang des *realen* Lohnniveaus müßte eigentlich eine Gewinnverbesserung unvermeidlich sein. Es kam jedoch anders: Die Unternehmen reagierten auf die Lohnkostenentlastung *nicht* mit größeren Investitionsausgaben. Vielmehr schränkten sie ihre Ausgaben für Anlageinvestitionen und Vorratshaltung, auch gemessen an den absoluten Beträgen (also nicht preisbereinigt), um 4,7 Prozent ein. Preisbereinigt betrug der Rückgang der unternehmerischen Investitionen im Jahr 1981 gegenüber 1980 gut 9 Prozent. Diese Einschränkung der Investitionstätigkeit hing mit der im Laufe des Jahres von seinem bereits niedrigen Niveau weiter absinkenden Kapazitätsauslastung zusammen, wobei der Rückgang des realen privaten Verbrauchs um 1 Prozent eine maßgebende Rolle spielte. Nach den Befragungen des Ifo-Instituts ging die Kapitalauslastung in der verarbeitenden Industrie vom ohnehin niedrigen Niveau von 82 Prozent im Durchschnitt des Jahres 1980 auf 79 Prozent 1981 zurück. Die Unternehmen ließen sich von der Lohnkostenentlastung nicht zu der vom SVR erwarteten Investitionstätigkeit hinreißen, sondern schränkten ihre Investitionsausgaben drastisch ein – ein Indiz, daß Absatzerwartungen, die sich bei schwindender Nachfrage naturgemäß ungünstig entwickeln, für die unternehmerischen Investitionsentscheidungen weit wichtiger sind, als der SVR wahrhaben will.

Der Nachfrageeinbruch im Jahre 1981 lag nicht am Ausland, das real 9 Prozent mehr westdeutsche Waren und Dienstleistungen kaufte, und er lag auch nicht am Staat, denn der konjunkturelle Impuls der öffentlichen Haushalte fiel 1981 höher als im Vorjahr aus – sehr zum Mißfallen des SVR. Die Investitionsschwäche bei den Unternehmen ist nicht auf Finanzierungsschwierigkeiten zurückzuführen: Nach den Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verbesserte sich die Ausstattung der Unternehmen mit Finanzierungsmitteln – bestehend aus nichtentnommenen Gewinnen, Abschreibungen und Vermögensübertragungen – um immerhin 2,5 Prozent, während die Investitionsausgaben – wie wir gesehen haben – drastisch zurückgingen.

Die westdeutsche Wirtschaft ist heuer ein gutes Stück weiter auf dem vom SVR empfohlenen Weg: Die Gewerkschaften ließen sich nach anfänglichem Getöse nun doch auf Lohnabschlüsse ein, die den Ausgleich für den inflationsbedingten realen Einkommensverlust nicht annähernd schaffen; und der Staat macht nun – ganz im Einklang mit den SVR-Vorstellungen – ernst mit der Verringerung seines Haushaltsdefizits. Von wo unter diesen Um-

ständen dauerhafte binnenwirtschaftliche Wachstumsimpulse herkommen sollen, bleibt das Geheimnis des SVR. Daß das Ausland die fehlenden binnenwirtschaftlichen Impulse durch seine Nachfrage nach westdeutschen Gütern und Dienstleistungen ersetzen wird; daß die Arbeitnehmerhaushalte auch angesichts der sich verschlechternden Arbeitsmarktlage eine größere Konsumfreudigkeit zeigen, das sind die fragilen Hoffnungen des SVR. Es bleibt die Investitionszulage, die sicherlich die Unternehmen dazu veranlassen wird, ihre Investitionsentscheidungen zu überdenken. Aber die Erfahrungen mit der öffentlichen Subventionierung der unternehmerischen Investitionen in den Jahren 1975/76 weisen auf eine deutliche Gefahr hin: daß die so angeregten Investitionen hauptsächlich der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen dienen, also eine eher bedenkliche Wirkung auf die Arbeitsmarktlage haben, und daß sie zum großen Teil auf einem Vorzieheffekt beruhen, also keine nachhaltigen Wachstumsimpulse geben.
Nach neun Jahren prognostischer Fehlschläge müßte sich die Beweislast für die Zuverlässigkeit der SVR-Vorhersagen als Grundlage der Wirtschaftspolitik wie auch für die Glaubwürdigkeit der theoretischen Grundlage seiner stabilitätspolitischen Vorstellungen von den Kritikern hin zum Gremium langsam zu verschieben beginnen. Und doch erleben wir trotz erwiesener prognostischer Unfähigkeit, trotz der – z. B. in England – empirisch erprobten Unbrauchbarkeit einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik ein Einschwenken seitens des Staates in der Finanzpolitik und der Gewerkschaften in der Tarifpolitik auf die SVR-Linie. Die Analysen und Empfehlungen des SVR sind ein Jahr für Jahr an die sozialwissenschaftliche Hochschulbildung gerichteter Vorwurf, in genau demselben Sinne, wie die *Bildzeitung* einen sich täglich wiederholenden Vorwurf an die allgemeine Schulbildung darstellt. Woher bezieht der SVR seine anscheinend nicht zu erschütternde Glaubwürdigkeit?

3. Bürgerliche Nationalökonomie und das Krisenphänomen – eine schnelle Rückblende

Historische Erfahrungen zeigen, daß Marktwirtschaften hochgradig krisenanfällig sind. Die Geschichte der Auseinandersetzung der akademischen Nationalökonomie mit dem Krisenphänomen ist äußerst lehrreich – auch im Hinblick auf die gegenwärtige wirtschaftspolitische Beratung durch den SVR. Im 19. Jahrhundert prägten ad-hoc-Erklärungsansätze das Bild: So wurden z. B. die periodischen Wachstumsfluktuationen auf regelmäßige Schwankungen im Ausmaß der Sonnenflecken zurückgeführt, die einen entscheidenden Einfluß auf das Ernteergebnis und somit auf die Wohlfeilheit von Lebensmitteln ausüben sollten. Zwischen 1885 und 1905 erschienen

Arbeiten, die geeignet waren, hier Abhilfe zu schaffen: Gemeint sind die posthum veröffentlichten Bände von Marxens *Kapital* und ein Werk von einem nicht ganz so bekannten englischen Schullehrer namens J. A. Hobson (der jedoch demjenigen bekannt sein wird, der sich mit der Leninschen Imperialismustheorie beschäftigt hat). Die Ignorierung, ja die Tabuisierung der marxistischen Theorie ist sattsam bekannt. Hobsons Historie ist weniger bekannt und kaum weniger interessant, wirft sie doch ein Schlaglicht auf die Fähigkeit der akademischen Sozialwissenschaften, neue Ideen aufzunehmen. Im Jahre 1889 veröffentlichte Hobson zusammen mit einem englischen Geschäftsmann (A. F. Mummery) eine Monographie, *Physiology of Industry*, in welcher das periodische Auftreten von Arbeitslosigkeit und schlechtem Geschäftsgang auf die Schwierigkeiten der Abstimmung zwischen den unternehmerischen Investitionsentscheidungen, von denen die Produktionsmöglichkeiten der Wirtschaft abhängen, und den Konsumentscheidungen der Lohn- sowie Gewinnempfänger, von denen die tatsächlich getätigte Produktion mit abhängt, zurückgeführt wird. Die Vorzüge dieses Ansatzes z. B. gegenüber der Sonnenfleckentheorie springen ins Auge; die Vorwegnahme wichtiger Aspekte der Keynesianischen Theorie fällt ebenfalls auf. Hobson beschreibt die Aufnahme seiner Theorie durch die akademische Nationalökonomie folgendermaßen:

»Der erste Schritt in meiner Karriere als ökonomischer Häretiker war meine Kollaboration mit A. F. Mummery bei der Ausarbeitung einer Theorie des Übersparens; die Arbeit erschien 1889. Ich hatte die durchschlagenden Konsequenzen dieses Schrittes nicht bedacht. Ich hatte gerade meine Stelle als Schullehrer aufgegeben und war im Begriff, eine Tätigkeit als Lektor für Ökonomie und Literatur in der von der Oxforder Universität betriebenen externen Erwachsenenbildung anzufangen. Der erste Schock kam, als der Londoner Ausschuß es mir verbot, Kurse über politische Ökonomie anzubieten. Ich erfuhr später, daß ich dies einem Professor der Wirtschaftswissenschaften verdankte, der unser Buch gelesen hatte und die Übersparensthese so vernünftig fand wie etwa den Versuch, den Beweis für die Plattheit der Erde zu führen. Wie – fragte er entrüstet – könnte es eine obere Grenze für die ökonomisch nützliche Sparmenge geben, wo doch jeder wisse, daß jeder gesparte Pfennig der Kapitalbildung oder aber dem Lohnfond, aus dem Löhne und Gehälter bestritten werden, zugute komme! Jeder orthodox denkende Ökonom müsse mit Entsetzen ein Argument zurückweisen, das die Quelle allen industriellen Fortschritts – das private Sparen – in Frage stellt.«[4]

Aber nicht nur Hobson, sondern auch die kapitalistische Weltwirtschaft sollte einen hohen Preis dafür zahlen, daß die bürgerliche Nationalökonomie nicht bereit oder fähig war, sich beizeiten mit dem Krisenphänomen ernsthaft zu beschäftigen. Im Jahre 1929, als die große Depression einsetzte und bald weltweite Dimensionen erreichte, stand die akademische Nationalökonomie ratlos da: Ihr grundlegendes Verständnis der wirtschaftlichen Abläufe, ihre jahrzehntelange Vernachlässigung all jener Themen wie z. B. des Krisenphänomens, die zur Begründung der Überlegenheit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ungeeignet sind, rächte sich jetzt. In seiner Untersuchung über die Rolle der akademischen Nationalökonomie in

Deutschland zwischen 1918 und 1933 kommt C.-D. Krohn zu dem Schluß, daß, abgesehen von den Sozialökonomen, von der akademischen Nationalökonomie keinerlei »nennenswerte und realistische Vorschläge zur Bewältigung der ökonomischen Nachkriegsprobleme und der Krise nach 1929« hervorgebracht wurden.[5] Dieses Versagen der akademischen Nationalökonomie vor der Herausforderung der großen Depression erfaßte außer Deutschland auch alle anderen kapitalistischen Länder. Allgemein herrscht die Vorstellung, daß Keynes mit seiner *Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* das kapitalistische System retten wollte. Aber dieses Werk erschien erst Anfang 1936, also sechs Jahre nach dem Ausbruch der großen Krise. Während dieser Zeit standen die Politiker mit der Aufgabe der Krisenbewältigung ziemlich allein. Lange, bevor Keynes' *Allgemeine Theorie* erschien, hatten praktische Politiker wie der britische Liberale Lloyd George oder der französische Republikaner André Tardieu erkannt, daß das sinkende Produktionsniveau, die verbreitete enorme Unterauslastung der Produktionsanlagen und die damit verbundene Massenarbeitslosigkeit etwas mit fehlender Nachfrage zu tun hatten. Sie plädierten dafür, daß der Staat seine Laissez-faire-Haltung zugunsten einer aktiven und verantwortungsvollen Wirtschaftspolitik aufgeben solle, und sie legten Pläne für öffentliche Arbeiten vor, welche Beschäftigung und Nachfrage schaffen sollten. Wie das an orthodoxen theoretischen Vorstellungen fixierte finanzielle Establishment sowie die überwiegenden Teile der akademischen Nationalökonomie reagierten, ist aufschlußreich. Der altehrwürdige britische *Treasury* hielt in einer schriftlichen Stellungnahme dem entgegen, daß die privaten Investitionen zwangsläufig abnehmen müßten, wenn der Staat seine Investition ausdehne, denn die für alle Investitionsausgaben zur Verfügung stehende Sparmenge sei doch eine konstante Größe: Investiere der eine mehr, so müsse der andere kürzer treten.

F. A. von Hayek, damals noch kein Nobelpreisträger, sondern nur eine junge Nachwuchshoffnung der österreichischen Schule, besuchte 1932 die Cambridger Universität, wo Keynes und sein Kreis über die Ursachen der Depression nachzudenken angefangen hatten. Hayek hielt einen Vortrag, in welchem er die These vertrat, überhöhte Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte seien für die anhaltende Depression verantwortlich. Auf die Frage eines Zuhörers, ob denn die Arbeitslosigkeit noch zunähme, wenn er am nächsten Tag z. B. einen Wintermantel kaufen würde, antwortete Hayek, ja, das treffe zu, wenngleich eine sehr lange mathematische Beweisführung erforderlich sei, um das klarzumachen.[6] Anekdoten? Sicher, aber gleichzeitig Belege für eine Geisteshaltung sowie für inhaltliche Positionen, die sich auch heute – 50 Jahre danach – wiederfinden, z. B. in den Gutachten des SVR.

4. Was beabsichtigt der SVR, indem er sich Jahr für Jahr katastrophal verschätzt?

Man kann ohne Bedenken davon ausgehen, daß der SVR die marktwirtschaftliche Ordnung bewahren will; wenn man die Mehrheitsvoten seiner Gutachten noch so sorgfältig liest, man findet kein antikapitalistisches Wort, keine kritischen Reflexionen über die innewohnenden Instabilitäten von Marktwirtschaften, keine Ausführungen über die Implikationen der Vermachtung der Märkte für den Inflationsprozeß, keine Infragestellung der per Gesetz festgelegten Harmonie der wirtschaftspolitischen Ziele. Man kann ebenso zuversichtlich annehmen, daß die Sachverständigen weder sich selbst noch die bürgerliche Nationalökonomie, die ihnen ihr theoretisches Rüstzeug liefert, blamieren wollen. Bedenkt man die Bedeutung, die der Positivismus der Prognosefähigkeit als Kriterium für die Gültigkeit eines Erklärungsansatzes beimißt, so müßten die alljährlichen Fehlschätzungen die theoretische Grundlage und somit die Glaubwürdigkeit der Analysen und der wirtschaftspolitischen Empfehlungen à la longue ziemlich erschüttern. Aber nichts dergleichen geschieht: Jahr für Jahr legt das Gremium ein Gutachten vor, in welchem die Zahlenangaben für das laufende Jahr die Vorhersage des vorangegangenen Jahres Lügen strafen. Jahr für Jahr wird die neue Prognose in den Medien wie ein Orakelspruch gefeiert. Am Anfang war es den Sachverständigen dabei wahrscheinlich ziemlich mulmig, aber als sie merkten, daß ihre Fehlprognosen zwar nicht unbemerkt, aber wenigstens unkommentiert durchgingen, faßten sie Vertrauen in das, was man Des-Kaisers-Kleid-Phänomen nennen kann (oder, um die Metapher *au jour* zu bringen, den Weißen-Kittel-Effekt: Schließlich vertraut sich ja der Kranke dem Arzt an, ohne zu fragen, wieviel Menschen in dessen Obhut bisher gestorben sind). Das Vertrauen der fünf Weisen in die kritiklose Aufnahme ihrer Elaborate war berechtigt: Lange Jahre hindurch machte sich kein Journalist, aber auch keine wirtschaftswissenschaftliche Einrichtung die Mühe, den Wahrheitsgehalt der SVR-Prognosen näher unter die Lupe zu nehmen. Erst recht nicht die fünf großen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, die noch am ehesten die wissenschaftliche Legitimation und den gesellschaftlichen Auftrag dazu hätten, legen sie doch in ihrer Gemeinschaftsdiagnose Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung vor, die im Hinblick auf Ausmaß der Fehler und systematische Verzerrung den SVR-Vorhersagen durchaus ebenbürtig sind. Ein unfähiger Prognostiker hackt dem anderen kein Auge aus!

Welchen Grund hat also ein Sachverständigengremium, sich jedes Jahr aufs neue bloßzustellen? Eine mögliche Erklärung ist Ignoranz: Der SVR ist schlicht und einfach nicht hinter die Bewegungsgesetze des kapitalistischen Systems gekommen. Dies würde zwar das Ausmaß und die Regelmäßigkeit

seiner Fehlprognosen erklären, nicht jedoch seinen Hang zur optimistischen Einschätzung der Entwicklung. Auch wenn die Nichterfassung wesentlicher Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Dynamik (oder Stagnamik) als Erklärung nicht ausgeschlossen werden kann, drängt sich eine alternative Erklärung auf. Der Rat predigt – wie wir gesehen haben – sehr dezidiert Lohnzurückhaltung und finanzpolitische Konsolidierung als Maßnahmen zur Überwindung der Inflation, der Unterbeschäftigung und der Wachstumsschwäche. Ihre Wirksamkeit gegen die Inflation ist unbestritten, aber ihre Erfolgschancen im Hinblick auf die Wachstumsankurbelung und die Arbeitsmarktentlastung sind sehr viel kontroverser. Nun wissen jeder Lehrer und alle Eltern, daß es im höchsten Maße unpädagogisch ist, vom Kind ein bestimmtes Verhalten zu verlangen, gleichzeitig aber dem Kind die unangenehmen Folgen des verlangten Verhaltens dramatisch vor Augen zu führen. Der Rat würde gegen dieses Gebot der allgemeinen Vernunft verstoßen, ließe er die wachstumsdrosselnde und arbeitsmarktbelastende Wirkung seiner Empfehlungen in seinen Prognosen ihren vollen Niederschlag finden. Die Prognosen wären zwar brauchbarer, aber die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Wirtschaftspolitik nach den Vorstellungen des SVR richten würde, nähme entschieden ab. Diese Hypothese ist durchaus imstande, sowohl das Ausmaß als auch die systematische Verzerrung festgestellter Prognosefehler zu erklären. Es handelt sich also – wenn diese Diagnose stimmt – um ein geschicktes Verhalten seitens des SVR: Seine Prognosen sollen dazu helfen, eine bestimmte Wirtschaftspolitik schmackhaft und politisch durchsetzbar bzw. durchhaltbar zu machen.

Was für eine Wirtschaftspolitik? Eine Politik, welche der Inflationsbekämpfung Priorität gibt, einen keiner sozialen Kontrolle unterworfenen, die Umwelt und die Arbeitsplätze gleichermaßen gefährdenden technischen Fortschritt sich austoben läßt, die Ansprüche der Arbeitnehmer auf Beschäftigung und soziale Sicherheit hintanstellt, den Vorrang der privatwirtschaftlichen Produktion, also der Produktion von beispielsweise Segelbooten, Pkws, Zweitwohnungen, Farbfernsehern etc., vor der Bereitstellung öffentlicher Güter – wie etwa sozialer Wohnungsbau, kleine Schulklassen, verstärkte Jugendsozialarbeit, Massenverkehrsmittel, Kläranlagen, Fernwärmenetze usw. – kritiklos akzeptiert, ja befürwortet.

Nun kann der Arbeitsmarkt freilich dadurch entlastet werden, daß mehr Segelboote, Luxuswohnungen und Farbfernseher produziert werden. Ob dies den vordringlichen Bedürfnissen der westdeutschen Gesellschaft entspricht, ist eine Frage; ob die angebotsorientierte Strategie des SVR beschäftigungspolitische Erfolgsaussichten hat, eine andere. Angesichts der schlechten beschäftigungspolitischen Erfahrungen mit angebotsorientierten Strategien und wegen der erwiesenen Unfähigkeit des SVR, aus seinem eigenen prognostischen Versagen zu lernen oder sich mit Kritik auseinander-

zusetzen, stellt sich die Frage, ob der SVR das Vollbeschäftigungsziel als voll gleichberechtigt ansieht. Bereits 1943 äußerte der in England lebende polnische Ökonom M. Kalecki die Befürchtung, auch wenn Arbeitslosigkeit mit keynesianischen Mitteln bekämpft werden könne, werde sie vom kapitalistischen System als Disziplinierungsmaßnahme gegen die Arbeitnehmerschaft und die Gewerkschaften gebraucht, und zwar zur Aufrechterhaltung der Vorrechte der Produktionsmittelbesitzer.[7] Der SVR wird den Verdacht, daß seine wirtschaftspolitischen Empfehlungen damit etwas zu tun hätten, entrüstet von sich weisen. Aber dennoch stimmt es, daß wir zur Zeit eine erneute Festigung der in den 50er Jahren erfolgten kapitalistischen Restauration erleben – eine Rerestauration, wenn man so will. Unstreitig hat die Arbeitslosigkeit etwas zu tun mit der Verschiebung in den Machtverhältnissen zuungunsten der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, die zur Zeit in vollem Gange ist. Und die Arbeitslosigkeit hat sehr viel zu tun mit einer Wirtschaftspolitik à la SVR, die auf den theoretischen Vorstellungen der bürgerlichen Ökonomie beruht. Daß sich die bürgerliche Nationalökonomie zu einem solchen Vorgehen hergibt, nimmt angesichts ihres bisherigen opportunistischen Lebenswandels nicht wunder. Daß aber angesichts ihrer Vergangenheit die Öffentlichkeit auf ihre Leermeinungen noch etwas gibt, das ist das eigentlich Erstaunliche.

Anmerkungen

1 Wem die Zeit zu einem solchen mühsamen Nachtarocken zu schade ist, der findet eine solche Überprüfung (für den Zeitraum 1973-79) bei: Charles C. Roberts, *Konjunkturprognosen und Wirtschaftspolitik: Eine kritische Betrachtung*, Köln 1981.

2 Die hier vorgebrachte Kritik richtet sich gegen die tonangebende Mehrheitsmeinung im SVR.

3 Gedankengang und Formulierung sind Joan Robinson, *Aspects of Development and Underdevelopment*, Cambridge 1979, S. 29 entnommen.

4 J. A. Hobson, *Confessions of an Economic Heretic*, zitiert nach J. M. Keynes, *The General Theory . . .*, New York 1936, S. 365 f.

5 D.-C. Krohn, *Wirtschaftstheorien als politische Interessen: Die akademische Nationalökonomie in Deutschland 1918-1933*, Frankfurt 1981, S. 11.

6 Joan Robinson, »The Second Crisis of Economic Theory«, in: *Collected Economic Papers*, Bd. 4, Oxford 1973.

7 M. Kalecki, »Politische Theorie der Vollbeschäftigung« in: B. S. Frey/W. Meißner, (Hg.), *Zwei Ansätze der politischen Ökonomie: Marxismus und ökonomische Theorie der Politik*, Frankfurt 1974 (erste Veröffentlichung in: *Political Quarterly* 1943).

Hurra
BRANDNEU,
HOCHAKTUELL!
COURAGE's
Adreßbuch
von
Australien
bis
Zülpich
COURAGE
Frauenverlags GmbH
Bleibtreustr. 48
1000 Berlin 12
ERSCHEINT IM OKTOBER
im Handel für 9,80 DM

Gernot Müller
Konflikt oder Kooperation?
Zum Verhältnis von Gewerkschaften und Bundesbank

1. Entstehung und Anzeichen eines Konfliktes zwischen Bundesbank und Gewerkschaften

Konjunkturpolitisch gilt die Zeit nach dem scharfen Beschäftigungsrückgang der Jahre 1974/75 zu Recht als ziemlich erfolglos. Hätte es nicht den vorübergehenden, relativ ausgeprägten Beschäftigungszuwachs in der Zeit von etwa 1978 bis Mitte 1980 gegeben, der in der Bundesrepublik allerdings auch nur geringen Einfluß auf die Zahl der registrierten Arbeitslosen hatte, so wäre ein noch kritischeres Urteil angebracht. Äußerst besorgniserregend ist vor allem die jüngste Entwicklung. Selbst nach gut zwei Jahren der Stagnation und Rezession ist in der Bundesrepublik noch keine Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit in Sicht, die stark genug wäre, ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Diese Entwicklung steht in deutlichem Gegensatz zu den Erfolgen der Konjunkturpolitik in den sechziger Jahren. In der Bundesrepublik z. B. konnte nicht nur die Krise von 1966/67 mit Hilfe des keynesianischen Instrumentariums relativ rasch und nachhaltig überwunden werden[1], auch die Länge der damaligen kaum unterbrochenen Prosperitätsphase bis ins Jahr 1973 hinein dürfte wesentlich auf eine expansiv ausgerichtete öffentliche Haushaltspolitik zurückzuführen sein. Als noch erfolgreicher können die konjunkturpolitischen Bemühungen der USA in der Nachkriegszeit bis zur Mitte der sechziger Jahre gelten.[2] Was der Keynesianismus jedoch nicht leisten konnte, war, den traditionellen Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität für längere Zeit zu lösen. Vor allem in den USA, deren Wirtschaft durch den Vietnam-Krieg zusätzlich belastet war, wurde eine sich beschleunigende Inflation bereits in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zu einem ernsten Problem, das wenig später fast alle westlichen Industrieländer erfaßte. Dieses insgesamt erhöhte Inflationsniveau in der westlichen Welt war eine erhebliche Hypothek für die Konjunkturpolitik der siebziger Jahre. Die Deutsche Bundesbank machte sich seit dem Sommer 1972 daran, diese Hypothek abzutragen, was ihr erleichtert wurde, als sich seit März 1973 durch die Freigabe der Wechselkurse ihr binnenwirtschaftlicher Interventionsspielraum, jetzt außenwirtschaftlich abgesichert, schlagartig erhöhte. Das Problem, die Preissteigerungen zurückzuführen, wurde dann nochmals verschärft, als, teilweise wohl in Reaktion auf die steigenden Preise für Industriegüter, aber auch aufgrund gestiegener Knapp-

heit und Marktmacht der Anbieter, die Rohstoffpreise, bekanntlich vor allem die Preise für Energierohstoffe, drastisch angehoben wurden. Denn die Verteilungskonflikte, in kapitalistischen Ländern verständlicherweise per se meist virulent, die sich in Inflation entladen hatten, wurden so erheblich vergrößert, einmal indem die rohstoffproduzierenden Länder über Preissteigerungen selbst Anspruch auf einen Teil des realen Sozialprodukts der rohstoffabhängigen Industriestaaten erhoben, zum andern dadurch, daß das im Innern dieser Länder zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern verteilbare Produkt kleiner wurde, zumindest wesentlich geringer wuchs. Die Bedeutung dieses Faktors läßt sich illustrieren an der Entwicklung des Verhältnisses der Exportpreise zu den Importpreisen, also der sogenannten »terms of trade«. Während sich diese Größe in der Bundesrepublik in den Jahren 1961-1972 jährlich durchschnittlich um 1,1 Prozent verbessert hatte, verschlechterten sich die terms of trade von 1973 bis 1981 jährlich um durchschnittlich 1,8 Prozent. Umgerechnet in Anteile am Sozialprodukt bedeutet letzteres immerhin, daß durchschnittlich rd. 0,5 Prozent des Sozialprodukts der Bundesrepublik ans Ausland abzutreten waren, also im Inland nicht zur Verteilung zur Verfügung standen.

Damit ist, wie ich meine, ein wesentlicher Hintergrund der konjunkturpolitischen Problematik der siebziger und achtziger Jahre beschrieben. So wesentlich er jedoch ist, er allein erklärt noch nicht, warum die Konjunkturpolitik zunächst hohe Arbeitslosigkeit nicht verhindern konnte und auch später wenig erfolgreich war. Der Monetarismus zumindest, die geldpolitische Schule, der sich die Notenbanken und auch die Deutsche Bundesbank zu Anfang der siebziger Jahre mehr und mehr zuwandten, propagierte, daß prinzipiell ein Übergang zu einem Wachstumspfad mit geringeren Preissteigerungen, ja sogar Preisstabilität möglich sei, ohne daß es zu Realeinkommens- und Beschäftigungsverlusten kommen müsse. Der zentrale Mechanismus für diesen Prozeß wurde darin gesehen (und wird es noch), das Geldmengenwachstum zurückzuführen und die seitens der Zentralbank geplante Rate des Geldmengenwachstums vorher anzukündigen. Über die Ankündigung der Geldmengenentwicklung, so meint der Monetarismus, müsse für alle Wirtschaftssubjekte erkennbar werden, welche mit einem stabilitätsgerechten Geldmengenziel kompatiblen Einkommensansprüche über Löhne und Güterpreise durchsetzbar seien und welche nicht. Dies ermögliche einen stabilen realen Wachstumspfad. Wer jedoch die geldpolitischen Grenzen nicht respektiere, sei für die in diesem Fall eintretenden Einkommens- und Beschäftigungsverluste verantwortlich. Nicht nur ist prinzipiell bestreitbar, daß auf der Basis von dezentralen privaten Entscheidungen eine apriori-Koordination von Wirtschaftsplänen hin auf ein erwünschtes makroökonomisches Durchschnittsziel erfolgen kann. Überdies erkannten gerade auch den Gewerkschaften nahestehende Autoren sogleich,

welch weitgehender, die gewerkschaftliche Tarifpolitik stark begrenzender neuer Gestaltungsanspruch hinter dieser Politik steckte.[3] Frühzeitig wurde damit vor absehbaren Konflikten gewarnt. Tatsächlich machten sich diese auch auf der politischen Ebene zwischen der Deutschen Bundesbank und den Gewerkschaften bemerkbar. Im Herbst 1973 forderte der DGB als Voraussetzung einer damals diskutierten Ausweitung des Bundesbankinstrumentariums nicht nur eine Einschränkung der Autonomie der Bundesbank, seit Oktober 1973 wurde auch die tatsächlich praktizierte Geldpolitik kritisiert.[4] Diese Kritik hielt bis Februar 1975 an.[5] Als die Bundesbank nach den ersten Anzeichen einer konjunkturellen Belebung seit Anfang 1979 erneut eine Phase restriktiver Geldpolitik einleitete, begann auch der DGB wieder, die Maßnahmen der Bundesbank kritisch zu kommentieren.[6] Nach vorangegangenen ähnlichen Verlautbarungen[7] forderte der DGB vor allem 1981 eine Kehrtwendung in der Geldpolitik und unterbreitete selbst konkrete Vorschläge für den geldpolitischen Kurs im Jahre 1982.[8]
Dieser gewerkschaftlichen Position setzte die Bundesbank jeweils entgegen, daß es aus ihrer Sicht keine Alternative zu einer Politik der Inflationsbekämpfung gebe, da durch die Inkaufnahme höherer Inflationsraten die Beschäftigung nicht dauerhaft hätte gesichert werden können.[9] Vor allem aber vertrat sie die Ansicht, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht eine zwangsläufige Folge der Stabilisierungsprozesse sei. Vielmehr stellt die Bundesbank fest: »Die Lohnentwicklung hat im Verlaufe des Jahres 1973 und Anfang 1974 auf die sich abzeichnende Auflockerung am Arbeitsmarkt nicht erkennbar reagiert.«[10] Grundsätzlich seien die Tarifvertragsparteien innerhalb einer gewissen Marge frei gewesen, so z. B. Anfang 1974, hohe oder weniger hohe Lohnsteigerungen zu vereinbaren und damit den Druck auf die Gewinnmargen und seine negative Wirkung auf Investitionen und Beschäftigung zu verstärken oder zu mildern. Die negativen Konsequenzen der getroffenen lohnpolitischen Entscheidungen[11] könnten also nicht Bundesregierung und Bundesbank angelastet werden, die deutlich erklärt hatten, daß sie 1974 die Stabilisierungspolitik fortsetzen würden, und überdies auch zum Ausdruck brachten, daß lohnpolitische Entscheidungen, die mit dieser Grundlinie nicht übereinstimmten, das Arbeitsplatzrisiko erhöhen würden.[12] In diesen Ausführungen der Bundesbank kommt die hier referierte stabilisierungspolitische Grundposition des Monetarismus deutlich zum Ausdruck, und es liegt auf der Hand, daß mit dieser lohnpolitischen Kritik der Bundesbank in erster Linie die Gewerkschaften als die fordernde Vertragspartei angesprochen sein sollen. Erst zu Beginn der Lohnrunde 1975 wurden, so konzidiert die Bundesbank, die notwendigen Konsequenzen gezogen.[13] Dennoch sieht sie auch im Frühjahr 1977 noch in der Lohnentwicklung der ersten Hälfte der siebziger Jahre einen wichtigen Ursachenkomplex für die damaligen Arbeitsmarktprobleme, hält die Korrektur der

Verteilungsrelationen zugunsten der Gewinne im Jahre 1976 als Basis für einen dauerhaften Aufschwung noch nicht für ausreichend und beurteilt schon die ersten Lohnabschlüsse des Jahres 1977 als der gesamtwirtschaftlichen Lage nicht angemessen.[14] Nach kurzer Unterbrechung kommentiert die Bundesbank dann die Lohnentwicklung der Jahre 1980 und 1981 wieder kritisch.[15] Obwohl die Realeinkommen der Arbeitnehmer bereits 1981 um rd. 1 Prozent sanken, bezeichnet die Bundesbank die Steigerungsrate der Nominallöhne angesichts der Importverteuerungen und steigender Sozialabgaben als zu hoch und führt die Personaleinsparungen in der Wirtschaft unmittelbar auf diesen Faktor zurück.[16] Gleichzeitig verteidigt die Bundesbank auch ihre »verhärtete« Geldpolitik des Jahres 1981 als aus außenwirtschaftlichen und stabilitätspolitischen Gründen unvermeidbar.[17]

Es sei betont, daß mit diesen Ausführungen in keiner Weise Partei ergriffen oder entschieden werden soll, welcher konjunkturpolitische Standpunkt, der der Gewerkschaften oder der der Bundesbank, in den angesprochenen Zeitphasen sinnvoller und damit vertretbarer war. Es geht lediglich darum festzustellen, daß in den siebziger und frühen achtziger Jahren häufig deutliche Auffassungsunterschiede zwischen den Gewerkschaften und der Bundesbank über den angemessenen geld- bzw. lohnpolitischen Kurs bestanden. Dem kann man hinzufügen, was sich ebenfalls leicht belegen ließe, daß zu diesen Diskrepanzen noch solche über das sinnvolle Ausmaß staatlicher Aktivität im Wirtschaftsablauf, insbesondere auch in konjunktureller Hinsicht, hinzukommen. Diese Auffassungsunterschiede und die gegenseitige Kritik zu konstatieren, ist dennoch von Bedeutung. Denn, so meine Vermutung, sie sind Ausdruck eines »Spiels«, besser Kampfes, um Preisstabilität und Beschäftigung, bei dem Gewerkschaften und Bundesbank durch ihre Kritik jeweils die andere Partei zu einem kooperativen Verhalten veranlassen möchten, ohne selbst wesentliche Konzessionen machen zu müssen, um so aus der eigenen Perspektive in eine möglichst günstige Lage bei diesem »Spiel« bzw. Kampf zu kommen. Das Problem dieses jeweiligen Verhaltens ist, so meine zweite Vermutung, daß sich keine Partei in diesem Kampf durchsetzt, vielmehr jede die andere zu einem konfliktorischen Verhalten drängt, und daß so beide Parteien in eine gesamtwirtschaftlich wenig befriedigende Situation gelangen; bei beidseitig kooperativem Verhalten gäbe es eine wesentlich bessere beschäftigungs- und preispolitische Situation, und die Stabilisierungsprozesse der siebziger und frühen achtziger Jahre hätten kürzer und friktionsloser ablaufen können.

Es stellt sich also die Frage, ob es aus dieser Situation einen Ausweg gibt. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher Ausweg nicht eben leicht zu finden ist. Denn haben nicht beide Parteien gute Gründe für ihr Verhalten?

2. Der Konflikt zwischen Gewerkschaften und Bundesbank in spieltheoretischer Form

Ausgangspunkt der weiteren Analyse ist, darin einem Vorschlag v. Weizsäckers folgend[18], die Annahme, daß Gewerkschaften und Bundesbank je zwei unterschiedliche wirtschaftspolitische Strategien verfolgen können. Diese seien, dem bereits benutzten Sprachgebrauch folgend, kooperativ bzw. konfliktorisch genannt. Leider muß man sogleich feststellen, daß diese beiden Begriffe für eine ökonomische Analyse zunächst wenig besagen, sie wären inhaltlich zu definieren. Dies fällt insofern schwer, als es zum einen keine zeitlos unangefochtene ökonomisch-wissenschaftliche Definition der Begriffe gibt, vor allem aber Gewerkschaften und Bundesbank nicht darin übereinstimmen dürften, welche Definition als allgemeinverbindlich anzusehen ist. Da es hier letztlich darauf ankommen soll zu prüfen, welche Chancen zukünftig für ein beidseitig kooperatives Verhalten bestehen, scheint mir ein sinnvoller Ausweg für das Problem der Definition der Begriffe kooperativ und konfliktorisch darin zu bestehen, diese Begriffe für jede Partei aus der wahrscheinlichen heutigen Sicht der anderen Partei zu definieren. Denn jede würde sich vermutlich nur dann kooperativ verhalten, wenn sich auch die andere Partei gemäß ihrer Einschätzung kooperativ verhielte.

Aus der Sicht der Gewerkschaften sollte die Geldpolitik grundsätzlich einen möglichst niedrigen realen Kapitalmarktzins anstreben, so daß eine Steigerung der privaten Investitionen und der Beschäftigung ohne eine Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne möglich ist, und die notwendige Kapitalaufnahme der öffentlichen Hand erleichtert wird.[19] Da bekannt ist, daß die Einkommensverteilung konjunkturell schwankt und praktisch unvermeidlich sich im Aufschwung zugunsten der Gewinne verändert, darf man wohl davon ausgehen, daß für den Fall eines Aufschwungs etwa die Einkommensposition des Jahres 1979, die auch der zu Anfang der siebziger Jahre herrschenden entsprach, akzeptiert würde. Für das Jahr 1982 wurde konkret ein Wachstum der Geldmenge von 8,5 Prozent gefordert.[20] Vermutlich würden die Gewerkschaften die Erfüllung dieser Forderungen als ein kooperatives Verhalten der Bundesbank betrachten. Als im wesentlichen konfliktorisch empfinden die Gewerkschaften dagegen die von der Bundesbank praktizierte Geldpolitik seit etwa Mitte 1980, als das Wachstum der Zentralbankgeldmenge sogar unter die für 1980 von der Bundesbank vorgesehene Untergrenze der Geldmengenentwicklung von 5 Prozent absackte. Mit besonderem Mißbehagen reagierten sie schließlich auf die Verschärfung und zeitliche Ausdehnung des restriktiven Kurses vom Februar 1981, dessen scharfe zusätzliche Zinssteigerungen als besondere Belastung für die Beschäftigung empfunden wurden.

Die Tarifautonomie achtend, gibt die Bundesbank grundsätzlich keine lohnpolitischen Empfehlungen in quantifizierbarer Form. Insofern ist nicht ganz eindeutig, welches lohnpolitische Verhalten der Gewerkschaften und Arbeitnehmer die Bundesbank als kooperativ bzw. konfliktorisch bezeichnen würde. Aus ihren wirtschaftspolitischen Kommentaren, in denen sie auch den Beitrag der Lohnpolitik für die konjunkturpolitischen Ziele analysiert und kommentiert, sowie aus ihren Zielsetzungen lassen sich aber in etwa lohnpolitische Kriterien bestimmen, anhand derer die Bundesbank eine bestimmte Lohnpolitik als ihre Politik unterstützend bzw. diese konterkarierend betrachtet.

Wichtigstes Ziel der Bundesbank, das sich aus § 3 des Bundesbankgesetzes ableitet, ist seit jeher die Bewahrung der Preisstabilität bzw. deren Wiedergewinnung, wenn Preisstabilität gemäß der Einschätzung der Bundesbank nicht gegeben ist. Grundsätzlich kann sie dieses Ziel zwar unabhängig von einer spezifischen Lohnpolitik verfolgen. Gemäß einer in der Wissenschaft fast allgemein vertretenen Auffassung, die auch die Bundesbank teilt, kann aber eine geldpolitische Preisstabilisierung in Konflikt zum Ziel der Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes geraten, wenn Geld- und Lohnpolitik nicht harmonieren. Da auch die Bundesbank es vorzieht, nicht in den Verdacht zu geraten, die Beschäftigung durch ihre Geldpolitik zu gefährden, favorisiert sie eine Lohnpolitik, die es ihr erlaubt, die Preisstabilität durch Beschränkung der nominalen Nachfrage zu sichern, ohne daß die Beschäftigung tangiert würde. Ein gegebenes Niveau der Beschäftigung aber ist nach Auffassung der Bundesbank prinzipiell dann gesichert, wenn die zu dieser Beschäftigung gehörende Profitquote der Unternehmen durch die Lohnpolitik nicht angegriffen wird. Grundsätzlich also harmoniert die Lohnpolitik mit der Geldpolitik, wenn die Lohnsteigerungen über den Produktivitätsfortschritt und die von der Bundesbank anvisierte unvermeidliche Preissteigerungsrate des Bruttosozialprodukts nicht hinausgehen. Allerdings dürfte diese Formel nach Meinung der Bundesbank zur Voraussetzung haben, daß die Beschäftigungslage bereits befriedigend ist bzw. sich auf dem Weg zu einer befriedigenden Situation befindet, also ein Wachstum des Sozialprodukts zumindest im Maße des Produktivitätswachstums stattfindet, die Leistungsbilanz ausgeglichen ist und die terms of trade, d. h. das Verhältnis der Export- und Importpreise, konstant sind. Sollten diese Voraussetzungen nicht gegeben sein, wie z. B. in den letzten Jahren, so hält die Bundesbank augenscheinlich Abstriche von der grundsätzlichen Formel für nötig. Das wird aus Kommentaren zur Lohnrunde 1981 deutlich. So schreibt sie im Juni 1981 angesichts von Lohnabschlüssen, deren Steigerungsrate sie einschließlich aller Nebenabsprachen auf 5 bis 5,5 Prozent schätzt: »Bei im Jahresergebnis stagnierendem realen Bruttosozialprodukt und gleichzeitig erhöhter Beanspruchung der heimischen Ressourcen durch

das Ausland laufen diese Lohnentscheidungen freilich auf spürbar mehr Einkommen an die Arbeitnehmer hinaus als vermutlich erwirtschaftet werden kann.«[21] Bisher sei kaum beachtet worden, daß der reale Verteilungsspielraum durch die Abwertung der DM seit September 1980 in Höhe von etwa 1 Prozent des Bruttosozialprodukts verringert worden ist.[22] Negative Folgen für die Erträge der Wirtschaft, für deren Invesititionstätigkeit und damit für die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven in der nächsten Zeit sowie für die Verminderung des Leistungsbilanzdefizits und die Beendigung der Abwertungstendenz der DM seien somit zu erwarten.[23]
Konzentriert man sich zunächst auf eine rein lohnpolitische Interpretation dieser Erklärung der Bundesbank, so ist zweierlei zu beachten. Zum einen erwähnt die Bundesbank den Produktivitätsfortschritt, der ja auch bei stagnierendem realen Sozialprodukt anfällt, als lohnpolitisches Kriterium nicht; statt dessen wird daran erinnert, daß das reale Bruttosozialprodukt stagniere. Anscheinend beruht dies auf der Vorstellung, daß in dieser Situation auch die Löhne real nicht steigen, vielmehr den unvermeidlichen Preissteigerungen angepaßt werden sollten, um Einbußen bei der Profitquote der Unternehmen zu vermeiden. Zum anderen macht die Bundesbank geltend, daß das reale Sozialprodukt in Höhe von etwa 1 Prozent durch die abwertungsbedingte Verschlechterung der terms of trade vorbelastet ist. Damit dürfte gemeint sein, daß zur Berechnung der unvermeidlichen Preissteigerungsrate nicht etwa die Rate des Verbraucherpreisanstiegs heranzuziehen ist. Denn in die Verbraucherpreisentwicklung, auf die Arbeitnehmer und Gewerkschaften aus naheliegenden Gründen ihr Augenmerk richten, geht auch die drastische Verteuerung der Importe ein, da steigende Importkosten überwälzt werden. Statt dessen meint die Bundesbank, daß die unvermeidliche Preissteigerungsrate des Bruttosozialprodukts für die Lohnerhöhungen zugrunde zu legen wäre, wenn sich die terms of trade verschlechtern. Denn der Preisindex des Bruttosozialprodukts ist ein Indikator allein der heimischen Inflation, da bei ihm aus der Entwicklung der Preise für Konsum-, Investitions- und Exportgüter die Steigerung der Importpreise wieder herausgerechnet wird. Diese Interpretation findet ihre Stütze darin, daß die Bundesbank immer wieder vor der Übertragung der aus dem Ausland in die Bundesrepublik hereingetragenen Inflation auf die »hausgemachte« Inflation warnt, daß die Berücksichtigung verschlechterter Austauschbedingungen mit dem Ausland wiederum die angestrebte Konstanz der funktionalen Einkommensverteilung sichert und daß schließlich auch die Bundesbank bei der Bemessung ihrer Geldmengenziele von der unvermeidlichen Preissteigerungsrate des Bruttosozialprodukts ausgeht, da sie nur bereit ist, die unvermeidliche heimische Inflation zu finanzieren. Angesichts des gegebenen, weitaus unbefriedigenderen Beschäftigungsstandes laufen diese Grundsätze der Bundesbank darauf hinaus, daß die Lohnpolitik in den nächsten Jahren

eine sinkende Lohnquote bei abnehmenden Preissteigerungsraten akzeptieren müßte, um aus der Sicht der Bundesbank kooperativ zu sein.
Nicht jede Abweichung der Lohnpolitik von den der Bundesbank eigenen lohnpolitischen Vorstellungen dürfte von ihr als konfliktorisch gewertet werden. Ohne Zweifel kommt dieses Attribut jedoch Lohnabschlüssen zu, die eine beschäftigungsneutrale Einkommensverteilung nur dann gewährleisten, wenn die Inflation akzeleriert. Das ist, wie referiert, z. B. dann der Fall, wenn eine »terms of trade«-bedingte Erhöhung der Preissteigerungsrate zum Anlaß genommen wird, auch das heimische Kostenniveau entsprechend schneller ansteigen zu lassen. Allgemein formuliert, dürfte die Bundesbank die Lohnpolitik dann für konfliktorisch halten, wenn sie von Preissteigerungen ausgeht, die deutlich über der von der Bundesbank anvisierten unvermeidlichen Preissteigerungsrate liegen.
Wenn nun definiert ist, wie kooperative und konfliktorische geld- und lohnpolitische Strategien nach Meinung der Gewerkschaften und der Bundesbank in etwa aussehen dürften, schließt sich die Frage an, wie die beiden Parteien diese Strategien jeweils bewerten. Eine solche Bewertung dürfte sich aber in beiden Fällen erst ergeben, wenn man sich die ökonomischen Konsequenzen der jeweiligen Strategie vor Augen geführt hat.
Die ökonomischen Folgen einer bestimmten Kombination von Geld- und Lohnpolitik zu bestimmen, heißt zunächst, die Wirkungen dieser Kombination von Wirtschaftspolitik auf das zentrale »magische« Dreieck der Konjunkturpolitik darzulegen. Für die gewerkschaftliche Bewertung aber wären die drei Kriterien Beschäftigungsstand, Preisentwicklung und Saldo der Leistungsbilanz eine zu geringe Basis für die Beurteilung einer bestimmten wirtschaftspolitischen Strategie. Vor allem die Frage der Einkommensverteilung hat für sie ein eigenständiges Gewicht. Daneben ist für die Gewerkschaften seit einiger Zeit mehr und mehr von Bedeutung, ob die staatlichen Instanzen in der Lage sind, das Wachstum gemäß qualitativen Kriterien zu fördern. Das ist z. Zt. insofern auch eine geldpolitische Frage, als eine entsprechende Finanzpolitik einen gewissen Verschuldungsspielraum erfordert, der, wie auch die Gewerkschaften erkennen, nur dann gegeben ist, wenn die Folgekosten der Verschuldung in Form der Zinslast begrenzt bleiben. Dieser Aspekt bleibt hier aber unberücksichtigt.
Auch bei der Analyse der ökonomischen Wirkungen von geld- und lohnpolitischen Entscheidungen steht man wieder vor dem Problem, daß es in der Wissenschaft wenig Einigkeit über die Wirkung bestimmter Maßnahmen gibt, vor allem aber Gewerkschaften und Bundesbank von unterschiedlichen Ablaufprozessen ausgehen dürften. Diese Differenzen, die, grob charakterisiert, in den Unterschieden zwischen den Aussagen der keynesianischen gegenüber denen der neoklassischen Schule bestehen, werden noch

vergrößert durch Unterschiede im Zeithorizont, der für das Wirksamwerden bestimmter Maßnahmen zugrunde gelegt werden kann. Während für die Gewerkschaften der jährliche Rhythmus der Lohnrunden die primäre zeitliche Begrenzung für Erfolg oder Nichterfolg einer bestimmten wirtschaftspolitischen, insbesondere lohnpolitischen Strategie darstellt, kann die Bundesbank – obwohl auch ihre Politik laufend auf dem Prüfstand der öffentlichen Kritik liegt – eher eine Politik des »langen Atems« verfolgen. Dementsprechend propagiert sie mittelfristige Strategien und wirbt für eine mittelfristige Perspektive bei der Beurteilung von Wirtschaftspolitik. Da die genannten Differenzen aber Einfluß auf die Frage haben dürften, welche Politikkombinationen wahrscheinlich sind, müssen die ökonomischen Wirkungen getrennt aus der Sicht der Gewerkschaften bzw. der Bundesbank dargestellt werden. Die denkbaren Erwartungen hinsichtlich der ökonomischen Resultate der vier möglichen Politikkombinationen sind in den beiden folgenden Übersichten zusammengestellt.

Übersicht 1: Sicht der Gewerkschaften (eher kurzfristig)

		Bundesbank	
	Strategien	kooperativ	konfliktorisch
Gewerkschaften	kooperativ	I. steigende Beschäftigung etwas weniger Inflation Leistungsbilanz verbessert geringe Lohnquote	II. sinkende Beschäftigung weniger Inflation Leistungsbilanz verbessert geringe Lohnquote
	konfliktorisch	III. steigende Beschäftigung mittlere Inflation Leistungsbilanz unverändert relativ hohe Lohnquote	IV. sinkende Beschäftigung etwas weniger Inflation Leistungsbilanz etwas verb. hohe Lohnquote

Übersicht 2: Sicht der Bundesbank (eher mittelfristig)

		Bundesbank	
	Strategien	kooperativ	konfliktorisch
Gewerkschaften	kooperativ	I. steigende Beschäftigung mittlere Inflation Leistungsbilanz verbessert mittlere Lohnquote	II. Beschäftigung unverändert Preisstabilität Leistungsbilanz stark verb. relativ hohe Lohnquote
	konfliktorisch	III. sinkende Beschäftigung hohe akzelerierende Inflation Leistungsbilanz verschlechtert mittlere Lohnquote	IV. stark sinkende Beschäftigung mittlere Inflation Leistungsbilanz unverändert relativ hohe Lohnquote

Die hier vorgenommene Zuordnung bestimmter ökonomischer Folgen zu den einzelnen Kombinationen von Politikstrategien (I–IV) mag nicht in jedem Fall selbstverständlich sein und sei deshalb z. T. erläutert.
Nach Ansicht der *Gewerkschaften*, für die, wie gesagt, die kurzfristigen Auswirkungen der Politikstrategien im Vordergrund stehen, hat ihre Lohnpolitik kaum Einfluß auf die Beschäftigung, da etwaige Rentabilitätseffekte in den Unternehmen durch eine steigende bzw. sinkende Kaufkraft der Arbeitnehmer kompensiert, ja diese kurzfristig sogar höher eingeschätzt werden als die Wirkungen der Löhne auf Investitionsbereitschaft und Arbeitskräftenachfrage. Der Geldpolitik dagegen kommt nach Ansicht der Gewerkschaften, vermittelt über das Zinsniveau, eine klare Verantwortung für die Höhe der Gesamtnachfrage und die Beschäftigungsentwicklung zu, zumal die Geldpolitik gerade in den letzten Jahren starken Einfluß auf die Möglichkeiten der Fiskalpolitik nimmt (vgl. I und III mit II und IV). Zwar wäre im Falle einer kooperativen Lohnpolitik die Inflation etwas geringer, doch würden die Verteilungsspielräume vor allem zur Steigerung der Gewinne genutzt. Das gilt vor allem, wenn auch die Geldpolitik kooperativ ist (I). In dieser Situation ist also zugleich mit einer aus Arbeitnehmersicht ungünstigen Einkommensverteilung zu rechnen.
Die *Bundesbank* dagegen sieht die Beschäftigungsentwicklung eher in Abhängigkeit von der Lohnpolitik, so daß diese Größe in ihrer Sicht je nach lohnpolitischer Strategie sehr unterschiedlich ausfällt. Allerdings geht wohl auch die Bundesbank davon aus, daß ihre Geldpolitik in der Kombination von konfliktorischen Strategien (IV) noch einen zusätzlichen restriktiven Effekt auf die Beschäftigung hat. Die Beschäftigungsentwicklung ist in Situation IV also noch schlechter als in Situation III. Ihre eigene Politik ist nach Meinung der Bundesbank neben der Lohnpolitik vor allem für die Preisentwicklung von Bedeutung, die in Situation I und II deshalb deutlich unterschiedlich ausfällt. Dabei ist sie sogar der Ansicht, daß sie durch eine restriktive Geldpolitik die Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer verbessern kann, selbst wenn die Gewerkschaften eine kooperative Lohnpolitik betreiben (vgl. I und III mit II und IV).
Anschließend stellt sich die Frage, wie Gewerkschaften und Bundesbank die in den Übersichten 1 und 2 festgehaltenen Ergebnisse bewerten. Die vermutete Bewertung findet sich in Übersicht 3. Dabei bezeichnet die erste Zahl die Bewertung durch die Gewerkschaften, die zweite die seitens der Bundesbank, wobei eine Bewertungsskala unterstellt wurde, die von 0 bis 12 reicht.

Übersicht 3: Bewertung

Gewerkschaften		Bundesbank: kooperativ			konfliktorisch		
kooperativ	I	8	8	II	0	10 zeitweise 12
konfliktorisch	III	12	0	IV	2	2

Bei dieser Bewertung wurde, wie üblich[24], davon ausgegangen, daß es den Gewerkschaften vor allem auf eine hohe Beschäftigung und eine hohe Lohnquote ankommt, die Bundesbank dagegen die Preisstabilität und eine starke Leistungsbilanz vergleichsweise höher bewertet. Aus dieser Bewertung ergibt sich folgendes Resultat: Beide Parteien bevorzugen sowohl bei kooperativem wie bei konfliktorischem Verhalten der anderen Partei selbst ein konfliktorisches Verhalten; folglich ergibt sich, obwohl bzw. da sich beide Parteien rational verhalten, daß sich beide konfliktorisch verhalten, also die Situation IV.[25] Zwar bewerten die Gewerkschaften wie die Bundesbank diese Situation nicht besonders hoch, denn für die Gewerkschaften ist sehr unbefriedigend, daß die Beschäftigung sinkt, und die Bundesbank sieht in dieser typischen Stagflationssituation immer noch die Preisstabilität gefährdet sowie eine mangelnde Verbesserung der Leistungsbilanz. Dennoch ist diese Situation beidseitig konfliktorischen Verhaltens für beide Parteien angenehmer als die Situation, sich selbst kooperativ zu verhalten, wenn die Gefahr besteht, daß sich der andere konfliktorisch verhält. So haben die Gewerkschaften in Situation IV im Vergleich zu Situation II wenigstens die Einkommensansprüche der beschäftigten Arbeitnehmer gesichert, ein relativer Erfolg gegenüber der Situation, daß trotz geringer Lohnquote aufgrund der konfliktorischen Politik der Bundesbank die Beschäftigung sinkt (II). Die Bundesbank zieht es ihrerseits vor, im Falle einer konfliktorischen Lohnpolitik die Inflation unter Kontrolle zu halten, statt die befürchteten akzelerierenden Preissteigerungen zuzulassen, obwohl der Druck auf die Beschäftigung weniger stark ist, wenn sie sich selbst kooperativ verhält (III). Dennoch gibt es, vom gesamtwirtschaftlichen Standpunkt aus, eine gegenüber Situation IV weitaus überlegene, die Situation I. Spieltheoretisch formuliert, befinden sich Gewerkschaften und Bundesbank also in einem sogenannten Gefangenen-Dilemma.[26] Das (große) Problem ist, daß diese Situation I nur erreicht werden kann, wenn und solange sichergestellt ist, daß sich beide Parteien *gleichzeitig* kooperativ verhalten. Diese Situation ist insofern immer wieder gefährdet, als sowohl die Gewerkschaften wie die Bundesbank das kooperative Verhalten des anderen dazu nutzen, durch eigenes konfliktorisches Verhalten die Situation für sich selbst zu verbessern. So wird auch die eingangs vorgestellte gegenseitige Kritik der beiden Parteien

verständlich. Sie ist der Versuch, entweder den anderen zu kooperativem Verhalten zu bewegen oder aber den anderen davor zu warnen, zu konfliktorischem Verhalten überzugehen, wenn trotz aller Schwierigkeiten die Situation I erreicht war.

Tatsächlich hat es in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder die Situation gegeben, daß sich Gewerkschaften und Bundesbank gleichzeitig kooperativ verhalten haben. Anders ließen sich die relativ langen Perioden der Prosperität und die Tatsache, daß es immer wieder zu Konjunkturaufschwüngen gekommen ist, kaum erklären.[27] Denn leider hat sich nicht nur die Situation I als instabil erwiesen, auch die konfliktäre Situation IV hat sich zumindest zeitweise immer wieder aufgelöst. Der Grund dafür ist, daß Situation IV durch eine sinkende Beschäftigung gekennzeichnet ist. Das zwingt die Gewerkschaften im Laufe der Zeit, wegen des Drucks der Arbeitsmarktsituation und zunehmenden Widerstands der Arbeitgeberseite zu einer kooperativen Lohnpolitik überzugehen.[28] Dies nutzt die Bundesbank, um zur Situation III zu gelangen und ihre Politik der Preisstabilisierung fortzusetzen. Zeitweilig, nämlich solange sie auf ein verbreitetes öffentliches Verständnis für diese Politik trifft, befindet sich die Bundesbank dabei in der denkbar günstigsten Lage. Bald jedoch kann auch sie es nicht mehr als optimal betrachten, selbst bei kooperativer Politik der Gewerkschaften einen Anstieg der Beschäftigung zu verhindern. Ihre Bewertung ist deshalb nicht mehr sehr weit entfernt von der, die sie für die Situation bei beidseitig kooperativem Verhalten (I) hat. Obwohl für die Bundesbank die Situation III im Prinzip stabil ist, geht auch sie aus übergeordneten Interessen schließlich zu kooperativem Verhalten über, ein Sprung, der von ihren Präferenzen her gesehen zu verkraften ist, zumal die Arbeitsmarktsituation ihr verspricht, daß das kooperative Verhalten der Gewerkschaften anhält. Damit ist ein Konjunkturaufschwung möglich, der im Zeitablauf die Gewerkschaften aufgrund einer verbesserten Arbeitsmarktsituation und wegen einer unbefriedigenden Entwicklung der Preise und der Einkommensverteilung veranlaßt, sich aus der Sicht der Bundesbank wieder konfliktorisch zu verhalten. Damit fällt das System über Situation III bald wieder in Situation IV zurück. Durch Auflösung des ursprünglich starren Strategie- und Bewertungsschemas lassen sich so Konjunkturzyklen erklären.

Für das klassische Ablaufmuster aber boten, wie eingangs dargelegt, die hohen Inflationsraten der ersten siebziger Jahre sowie zunehmend engere Verteilungsspielräume während der siebziger und frühen achtziger Jahre schlechte Voraussetzungen. Wesentlich länger als sonst verblieb die Konjunkturpolitik in den Situationen IV und II gefangen, so daß die Beschäftigung meist rückläufig war. Hinzu kam, daß die beschäftigungssteigernde Situation III praktisch ausfiel. Nachdem es nämlich 1978/79 zu einem Kon-

junkturaufschwung gekommen war, befürchtete die Bundesbank wegen der erneuten, »terms of trade«-bedingten Zunahme der Preissteigerungen sogleich ein Abgleiten in eine akzelerierende Inflation. Von der Situation I fiel die Konjunkturpolitik sogleich wieder in Situation IV zurück.
Unter dem Druck der Arbeitsmarktsituation hat sich die Lage in den meisten westlichen Industrieländern zur Situation II gewandelt. Die entscheidende Frage ist jetzt, ob es in den USA gelingt, die Inflation und die Defizite der öffentlichen Haushalte auf das gewünschte Maß zu reduzieren. Obwohl mir also, wenn auch nicht unmittelbar, so doch grundsätzlich, die Chance für vermehrtes Wachstum und steigende Beschäftigung gegeben scheint, stellt sich die Frage, wie die Konjunkturpolitik die konfliktorische Situation IV zukünftig möglichst vermeidet oder zumindest relativ schnell zur kooperativen Situation I findet.

3. Auswege in Sicht?

Der hier vorgetragene Gedanke, daß es für eine effiziente Konjunkturpolitik unabdingbar ist, eine kooperative Lösung zwischen den beteiligten Gruppen zu finden, ist keineswegs neu. Er ist der Hintergrund all der Bemühungen, über »Konzertierte Aktionen« zu einer widerspruchsfreien Abstimmung der Ansprüche und Verhaltensweisen zu kommen. Manchen scheint es nur eines kleinen Schrittes und eines wenige Seiten umfassenden Entwurfs zu bedürfen, »daß das kontraproduktive Gegeneinander aufhört«, indem die konfligierenden Parteien »den Konsens erneuern«.[29] Die Erfahrungen mit konzertierten Aktionen wie auch apriori-Überlegungen[30] zeigen nun aber, daß es in der Praxis sehr schwierig ist, durch abgestimmtes kooperatives Verhalten den gesamtwirtschaftlich höher zu bewertenden Zustand herzustellen und stabil zu erhalten. Weizsäcker hat daraus den Schluß gezogen, nicht die selbst bei gutem Willen der Beteiligten wenig wahrscheinliche kooperative Lösung anzustreben, sondern die Spielregeln insgesamt so zu ändern, daß ein nach seiner Meinung befriedigenderes Ergebnis als die konfliktorische Lösung herauskommt.[31] Er möchte die Situation für die Gewerkschaften über das Angebot des Monetarismus hinaus dadurch verbessern, daß die Wirtschaftspolitik nicht nur ein bestimmtes Geldmengenwachstum (Monetarismus), sondern ein bestimmtes Wachstum des gesamten nominalen Sozialprodukts garantiert, wozu es auch der Fiskalpolitik bedarf. Es wäre dann Sache der Marktkräfte und der gewerkschaftlichen Tarifpolitik, für eine möglichst hohe reale Nutzung des nominalen Rahmens zu sorgen. Dabei ist, so Weizsäcker, der reale Spielraum und der Beschäftigungsstand desto höher, je zurückhaltender die Lohnpolitik ist. Herrscht andererseits Vollbeschäftigung, so steht es den Gewerkschaften frei, den

nominalen Spielraum für den Verteilungskampf zu nutzen, »der natürlich weitergehen soll und muß«.[32]

Dieser Vorschlag verdient es, auch von gewerkschaftlicher Seite vorbehaltlos geprüft zu werden, denn er bietet den Gewerkschaften zwei deutliche Vorteile im Vergleich mit der gegebenen Situation. Zum einen bestünde in diesem wirtschaftspolitischen Modell nicht mehr die Gefahr, daß die Gewerkschaften in ein Gefangenendilemma geraten. Denn der Staat (einschließlich Bundesbank) hat nicht mehr die Möglichkeit, sich konfliktorisch zu verhalten, sondern muß der prädeterminierten Regel gehorchen. Damit verknüpft ist der zweite Vorteil: In Zeiten der Unterbeschäftigung und der Unterauslastung der Kapazitäten, dann also, wenn aufgrund des unternehmerischen Interesses an höherer Auslastung die Preiserhöhungsspielräume eng begrenzt sind, garantiert der Staat durch die Vorgabe des nominalen Sozialprodukts bei zurückhaltender Lohnpolitik praktisch automatisch hohes reales Wachstum und die entsprechenden Beschäftigungswirkungen. Das ist für die Gewerkschaften insofern von großer Bedeutung, als die Situation, die z. B. in der Bundesrepublik im Frühjahr 1983 droht, vermieden wird, daß nämlich trotz zurückhaltender Lohnpolitik die von den Unternehmern, der Bundesbank und allen neoklassisch denkenden Ökonomen vorhergesagte steigende Beschäftigung bis zur nächsten Lohnrunde nicht eintritt. Gerade dieser Umstand, daß die Beschäftigungswirkung einer zurückhaltenden Lohnpolitik so unsicher ist, veranlaßt die gewerkschaftliche Tarifpolitik ja, auf die Einkommens- und Kreislaufwirkung hoher Lohnabschlüsse zu setzen, was in mittel- und längerfristiger Sicht insofern problematisch ist, als man versucht, zusätzliche Nachfrage über vermehrte Kosten für die Unternehmen zu schaffen. Darüber hinaus zerstreut v. Weizsäcker etwaige Bedenken, daß die Rate des nominalen Wachstums zu eng bemessen sein könnte. Er plädiert für eine Rate, die deutlich über der langfristigen realen Rate liegt, damit Raum für konjunkturell auslastungssteigernde, höhere reale Wachstumsraten bleibt, der bei Vollauslastung dann allerdings Spielraum für Preissteigerungen bietet. Da die Inflation jedoch begrenzt bleibt, hätten die Gewerkschaften dagegen sicher nichts einzuwenden.

Dennoch bleiben Bedenken. Der Vorschlag v. Weizsäckers schiebt nach der Fixierung des nominalen Wachstums die Verantwortung für Vollbeschäftigung ganz explizit allein auf die Tarifpolitik. Der Staat, der diese Verantwortung einst übernehmen wollte, wäre von ihr entlastet, eine recht radikale Umkehr der Standpunkte also. Dies allein wäre angesichts der faktischen Situation, daß der Staat dieser Verantwortung seit langem nicht mehr gerecht wird, vielleicht zu verkraften. Es kommt jedoch das Problem hinzu, daß, abgesehen von der Situation deutlicher Unterauslastung der Kapazitäten, in der die Preiserhöhungsspielräume tatsächlich eng begrenzt sind, sich die Gewerkschaften voll und ganz auf die »Marktkräfte«, d. h. das Unter-

nehmertum, verlassen müssen, darauf, wie sie den Weg zur Vollbeschäftigung gestalten. Letztlich heißt das: es bleibt den Unternehmern überlassen, welche Lohnquote und welche Profitrate sie mit Vollbeschäftigung für vereinbar halten. Zwar befinden sich die Gewerkschaften bei der gegebenen Ausgestaltung unserer Wirtschaftsordnung grundsätzlich – auch gegenwärtig – in dieser Situation. Der Vorschlag v. Weizsäckers stellt insofern keinen Rückschritt dar. Aber genügt es, was die reale Wirksamkeit der Marktkräfte anbelangt, sich auf den Wettbewerb zwischen den Unternehmen zu verlassen? Das heißt, müßte der Vorschlag nicht noch erweitert werden, etwa um eine Absicherung der Einkommensverteilung durch konsensfähige Formen der Vermögensbildung für Arbeitnehmer und/oder durch einen Ausbau der Unternehmensmitbestimmung? Schließlich stößt man auf das Bedenken, ob es denn dem Staat (einschl. Bundesbank) überhaupt möglich ist, ein relativ hohes konstantes Wachstum des nominalen Sozialprodukts zu gewährleisten. Immerhin gelingt es dem Staat in der Bundesrepublik in letzter Zeit trotz einer zuletzt kooperativen Lohnpolitik nicht einmal, seine eigenen Ausgaben gemäß dem nominalen Wachstumspotential zu steigern, geschweige denn fehlende private Nachfrage zu ersetzen.

Es ist hier nicht Raum und Gelegenheit, die Grundsatzdebatte um Stabilität oder Instabilität des privaten Sektors zu führen.[33] Aber es sei angemerkt, daß nicht nur Monetaristen, wie v. Weizsäcker meint, sondern auch geläuterte Keynesianer skeptisch sind, ob es dem Staat gelingen kann, eine vorgegebene nominale Wachstumsrate des Sozialprodukts zu gewährleisten. Immerhin, so ist mein Eindruck, müßten dafür Instabilitäten in engeren Grenzen gehalten werden als in den siebziger Jahren und zur Zeit. Und diese Begrenzung der Instabilitäten setzt dann das voraus, was v. Weizsäcker als Problem ausklammern wollte, nämlich den Übergang zu einer kooperativen Konjunkturpolitik seitens aller Beteiligten.

Abschließend möchte ich deshalb doch noch einige Überlegungen vortragen, wie man zu einer stärker konsensuellen Wirtschaftspolitik gelangen könnte.

Zunächst stellen sich hier Fragen nach der institutionellen Form einer Etablierung kooperativer Konjunkturpolitik. Bekanntlich ist die »Konzertierte Aktion« in der Bundesrepublik gescheitert. Das braucht nicht bedauert zu werden, soweit es die Abstimmung zwischen gewerkschaftlicher Tarifpolitik und Geldpolitik betrifft, denn es besteht die Möglichkeit zu bilateralen Kontakten, die zwischen der Bundesbank und den Gewerkschaften u. U. zu intensivieren wären. Dabei kann es unter keinen Umständen darum gehen, in irgendeiner Form konkrete Zahlen der Lohnentwicklung auszuhandeln und zu veröffentlichen. Denn eine autonome gewerkschaftliche Tarifpolitik hat zur Gundvoraussetzung, daß die gewerkschaftliche Forderung einen Verhandlungsspielraum enthält. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik wäre

weitgehend blockiert, wenn man sich frühzeitig über denkbare kooperative Abschlüsse unterhielte. Anders verhält es sich mit der Bekanntgabe etwaiger Vereinbarungen zum Geldmengenwachstum, die als Orientierungshilfe für die Wirtschaftssubjekte dienlich sein kann. Allerdings dürfte sich in diesem Bereich die Bundesbank das letzte Wort vorbehalten, schon um ihren autonomen Status zu unterstreichen. Gespräche zwischen den Gewerkschaften und der Bundesbank dürften deshalb eher den Zweck haben, sich über Grundsätze der Tarif- und Geldpolitik zu verständigen. Welche Fragen stehen an?

Ein Problem, das die Konjunkturpolitik in den siebziger Jahren stark belastet hat, war die Art, wie die Ölpreisschübe, allgemeiner die durch die zeitweilig sprunghafte Verschlechterung der »terms of trade«-bedingten importierten Preissteigerungen im Inland stabilitätspolitisch verarbeitet wurden. Das Problem dieser Preissteigerungen, welches auch für die Zukunft virulent bleibt, sieht die Bundesbank darin, daß von ihnen eine akzelerierende Inflation ausgehen könnte, die die Bundesbank umgehend geldpolitisch bekämpfen muß. Auf diese Weise wird eine Einkommens- und Nachfrageschwäche, die von den auswärtigen Preiserhöhungen ausgeht, verschärft. Man braucht nicht darüber zu rechten, in welchem Maße solche Befürchtungen der Bundesbank zu Recht bestehen. Konsensfähig sollte sein, daß Lohnerhöhungen, die den »terms of trade«-bedingten Mehranstieg der Verbraucherpreise zu kompensieren trachten und damit den zunächst importierten Kostenschub zusätzlich in einen heimischen Kostenschub übertragen, der Bundesbank die Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgabe tatsächlich erschweren, da von ihnen ein Sinken der Gewinnquote und/oder zusätzliche Preissteigerungen ausgehen. Für eine kooperative Tarifpolitik, die auf die Aufgabe der Bundesbank Rücksicht nimmt, folgt daraus, daß im Falle einer Verschlechterung der terms of trade der Anstieg des Verbraucherpreisindex als Maßstab für die zu kompensierende Preissteigerung nicht mehr unbesehen übernommen werden kann. Denn dieser Index enthält die importierte Inflation, die tarifpolitisch unberücksichtigt bleiben sollte. Die Berechnung des importierten Anteils an der Zunahme der Verbraucherpreise ist praktisch kaum möglich, da nur über ein kompliziertes System von Input-Output-Relationen zu bewerkstelligen. Es bliebe der Ausweg des sogenannten Indexsplitting, das darin besteht, einen Preisindex heranzuziehen, der z. B. besonders rohölintensive Produkte nicht enthält. Darüber hinaus existiert als genaues Maß der heimischen Preisentwicklung der Preisindex des Bruttosozialprodukts, denn aus dem Bruttosozialprodukt sind die Importe nebst ihrer Preisentwicklung ja herausgerechnet. Allerdings hat dieser Index für die Arbeitnehmer und Gewerkschaften den Nachteil, daß er nicht nur die sie primär interessierenden Konsumgüterpreise enthält.

Dem etwaigen Angebot der Gewerkschaften, gemäß dem hier gemachten

Vorschlag zu verfahren, kann und sollte die Bundesbank ihrerseits eine Konzession gegenüberstellen. Sie bestünde darin, bei ihrem Geldangebot auch die Wirkungen der importierten Inflation auf das heimische Preisniveau zu berücksichtigen. Bisher bemißt die Bundesbank das von ihr angestrebte Geldmengenwachstum u. a. gemäß einer als unvermeidlich angesehenen Steigerungsrate beim Preisindex des Bruttosozialprodukts. Sie berücksichtigt also allein die heimische Inflation. Das Geldangebot aber, sieht man zunächst von einer möglichen ausländischen Nachfrage nach DM ab, dient dem Zweck, den Umsatz des inländischen Güterangebots zu finanzieren. Nimmt dessen Preisanstieg aufgrund einer Verschlechterung der terms of trade zu, so wird ein allein an der heimischen Inflation ausgerichtetes Geldangebot zu knapp. Das ist z. B. daran ablesbar, daß im Falle importierter Inflation der Preisindex der letzten inländischen Verwendung zeitweilig erheblich schneller steigt als der Preisindex des Bruttosozialprodukts.[35] Da aber, wie gesagt, das Geldangebot dazu dient, das inländische Güterangebot umzuschlagen, ist es von Vorteil, auch die Preisentwicklung der Güter der letzten inländischen Verwendung zugrunde zu legen. Andernfalls geht von der Geldpolitik ein restriktiver Druck aus, der tarif- und preispolitisch nur aufzufangen wäre, wenn ein Rückgang der heimischen Inflation die importierte Inflation kompensieren würde. Die Praxis der Bundesbank erhebt dies praktisch zur Norm. Diese Forderung aber ist selbst bei gutem Willen der Gewerkschaften kaum zu erfüllen. Auftreten und Ausmaß von Verschlechterungen der terms of trade sind praktisch nicht vorhersehbar und lohnpolitisch deshalb nicht auszutarieren. Vielmehr sollte die Bundesbank, um Restriktionsdruck zu vermeiden, die importierte Inflation zunächst zusätzlich finanzieren, was ihr möglich ist, da sie den geldpolitischen Kurs laufend bestimmen kann. Auch stabilitätspolitisch sollte dies unbedenklich sein, da der tarifpolitische Verzicht auf Kompensation der durch die »terms-of-trade«-bedingten Inflationskomponente eine Akzeleration der Inflation ausschließt. Damit besteht für die Bundesbank begründete Aussicht, daß mit dem Auslaufen der Verschlechterung der terms of trade auch die Inflation im Inland wieder zurückgeht.

Allein diese Kombination von Strategien würde mit hoher Wahrscheinlichkeit ein wesentlich stetigeres Wirtschaftswachstum zur Folge haben, als es in den letzten Jahren eintrat. Dies wiederum würde auch sicherstellen, daß die Gewerkschaften ihr Postulat der Reallohnsicherung aufrecht erhalten können, selbst wenn sie auf die Kompensation der importierten Inflation bei den Lohnabschlüssen verzichteten.

Aber auch ein kooperatives, gegenseitig abgestimmtes Verhalten der hier vorgeschlagenen Art dürfte nicht immer ausschließen, daß die Preissteigerungen ein für die Bundesbank nicht tolerierbares Maß überschreiten. In dieser Situation sieht sie sich gezwungen, das Geldmengenwachstum zu

drosseln. Wünschenswert und kooperativ allerdings wäre es, wenn sie dies mit den Gewerkschaften diskutierte, so daß aus einer Drosselung des Geldmengenwachstums möglichst kein Restriktionsdruck entsteht. Die bisher praktizierte Form der Verkündung eines Geldmengenziels nebst kurzer Erläuterung dieser Größe ist mehr oder minder Ausdruck einer Dominanz der Geldpolitik über die Tarifpolitik. Es sollte jedoch nicht unbillig sein, daß auch die gewerkschaftlichen Vorstellungen über eine vertretbare Anpassung an niedrigere Preissteigerungsraten geldpolitisch Berücksichtigung finden. Dies impliziert, daß die Gewerkschaften mit ihren Ansichten über das anzustrebende Geldmengenwachstum Gehör finden. Bei dieser Gelegenheit sollten die Gewerkschaften grundsätzlich darauf hinweisen, daß es zeitweilig verfehlt ist, die geldpolitische Zielsetzung allein auf das Geldmengenwachstum zu beschränken. Vielmehr sollte in einer Situation exogener Schwankungen der Geldnachfragefunktion an die Stelle der Geldmengenorientierung eine Zinsorientierung treten, um störende Einflüsse der Geldnachfrage auf die güterwirtschaftliche Seite der Volkswirtschaft zu vermeiden. Allem Anschein nach ist dieses geldpolitische Problem der Bundesbank bewußt. Zumindest hat sie, insbesondere im Jahre 1978, einer solchen Störung in Form einer steigenden internationalen Nachfrage nach DM durch ein zusätzliches Geldangebot entgegengewirkt und dabei ihr ursprüngliches Geldmengenziel so weit überschritten, daß praktisch kein Zinsanstieg eintrat. Für die Zukunft aber ist sicherzustellen, daß die Bundesbank sich in einem ähnlichen Fall von der monetaristischen Kritik an der Überschreitung von Geldmengenzielen nicht irritieren läßt. Hierzu könnten die Gewerkschaften beitragen.

Die bisher vorgetragenen Regeln für eine kooperative Konjunkturpolitik dürften allenfalls dazu beitragen, daß ein Konjunkturaufschwung möglich wird und zukünftige konjunkturelle Schwankungen, insbesondere rezessive Entwicklungen, milder ausfallen. Offen ist noch die Frage, wie angesichts eines auch in den kommenden achtziger Jahren noch weiter wachsenden Erwerbspersonenpotentials und eines hohen Anteils nichtkonjunktureller Arbeitslosigkeit mittel- bis langfristig wieder Vollbeschäftigung erreicht werden könnte. Auch in dieser Frage sollten Gewerkschaften und Bundesbank versuchen, zu einem Konsens zu kommen, denn ihre Lösung erfordert eine Abstimmung darüber, in welcher Kombination von Zinsniveau, Einkommensverteilung und Arbeitszeitverkürzung man glaubt erfolgreich sein zu können. Die beiden Positionen, die sich z. Z. noch ziemlich unversöhnlich gegenüberstehen, sind dadurch gekennzeichnet, daß zum einen über eine verminderte Lohn- und Konsensquote eine verstärkte Kapitalakkumulation propagiert wird, während andererseits die Gewerkschaften eine verstärkte Arbeitszeitverkürzung, auch und gerade eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, planen. Vom Standpunkt der ökonomischen Theorie aus ist

es sehr überraschend zu erleben, wie gerade neoklassisch denkende Ökonomen, zu denen zumindest in der Mehrzahl auch die Mitglieder der Bundesbank und des Zentralbankrates zu zählen sind, gegen den Gedanken der Arbeitszeitverkürzung angehen.[36] Denn gerade die neoklassische Wachstumstheorie folgert, daß die gleichgewichtige Profitrate und die Wachstumsrate des Kapitalstocks desto geringer sind, wachstumspolitisch gesehen also desto geringer sein dürfen, je weniger das Arbeitspotential wächst.[37] Es liegt somit nahe, das Überangebot an Arbeitskräften durch eine schrittweise Verringerung der Arbeitszeit zu kompensieren und damit auch die für Vollbeschäftigung erforderliche Kapitalakkumulation zu begrenzen. Die Gewerkschaften andererseits sollten berücksichtigen, daß wohl die Mehrzahl der Arbeitnehmer durchaus noch steigende Reallöhne wünscht. Das begrenzt das mögliche Tempo der Arbeitszeitverkürzung. Schließlich sollten die Gewerkschaften bedenken, daß die Opposition gegen die Arbeitszeitverkürzung auch aus der Furcht resultiert, mit ihr würden erhebliche Kostensteigerungen einhergehen. Tatsächlich ist nicht zu verkennen, daß die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich[38] eine erhebliche zusätzliche Kostenbelastung bedeuten würde. So schwer es einem Gewerkschafter fällt, dies zu sagen: allein die Überlegung, daß die Bundesbank etwaige Kostensteigerungen der Arbeitszeitverkürzung geldpolitisch vehement bekämpfen würde, sollte zu der Einsicht führen, daß auf einen Lohnausgleich in dem beschriebenen Sinne verzichtet werden muß.

Die Wiedererlangung von Vollbeschäftigung über eine verbesserte Kooperation in der Wirtschaftspolitik erfordert Konzessionen seitens der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer. Denkbar aber ist, daß solche Konzessionen mehr in konzeptioneller als in materieller Hinsicht nötig sind. Denn selbst wenn sich trotz Arbeitszeitverkürzung eine langfristig verstärkte Kapitalakkumulation als nötig erweisen sollte, die Idee, daß die Arbeitnehmer hieran durch Vermögensbildung partizipieren können, ist noch nicht ausgereizt. Daran hat kürzlich sogar ein Mitglied des Zentralbankrates erinnert.[39] Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand könnte sogar neue Chancen jenseits der Barlohnfindung eröffnen.

Schließlich sei nicht vergessen, daß die kooperative Integration der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften in den Wirtschaftsprozeß durch die Mitbestimmung nachhaltig gefördert wurde. Es ist naheliegend, daß durch einen Ausbau der Mitbestimmung, also ein gesellschaftspolitisches Angebot an Arbeitnehmer und Gewerkschaften, die ökonomischen Funktionsbedingungen unserer Wirtschaftsordnung so weit verbessert werden könnten, daß auch der Bundesbank ihre Aufgabe erleichtert würde.[40]

Diese an aktuellen Problemen ansetzenden Überlegungen gehen im Prinzipiellen nicht sehr weit. Es ist bekannt, daß viele Autoren wesentlich weitergehende Umorientierungen für die Erlangung von Stabilität und Vollbe-

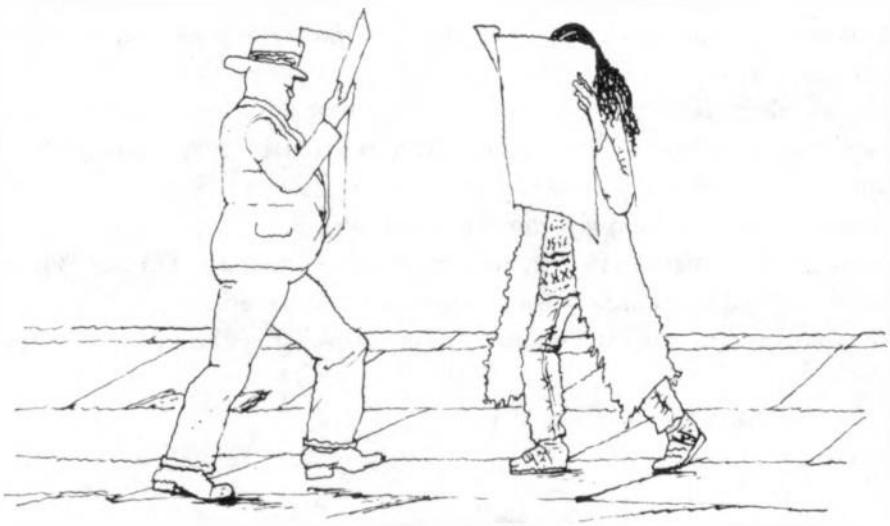
schäftigung für erforderlich halten. Das Spektrum ist sehr breit und reicht von der meist vertretenen umfassenden Rückbesinnung auf privat-marktwirtschaftliche Funktionsmechanismen[41] bis hin zur Idee der sozialistischen Selbstverwaltungsökonomie[42]. Interessant ist, daß allgemein marktwirtschaftliche Ordnungssysteme, seien sie auf privater oder sozialistischer Basis aufgebaut, wieder stärker in den Vordergrund gehoben werden.[43] Beides aber steht für die Gewerkschaften zur Zeit nicht zur Debatte. Für sie dürfte das praktizierte sogenannte gemischtwirtschaftliche System in seiner jetzigen Form noch lange Zeit im Vordergrund des Interesses stehen. Das hat natürlich zur Voraussetzung, daß dessen ökonomische Ergebnisse wesentlich verbessert werden. Mir scheint auch dies möglich zu sein.

Anmerkungen

1 Die Bedeutung der Konjunkturpolitik für den damaligen Aufschwung ist allerdings umstritten, da auch die Exportentwicklung als ein Erklärungsfaktor gelten kann.
2 Vgl. G. Müller u. a., *Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus*, Frankfurt 1978, S. 169 f.
3 Vgl. z. B. K. H. Ketterer,/D. B. Simmert, »Moderne Quantitätstheorie und Laissez-faire-Liberalismus«, in: *WSI-Mitteilungen*, Heft 12/1972, S. 384/5; und D. B. Simmert, »Reform der Geldpolitik – Konsequenzen für die Tarifpartner«, in: *WSI-Mitteilungen*, Heft 2/1974, S. 54 f.
4 Vgl. *DGB Nachrichten-Dienst*, Nr. 282/73 und Nr. 331/73.
5 Vgl. z. B. *DGB-Nachrichten-Dienst* Nr. 380/73, Nr. 401/73, Nr. 441/73, Nr. 295/74, Nr. 299/74, Nr. 340/74 und Nr. 46/75.
6 Vgl. *DGB-Nachrichten-Dienst* Nr. 04/79.
7 Vgl. *DGB-Nachrichten-Dienst* Nr. 177/80.
8 Vgl. *DGB-Informations-Dienst* Nr. 2/81 vom 30. 3. 81 und *DGB-Nachrichten-Dienst* Nr. 240/81 und 247/81.
9 Vgl. *Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank* für das Jahr 1974, S. 17, und für das Jahr 1975, S. 5.
10 Vgl. *Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank* für das Jahr 1973, S. 37.
11 Vgl. *Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank* für das Jahr 1974, S. 1 und 14/15.
12 ebenda, S. 17.
13 ebenda, S. 1.
14 Vgl. *Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank* für das Jahr 1976, S. 42.
15 Vgl. *Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank* für das Jahr 1980, S. 7 und für das Jahr 1981, S. 39 f.
16 ebenda, S. 42.
17 ebenda, S. 1 f.
18 Vgl. C. F. v. Weizsäcker, »Das Problem der Vollbeschäftigung heute«, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 1978, Heft 1, S. 33 ff. hier S. 45 f.
19 Vgl. Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, Düsseldorf 1977, S. 10/11.
20 Vgl. *DGB-Nachrichten-Dienst*, Nr. 240/81 vom 30. 11. 81.

21 Vgl. *Monatsbericht der Deutschen Bundesbank*, Heft 6, 1981, S. 32.
22 Vgl. ebenda.
23 Vgl. ebenda.
24 Vgl. auch C. F. von Weizsäcker, a. a. O., S. 45/46.
25 Vgl. ebenda, S. 47.
26 Vgl. zur Definition einer Gefangenen-Dilemma-Situation z. B. P. Weise u. a., *Neue Mikroökonomie*, Würzburg-Wien 1979, S. 65 f., und M. Kraft u. P. Weise, »Das Spiel um Stabilität: Konjunktur und Prisoners' Dilemma«, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 194, 1979, S. 442.
27 Als eine instruktive Theorie dreier Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik vgl. H. Riese, »Theoretische Grundlagen Stabilitätspolitischer Kontroversen«, in: *Kyklos*, Vol. 32, S. 219 ff., und derselbe, »Wirtschaftspolitik unter veränderten historischen Bedingungen«, in: *Frankfurter Hefte* 10/1979, S. 21 ff.
28 Ihr Verhalten ist, da nicht freiwillig, nicht eigentlich kooperativ. Für den Wirtschaftsablauf hat es aber die gleiche Funktion wie kooperatives Verhalten.
29 Vgl. *Den Konsens erneuern*. Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik von 19 Professoren, Kiel, Frühjahr 1981.
30 Vgl. C. F. v. Weizsäcker, a. a. O., S. 46 f.
31 Vgl. ebenda, S. 47 f.
32 Vgl. ebenda, S. 48.
33 Vgl. z. B. G. Müller u. a., a. a. O., III. Kapitel.
34 Vgl. z. B. H.-H. Härtle, Wolfgang Henne, »Inflation – importiert oder hausgemacht?«, in: *Wirtschaftsdienst*, Heft III, 1982, S. 119.
35 Vgl. W. Poole, »Optimal Choice of Monetary Policy Instruments in a Simple Stochastic Macro Model«, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 84, 1970, S. 197 ff.
36 Vgl. z. B. in jüngster Zeit R. Soltmedel, N. Walter, *Arbeitszeitverkürzung – Lösung für die wirtschaftlichen Probleme der 80er Jahre?*, Kieler Arbeitspapiere, Nr. 141, Kiel, April 1982.
37 Vgl. z. B. W. Vogt, *Theorie des wirtschaftlichen Wachstums*, Berlin und Frankfurt 1968, S. 92 und 97.
38 Darunter ist zu verstehen, daß die Stundenverdienste zusätzlich um die Rate der Arbeitszeitverkürzung angehoben werden, so daß die Wochenverdienste wie vorher ansteigen.
39 Vgl. K. Nemitz, »Gewerkschaften und Bundesbank im Spannungsfeld der wirtschaftspolitischen Diskussion«, Vortrag am 10. 2. 1982 in der Sozialakademie Dortmund, Manuskript, S. 211 f.
40 Vgl. hierzu auch H. G. Nutzinger, »Alternative Wirtschaftspolitik und Partizipation. Einige kritische Fragen«, in: W. Meißner, J. Kosta, J. Welsch (Hg.), *Für eine ökonomische Reformpolitik*, Frankfurt am Main 1981, S. 108 f.
41 Vgl. zuletzt in populärer Form: A. Gutowski, »Mehr Freiheit für Erfolg«, in: *Wirtschaftswoche*, Nr. 29, 1982, S. 48 f.
42 Vgl. W. Vogt, »Kapitalistisches Gleichgewicht und ökonomische Ungleichgewichte«, in: *IHS-Journal*, Vol. 5, 1981, S. 223-236.
43 Abweichend hiervon ist sicher die sog. Memorandum-Gruppe einzuordnen.

TRANS ATLANTIK



Aber vielleicht wollen Sie lieber selbst feststellen, wie und was *TransAtlantik* ist...*

*Zur Warnung: Da dem Leser keinerlei Hinweise gegeben werden, wie er was zu verstehen habe, ist damit zu rechnen, daß er manches mißversteht oder aber selbständig zu räsonieren beginnt, was vermutlich sogar in der Absicht der Blattmacher liegt. Schon deshalb empfiehlt es sich, diese Zeitschrift, die frei verkäuflich ist und, wie man hört, bei einer gewissen Bevölkerungsgruppe auf wachsendes Interesse stößt, kritisch im Auge zu behalten.

Bernd Mettelsiefen
Schattenökonomie in der Bundesrepublik

1. Der (un)heimliche Boom im Untergrund

Eines ist sicher, die anhaltende Wirtschaftskrise hat zahlreiche Gesichter. Der Zustand unserer Wirtschaft läßt sich, wie bei einem darniederliegenden Schwerkranken, an täglich neu auftretenden Symptomen ablesen. Eines der Phänomene, das in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion zunehmend in den Vordergrund gerückt wird, ist das der Schattenwirtschaft. Während die fortlaufend veröffentlichten Daten der Arbeitslosigkeit, der Inflationsentwicklung, der Investitionstätigkeit und des Wachstums des Sozialprodukts für die offizielle Wirtschaft ein immer deutlicheres Bild der Stagnation zeichnen, scheint sich im Schatten des etablierten marktwirtschaftlichen Systems ein zweites »Wirtschaftswunder« ganz eigener Art zu vollziehen.

Sichtbar, wie die Spitze eines Eisbergs, ist hiervon nur ein geringer Teil. Lärmerfüllte Hinterhöfe, in denen von fachgerechter Hand, aber ohne Rechnung bis in den frühen Abend hinein Autos repariert werden; Handwerkerkolonnen, die den Samstag als zehnstündigen Arbeitstag wiederentdeckt haben und die Modernisierung ganzer Mietshäuser übernehmen; Sekretärinnen, die nach Büroschluß eifrig Gutachten und Diplomarbeiten tippen, bei der Frage nach einer steuerlich absetzbaren Quittung aber sofort abwinken, sind nur einige exemplarische Formen eines regen ökonomischen Treibens, das sich außerhalb der traditionell organisierten Märkte abspielt. Je länger die Krise andauert, je häufiger der Pleitegeier über der regulären Wirtschaft kreist, desto intensiver scheint in seinem Schatten eine Ökonomie aufzublühen, die sich der offiziellen Registratur weitgehend entzieht.

Die Schattenwirtschaft ist kein unbekanntes Phänomen. Die Existenz *»grauer«* und *»schwarzer« Märkte,* die Durchführung illegaler ökonomischer Transaktionen, die einfallsreichen Versuche der Steuerausweichung und Steuerhinterziehung sind unterschiedliche Facetten eines irregulären Wirtschaftens, das in seinen Grundstrukturen den Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern aus der Wirtschaftsgeschichte wohl vertraut ist und ihnen kein unlösbares Rätsel aufgibt. Die Bedeutung schattenökonomischer Aktivitäten nimmt in der Regel immer in Depressions- und Kriegszeiten zu, in denen die gesellschaftlich zentralen ökonomischen Institutionen und Rege-

lungsinstanzen – die offiziellen Märkte und der Staat – die ihnen übertragenen Funktionen der Koordination und Organisation des wirtschaftlichen Handelns oft nur noch unzureichend erfüllen können. Der Prozeß der ökonomischen Versorgung, die Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen, das Kaufen und Tauschen vollziehen sich dann verstärkt am Rande oder außerhalb der bestehenden ökonomischen Institutionen.

Wenn die Schattenwirtschaft auch keine unbekannte Größe war, so wurde ihre Bedeutung in den Jahren des ökonomischen Wiederaufbaus und der Prosperität jedoch für vernachlässigenswert gering erachtet. Die sprunghaft ansteigende Beachtung, die ihr gegenwärtig entgegengebracht wird, gründet sich primär auf die Vermutung, daß die unsichtbare Wirtschaft des Untergrundes mittlerweile einen relevanten Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung hat. Schätzungen für die USA gehen von einem acht- bis zwölfprozentigen Anteil des Schattensektors am Bruttosozialprodukt aus.[1] Für die anderen westlichen Industriestaaten[2] vermutet man vergleichbare Größenordnungen, wobei der schattenökonomische Beitrag in Italien, dem Land, in dem dieses Phänomen schon seit längerer Zeit alltägliche Realität geworden ist, auf über 33 Prozent geschätzt wird.[3] Für die Bundesrepublik liegen nur vage Schätzungen vor – sie kommen auf einen zwei- bis fünfprozentigen Anteil am BSP.

Die in dem Zahlenwerk der amtlichen Statistik ausgewiesenen volkswirtschaftlichen Aktivitäten scheinen immer weniger das wahre Gesicht und den tatsächlichen Zustand unserer Wirtschaft zu dokumentieren. Genauere Erkenntnisse und Informationen über das Wirtschaften im Untergrund sind offensichtlich notwendig, »will man sich über die *wirkliche* Jahresleistung der Volkswirtschaft, das *wirkliche* Wachstum des Sozialprodukts, die *wirkliche* Arbeitslosigkeit und die *wirkliche* Steuerbelastung zutreffendere Vorstellungen machen, als sie heute bestehen und als sie auch der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik zugrunde liegen«[4].

Angesichts der anhaltenden Finanzkrise der öffentlichen Haushalte richtet sich das Interesse des Staates insbesondere auf die Steuerausfälle, die durch die Verlagerung ökonomischer Aktivitäten aus dem Bereich der regulären Wirtschaft in den Untergrundsektor entstehen. So kostet der Austausch einer rostzerfressenen Autoauspuffanlage, der ungefähr zwei Arbeitsstunden erfordert, den Staat, wenn schwarz gearbeitet wird, ca. 30 DM an Steuern. Die gesamten steuerlichen Einnahmeverluste des Staates werden für die Bundesrepublik auf etwa 20 Mrd. DM veranschlagt[5]; gemessen an dem Gesamtsteueraufkommen der öffentlichen Hand macht dies ungefähr 6 Prozent aus. Gelänge dem Fiskus eine, wenn auch nur begrenzte Offenlegung und steuerliche Erfassung der auf den »grauen« und »schwarzen« Märkten sich vollziehenden ökonomischen Transaktionen, so könnte er auf manche Haushaltskürzung verzichten und würde die damit unweigerlich verbunde-

nen gesamtwirtschaftlich kontraktiven Auswirkungen seiner Sparpolitik vermindern.
Der Schattenwirtschaft, der in ökonomischer Hinsicht offenbar quantitativ nicht unerhebliche finanz- und wirtschaftspolitische Effekte zugeschrieben werden, wird noch verstärkte Aufmerksamkeit zuteil werden, wenn, wie für einige Länder behauptet[6], der Untergrundsektor sogar relativ stärker als die offizielle Wirtschaft wachsen sollte. Ein wirtschaftlicher Boom im Untergrund, während in der amtlich registrierten Ökonomie die Flaute anhält – ein für viele Wirtschaftspolitiker traumatischer Gedanke.

2. Schattierungen eines Phänomens

Auf den ersten Blick scheint die Schattenwirtschaft ein klar beschreibbares Phänomen zu sein. Doch wie so oft, der erste Schein trügt, und »das Bekannte überhaupt ist darum, weil es bekannt ist, nicht erkannt«[7].
Der für die Schattenökonomie charakteristische Tatbestand, daß sie das Licht der amtlichen Registratur scheut, erschwert ihre empirische und theoretische Interpretation ganz erheblich. In den bisher hierzu veröffentlichten Beiträgen[8] wurde sie bezeichnenderweise als ein schillerndes, an Erscheinungsformen reiches Phänomen beschrieben. Vielfältige, zum Teil recht unterschiedliche ökonomische Tätigkeiten werden ihr zugerechnet: neben dem klassischen Bereich der Schwarzarbeit, aus dem die bisher angeführten Beispiele stammen, etwa illegale bzw. kriminelle Aktivitäten, wie Drogenhandel, Schmuggel und finanzielle, steuerhinterziehende Transaktionen, sowie legale Aktivitäten, wie z. B. Eigenfertigung und Selbstversorgung, Realtausch, Hausarbeit und Nachbarschaftshilfe. In der Schattenwirtschaft sind die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen tätig, da es praktisch keine personellen Zutrittsbeschränkungen zu den *»grauen«* und *»schwarzen« Arbeitsmärkten* gibt. Die Schwarzarbeiter/innen rekrutieren sich vor allem aber aus den Gruppen der selbständig Tätigen – so arbeiten ganze Handwerkergruppen, ausgestattet mit einem Gewerbeschein, schwarz; der Hausfrauen (rund 90 Prozent der Putzhilfen dürften ohne Quittung arbeiten); der Rentner; der Studenten; der offiziell krank oder arbeitslos gemeldeten Personen und der illegalen Gastarbeiter. Nicht ausgespart werden kann hiervon die Gruppe der öffentlich Beschäftigten. So gibt es z. B. manchen in einem Baudezernat tätigen Beamten, der nach seiner Dienstzeit bauplanerisch für Privatleute arbeitet, oder Universitätsangehörige, die ihre speziellen Fachkenntnisse in Form einer inoffiziellen, nicht registrierten Gutachter- und Beratertätigkeit geldbringend nutzen. Wenn dies auch keine Einzelfälle sein werden, so dürfte sich die Zahl der schwarzen Schafe im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik jedoch deut-

lich unter der 50-Prozent-Marke bewegen, die für die Beschäftigten des italienischen Staates genannt wird.[9] Für den Bereich der Schattenwirtschaft lassen sich insgesamt drei typische Beschäftigungsgruppen identifizieren[10]:

– die Sekundär- bzw. Doppeltbeschäftigten, d. h. diejenigen, die offiziell als beschäftigte Erwerbspersonen registriert sind, im Untergrundsektor aber einer zusätzlichen Beschäftigung nachgehen. Da diese zumeist nach der regulären Arbeitszeit aufgenommen wird, ist in diesem Zusammenhang der treffende Begriff der »Mondscheinindustrie« geprägt worden[11];
– die Irregulär-Beschäftigten, d. h. diejenigen, die offiziell als krank oder arbeitslos gemeldet sind, im schattenwirtschaftlichen Sektor aber dennoch erwerbstätig sind, und
– die Verdeckt-Beschäftigten, d. h. diejenigen, die amtlich zum Kreis der nichterwerbstätigen Personen gerechnet werden, in der Untergrundwirtschaft aber eine Erwerbstätigkeit aufgenommen haben.

Nach Schätzungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf sind in der Bundesrepublik zwischen einer und zwei Millionen Personen, davon ungefähr 300 000 illegale Gastarbeiter, regelmäßig im Bereich der Schattenwirtschaft aktiv. Für Italien schätzt man die Anzahl der Schattenarbeiter auf ca. sechs Millionen, für die OECD-Länder insgesamt auf ungefähr 16 Millionen Personen.[12]

Obwohl das Spektrum schattenökonomischer Aktivitäten weitgespannt ist, gibt es einige Bereiche, in denen dieses Phänomen verstärkt auftritt. Speziell in der Bundesrepublik wird sicherlich, obwohl gerade hierzu noch keine realistischen Zahlen vorliegen, der Handwerksbereich einen Schwerpunkt bilden. Die spekulativen Schätzungen, die in diesem Zusammenhang immer wieder zitiert werden, bewegen sich in der Größenordnung von ca. 10 Prozent des offiziellen Geschäftsumsatzes der Gesamthandwerkerschaft bzw. beziffern den Umfang aller nicht abgerechneten Handwerkstätigkeiten auf ca. 30 Mrd. DM.[13] Trotz der Vielfalt der in der Untergrundwirtschaft anzutreffenden Formen der »schwarzen« Erwerbstätigkeit zeigt sich bei einer näheren Betrachtung der einzelnen Aktivitäten, daß es sich hierbei in der Mehrzahl um die Herstellung lohnintensiver handwerklicher Produkte und die Bereitstellung arbeitsintensiver Dienstleistungen handelt. Eine Aufzählung der konkreten, bekannten Erscheinungsformen der Schattenökonomie kann auf dem Weg der empirischen und theoretischen Erfassung dieses Phänomens nur ein erster Schritt bleiben. Wichtiger ist die Benennung begrifflich eindeutiger und analytisch trennscharfer Kriterien, mittels derer die Schattenwirtschaft aus der regulären Ökonomie auszugrenzen ist.

In der ökonomisch orientierten Literatur finden bisher zwei Abgrenzungsmerkmale breiteste Zustimmung; einerseits das der fehlenden bzw. mangelhaften empirischen Erfassung schattenökonomischer Aktivitäten im Rah-

men der existierenden amtlichen, volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, andererseits die Tatsache, daß es sich um Prozesse der Einkommenserzielung bzw. um wirtschaftliche Transaktionen handelt, die keiner staatlichen Besteuerung unterliegen. Ausgehend von dem ersten Kennzeichen kann eine empirisch weite oder enge Bestimmung der Schattenökonomie vorgenommen werden.[14] Entweder faßt man alle substantiell ökonomischen Tätigkeiten, auch die, die gegenwärtig außerhalb des offiziellen Konzeptes der Sozialproduktberechnung stehen, zusammen, so z. B. die Hausarbeit, die Nachbarschaftshilfe, die Eigenversorgung und Selbstfertigung; oder aber man berücksichtigt nur diejenigen Aktivitäten, die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bisher nicht erfaßt werden, obwohl dies aus fiskal- und wirtschaftspolitischen Gründen sinnvoll wäre, so z. B. die Schwarzarbeit und die mit Steuerhinterziehung verbundenen illegalen Wirtschaftstransaktionen. Dieser empirisch-pragmatische Definitionsansatz liefert aber ein historisch zufälliges Bild der Schattenökonomie.[15] Es wird bestimmt durch das jeweilig zugrunde gelegte Sozialproduktkonzept und den Stand der steuerlichen Erfassungs- und Kontrollmethoden.

3. Viel Schatten – wenig Licht

Für das Phänomen Schattenökonomie hat sich in der Literatur bis heute kein einheitlicher Begriff herauskristallisiert. So verborgen der Gegenstand bleibt, so verworren präsentiert sich seine begrifflich-theoretische Bestimmung.[16] Ein wenig Licht in dieses Dunkel zu werfen, ist nötig.
Wird die Schattenökonomie, wie sehr oft, als steuerhinterziehende Schwarzarbeit aufgefaßt, so wird das negative Bild verständlich, das in der Regel mit ihr assoziiert wird. Rein negativ ausgrenzend gehen auch die Bestimmungsversuche vor, die die Schattenökonomie als jenen Bereich ökonomischer Aktivitäten interpretieren, der jenseits der traditionell institutionalisierten und legitimierten Versorgungsformen der regulären Märkte und des Staates angesiedelt ist.[17] Wie unscharf eine solche Grenzziehung ist, wird spätestens dann deutlich, wenn man sich klar macht, daß, näher besehen, fast jede Leistung und jedes Produkt aus dem Untergrundsektor auch in der offiziellen Markt- und Staatswirtschaft produziert, zugeteilt und konsumiert werden könnte.[18] Wenn also die schattenwirtschaftlichen Dienstleistungen und Produkte zu einem großen Teil marktfähig oder, genauer, austauschfähig sind, so lautet die richtig gestellte Frage: Warum werden gewisse Güter auf *irregulären* und nicht auf *regulären Märkten* getauscht? Bevor versucht werden soll, hierauf eine Antwort zu geben, gilt es, auf die aus soziologischer Perspektive entworfenen rivalisierenden Konzeptionen einzugehen.

Der umfassendste und auch brauchbarste Ansatz ist Gershunys Entwurf einer *informellen Ökonomie*.[19] Hierunter fallen Tätigkeiten wie die Mitarbeit in gemeinnützigen, Non-Profit-Organisationen (Kirchen, Stiftungen, Wohlfahrtsverbände etc.) und in Bürgerinitiativen, Gruppenarbeit in Selbstorganisationen, Eigenarbeit im Haushaltsbereich und Nachbarschaftshilfe, sowie auch die schon oft genannte Schwarzarbeit. Zur Unterscheidung zwischen dem formellen und dem informellen Sektor werden insgesamt drei zentrale Kriterien benannt.[20] Gershuny selbst führt als erstes und wichtigstes Merkmal die Geldvermitteltheit der ökonomischen Aktivitäten an. Im formellen Sektor dominiere »working for money«, während der informelle Teil auf einer »non money production of services« basiere.[21] Zweites Kriterium ist die vorherrschende Organisationsform der Arbeitsverausgabung. Während in der formellen Wirtschaft bezahlte bzw. fremdbestimmte Lohnarbeit, die über fest institutionalisierte Arbeitsmärkte vermittelt wird, geleistet werde, besitze die im informellen Sektor verausgabte Arbeit stärker den Charakter einer nichterwerbswirtschaftlich orientierten und eher eigenbestimmten Tätigkeit.[22] Drittens wird darauf hingewiesen, daß die Organisationsform der ökonomischen Produktion insgesamt im informellen Sektor durch das Bedarfsdeckungsprinzip und eine Gebrauchswertorientierung bestimmt sei, wogegen die formelle Wirtschaft durch das Erwerbsprinzip und eine Tauschwertorientierung charakterisiert werde. Für den informellen Sektor insgesamt bezeichnend – und hier wird die Verbindungslinie zu dem zuvor Beschriebenen deutlich – sei die Tatsache, daß er keiner steuerlichen und/oder amtlich statistischen Erfassung unterliege.

In den Abhandlungen über die Schattenökonomie bzw. den informellen Sektor werden wahlweise soziologische und ökonomische Interpretationsmuster benutzt. Dabei fällt auf, daß weniger theoretische Erklärungsansätze als kategorisierende Deskriptionsversuche im Vordergrund stehen. Interessant in diesem Zusammenhang ist die interne Strukturierung des informellen Sektors in drei ökonomisch bestimmte Subsektoren: a) den hauswirtschaftlichen Produktionsbereich, b) den gemeinschaftlichen Produktionssektor und c) die eigentliche Untergrundwirtschaft.

a) Die im Haushalt und seiner unmittelbaren Umgebung stattfindende Arbeit ist die älteste und primäre Form informeller Arbeit. Die *Hauswirtschaft* ist der Urtypus der informellen Ökonomie.[23] Dieser Bereich gesellschaftlichen Wirtschaftens ist im Verlauf der ›Great Transformation‹[24] jedoch in Vergessenheit geraten. Die mit der Kapitalisierung und Industrialisierung einhergehende tiefgreifende Umwandlung der primären sozioökonomischen Existenzformen führte zur Aufspaltung der wirtschaftlichen Aktivitäten in private Nichterwerbstätigkeiten und formelle Erwerbsarbeiten. Im Zuge der zunehmenden Verlagerung der Arbeit aus dem Hauswirtschaftsbereich in den der Unternehmungen und mit der Herausbildung der gesell-

schaftlich beherrschenden Institutionen von Markt und Staat wurde die formelle Erwerbs- und Lohnarbeit die dominante Form der Arbeitsverausgabung. Auf den monetär bewertbaren, bezahlbaren und berechenbaren Arbeitsleistungen basierte fortan die Messung der gesellschaftlichen Wohlfahrt und wirtschaftlichen Wertschöpfung und die statistische Ermittlung des nationalen Volkseinkommens. Im Lichte der offiziellen Lesart nahm die hauswirtschaftliche Aktivität daher als Nichterwerbstätigkeit konsequenterweise den Charakter von ›*Nichtarbeit*‹ an. Traditionell wird sie als bloße ›reproduktive‹ Tätigkeit aus der Berechnung des Sozialprodukts ausgespart. Aufgrund der geschlechtsspezifischen Zuweisung dieser Tätigkeiten auf die Frauen entwickelte sich die Hausfrauenarbeit zu einem Kernbereich der Schattenarbeit.[25] Neuere Schätzungen dieses vergessenen informellen Sektors der Ökonomie, die die ansteigende hausinterne Dienstleistungsproduktion (›Do-it-yourself‹-Bewegung) sowie den Beitrag von Ehemännern und Kindern mit berücksichtigen, beziffern den Wert der Hauswirtschaft auf ca. 30 Prozent des offiziellen Bruttosozialprodukts.[26]

b) Neben der familiären Hauswirtschaft, aber teilweise hieraus hervorgegangen, besteht der informelle Bereich der *Gemeinschaftsarbeiten.* Auch er ist charakterisiert durch reziprokale, d. h. gegenseitige, ökonomisch unvergeldlichte zwischenmenschliche Verhaltensweisen[27], die außerhalb der abstrakten Sphäre der auf dem Markt stattfindenden Tauschbeziehungen verbleiben und keiner staatlichen Reglementierung unterliegen. Verwandtschaftliches und nachbarschaftliches Handeln bilden die historische Basis dieses informellen Sektors. Nach Max Weber ist der Nachbar »der typische Nothelfer, und ›Nachbarschaft‹ daher Trägerin der ›Brüderlichkeit‹ in einem freilich durchaus nüchternen und unpathetischen, vorwiegend wirtschaftsethischen Sinne des Wortes. In der Form gegenseitiger Aushilfe, nämlich in Fällen der Unzulänglichkeit der Mittel der eigenen Hausgemeinschaft . . . geboren aus dem urwüchsigen Grundprinzip . . . heraus: ›wie du mir, so ich dir‹.«[28] Dieser Bereich unentgeltlicher und selbstorganisierter Hilfeleistungen bildete die Keimzelle, aus der genossenschaftliche Kooperationen und solidarische Sozialversicherungsorganisationen entstanden, die im Zuge der institutionellen Verfestigung der Marktökonomie und des Staatsapparates jedoch wieder zerbrachen oder zerstört wurden.[29] Neben diesen traditionellen Formen existieren heute zahlreiche freiwillig-selbstorganisierte ›Non-Profit-Organisationen‹, die mit der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen einen nicht unerheblichen Versorgungsbeitrag erbringen. Auch sie sind stets von einer gesellschaftlichen Institutionalisierung bedroht und verlieren in diesem Falle ihren informellen Charakter. Gegenwärtig entstehen jedoch zunehmend neue, originäre Formen informeller Gemeinschaftsarbeiten (z. B. Selbsthilfegruppen), deren quantitative Bedeutung aber nur schwer geschätzt werden kann.

c) Von diesen beiden Teilbereichen unterscheidet sich die *Untergrundwirtschaft*, als dritter Subsektor der informellen Ökonomie, in mehreren wesentlichen Punkten. Die Übergänge in den Bereich der regulären formellen Wirtschaft sind fließend, und die Ausgrenzung wird oft fragwürdig. Als übereinstimmendes Merkmal kann auch hier der informelle Charakter der Arbeit genannt werden. Sie wird in kaum institutionalisierter Form verausgabt und weder auf dem Markt noch steuerlich erfaßt. Wenn diese informelle Arbeit in der Regel auch individuell angeboten wird, teilweise durch persönliche Beziehungen vermittelt und somit weniger fremdbestimmt ist als die formelle Lohnarbeit, so bleibt sie doch größtenteils bezahlte, gegen Geld eingetauschte Arbeit. Ihr liegt eine erwerbswirtschaftliche Motivation zugrunde. Der charakteristische Unterschied zur offiziellen Wirtschaft ist also vielmehr darin zu sehen, daß diese Arbeit illegal auf einem irregulären ›Schwarzmarkt‹ getauscht wird bzw. Grundlage eines irregulären Produktentausches ist. Dadurch entsteht ein Bereich offiziell rechtlich nicht einklagbarer Vertragshandlungen. Im übrigen bleibt die ›Schwarzarbeit‹ am weitesten den formell-ökonomischen Handlungsprinzipien der Marktökonomie verhaftet.
Ebenso im Grenzbereich von formellem und informellem Sektor anzusiedeln sind große Teile der *›Alternativökonomie‹*.[30] Das Spektrum reicht hier von den eindeutig auf Eigen- und Gemeinschaftsarbeit basierenden, subsistenz- und bedarfswirtschaftlich orientierten Projekten bis hin zu den *›neuen Selbständigen‹* [31], deren Arbeits- und Produktionsformen wenig ›alternativ‹ sind, da sie sich einer erwerbs- und marktmäßigen Orientierung ihres wirtschaftlichen Handelns kaum entziehen können. Der Aufenthalt in diesem sozialen Experimentierfeld alternativ gemeinschaftlichen Lebens und Arbeitens ist für viele Jüngere Durchgangsstadium zu einer regulären Erwerbstätigkeit, für zahlreiche Ältere bedeutet er einen zeitweiligen Ausstieg aus dem Berufsleben.

4. Warum blüht die Wirtschaft im Schatten?

Die Frage nach den Ursachen des offenbar rapiden Wachstums der Schattenökonomie wird zumeist mit dem Hinweis auf Funktionsdefizite der Versorgungssysteme Markt und Staat beantwortet.[32] Die These vom sogenannten *Markt- und Staatsversagen* geht hierbei von der Überlegung aus, daß sowohl der Markt keine ausreichende und adäquate Deckung des privaten Bedarfs an Dienstleistungen und Produkten gewährleistet, als auch im staatlichen Bereich keine quantitativ und qualitativ befriedigende Versorgung mit öffentlichen Gütern besteht.
Gerade der Versuch des Staates, dem Versagen des Marktes kompensato-

risch entgegenzuwirken, treibt ihn in eine finanzielle Krise, die einer Ausweitung der öffentlichen Versorgung enge Grenzen setzt.[33] Der in die Finanzklemme geratene Staat bewegt sich in dem Widerspruch, einerseits seine Handlungsfähigkeit durch eine erhöhte Besteuerung oder Verschuldung wiedererlangen zu wollen, andererseits aber gerade hierdurch eine allgemeine Staatsverdrossenheit noch zu verstärken.

Vor diesem Hintergrund wird die Expansion der Untergrundwirtschaft oft als Beweis für eine überzogene staatliche Reglementierung, insbesondere des Bereichs der vertraglich fixierten Lohnarbeit mit ihren zahllos gewordenen Vorschriften über Einstellung, Kündigung, Arbeitszeit usw., gewertet, als Ausdruck einer steigenden Belastung der privat-ökonomischen Aktivitäten durch Steuern und Sozialabgaben und als Reaktion auf eine übertriebene und zunehmend kostenverursachende Sozialstaatlichkeit interpretiert. Die Schattenwirtschaft ist in dieser Perspektive Zeichen einer anwachsenden ›Entfremdung zwischen Bürgern und Staat‹[34], Resultat einer sinkenden Steuermoral der Staatsbürger und indirekt Ausdruck ihrer latenten Protesthaltung gegenüber dem Steuerstaat – dem ›hungrigen Leviathan‹, in dessen Schatten allein sie ungehindert wirtschaften können. Diese Verweigerungshaltung besitzt jedoch auch eindeutig sozial-parasitäre Züge. Diejenigen, die in der Schattenökonomie tätig sind, kommen in den Genuß aller Vergünstigungen und sozialen Leistungen des Wohlfahrtsstaates, zahlen hierfür aber keinen angemessenen Preis, da sie weder Steuern noch Sozialabgaben entsprechend ihrem erzielten Einkommen abführen. Sie sind die eigentlichen *›schwarzen Free-Rider‹*[35], der steuerzahlende Bürger der (zweifach) Geprellte.

Von der Schattenwirtschaft als einem Symptom des Marktversagens kann insoweit gesprochen werden, als hiermit all jene illegalen Tauschbeziehungen und -prozesse gemeint sind, die auf den irregulären Märkten des wirtschaftlichen Untergrundes stattfinden. Verständlich wird dieser Gedanke, wenn man bedenkt, daß es in der Realität die in ökonomischen Lehrbüchern auffindbare Fiktion eines vollständig freien Tausches oder Marktes nicht gibt. Das reale wirtschaftliche Handeln ist stets abhängig von den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen es sich vollzieht. Und die konkreten Tausch- und Marktaktivitäten sind stets eingebettet in ein System gesellschaftlich akzeptierter bzw. legalisierter Normen und Regeln. Charakteristisch für die ›reguläre‹ Wirtschaft ist daher die Existenz weitreichender Tausch- und Marktbeschränkungen. Die ›irregulären‹ schattenwirtschaftlichen Aktivitäten stellen in dieser Sichtweise dann den Versuch dar, diesen Beschränkungen auszuweichen oder sie illegal zu überschreiten. Erklärbar wird somit die Existenz von Schwarzmärkten für solche Güter (z. B. Drogen), nach denen zwar ein Bedarf besteht und die auch prinzipiell tauschbar und marktfähig sind, die aber aufgrund herrschender Wertvorstellungen

oder Rechtsverordnungen zum Tausch auf regulären Märkten nicht zugelassen sind. Der gesamte Bereich krimineller Schattenwirtschaft ist hierunter zusammenzufassen. Eine weitere, zum Verständnis der Schattenökonomie weitaus relevantere Marktbeschränkung kann darin gesehen werden, daß die ökonomischen Aktivitäten, die sich offen auf den regulären Märkten vollziehen, einer steuerlichen Erfassung und Belastung unterliegen. So zahlt z. B. derjenige, der ein Produkt oder eine Dienstleistung auf einem offiziellen, regulären Markt kauft, eine Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer, und derjenige, der seine Arbeit über den offiziellen Arbeitsmarkt anbietet und verkauft, zahlt eine Lohn- bzw. Einkommenssteuer. Die Besteuerung kann somit als ein Preis aufgefaßt werden, der für den Eintritt in einen offiziellen Markt und die Teilnahme an ihm gezahlt werden muß.

Die ökonomische Attraktivität der irregulären Märkte des Schattensektors liegt so besehen offen auf der Hand. Produkte und Dienstleistungen können hier, ohne die reguläre Steuer- und Abgabenbelastung, zu einem Preis angeboten und nachgefragt werden, der sehr viel niedriger als der auf dem offiziellen Markt ist. So kann die ›schwarz‹ ausgeführte Renovierung eines Bades fast um die Hälfte billiger sein, als wenn eine eingetragene Handwerkerfirma beauftragt worden wäre. Es ist daher auch kein Zufall, daß Handwerksarbeiten und andere Dienstleistungen in der Schattenwirtschaft einen so breiten Umfang einnehmen. Sie sind einerseits sehr arbeits- und lohnintensiv, so daß ihr Endpreis einen hohen steuerlichen Kostenanteil besitzt, andererseits sind sie aber individuell ohne zahlreiche Hilfsgüter herstellbar und relativ leicht der Besteuerung zu entziehen.

Die besondere Rolle, die die Dienstleistungen in der Schattenökonomie spielen, erklärt sich zudem aus der Tatsache, daß diese personal(kosten)intensiven Dienste sich wegen ihrer im Vergleich zur industriellen Produktion relativ geringeren Produktivität relativ stärker verteuern. Diese sogenannte ›Kostenkrankheit‹[36] führt zu einem immer stärkeren ökonomischen Anreiz, ›schwarze‹ und damit preiswerte Dienstleistungen auf Kosten der marktvermittelten Dienste nachzufragen. Auch im Bereich der privaten Haushalte verstärkt sich aus diesem Grund die hausinterne ›Eigen- und Dienstleistungstätigkeit‹. Der Besuch eines sogenannten ›Baumarktes‹ macht deutlich, wie viele Bundesbürger plötzlich ihre brachliegenden handwerklichen Fähigkeiten entdeckt haben und ihren Haushalt reichhaltig mit Sachgütern zum Zwecke einer individuellen Dienstleistungsproduktion ausstatten.[37]

In ökonomischer Hinsicht erscheinen die Schattenaktivitäten letztlich als das Ergebnis individuell rationaler Ausweichstrategien, die von den Bürgern eingeschlagen werden, um der hohen Belastung durch Steuern und Sozialabgaben oder der staatlichen Reglementierung ihres Verhaltens zu entgehen. Ingo B., ehemaliger gelernter Modellschreiner, der jetzt nur noch bei Bedarf

jobt, spricht das Motto seines ökonomischen Untergrunddaseins klar aus: »Arbeiten gehn, wie du Bock hast, für ne schnelle Mark, bar auf die Hand, brutto wie netto, was willste mehr?«

Ein ökonomisch begründetes Interesse, in den Schattenbereich auszuweichen, können sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmer haben. Bei den abhängig Beschäftigten sind drei Motive hervorzuheben: erstens ein gewöhnliches Erwerbsstreben verbunden mit dem Ziel, seine Einkommenssituation zu verbessern[38]; zweitens die Notwendigkeit, durch Schattenarbeit die im Bereich der regulären Beschäftigung krisenbedingt auftretenden Einkommensausfälle (z. B. bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit) oder inflationsbedingte Realeinkommensverluste zu kompensieren, um so den erreichten Lebensstandard zu sichern[39]; drittens der Versuch, einer stärker selbstbestimmten Erwerbstätigkeit nachzugehen. Für die Unternehmer liegt der Anreiz vor allem darin, sich mit der Rekrutierung aus dem flexiblen Schattenarbeitspotential billige Arbeitskräfte besorgen und rechtliche Arbeitsschutz- und Arbeitszeitverordnungen sowie Einstellungs- und Kündigungsvorschriften umgehen zu können. Speziell im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe können sich hierdurch Produktions- und Arbeitsmöglichkeiten ergeben, die sich angesichts der restriktiven staatlichen Reglementierung der offiziellen Beschäftigungsverhältnisse nicht eröffnet hätten. Paradebeispiel ist die mittelständische Textilindustrie in Italien, in der allein ca. 300 000 Schattenarbeiter/innen tätig sind und in der die halbillegale Form der Heimarbeit stark expandiert ist.[40] In der Bundesrepublik finden sich, wenn auch nicht so extrem ausgeprägt, solche illegalen Arbeitsverhältnisse z. B. im Gaststättenbereich oder im Bausektor.

Als weitere Faktoren, die die Entstehung der Schattenökonomie gegenwärtig begünstigen, können folgende Punkte genannt werden: Erstens die Strukturkrise des Arbeitsmarktes, die sich in einer verstärkten Segmentierung, d. h. einer Aufspaltung des Gesamtarbeitsmarktes in abgeschottete Teilmärkte, und in einer zunehmenden Marginalisierung der Arbeitslosen ausdrückt.[41] Zweitens die fortschreitende Flexibilisierung der Arbeitszeit, die neue Formen variabler Teilzeitbeschäftigung hervorbringt.[42] Drittens ein Bedeutungs- und Wertwandel der Arbeit, der sich in einer Infragestellung der identitäts- und sinnstiftenden Funktion speziell der Industriearbeit, aber auch der ›Arbeit‹ generell niederschlägt.[43] Diese Entwicklungsmomente der modernen Arbeitsgesellschaft erleichtern und forcieren die Umwandlung formeller Arbeits- und Lebensverhältnisse in Tätigkeits- und Existenzformen, die sich außerhalb der traditionellen, gesellschaftlich fest institutionalisierten Bereiche bewegen. Die potentielle Basis einer informellen Ökonomie wird hierdurch stetig erweitert.

5. Dem Schatten auf der Spur

Die gegenwärtige Diskussion der Schattenökonomie, speziell ihres Stellenwertes in der Bundesrepublik, leidet darunter, daß sie den Bereich spekulativer Schätzungen noch nicht verlassen hat. Das hier zu lösende Problem besteht darin, ein Phänomen zu messen, das sich grundsätzlich seiner empirischen Erfassung entziehen will. So kann der Umfang der Schattenwirtschaft nur indirekt ermittelt werden. Es können nur die Spuren nachgezeichnet und aufgezeigt werden, die dieses Phänomen im Kreislauf der regulären Wirtschaft hinterläßt. Vier mögliche Ansatzpunkte der empirischen Erfassung werden diskutiert[44]:

a) Erstens kann die Differenz zwischen der Höhe der offiziell gemessenen Erwerbsquote, d. h. dem Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, und einer geschätzten tatsächlichen Quote Anhaltspunkte für den Umfang der Schattenwirtschaft liefern. In der BRD liegt die offizielle Quote bei ca. 45 Prozent. So hoch wird ungefähr auch die tatsächliche Erwerbstätigkeit in Italien geschätzt, entgegen der offiziellen Erwerbsquote, die 1975 z. B. lediglich 35 Prozent betrug. Diese hohe Differenz wird als Zeichen für den beachtlichen Umfang der »economia sommersa« gewertet.

b) Zweitens können Unterschiede zwischen den offiziell deklarierten und registrierten Einkommen und den tatsächlichen Konsumausgaben schattenwirtschaftliche Aktivitäten anzeigen. Hierin kommt zum Ausdruck, daß die illegal erworbenen Einkommen einen real weit höheren Lebensstandard ermöglichen und sich in höheren Ausgaben niederschlagen, als dies aufgrund der offiziellen Berechnung der Einnahmeseite des Sozialproduktes zu erwarten gewesen wäre.

c) Drittens kann die Größe der Schattenwirtschaft auch unmittelbar aufgrund der aufgedeckten und darüber hinausgehenden Steuerhinterziehung geschätzt werden.

d) Viertens, und hierauf stützen sich die bisher fruchtbarsten Arbeiten, können aus Veränderungen der zirkulierenden Bargeldmenge Rückschlüsse auf die Größe der Schattenwirtschaft gezogen werden. Ausgangspunkt bildet hierbei die Tatsache, daß schattenwirtschaftliche Transaktionen in der Regel aus Angst vor ihrer Entdeckung mit Hilfe von Bargeld abgewickelt werden. Geht man von einem als ›normal‹ eingeschätzten Bargeldbedarf der regulären Wirtschaft aus und stellt dieser Größe die real zirkulierende Bargeldmenge gegenüber, so zeigt sich, daß der tatsächliche Bargeldumlauf größer ist als die Geldmenge, die zur Abwicklung des Sozialproduktes ›normalerweise‹ benötigt würde. Die Differenz ist ein Indiz für den Umfang der ›schwarzen‹ Transaktionen. Ganz deutlich ablesen läßt sich diese monetäre Spur schattenökonomischer Aktivitäten an dem ansteigenden Bedarf und Umlauf ›großer‹ Banknoten, mit denen auch umfangreichere ›schwarze‹ Fi-

nanztransaktionen einfach abzuwickeln sind. So hat in der Bundesrepublik der Anteil von 500- und 1000-Mark-Scheinen am Bargeldvolumen zwischen 1975 und 1980 um mehr als ein Drittel zugenommen.

6. *Spektrum schattenökonomischer Wirkungen*

Wichtiger noch als die Ermittlung des quantitativen Umfanges ist die Beantwortung der Frage nach den Wirkungen, die von dem schattenökonomischen Sektor auf die Gesamtwirtschaft ausgehen. Relevant ist dies zunächst, um den tatsächlichen Zustand der Volkswirtschaft bestimmen zu können. Das Bild, welches die offizielle Statistik ohne Berücksichtigung der Schattenaktivitäten zeichnet, ist ungenau, ja oft verzerrt.
Die Beschäftigung mit dem Phänomen Schattenwirtschaft erfolgt daher oft mit dem Ziel, den Nachweis zu führen, die offizielle Rate der Arbeitslosigkeit weise eine höhere als die tatsächliche Anzahl von Arbeitslosen aus[45], die gesamtwirtschaftliche Preisniveauentwicklung sei niedriger, als dies die amtliche Inflationsrate anzeige, und die volkswirtschaftliche Wachstumsrate sei höher anzusetzen, als dies offiziell[46] geschehe. Unterstellt wird im einzelnen: Erstens, die Schattenarbeiter seien zu einem großen Teil registrierte Arbeitslose und die Arbeitslosenstatistiken daher gemäß der Schattenbeschäftigung zu korrigieren; zweitens, die Preise bzw. die Preisentwicklung in der Schattenwirtschaft sei systematisch niedriger als in der regulären Wirtschaft und schwäche daher den gesamtwirtschaftlichen Preisniveauanstieg ab; drittens, der Schattensektor leiste einen eigenständigen Beitrag zur nationalen Wertschöpfung und sei nicht das alleinige Resultat steuerlicher Ausweichstrategien oder verlagerter ökonomischer Aktivitäten.
Wenn die offiziellen Wirtschaftsdaten systematisch verzerrt sind, dann besteht die Gefahr, daß die hieraus abgeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu ungewünschten und ökonomisch negativen Effekten führen. Wenn aufgrund falscher Informationen, die die offiziellen Wirtschaftsindikatoren liefern, weitere staatliche Eingriffe und Reglementierungen im Bereich der regulären Wirtschaft erfolgen und durch diese Maßnahmen wiederum der Anreiz erhöht wird, ökonomische Aktivitäten in den Schattensektor zu verlagern, dann kann ein Teufelskreis entstehen, der zu einem stetigen, sich selbst verstärkenden staatlichen Politikbedarf führt.[47]
Der Versuch, die Wirkungszusammenhänge von regulärer und irregulärer Wirtschaft präziser zu erfassen, wirft die Fragen auf, inwieweit die Schattenaktivitäten die Marktnachfrage und das Marktangebot der regulären Ökonomie beeinflussen können und inwieweit zwischen diesen beiden Wirtschaftsformen substitutive oder komplementäre Beziehungen möglich und denkbar sind.

Solange keine konkreten empirischen Daten vorliegen, können auch hier nur Vermutungen über mögliche Wirkungsabläufe geäußert werden.[48] Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit schattenökonomischer Güter- und Dienstleistungsangebote begründen sich primär in ihren relativ niedrigeren Preisen. ›*Schwarze Konkurrenz*‹ von Anbietern, die auf der Basis billiger Schwarz- bzw. Schattenarbeit ihre Preise kalkulieren, verdrängt auf den offiziellen Märkten reguläre Anbieter und Produzenten. Angenommen werden kann jedoch, daß die durch die Schattenwirtschaft bedingten Nachfrage- und Umsatzverluste in der regulären Wirtschaft gemindert bzw. kompensiert werden können durch einen ansteigenden Bedarf an produktiven Vorleistungen, Hilfsgütern etc., der von den irregulären Wirtschaftsaktivitäten ausgeht. Denkbar ist auch, daß das in der Schattenwirtschaft erzielte Einkommen in der regulären Wirtschaft zu einer zusätzlichen Nachfrage führt. Es kann weiter vermutet werden, daß Konsum- und Versorgungsnachfrage, die zu den herrschenden offiziellen Marktpreisen nicht realisiert wird, aufgrund der niedrigeren Schattenpreise auf den irregulären Märkten nachfragewirksam wird. Es kann sich so die Struktur der wirtschaftlichen Gesamtnachfrage verändern, während ihr quantitativer Umfang gleich bleibt. Als negativer Wirkungsaspekt bleibt aber auch in diesem Falle der Ausfall von staatlichen Steuereinnahmen und Sozialabgaben bestehen. Den individuellen Vorteilen der an der Schattenökonomie Beteiligten stünde ein gesamtgesellschaftlicher Verlust gegenüber. Für ein abschließendes Urteil sind daher genauere ökonomische Wirkungsanalysen unerläßlich.

Beim jetzigen Erkenntnisstand bleibt auch die Frage offen, ob zwischen den regulären/irregulären bzw. formellen/informellen Sektoren der Ökonomie substitutive oder komplementäre Beziehungen bestehen und welche Entwicklungsdynamik hierin enthalten ist. Denkbar ist sowohl, daß der informelle Bereich eine Stabilisierungsfunktion für die formelle Ökonomie übernimmt, als auch eine progressive ›Arbeitsteilung‹ zwischen beiden Bereichen. Während dem Markt und dem Staat die Aufgabe der Grundversorgung mit wirtschaftlichen und sozialen Gütern und Dienstleistungen übertragen würde, könnte der informelle Sektor die Funktion einer autonomen Bedarfsdeckung übernehmen.[49]

Anmerkungen

1 P. M. Gutmann, »The Subterranen Economy«, in: *Financial Analysts Journal*, Nov./Dec. 1977, S. 26 ff.; E. L. Feige, »How Big Is The Irregular Economy?«, in: *Challenge*, 5, 1979, S. 5 ff.; V. Tanzi, »The Underground Economy in the United States: Estimates and implications«, in: *Banca Nationale del Lavoro Quarterly Review*, 135, 1980, S. 427 ff.

2 Schattenwirtschaftliche Aktivitäten werden auch für sozialistische Wirtschaftssysteme be-

schrieben. Sie werden hier unter dem Begriff der »Parallelökonomie« zusammengefaßt; vgl. D. K. Simes, »The Soviet Parallel Market«, in: *Survey*, 3, 1975, S. 42 ff.

3 B. S. Frey, »Wie groß ist die Schattenwirtschaft?«, in: *Wirtschaft und Recht*, 3, 1981, S. 150.

4 G. Schmölders, »Der Beitrag der ›Schattenwirtschaft‹«, in: E. Küng, (Hg.), *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft, Festschrift für W. A. Jöhr*, Tübingen 1980, S. 373.

5 Vgl. »Stille Reserven«, in: *Capital*, 11, 1978, S. 206.

6 I. Ross, »Why The Underground Economy Is Booming«, in: *Fortune*, 9. 10. 1978, S. 92 ff.; ders., »The Fast Growth of the Underground Economy«, in: *Busines Week*, 13. 3. 1978.

7 G. W. E. Hegel, *Phänomenologie des Geistes*. Vorrede, Frankfurt 1970, S. 35.

8 Neben den bisher genannten Titeln siehe die Literaturangaben bei K. Gretschmann / W. Ulrich, »Wirtschaft im Untergrund«, in: *Wirtschaftsdienst*, 9, 1980, S. 444 ff. und in V. Tanzi (Hg.), *The Underground Economy in the United States and Abroad*, Toronto 1982.

9 A. Smith, »The Informal Economy«, in: *Lloyds Bank Review*, 141, 1981, S. 47.

10 G. Gaetani-d'Aragona, »The Hidden Economy: Concealed Labor Markets in Italy«, in: *Rivista Internazionale di Scienze Economiche e Commerciali*, 3, 1981, S. 272 f.

11 J. Alden, *Nature and extent of moonlighting in Britain*, mimeo., London 1978.

12 Vgl. die Quellenangaben bei B. S. Frey, »Wie groß ist . . .«, a. a. O., S. 145 f.

13 Welche extremen Ausmaße die Schwarzarbeit gerade im Bausektor annehmen kann, zeigte das Ergebnis einer umfangreichen Recherche, die im Kreis Wetzlar im Jahre 1974 durchgeführt wurde. »Von 1500 Rohbauten in 82 der insgesamt 91 Großgemeinden und Ortsteile des Kreises Wetzlar wurden nur 338 von zugelassenen Betrieben, ein kleiner Teil in Nachbarschaftshilfe erstellt, und der Rest entfiel auf Schwarzarbeit«, zitiert nach »Stille Reserven«, in: *Capital*, 11, 1978, S. 207.

14 B. S. Frey, »Schattenwirtschaft. Schwierig zu fassen«, in: *Wirtschaftswoche*, 46, 1981, S. 78.

15 W. Ulrich, »Schattenwirtschaft und Finanzkrise des Staates«, in: B. Rahmann / J. Welsch (Hg.), *Wohlfahrtsstaat im Defizit*, Köln 1982, S. 217.

16 Siehe u. a. R. G. Heinze / Th. Olk, »Selbsthilfe, Eigenarbeit, Schattenwirtschaft«, in: F. Benseler / R. G. Heinze, A. Klönne (Hg.), *Zukunft der Arbeit*, Hamburg 1982, S. 13 ff.; J. Berger, »Zur Zukunft der Dualwirtschaft«, in: ebenda, S. 97 ff.; E. Matzner, »Zur Entwicklung des autonomen Sektors«, in: ders., *Wohlfahrtsstaat von morgen*, Frankfurt/New York 1982; J. Gershuny, »The Informal Economy. Its role in post-industrial society«, in: *Futures*, Febr. 1979, S. 3 ff.; I. Illich, »Schattenarbeit oder vernakuläre Tätigkeiten«, in: *Technologie und Politik* (Hg. F. Duve), 15, Reinbek 1980, S. 48 ff.; A. Weisbrod (Hg.), *The Voluntary-non-for-profit Sector*, Toronto 1977.

17 K. Gretschmann / W. Ulrich, »Wirtschaft im . . .«, a. a. O., S. 444.

18 W. Ulrich, »Schattenwirtschaft . . .«, a. a. O., S. 219.

19 J. Gershuny, »The Informal Economy . . .«, a. a. O., und *Die Ökonomie der nachindustriellen Gesellschaft*, Frankfurt/New York 1981.

20 Vgl. J. Berger, »Zur Zukunft . . .«, a. a. O., S. 101 f.

21 J. Gershuny, »The Informal Economy . . .«, a. a. O., S. 5.

22 Vgl. C. F. u. E. v. Weizsäcker, »Für ein Recht auf Eigenarbeit«, in: *Technologie und Politik* (Hg. F. Duve), 10, Reinbek 1978, S. 185 ff.

23 Aristoteles schon unterschied die Hauswirtschaft (oikonomia) von dem Bereich des erwerbswirtschaftlichen Handelns (chrematistiké); vgl. Aristoteles, *Politik*, I, 3, TB-Ausgabe Reinbek 1965.

24 Vgl. K. Polanyi, *The Great Transformation*, Frankfurt 1979.

25 C. v. Werlhof, »›Schattenarbeit‹ oder Hausarbeit?«, in: T. Olk / H. Otto (Hg.), *Soziale Dienste im Wandel*, Neuwied/Darmstadt 1982.

26 O. Hawrylyshyn, »The Value of Household Services: A Survey of Empirical Estimates«, in: *The Review of Income and Wealth*, 22, 1976, S. 110 f.

27 Zum Begriff der Reziprozität vgl. K. Polanyi, *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt 1979, S. 219 ff.

28 M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Bd. 1, Köln 1964, S. 280.

29 Vgl. K. Novy / G. Uhlig, »Gemeinschaftlich-dezentrale Wirtschaftsformen. Wirtschaftsarchäologische Bemühungen zur Vielfalt verschütteter Formen der Gegenökonomie«, in: H. J. Wagener (Hg.), *Demokratisierung der Wirtschaft*, Frankfurt 1980 und M. Rodenstein, »Arbeiterselbsthilfe, Arbeiterselbstverwaltung und staatliche Krankenversicherungspolitik in Deutschland«, in: *Starnberger Studien 2: Sozialpolitik als Kontrolle*, Frankfurt 1978.

30 Vgl. W. Hollstein / B. Penth, *Alternativ-Projekte*, Reinbek 1980.

31 Vgl. G. Vonderach, »Die ›neuen Selbständigen‹«, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Nürnberg, 2, 1980.

32 Vgl. E. Matzner, »Zur Entwicklung . . .«, a. a. O. und K. Gretschmann / W. Ulrich, »Wirtschaft im . . .«, a. a. O., S. 445 f.

33 Zur Finanzierungsproblematik sozialstaatlicher Versorgung siehe B. Mettelsiefen, »Die Finanzierung des Sozialstaats: Formen und Probleme«, in: B. Rahmann, J. Welsch (Hg.), *Wohlfahrtsstaat im Defizit*, a. a. O., S. 49 ff.

34 Diese These findet sich im Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bonn 1980, Ziffer 296.

35 Als ›Free-Rider‹ wird derjenige bezeichnet, der zwar kollektive Leistungen in Anspruch nimmt, hierfür aber bewußt keinen kollektiven Beitrag zahlt.

36 Vgl. E. Matzner, *Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftskrise*, Reinbek 1978, S. 82 f.

37 Vgl. B. Joerges, »Berufsarbeit, Konsumarbeit, Freizeit«, in: *Soziale Welt*, 32, 1981, S. 168 ff.

38 Eine Bestrafung nach dem Schwarzarbeitsgesetz ist nur möglich, wenn der Tatbestand der ›Gewinnsucht‹ vorliegt. Nach dem Gesetz ist Gewinnsucht ›die Steigerung des Erwerbssinnes auf ein ungewöhnliches und sittlich anstößiges Maß‹.

39 Vgl. G. Gaetani-d'Aragona, »The Hidden Economy«, a. a. O., S. 274 f.

40 Vgl. speziell hierzu P. Cantelli, *L'economia sommersa*, Rom 1980, S. 100 ff.

41 Vgl. R. Heinze / Th. Olk, »Selbsthilfe . . .«, a. a. O., S. 16 f.

42 Vgl. J. Gabriel, »›Neue Arbeitszeitpolitik‹ als Resultat unternehmerischer Interessen in der ökonomischen Krise«, in: *Prokla*, 46, 1982, S. 134 ff.

43 Vgl. B. Guggenheimer, »Am Ende der Arbeitsgesellschaft – Arbeitsgesellschaft ohne Ende?«, in: F. Benseler / R. G. Heinze / A. Klönne (Hg.), *Zukunft der Arbeit*, a. a. O., S. 63 ff.

44 Vgl. B. S. Frey, »Wie groß ist . . .«, a. a. O., S. 145 ff.

45 Vgl. P. M. Gutmann, »Are the Unemployed Unemployed?«, in: *Financial Analysts Journal*, Sept./Oct. 1978, S. 26 ff. und D. Mertens, »Neue Grauzonen des Erwerbsverhaltens?«, in: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Nürnberg, 12, 1980, S. 151 f.

46 Vgl. E. L. Feige, »How Big Is . . .«, a. a. O., S. 11 f.

47 Vgl. R. R. Alford / E. L. Feige, *Social Indicators, Information Distortion and Public Policy*, mimeo., Washington 1982.

48 Vgl. vor allem W. Ulrich, »Schattenwirtschaft und . . .«, a. a. O., S. 225 f.

49 Vgl. J. Berger, »Zur Zukunft . . .«, a. a. O., S. 109 ff.

AutorenEdition Herbst '82

Hiroshima 1945 – Atomtod einer Stadt. Überlebende berichten

Dieses Buch kann gerade heute – jede einzelne der Zehntausende von Nuklearwaffen ist um ein Vielfaches stärker als die Bombe von Hiroshima – zum Bewußtsein bringen, was der Menschheit droht, wenn sie sich nicht besinnt.

Unveränderter Nachdruck der deutschen Erstausgabe von 1947.
Mit einem Vorwort von Robert Jungk.
Aus dem Amerikanischen von Justinian Frisch.
175 Seiten mit Photos, broschiert DM 12,–

Verlag AutorenEdition
im Athenäum Verlag · Königstein/Ts.

edition suhrkamp

Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949
edition suhrkamp 575. DM 12,–

Peripherer Kapitalismus
Analysen über die Abhängigkeit und Unterentwicklung
Herausgegeben von Dieter Senghaas
edition suhrkamp 652. DM 14,–

Claus Martin Groth
Die Krise der Staatsfinanzen.
Systematische Überlegungen zur Krise des Steuerstaats
edition suhrkamp 918. DM 9,–

Der hilflose Sozialstaat.
Jugendarbeitslosigkeit und Politik.
Herausgegeben von Gero Lenhardt
edition suhrkamp 932. DM 9,–

Eduard Blankenburg (Hg.)
Politik der inneren Sicherheit
edition suhrkamp 1016. DM 10,–

Darcy Ribeiro
Unterentwicklung, Kultur und Zivilisation
Essays. Aus dem Brasilianischen von Manfred Wöhlke
edition suhrkamp 1018. DM 12,–

Eduard Heimann
Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik.
Mit einem Vorwort von Bernhard Badura
edition suhrkamp 1052. DM 12,–

Josef Esser
Die Gewerkschaften in der Krise
edition suhrkamp 1131. DM 12,–

Dieter Senghaas
Von Europa lernen.
Entwicklungsgeschichtliche Betrachtungen
edition suhrkamp 1134. DM 16,–

In allen Buchhandlungen.

Aike Blechschmidt
Munter in die Achtziger ?

Der Kapitalismus hat sich mit der großen Krise Ende der 20er Jahre in eine Sackgasse der Überproduktion hineingewirtschaftet, hineinrationalisiert und -kapitalisiert. Mit dem »Keynesianismus« wurde dann – zumindest national – der erste große Versuch gemacht, die Nachfrageausfälle über den Staat zu kompensieren; erfolgreich im Krieg, weniger erfolgreich im Frieden. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von der ersten (großen) Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft von 1929. Das »Surplus-Problem«, das mit der Überproduktion aufgeworfen wurde, haben Baran und Sweezy (*Monopolkapital*, 1967) zu Recht in den Mittelpunkt ihrer Analyse gestellt. Denn es war keine zyklische Überproduktion, sondern eine, die – national gesehen – den nächsten zyklischen Konjunkturaufschwung zu erdrücken schien. Anwachsen des Staatssektors, der halb- und unproduktiven Zweige (Urlaubsindustrie, Werbung, die Assekuranz usw.) sind danach als Mittel zu interpretieren, um den ansonsten zur Verstopfung der Märkte führenden Surplus zu absorbieren.

Nach 1950 trat – gegenüber den 30er Jahren – freilich insofern eine Änderung ein, als die wieder in Gang kommende Weltmarktkonkurrenz zu einer Welle von investiven Schüben der Firmen führte. Die Warenfülle wurde wieder vermehrt kapitalisiert und damit in klassischer Weise absorbiert. Mehr noch, es trat in konjunkturellen Höhepunkten Warenknappheit ein, so daß es zu Preissteigerungen kam, nicht zuletzt eben infolge der Ausdehnung des staatlichen Anteils. Man mußte zwar damit rechnen, daß das Surplus-Problem wieder eintreten würde, wenn die staatliche Nachfrage zurückgehen würde. Aber Rüstungswettlauf, andere unproduktive Ausgaben und auch steigende Sozialausgaben ließen diesen hypothetischen Fall lange Zeit nicht praktisch werden. So trat die schleichende Inflation an die Stelle des – nur noch latent vorhandenen – Absorptionsproblems. Das Monopol spitzt dabei das Inflationsproblem ebenso zu wie seinerzeit das manifeste und heute das potentielle Absorptionsproblem. Mit einer Krise des Weltmarktes und der dadurch ausgelösten Krise der investiven Verwendung des Surplus mußte es wieder auftauchen. Unsere Lage heute stellt sich so dar:

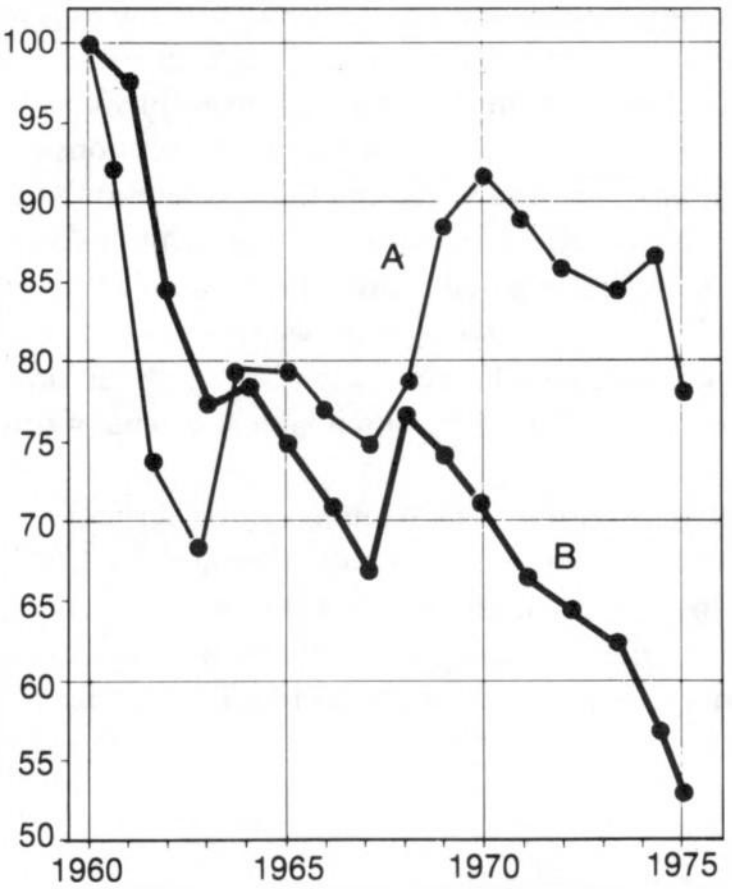
– Zu absorbierender Surplus der Industrie, d. h. des kapitalistischen Markt-

sektors, signalisiert in klassischer Weise durch *Arbeitslosigkeit* und *Verschuldung* und durch die anderen von Sweezy und Baran genannten Faktoren.
– Exzessive Inanspruchnahme für Investitionen im Zuge der Weltmarktkonkurrenz mit konjunkturell vermittelten Investitionsschüben, so daß zyklisch das *Inflationsniveau* steigt; mit der Tendenz zu Raubzügen seitens der Monopolgruppen über die Preise (wie der Ölmultis 1973).
– Riesige Knappheiten an gesellschaftlicher Arbeitszeit für primäre und sekundäre *Sozialisation* und *Ökologie* im weitesten Sinne, signalisiert durch »Bewegungen« (Studenten, Frauen, Jugend u. a.), durch unzählige Bürger- u. a. Initiativen, Aussteiger, d. h. durch eine Art neue, weltliche Religiosität.
Diese Grenzüberschreitung der Ökonomie, ihre Zurückverwebung mit der Gesellschaft, mit den Fragen der Sozialisation und der Ökologie, ist in der Ökonomie selbst aufzuspüren. Die Tendenz zur Aufhebung der bürgerlichen Spaltung in öffentlich und privat, Tausch- und Gebrauchswert, Kapital und Arbeit, macht sich auf ihrem klassischen Terrain, dem Unternehmenssektor und dessen Bilanzen, bemerkbar.

I. Rentabilität in der BRD

Von konservativer Seite – etwa verkörpert durch den Sachverständigenrat – wie von marxistischer Seite – etwa verkörpert durch Elmar Altvater – wird die Krise 1975 als Rentabilitätskrise interpretiert: Als Folge einer im Trend seit 1960 sinkenden Rendite seien schließlich die Investitionen in den frühen 70er Jahren zurückgegangen, woraus letztlich die Krise 1975 entstanden sei; zuzüglich belastet durch Ölpreisexplosion und verschärft durch die Anti-Inflationspolitik.
Nun zeigt das folgende Schaubild, daß dem aller Wahrscheinlichkeit nach nicht so ist. Rendite A sinkt zwar 1960–1963 gegenüber dem Boomjahr 1960, aber danach, d. h. in den nächsten zwölf Jahren, steigt sie, wenn auch schwankend. Der Krise von 1975 geht also kein besonders ausgeprägter Renditefall voraus, vielmehr lag die Rendite in den Jahren 1970–1975 über dem Durchschnitt der Jahre 1960–1970.
Nun zeigt das Schaubild aber auch noch die Rendite B, das ist die Rendite, die sowohl der Sachverständigenrat als auch marxistische Autoren wie Altvater benützen. Diese Rendite B paßt, wie man sieht, zur oben genannten Krisenthese (daß Konservative und Marxisten diesen Renditefall kontrovers begründen, steht auf einem anderen Blatt).
Der Unterschied zwischen Rendite A und Rendite B liegt im Zahlenmaterial. Leider gibt es ja keine Gewinn-Statistik, und die Ziffern, die als Ersatz

Schaubild 1:



hierfür herangezogen werden, dienen anderen Zwecken und gehören obendrein zu den unzuverlässigsten Zahlen, die das Statistische Bundesamt überhaupt liefert: die Zeitreihe »Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen« einerseits und die »Jahresüberschüsse« der – veröffentlichten! – Bilanzen der Kapitalgesellschaften andererseits. Schon darum erscheint eine vorsichtige und dem Zweck der Untersuchung angemessene Verwendung dieser Ziffern geboten.

Aber Sachverständigenrat und andere konservativ vorbelastete Institute rechnen munter – sozusagen – mit falschem Geld; beim Sachverständigenrat (den »Fünf Weisen«) verschwindet obendrein plötzlich der Zahlenzauber, aus »methodischen Gründen«, um dann, wenn er wirtschaftspolitisch wieder paßt, erneut aufzutauchen: Um eine härtere Gangart in der Lohnpolitik zu begründen, wird deren ungute Rolle beim »Verfall der Rendite« der BRD-Wirtschaft durch die Kurve B illustriert und »bewiesen«[1]. Ebenso – nur anders herum – die marxistische Orthodoxie. Hat doch die Krise 1975 zu zeigen, daß Marx mit seinem Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate recht hat, daß somit die orthodoxe Analyse die allein wegweisende sein kann und der beste Schutz gegen revisionistische Laster ist. Und siehe da, die Rendite fällt und fällt, – natürlich nicht lohnbedingt (wie die bürgerliche Ökonomie sich nicht schämt zu behaupten), sondern durch das stürmische, anarchische Wachsen des Kapitalstocks, also des Nenners des Renditequo-

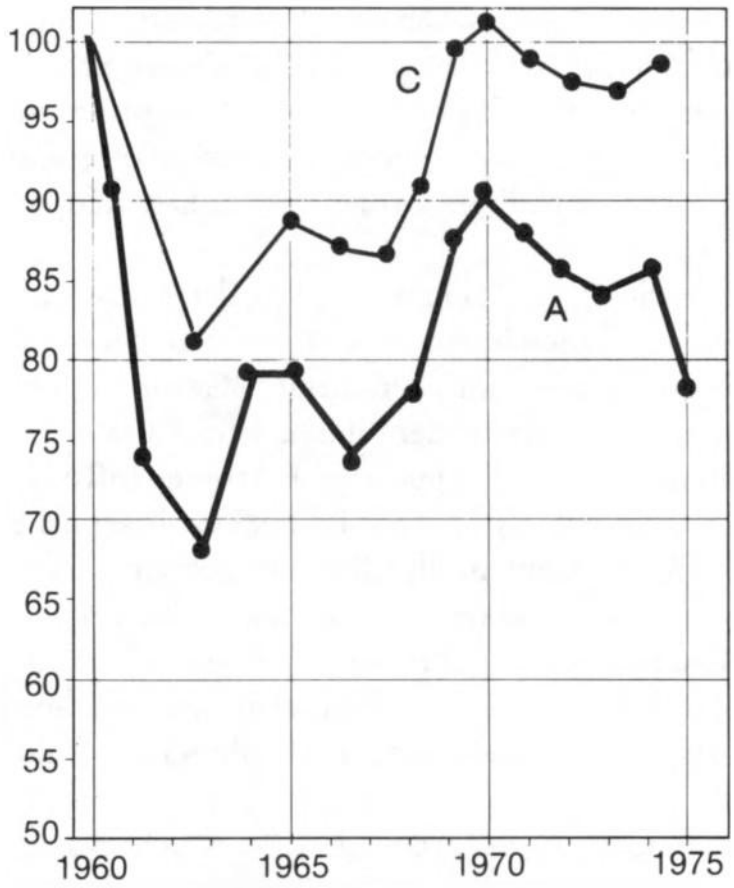
tienten (Gewinn : Kapital). Auch eine große Ausbeutung, d. h. auch eine große Steigerung der Gewinne, kann das nicht ausgleichen . . . So kommt jedes der beiden weltanschaulichen Lager auf seine politischen Kosten.
Tatsächlich zeigt nun eine genauere Untersuchung des – wie von allen zugegeben wird – groben, verfälschenden Zahlenmaterials, daß es einige im Zeitablauf verzerrende Faktoren aufweist. Einige Bestandteile der Ersatz-Gewinn-Ziffern sind inflationär verzerrt bzw. durch die staatlichen Aktivitäten belastet oder durch den Verteilungskampf aufgebläht. Dadurch wird der Anschein erweckt, die als Gewinn anzusehenden Bestandteile dieser Ersatz-Gewinn-Ziffern wären eingeschränkt. Dieser Schein trügt. Es ist, wie wenn von einem Fluß im Gebirge der Kies weggeschwemmt wird, – der Fels (= der Gewinn) bleibt dennoch da. Die notwendige statistisch-technische Analyse[2] kann hier nicht nachvollzogen, es kann nur als Resultat festgehalten werden:
Die ökonomisch wichtigen Phänomene wie Inflation, zunehmender Verteilungskampf und zunehmende staatliche Aktivitäten haben zu einer Verzerrung der Statistik allgemein und der (Ersatz-)Gewinnziffern insbesondere geführt. Insofern mißt dann der abnehmende Quotient (Ersatz-)Gewinn : Kapital eher diese drei genannten Faktoren (Inflation, Verteilungskampf und Staatsaktivität) als die Rentabilität. Um dieser näher zu kommen, müssen wir die Komponenten, die Gewinn noch am ehesten signalisieren können, von den anderen unterscheiden. Wir müssen, um im obigen Bild des Flußbettes zu bleiben, zwischen Kies und Fels zu trennen versuchen. Es ergibt sich eine im Trend anders verlaufende (Ersatz-)Gewinn-Zeitreihe. Und diese schlägt sich in einem anderen Rendite-Verlauf nieder, wie Rendite A zeigt.
Damit wird die Frage der Krise erneut gestellt: Welche Rolle spielt dabei die Rentabilität wirklich? Das führt zu den eingangs erwähnten Widersprüchlichkeiten von Absorptionsproblemen einerseits und Knappheiten andererseits. Hierzu sei die Rentabilitätskurve nochmals vorgestellt und in einigen Modifikationen betrachtet.

1. Besserer Cash Flow

In die Rendite gehen nur die Nettogewinne ein, d. h. das, was nach Abzug *aller* Kosten bleibt. Ein Teil der Kosten, nämlich diejenigen, die für Maschinen- und Gebäudeabnutzung stehen – die sogenannten Abschreibungen –, bleiben dem Unternehmen erhalten bis zum Kauf der neuen Maschine (bzw. bis zum Neubau des Gebäudes).
Die Abschreibungen gehören somit zwar nicht zur reinen Gewinn-, aber sehr wohl zur Finanzierungsmasse, über die das Unternehmen Jahr für Jahr verfügen kann, wenn es um die Finanzierung von neuer Maschinerie etc.

geht. Die Summe aus Gewinnen, Abschreibungen und einigen weiteren, in der Regel sehr kleinen Posten heißt Cash Flow. Bezogen auf das Kapital kann dann von Cash-Flow-Rendite gesprochen werden. Das folgende Schaubild zeigt sie als Rendite C zusammen mit Rendite A: Sie hat im Zeitablauf von 1960 bis 1975 zugenommen, dies allerdings im heftigen Auf und Ab der Konjunkturen.

Schaubild 2:



Das Investitionspotential der westdeutschen Unternehmen ist somit im Zeitablauf gestiegen, d. h. die Akkumulationskraft, die im Aufschwung freigesetzt wird, ist größer geworden, die Fähigkeit der Unternehmen, Preissteigerungen im Investitionsgütersektor zu verkraften, ist gewachsen. Treibendes Moment ist die verschärfte Weltmarkt-Konkurrenz seit 1950 (bis dato). Die Teuerung bei Investitionsgütern, die die Inflation eines Zyklus in der Regel initiiert, ist nun tatsächlich von Zyklus zu Zyklus größer geworden, – offensichtlich, weil die bessere Cash-Flow-Relation die Unternehmen in den Stand setzte, mit den Preisen Schritt zu halten, d. h. inflationär um Investitionsgüter zu konkurrieren.

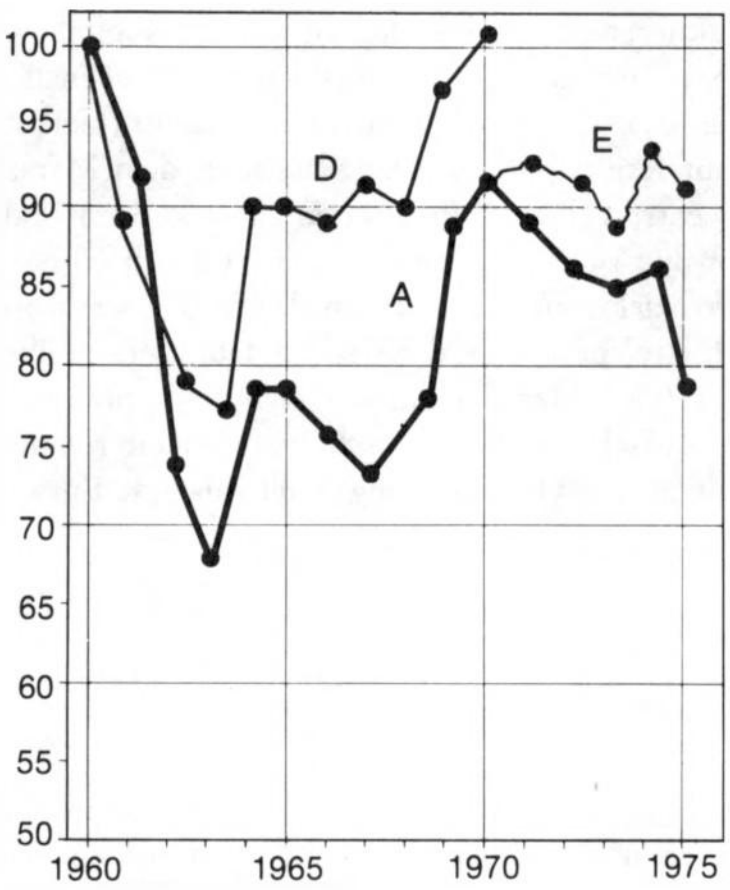
Andererseits ist der Cash Flow auch verstärkt der restriktiven (und natürlich auch expansiven) Wirtschaftspolitik ausgesetzt. Wenn der Staat, um die Inflation zu zügeln, die steuerlich absetzbaren Abschreibungen einschränkt, sinkt der manifest gewordene Cash Flow, er wird dann mit

Zeitverzögerung, nämlich im Falle der Lockerung der Vorschriften, wirksam.
Da die Rendite im Schaubild mit den der Abnützung tatsächlich entsprechenden Abschreibungen, nicht mit den steuerlichen Abschreibungen berechnet ist, bringen die Schwankungen der Rendite C das konjunkturelle Auf und Ab und damit die inflationäre Potenz im Aufschwung nur unvollständig zum Ausdruck.
Symmetrisch zum Inflationspotential steigt auch das Krisenpotential, nämlich dann, wenn der Staat mit einer Anti-Inflationspolitik versucht, das Preis-Karussell (die Reihum-Weitergabe von Preiserhöhungen, von Firma zu Firma, von Firma an Lohnempfänger und Staat, von diesen zu Firmen usw.) zum Stehen zu bringen.

2. Mehr Kapital und schwankender Gewinn

Die Rendite sinkt, wenn der Gewinnanteil an der Wertschöpfung sinkt; die Rendite sinkt aber auch, wenn das Verhältnis Kapital zu Wertschöpfung, der sogenannte Kapitalkoeffizient, zunimmt. Im folgenden Schaubild soll dies auseinandergehalten werden.

Schaubild 3:



Hierzu wurde die Kapitalausstattung auf die Proportion von 1960 bzw.

1970 eingefroren (rechnerisch). Nun verändert sich die Rendite nur noch bedingt durch Verschiebungen in der Einkommensverteilung zwischen Gewinn, Lohn und staatlichem Anteil (Steuern etc.): Dies ist Rendite D bzw. E im Vergleich mit Rendite A. Der Unterschied zwischen A einerseits und D bzw. E andererseits wird durch die tatsächliche Veränderung der Kapitalausstattung bewirkt.

Es zeigt sich nun, daß die kontinuierliche Mehrausstattung mit Anlagevermögen in der gesamten Periode 1960–1975 auf einen Renditefall hinwirkte, während die Verschiebung in der Einkommensverteilung lediglich zu starken Schwankungen führte. Dabei gilt, daß die Gewinnquote zwar zuerst (bis 1965) zurückging, d. h. zum Renditefall beitrug (und somit der konservativen Argumentation recht gibt), danach (bis 1970) aber so stark anstieg, daß der Renditesenkungseffekt, der von der Kapitalausstattung herrührte, kompensiert wurde. In den Jahren 1970–1975 veränderte sich die Gewinnquote kaum. Das bedeutet: 1960–1975 kann keine Rede davon sein, daß durch Verteilungsverschiebungen zugunsten Lohnabhängiger ein trendhafter Fall der Rendite verursacht wurde. Darüber hinaus wurde die Renditesenkung, die vom Kapitalfaktor ausging, in wichtigen Phasen der Periode 1960–1975 kompensiert. Dieser vom Kapitalfaktor ausgehende Renditefall betrug im Zeitablauf 1960 : 1970 $^1/_{10}$, beide Jahre sind nämlich konjunkturell vergleichbar. Die größere Spanne etwa 1967 (in der Rezession) wurde durch geringe Produktion bewirkt, d. h. das vorhandene Kapital war massiv unterausgelastet. Das gleiche gilt für die Schere zwischen 1973 und 1975: sie spiegelt die Krise selbst, nicht einen Krisenfaktor (hier: steigende Mehrausstattung mit Kapital) wider. Der klassische, dem Marxschen Gesetz – vielleicht! – entsprechende Profitratenfall des Kapitalfaktors von $^1/_{10}$ zwischen 1960 und 1970 ist überdies nach 1975 durch kapitalsparende Technologien (Mikroelektronik ist ein Beispiel) kompensiert worden. Die schon nach 1965 erfolgreiche Politik der Renditestabilisierung über die Einkommensverteilung (zu Lasten der Nicht-Gewinne) konnte nach 1975 fortgesetzt werden. Zwischen 1975 und 1980 ist daher die Rendite wieder leicht gestiegen. Eine neuere Untersuchung[3] zeigt folgende Entwicklung:

1968 - 71	37
1972 - 75	36
1976 - 78	36
1978	38
1980	37

Wir sehen, daß eine sich am zentralen Kriterium des Kapitalismus festmachende Untersuchung, nämlich eine Rentabilitätsanalyse, nicht zur Krisenerklärung führt. Man kann die Rendite drehen und wenden, wie man will, von Krisenerklärung keine Spur. Statt dessen: eine für das Kapital erfolgrei-

che Einkommenspolitik und Fehlanzeige hinsichtlich der Vermutung, das Kapital wirke trendhaft als Senkungsfaktor auf die Rendite.

3. Hase und Igel bzw. blinde Kuh

Und schließt sich hier nicht an, daß viele Wirtschaftsanalysen – etwa in der Bundesrepublik die der fünf großen Wirtschaftsinstitute mit ihrer jährlichen Frühjahrs- und Herbstprognose – so peinlich nichtssagend verlaufen? Während ökologische Hiobsbotschaften sich übertreffen (der Schritt von der großen Analyse des Meadow-Berichts 1972 zur feineren Analyse von *Global 2000* (1980) hat ja mit, in der Sache, schlimmeren Resultaten geendet); während kleine militärische Konflikte wie Falkland oder Beirut global Vernichtungsängste mobilisieren, weil die nukleare Ratio den Weltuntergang zur statistischen Wahrscheinlichkeit erhoben hat; während die Arbeitslosigkeit Jahr für Jahr zunimmt und die Banker aus ihren Kreditschlingen sich zu befreien Angst haben, weil damit bereits die Katastrophe eines Weltmarktzusammenbruchs initiiert werden könnte –: nach der offiziellen Wirtschaftsbeobachtung läuft alles in etwa normal: »Eine keynesianische Doppelstrategie, die sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Kostenseite ansetzt, ist im Prinzip die einzig richtige Politik.«[4] Dieser Satz hätte ebenso 1962 geschrieben werden können.

Die Technik der Konjunktur- und Wachstumssteuerung und die Stabilisierungstechniken hinsichtlich der Rendite haben sich selbst als Analyse-Hemmnis erwiesen. Nach dem, was mit diesem Instrumentarium erkannt und bewirkt werden kann, ist die Welt in Ordnung. Fast könnte man sagen, daß sich die Realität nach den etablierten wirtschaftspolitischen Instrumenten gerichtet hat, ein Schein, der durch eben diese Instrumente selbst entstanden ist. Was nicht hineinpaßt, wird als Inflation, Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung u. a. ausgeschwitzt. Diese drei nicht ins offizielle Konzept passenden Faktoren nehmen daher den Stellenwert von Landplagen ein. Daß diese begriffliche Exterritorialisierung im Kern auch an der wirtschaftlichen Krise vorbeigeht, soll am Beispiel der Inflation gezeigt werden.

4. Inflation und Rentabilität

Die für die Unternehmen nicht ungünstige Rendite-Entwicklung geht seit Mitte der 60er Jahre mit der zunehmenden Inflation einher. Reflektieren wir vor diesem Hintergrund noch einmal die Kurven von Schaubild 3 (Rendite D und E), d. h. die Rendite, die nur den Verteilungskampf widerspiegelt.

Dieser Verlauf signalisiert, daß z. B., rein von der Verteilung her, die Ren-

dite 1970 höher liegt als 1969. Da nun 1970 die höchsten Lohnsteigerungen der Nachkriegszeit stattfanden (die eine Renditesenkung für 1970 erwarten ließen) und gleichzeitig die Inflationsrate einen sehr kräftigen Sprung tat (nämlich von 3% auf 5%), kann man vermuten, daß es den Unternehmen nicht nur gelang, die Lohnkostensteigerungen über die Preise zu kompensieren (zu Lasten des Staates und der Exportabnehmer), sondern aus dem inflationären Plus per Saldo ein Renditeplus zu erzielen.
Auch hinsichtlich der Jahre nach 1970, in denen die Rendite (bis auf 1974/75, wo sie krisenbedingt sank) kaum zurückging, die Inflationsrate aber von Jahr zu Jahr zunahm (bis auf fast 8% Mitte 1974), kann gesagt werden, daß es bis 1974 gelang, den von den Gewerkschaften ihrerseits gestarteten Kompensationsversuch zu neutralisieren. Wir wissen, daß dies in der (seinerzeit, 1974, von der ÖTV angeführten) Lohnrunde ein höchst staatstheaterhaftes Ende fand, als die Gewerkschaften im Interesse der Nation zur Lohnzurückhaltung vergattert wurden; Kluncker, der damalige ÖTV-Chef, war fast so etwas wie ein Staatsfeind geworden.
So weit die aktuelle, dem Jahr-für-Jahr-Vergleich gewidmete Interpretation. Sie schließt mit dem Eindruck einer zunehmenden »Sinnlosigkeit von Verteilungskämpfen«, wie sich der Sachverständigenrat ausdrückte. Obwohl also die Renditestabilisierung bis kurz vor der Krise 1975 gelang, ging dies mit einer wirtschaftspolitischen Frustration einher, – wobei die Enttäuschung eng mit dem Erfolg zusammenhängt.
Der Preis kapitalistischer Stabilisierung – zunehmende Preissteigerungen – hatte 1973/74 in den Augen der Wirtschaftspolitiker ein enttäuschend hohes Maß angenommen. Und im selben Jahr 1974 wurde bereits eine neue Wirtschaftspolitik wirksam. Seit 1972 von den maßgeblichen Beratungsgremien (wie z. B. dem Sachverständigenrat) gefordert, durch den Sturz des (mit keynesianisch angelegten Reformen identifizierten) Kabinetts Brandt abgesichert und durch Schmidt bis in die jetzigen 80er Jahre hinein durchgehalten, wurde mit einer Millionen-Arbeitslosigkeit kalkuliert, die im keynesianischen Gedankengebäude der 50er und 60er Jahre undenkbar schien.
Diese dritte wirtschaftspolitische Ära von 1972/73 bis 1982 dauert somit bereits doppelt so lang wie die zweite, die keynesianische von 1966 bis 1972, und hat so fast die Länge der ersten Ära, der neoliberal ausgerichteten Wirtschaftspolitik von 1952 bis 1965, erreicht. Der Abschied von der keynesianischen Periode unter Brandt zur neo-neo-liberalen unter Schmidt ist zweifellos mit dem Phänomen Inflation verbunden. Der Ölpreis-Schock 1973 hat dabei nur gefestigt, was vorher bereits konzipiert war: daß ab einer gewissen – erst im nachhinein genauer bestimmbaren – Inflationsrate ein Koste-es-was-es-wolle-Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik vollzogen werden muß. Die Ölpreiserhöhung hat ja 1973 deutlich gemacht, was das inflationäre Karussell an Geschwindigkeit zuzulegen in der Lage ist, wenn

einzelne Monopolgruppen wie die Öl-Multis zusammen mit dem Opec-Kartell sich einig genug sind, zu nehmen, was der Markt gibt . . .
Bezieht man nun ein, was oben über die Cash-Flow-Rendite gesagt wurde, und daß die so angezeigte Verbesserung der Wettbewerbsposition des BRD-Kapitals im internationalen Investitionswettlauf wirtschaftspolitisch bedingt ist, so kann man sagen: Der Erfolg der keynesianischen Wirtschaftspolitik der BRD muß ihre Grundlage erschüttert haben. Bereitstellung von steigendem Cash Flow zwecks Weltmarktkonkurrenz durch Investitionen einerseits und Abstützung der Nachfrage durch den Staat andererseits kollidierten mit den geringeren und wenig elastischen Wachstumsraten seit den späten 60er Jahren. Gerade weil diese Doppelpolitik dennoch versucht wurde, hat sie mit der Inflation ihre Grenze gezeigt. Die (geringer gewordene) Elastizität der Wachstumsraten (welche, mobilisiert durch hohe Gewinne und hohe Nachfrage, in Erscheinung trat) mußte nun durch eine andere Elastizität ersetzt werden. Das waren der Lohnfond und der Sozialfond. Dies lief auf einen Bruch des »Klassenvertrages« hinaus, wie er seit der ersten Weltwirtschaftskrise – unausgesprochen oder nicht – bestand: Vollbeschäftigung, soziale Sicherung, steigender Lebensstandard gegen Verzicht auf eine klassenorientierte, kämpferische Politik der Gewerkschaften und ihrer Parteiverbündeten. Aus diesem Grunde führte die neue (neo-neoliberale) Wirtschaftspolitik auch zwangsläufig zu einer Krise von Gewerkschaften und SPD. Und dies zeigt nun, daß die Krise 1975 mehr ist als eine rein ökonomische Angelegenheit. Sie stellt klassische Fragen der Reproduktion – die durchs keynesianische Patent für ewig beantwortet schienen – wieder zur Debatte.
Weltmarktkonkurrenz, Sicherstellung und Nicht-Antastbarkeit der Investitionsfonds – gegebenenfalls eben auch über inflationäre Schübe –, dieser Kern kapitalistischer Politik kollidiert mit den sozialen Versprechen an die Massen. Die Kollision erfolgte gerade in der Periode, wo unter Brandt der Versuch gemacht wurde, dem Arbeitnehmer Identifizierung erlaubende Reformen im Bildungs- und Sozialbereich zu starten. Mehr noch: Die staatlichen Fonds verfielen gerade dann einer Kleinlichkeit, Feindlichkeit und Rückschrittlichkeit signalisierenden Sparpolitik, als die pädagogische und ökologische Krise eine Ausweitung dieser Fonds erfordert hätte.
Insofern signalisiert die Inflation eine neue soziale Frage, verbunden mit einer ökologisch-pädagogischen. Der kapitalistische Stamm ist nicht stark genug, ein Identifizierung, d. h. dauerhafte soziale Befriedigung schaffendes Dach zu tragen; diese Säule scheint erst recht zu schwach, um einen ökologisch-pädagogischen Zweig zu entwickeln, der zu dem sozialen Dach hinzukommen könnte. Die sozialen Zweige lichten sich, die pädagogisch-ökologischen Ansätze verkümmern. Die Dominanz der Investitionsfonds zeigt, daß dieses System nach wie vor stark parasitäre Züge hat: Den Stamm selbst

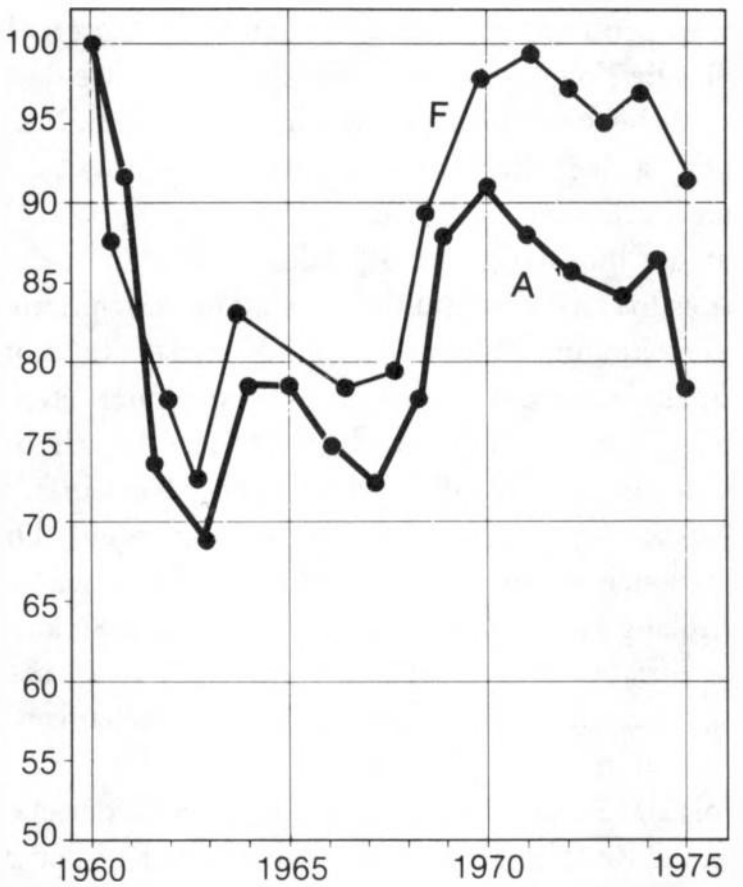
zu erhalten – sprich investiv in der Weltmarktkonkurrenz zu bestehen –, verlangt nicht nur die eigenen Säfte und Kräfte, sondern zuzüglich kostenlose Dienstleistungen ökologischer und pädagogischer Art.
Freilich: noch immer kann man in den 80er Jahren von einem – materiell gesehen – einmaligen Konsumstandard der westlichen Massen sprechen. Und noch immer sind die gesetzlich einklagbaren Sozialleistungen traumhaft verglichen mit dem, was vor dem Ersten Weltkrieg gegeben war. Aber zum einen geht es um eine Trendbeschreibung – und die Perspektiven der Rentenversicherung wie der Krankenversicherung sind für den Verlauf des nächsten Lebensalters, d. h. bis in die ersten Jahrzehnte des 3. Jahrtausends mehr als düster. Und zum zweiten geht es um das Moment der Identifikation; d. h. es geht um die in Krisenzeiten drohende Zunahme von autoritären Bewegungen. Der soziale Abstieg von Millionen nach 1929 in Deutschland führte nicht in den Keller sozialen Elends wie im 19. Jahrhundert; dennoch hat die relative Verschlechterung gewaltige autoritäre Veränderungen geschehen lassen. Und drittens soll hier die historische Perspektive des Problems betont werden: die Wieder-Aktualisierung der sozialen Frage, zusammen mit der neuen Frage der Ökologie und der pädagogischen Problematik.
Bevor dieser Argumentationsstrang weitergeführt wird, sei noch auf ein Kapital-»internes« Problem der Inflation hingewiesen.

5. »Ausgefranste Rendite«

Mit der Inflation war nicht nur eine wirtschaftspolitische Aushöhlung einhergegangen, sie hat auch die Rentabilität selbst als Kompaß gelungener oder mißlungener Kapitalverwertung denaturiert. Dieser höchste Preis der Inflation, nämlich das Orientierungsmittel in den gefahrvollen Gewässern der Konkurrenz, die Rendite, zu verlieren, wird anhand des folgenden Schaubildes deutlich.
Es enthält neben der bekannten Rendite A noch Rendite F. Rendite F liegt um 1965 etwas, nach 1969 stark über Rendite A. Diese Schere bringt die Inflation im Investitionsgütersektor zum Ausdruck. In die Kurve A gingen diejenigen Preise der Kapitalgüter (Maschinen und Gebäude) ein, zu denen sie auf dem Markt tatsächlich gekauft wurden; d. h. das Anlagevermögen wird zu Anschaffungspreisen gerechnet. Diese liegen natürlich unter den Preisen, zu denen das Kapital später, wenn es verbraucht ist, wiederbeschafft werden muß, denn es herrscht ja Inflation. Das zeigt Rendite F, bei der das Anlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen gerechnet wurde.
Realistisch ist die Renditeberechnung (und damit Kalkulation) zu Wiederbeschaffungspreisen dann, wenn damit gerechnet werden muß, daß die In-

flation anhält. Das war bis in die zweite Hälfte der 60er Jahre hinein nicht der Fall (darum schließt sich auch die Schere nach 1965 bis 1968 wieder). Daß zu einer Bilanzierung (und damit Kalkulation) zu Wiederbeschaffungs-

Schaubild 4:



preisen überzugehen ist, stellt sich erst nach einigen Jahren – genauer: nach Ablauf eines Zyklus, innerhalb dessen die Inflation sich nicht mehr beruhigt – heraus. Das war, realistischerweise, erst in den 70er Jahren der Fall. Eine solche Renditeberechnung zu Wiederbeschaffungspreisen ist außerdem für das einzelne Unternehmen sehr schwierig. Denn wie sich die Preise gerade seiner Investitionsgüter entwickeln werden, ist kaum zu prognostizieren. Aus all dem folgt, daß seit Ende der 60er Jahre die Rendite »schwammig«, »ausgefranst« wird. Die zunehmenden Preissteigerungen werden zu einer schweren Hypothek für alle Zukunftsplanungen.[5]

Da die Unternehmen dem Rechnung tragen müssen, nimmt die Vorsicht zu. Das verhärtet sich dann zu dem viel beklagten »Investitionsattentismus« (Sachverständigenrat), wenn eine restriktive Geldpolitik das Inflationsrisiko – vorübergehend – ganz auf die Unternehmen verlagert. Das war 1974/75 der Fall (und 1980/81 wieder). In den frühen 70er Jahren macht die Inflation, wie der Unterschied zwischen Rendite A und F zeigt, im Durchschnitt 10 Prozentpunkte aus. Im Falle des Einsetzens einer restriktiven Geldpolitik heißt das, daß allein geldpolitisch die Rendite von einem auf das andere Jahr

um 10 Prozent sinkt (ganz unabhängig vom Renditefall durch sinkende Kapazitätsauslastung, durch Lohnlage usw.). Die zunehmende Inflation hat somit das punktuell zu erwartende Risiko für die Unternehmen erhöht. Eine solche Risiko-Erhöhung schlägt sich akut und im Schnitt als Liquiditätsproblem nieder. Das betreffende Unternehmen macht dann sehr leicht pleite, obwohl es produktiv arbeitet. Bei zahllosen Unternehmen war und ist das der Fall. Die Folge ist, daß in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Unternehmen nur bei einer höheren Rendite investieren. Mit anderen Worten: Produktivitätsgelegenheiten werden weniger genutzt, die Effizienz der kapitalistischen Marktwirtschaft geht zurück.

Hinzu kommt die mit steigender Inflation gegebene Spekulation: wachsende Anteile des Investitionsfond fließen statt in Maschinerie zwecks Weltmarktkonkurrenz in unproduktive Zweige: Warenspekulation (Silber, Rohstoffe usw.), Spekulation auf Grundstücke und Bauten etc.

Wie oben gezeigt, haben sich ja tatsächlich die Renditen in den 70er Jahren nach der Krise (leicht) erhöht – dies bei schwacher Kapazitätsauslastung (bei verbesserter Auslastung wären sie sprunghaft gestiegen). Die Rendite-Erwartungen haben sich damit deutlich verbessert. Dennoch ließ der Investitionsboom jahrelang auf sich warten, und als er 1979/80 kam, war er sehr, sehr kurz. Die Inflation hat daher nicht nur die Wirtschaftspolitik ausgehöhlt, sondern auch die marktwirtschaftlichen Mechanismen selbst. Wir stehen somit mitten in einer Krise der Marktwirtschaft. Festzuhalten bleibt, daß es der Erfolg der Rendite-Stabilisierung seit Mitte der 60er Jahre ist, der zu einer Krise der Rendite geführt hat. Nicht der Fall der Rendite ist das Problem, sondern diese selbst. Der Erfolg der keynesianischen Nachfragestabilisierung und der Einkommenspolitik, welche hinter der stabilisierten Rendite stehen, hat kraft Inflation zu einer Krise der Rentabilität als Wirtschaftlichkeitsmaßstab geführt. Der Krise der kapitalistischen Marktwirtschaft von »außen«, von den sozialisatorischen, ökologischen und existenzsichernden Problemen her, entspricht die Krise des Marktmechanismus von »innen«.

Die Spaltung zwischen »Ökonomie« einerseits und »Privat« andererseits, zwischen Produktionssphäre und Reproduktionsbereich wird immer fragwürdiger. Fragen der sozialen Vorsorge, der Identifikationsperspektiven durch Konsum, der pädagogischen Reform und der Umwelt haben – per Konkurrenz des staatlichen Absorptionsfonds mit dem Investitionsfond – zur Erscheinung der Inflation mit beigetragen; diese hat die Orientierung an der Rendite erschwert und das kapitalistische System viel Produktivität gekostet. Weitere Perspektiven scheinen mehr als früher an einem integrierten Ansatz anknüpfen zu müssen. Besser ausgedrückt: die Spezialisierung auf ökonomische Fragestellungen erfordert einen neuen gemeinsamen Nenner als Ausgangsbasis.

II. Spekulationen zu den vielleicht munteren 80er Jahren

1. *Endlich Arbeitslosigkeit – wegen der Arbeit!*

Bisher hat aller technischer Fortschritt eigenartigerweise immer ein Mehr an Arbeit bedeutet. Mit ganzen vier Stunden Arbeit pro gesunder Vollarbeitskraft hat es in der Steinzeit angefangen . . .
Wenn das Pro-Kopf-Produkt in Westeuropa und Amerika ca. 40 mal größer ist als das in den armen Gebieten der Erde, so markiert dies zwar den materiellen Erfolg des Kapitalismus, der seit 200 Jahren Europa und alle anderen wirtschaftlich entwickelten Gebiete umwälzt. Bisher hat sich dies jedoch vor allem als Zunahme des Investitionssektors und dann des Staates niedergeschlagen.
Investitions- und Staatssektor haben somit die Erfolge absorbiert, die bisher die industrielle Revolution brachte. Endlich scheint die Mikro-Prozessoren-Technologie hier eine Wende herbeigeführt zu haben. Endlich ist eine Arbeitslosigkeit entstanden, die nicht von vorübergehender Art ist. Endlich wird ein zunehmender Teil der Arbeitskräfte international freigesetzt, und zwar ohne daß sie verhungern müssen.
Denn mit der neuen Technologie ist die materielle Basis einer breiten Nicht-Markt-Ökonomie entstanden. Es handelt sich samt und sonders um Aufgaben, für die der profitorientierte Marktsektor allenfalls die Hard-Ware bereitstellt. Exploration, Installation, Wartung, Anpassung, soziale Erziehung dazu, – das kann nur ein an den reproduktiven Aufgaben vor Ort orientierter Non-Profit-Sektor (Initiativen, kommunale Ausschüsse, Vereine, Genossenschaften, soziale Netze) leisten. Ansätze hat dazu vor allem die Alternativ-Szene entwickelt, deren reformerische Etablierung nun in den 80er Jahren ansteht. Nach einer – historisch gesehen – grandiosen Expansion des kapitalistisch-industriellen Marktsektors, einer Expansion, deren Kurs durch die fetischisierte (d. h. von der gesellschaftlichen Verankerung als gelöst gesehene) Profitabilität bestimmt war, geht es gegenwärtig um den ›Rest des Lebens‹, um das, was nicht marktfähig ist, was nicht nach Verwertungsaspekten produziert werden kann. Es geht um die »Produktion« im sogenannten Reproduktionsbereich, d. h. um die Basis des Lebens: Ökologie, Pädagogik, das Alter. Der Versuch, dies über den Staat zu machen, endete – bevor Erfolg gemeldet werden konnte – in der Inflation, d. h.: in der Fähigkeit des Profit-Markt-Bereiches, einer vermehrten Teilhabe des Reproduktionssektors über höhere Preise einen Riegel vorzuschieben.
Daher sind Inflation, Krise der Rentabilität, Staatsverschuldung (siehe unten), öffentliche Armut, psycho-soziale Verpestung einerseits und der Alternativsektor andererseits verschiedene Erscheinungen derselben Krise: der Krise des Reproduktionssektors, d. h. des bürgerlichen Individuums, der

Krise der Familie, des Vaters, der Frau, der Stadt, der Erziehung, der Massengesellschaft. Der Versuch, diese Krise über den Staat zu heilen, bildete als Faschismus eine kurze, aber verheerende, als Keynesianismus eine lange Periode. Nicht von ungefähr gingen dieser neuen Politik die Genossenschaftsbewegung, die Jugendbewegung und viele andere Erscheinungen im Reproduktionsbereich voraus.
Damit wird heute gerade durch die zweite große Weltwirtschaftskrise (seit 1975) die Ganzheitlichkeit des Problems zum Thema. Das Problem nur vom Produktionssektor her zu analysieren, greift zu kurz; deswegen haben orthodox-marxistische Analysen die Tendenz, im allgemeinen Klagelied zu enden: Es wird alles immer schlechter . . . Eine progressive Wendung kann m. E. nur von einem ganzheitlichen Ansatz aus geschehen. So groß die Versuchung auch sein mag, nun seinerseits den immer vernachlässigten Reproduktionssektor zu favorisieren, so müßte doch gerade für den Produktionssektor die Gesamtproblematik aufgezeigt werden können. Daher sei abschließend auf das Verschuldungsproblem eingegangen: In ihm berühren die Reproduktionsprobleme den Produktionsbereich. Ist eine positive Wendung der ungeheuer angewachsenen Kreditpyramide – international wie national – denkbar?

2. *Staatsverschuldung – Schlüssel einer Reform?*

Zuerst erfolgte die Staatsverschuldung wegen des weltmarktkonkurrenzbedingten Investitionsbooms der Konjunkturen seit Mitte der 60er Jahre. Der Staat verzichtete auf Steuern zugunsten der Gewinne der Unternehmen, damit diese in der Investitionskonkurrenz mithalten konnten. Das Geld für die nicht zu kürzenden Ausgaben (Rüstung, Reform, Soziales, Personal) lieh er sich. Die über die Investitionsgüterpreise initiierte Inflation eines Zyklus fand durch die kreditbedingte Geldmengenzunahme ihre monetäre Basis, dies in der Phase der Hochkonjunktur; der Verteilungskampf verlängerte dann Inflation wie Verschuldung in die konjunkturelle Abschwungperiode hinein. Die konjunkturelle Krise schuf erneut die Notwendigkeit von Steuerentlastung und Staatsverschuldung.
Seit die Krise keine konjunkturelle Erscheinung mehr ist, nimmt nun die Verschuldung aus Gründen der Arbeitslosigkeit zu. Je mehr stagnierende Investitionen und arbeitssparende Technologien Arbeitslose produzieren, desto mehr muß der Staat über Kredite die dadurch bewirkte Nachfragekürzung auszugleichen versuchen; damit es 1975 nur zu einer und nicht zu zwei Millionen Arbeitslosen kam, damit es 1981 nur zwei Millionen und nicht vier Millionen sind . . . Es ist leicht ersichtlich, daß diese Regelungen so sinnvoll wie perspektivlos sind.
Gehen wir einen Schritt weiter: Soweit der Staat Geld von sich selbst ge-

borgt hat (per Geld- und Kreditschöpfung), kann er die Schulden mit einem Federstrich löschen. Soweit von Privatbanken Geld geliehen wurde, können die entsprechenden Forderungen der Banken in langfristige Titel mit beschränkter Verfügung transformiert werden (etwa vergleichbar den Afo-Wechseln in der Währungsreform, die die westdeutschen Banken heute noch besitzen und mit denen sie schon viel Gewinn erwirtschaftet haben). Die Regulierung der Geldmenge, um die Inflation zu zügeln, steht sowieso auf einem anderen Blatt.

Soweit Anleihen von privaten Haushalten aufgenommen wurden, zeigen die amerikanischen und britischen Erfahrungen mit riesigen Schulden dieser Art (seit dem 19. Jahrhundert aufgetürmt, da es nie eine Währungsreform gab), daß auch dies zu meistern ist, selbst in prekären Situationen (wie 1945 zu Kriegsende). Es gibt freilich *einen* schweren Konflikt, nämlich den mit dem privaten Charakter des Bankkapitals. Dieses wehrt sich natürlich gegen eine Einschränkung seiner Befugnisse, Schuldtitel immer im Sinne der Profitmaximierung zu halten etc. Doch liegt hier nicht, wie die Banken gerne glauben machen, ein technisch-ökonomisches Problem vor, sondern ein politisches. Deswegen ist dieser Konflikt so hart und heikel.

Mit anderen Worten: eine weitere Verschuldung und damit eine Finanzierung auch der Projekte des Non-Profit-Sektors ist technisch allemal möglich. Eine große Bank für alternative Projekte liegt, rein wirtschaftlich gesehen, durchaus im Bereich des Vorstellbaren (wir abstrahieren absichtlich von Fragen der Unabhängigkeit usw.). Eine Ausdehnung der Projekte auf jene Bereiche, wo Arbeit verrichtet, aber Profit nicht gemacht wird (nicht gemacht werden kann oder nicht gemacht werden soll), ist keine wirtschaftliche, sondern eine politische Aufgabe.

Die Verschuldung ist natürlich heute ein Problem, – wegen des privaten, gewinnorientierten Charakters der Banken. Deshalb gehen auch von der Kreditpyramide Krisentendenzen aus. Die Frage ist aber, ob dies im Falle einer zugespitzten Krise so bleiben muß. Oder ob sich im Zuge der Bewältigung der zweiten Weltwirtschaftskrise ähnlich tiefgreifende Änderungen vollziehen werden, wie sie als »Keynesianismus« auf die erste Weltwirtschaftskrise folgten. Auch diese erste große Reform war im Kern eine Bankenreform. Schon damals hatte der private Charakter der spekulativen Bankaktivitäten 1925–1930 wesentlich zur tatsächlichen Tiefe der Krise beigetragen.

Akut ist dies bei der zweiten großen Krise allerdings weniger in den kapitalistischen Binnenwirtschaften als hinsichtlich der Kredite, die die Dritte und Vierte Welt genommen haben (bzw. haben nehmen müssen). Hinsichtlich der Dritten und Vierten Welt ist die Notwendigkeit des (über Kredite finanzierten) Realtransfers unbestritten. Selbst wenn Staaten bereits pleite sind (wie Polen oder Argentinien), wächst die Kreditpyramide weiter. Die

wirtschaftlichen Rückwirkungen des Importausfalls dieser Länder und die politischen Konsequenzen einer sozialen Explosion in diesen Ländern sind viel zu deutlich. Daher wird sich über kurz oder lang auch eine Schuldenstreichung ereignen. Und die Verluste der Banken werden die Regierungen der kapitalistischen Industriestaaten tragen, – wie oben beschrieben (Übernahme eines Teiles der Schulden und langfristige Konsolidierung). Damit ist der Präzedenzfall eingetreten. Und diesmal vermutlich auf Bitten der Banken, nicht des Staates . . .

Aussichten oder keine?

Fassen wir unsere Spekulationen zu den 80er Jahren zusammen: Das Marktsystem, d. h. der Kapitalfetisch, die Profitrate selbst ist in der Krise: infolge der drängenden Aufgaben des Reproduktionsbereiches. Je mehr der Staat den Anforderungen des Reproduktionsbereiches gerecht wird, desto mehr wird der Unternehmenssektor diese Staatsausdehnung durch Inflation abwehren, – welche ihn, den Unternehmensbereich, durch flackernde Rentabilität selbst krisenhaft stimmt; so weit das Resultat einer Analyse der Rendite 1960–1975.

Technologisch und krisenbedingte Arbeitslosigkeit einerseits und ein gigantischer Bedarf an Arbeit in den sozialisatorischen, ökologischen und pädagogischen Bereichen stehen sich schroff gegenüber und bilden *den* Skandal der 80er Jahre.

Eine Finanzierung des auf privater Basis aufgebauten, durch den Staat abgefederten Non-Profit-Bereiches zur Befriedigung der Bedürfnisse des Reproduktionssektors ist ökonomisch-technisch möglich, vom Bankenkonflikt abgesehen. Es gibt eine – zugegebenermaßen – muntere, dem Aufbau von sinnvollen Lebens- und Arbeitszusammenhängen gewidmete politische Perspektive für die 80er Jahre.

Anmerkungen

1 Vergleiche die Gutachten des Sachverständigenrates 1965/66 mit 1973/74, 1974/75 und 1975/76.

2 Dies bildet den Inhalt meiner Dissertation: A. Blechschmidt, *Rentabilität und Krise*, Frankfurt 1981. Dort finden sich detaillierte Berechnungen und Quellenangaben.

3 Diese Ziffern hat Georg Dumler in einer noch nicht veröffentlichten Dissertation errechnet. Es handelt sich um absolute Größen, die insofern mit den Ziffern der Schaubilder nicht vergleichbar sind, als letztere auf die Ausgangsbasis 1960 = 100 bezogen wurden. Verglichen werden kann nur die relative Entwicklung.

4 Lothar Czayka in: *Die Zeit*, 26. 3. 1982.

5 Siehe hierzu Peter Löw-Beer, *Industrie und Glück*, S. 171 ff.

Irene Böhme, geb. 1933 in Bernburg/Saale, studierte Journalistik und Theaterwissenschaft in Leipzig. Acht Jahre war sie Redakteurin beim *Sonntag* in Berlin/DDR, zehn Jahre Dramaturgin an der Volksbühne Berlin/DDR; heute arbeitet sie als Dramaturgin am Schiller-Theater in Berlin (West). Im Oktober erscheint ihr erstes Buch: *Die da drüben. Sieben Kapitel DDR* (Rotbuch Verlag).

Claus Leggewie, geb. 1950, ist Assistent für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen und Publizist.

Joseph Huber, geb. 1948, studierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaft und ist Privatdozent am Otto-Suhr-Institut der FU. Lebt in Berlin. Zuletzt erschien von ihm: *Die verlorene Unschuld der Ökologie* (Fischer Verlag, 1982).

Barbara Wesel, geb. 1952, studierte Rechtswissenschaft; lebt als freie Journalistin in Berlin. Da *Kursbuch 69* Mitte Juli Redaktionsschluß hatte, konnten die Fakten nur bis zu diesem Zeitpunkt berücksichtigt werden; die Entwicklungen sind seither natürlich weitergegangen.

Stefan Welzk, geb. 1942, studierte Physik, Mathematik, Germanistik, Philosophie und Ökonomie und arbeitet zur Zeit an der Universität Amsterdam.

Anka Kirchner ist Filmemacherin; lebt in München.

Charles C. Roberts, geb. 1938, studierte Ökonomie. Nach teuren Lehrjahren in der empirischen Wirtschaftsforschung hat er sich als Sprachlehrer in den bayerischen Wald zurückgezogen, um intensiv über das Unvermögen der akademischen Nationalökonomie, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen, nachzudenken.

Gernot Müller, geb. 1943, studierte Volkswirtschaftslehre und arbeitet seit 1978 als Referent für Konjunkturforschung am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB in Düsseldorf.

Bernd Mettelsiefen, geb. 1950, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, ist Hochschulassistent an der GHS-Universität Paderborn; Arbeitsschwerpunkt: Probleme der öffentlichen Finanzwirtschaft und des Arbeitsmarktes.

Aike Blechschmidt, geb. 1942, widmete sich von 1966 bis 70 vor allem der Studentenbewegung, von 1970 bis 79 der Polit-Ökonomie, arbeitet heute an der Fachhochschule in Darmstadt und lebt und forscht in Kommunen (Nürnberg und Friedrichshof/Österreich).

Kursbuch 70 **Macht** Dezember 1982

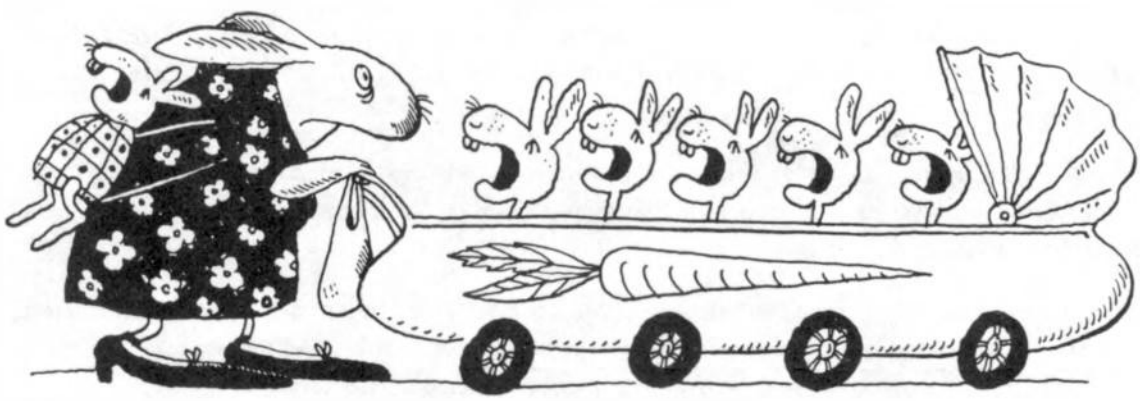
Reden wir also von der Macht, die wir machtlos sind und argwöhnisch auf jene blicken, die ihr nahe genug kamen, um sie zu ergreifen, wenigstens einen Zipfel von ihr, denn mehr gibt's ja heute nicht, aber das reicht auch schon – *kusch, Nero!* –, denn wir, die nichts von ihr haben, wissen es: Macht ist böse und macht böse, während wir schon deshalb gut sind, weil wir keine haben – *verdammter Lärm, mach doch mal die Tür zu!* –, und weil wir nur passiv Verweigerung oder Widerstand üben, im Großen wie im Kleinen – *also wirklich nicht, du, ich bin so was von müde heut!* – und friedlich uns selbst verwirklichen – *hau ab, du Quälgeist!* – von Kindheit an.

WAGENBACHS TASCHENBÜCHEREI

Alex Schubert Erdöl: Die Macht des Mangels
Alex Schubert untersucht die Geschichte des Erdöls, seiner Förderung, Verwendung und die Politik, die mit ihm möglich wurde.
WAT 78. 192 Seiten, DM 11,–

Tommaso Di Ciaula Das Bittere und das Süße
Über die Liebe, das Scherenschleifen und andere vergessene Berufe.
Mit Sympathie und Distanz beschreibt Di Ciaula Vergangenes, deckt die Spuren der alten Welt in der heutigen auf und vermischt mit voller Absicht Vergangenheit und Gegenwart.
Aus dem Italienischen von *Werner Raith* WAT 86 128 Seiten, DM 9,–

Barbara Sichtermann Vorsicht Kind
Eine Arbeitsplatzbeschreibung für Mütter, Väter und andere.
Ein praktischer Ratgeber für Eltern – diesmal im Umgang mit sich selbst.
Ein Hand- und Tagebuch gegen den »Behindertenstatus Mutterschaft«.
WAT 87. 216 Seiten, DM 11,–



Pierre François Lacenaire Memoiren eines Spitzbuben
Die erste deutsche Übersetzung eines Meisterwerks der pikarischen Literatur: die ironischen Memoiren eines Gesellschaftskritikers, der auf dem Schafott endete.
Aus dem Französischen von *Rudolf Wittkopf.* Mit einer Einführung von *Lothar Baier.* WAT 88. 192 Seiten, DM 12,–

Johann Wolfgang Goethe Die Leiden des jungen Werther
Ein unklassischer Klassiker.
Neu herausgegeben mit Dokumenten und Materialien, Wertherianer und Wertheriaden von *Hans Christoph Buch*
WAT 89. 256 Seiten, DM 12,50

Offset

Liebe Kursbuch-Leser!
Sie werden es kaum glauben, was sich hinter diesem, doch so harmlos anmutenden Schriftzug alles verbirgt. Steht er für OFF-SET (außerhalb des Gewöhnlichen), oder ist es das Druckverfahren, durch das alles durch muß, oder fänden Sie „AUFGESETZT" zu aufgesetzt?

Vielleicht lassen Sie sich von dem Steinboot auf der Titelseite verzaubern, sollten Sie aber weiterblättern, erwartet Sie Literatur, Satire und Grafik, sowie viele Autoren: Pitt von Bebenburg, Uli Becker, Eberhard Bommarius, Beat Brechbühl, Karlhans Frank, Dorothea Friedrich, Hans J. Fröhlich, Michael Holy, Ingeborg Middendorf, Günther Ohnemus, Margaret Paul, Gregor Pott, Arman Sahihi, Erik Satie, Gerd Wollschon und viele mehr.

Lästernde und lärmende Information und sehr ernst gemeinte Satiren werden inspirierend zur allgemeinen Verwirrung beitragen. Viele Grafiken und Fotos völlig abseits der Langeweile werden Sie auf eine lange Entdeckungsreise entsenden. Dabei erfahren Sie etwas über die Buchmesse und Verlage, über Jürgen Ploog und Berreth Lewe, über W.E. Richartz, über 120 neue und alte aber nicht veraltete Bücher, über die Zerbrechlichkeit von Make-up-Verkäuferinnen, über Verlagsabsagen, über Reiseführer, über die neue Welle in der deutschen Sprache und mehr, zumeist dem täglichen Leben Abgerungenes. NeuGIERIG?

OFFSET erscheint Ende September 1982, kostet Sie 5 DM, uns viele Nerven. Bestellen können Sie das Magazin bei Ihrem Buchhändler, oder bei uns. Tschüss – vielleicht bis bald.

Offset

AG BUCH
AG Buch Verlag
Hainer Weg 130
6000 Frankfurt am Main 70

SZD-VERLAG

Harald Justin
„Tanz mir den Hitler"
Kunstgeschichte und (faschistische) Herrschaft

Keine saubere Weste, aber Sternenstaub an den Fingerspitzen – Namen von Kunsthistorikern werden genannt, ihre Komplicenschaft mit der NS-Barbarei wird dokumentiert. Faschistischer Kunstraub und dessen Verhältnis zur Theorie der Kunstgeschichte stehen im Mittelpunkt dieser Arbeit.
119 Seiten, brosch., DM 12,80 ISBN 3-88780-450-3

Michael Daxner, Jan R. Bloch, Burghart Schmidt (Hrsg. für den „Arbeitskreis Naturqualität")
Andere Ansichten der Natur
Unter der Problemstellung der Naturqualität werden Ansätze einer prozeßfähigen Naturpolitik entwickelt, die die Abspaltung der ethischen, ästhetischen, sinnlichen Qualitäten von der ökonomisch reduzierten und politisch verwalteten Objekt-Natur aufzuheben versucht.
326 Seiten, brosch., DM 28,70 ISBN 3-88780-402-3

Walter Aschmoneit/Rainer Werning (Hrsg.)
Kampuchea
Lesebuch zur Geschichte, Gesellschaft, Politik – Illustrationen, Karten, Chronologien

Märchen und Erzählungen, Notizen und Berichte bringen die Vorstellungswelt der Kmher nahe. Historisch wird vor allem die Hochkultur von Angkor und das franz. Protektorat, politisch die Zeit seit Ende des 2. Weltkrieges behandelt.
498 Seiten, brosch., DM 36,- ISBN 3-88780-400-7

***Direktbestellungen an:** SZD-Verlag, c/o Hans Ratke, Maikottenweg 111, D-4400 Münster*

160 Seiten, ab 8, DM 6.–

Ein Taschenkalender mit Witzen, Tips und Blödeleien, Notdiensttelefon, Ferienterminen und zwischendrin Geschichten über Schule, Minderheiten, Naturschutz, no future, Drogen und und und...

Basis Verlag
Postfach 645, D-1000 Berlin 15

82-1066

Das erste Programm

Robert Gernhardt Ich, Ich, Ich

Der erste ernsthafte Roman eines Satirikers - das komische Werk eines ernstzunehmenden Autors. 256 Seiten, Format 12 x 20 cm, 30.-

Eckhard Henscheid Roßmann, Roßmann

Drei Kafka-Geschichten: eine Fortschreibung des »Amerika«-Romans; eine verwegene Verfilmung des »Landarztes«; eine Abrechnung mit des Dichters Geschlechtsunlust. 280 Seiten, Format 10,8 x 18 cm, 25.-

Gerhard Mensching Löwe in Aspik

Der heitere Roman einer ausgekochten Verführung, gelockert durch strategisch raffiniert plazierte Geschichten, die unser Held mit allseitigem Lustgewinn zum Besten gibt. 272 Seiten, Format 12 x 20 cm, 30.-

Der Rabe

Magazin für jede Art von Literatur, diesmal besonders üppig mit deutschen Erstveröffentlichungen, dazu das Neueste von gestern und viele verblüffende Abbildungen. Herausgegeben von Gerd Haffmans.
272 Seiten, Format 10,8 x 18 cm, 10.-

Peter Rühmkorf Kleine Fleckenkunde

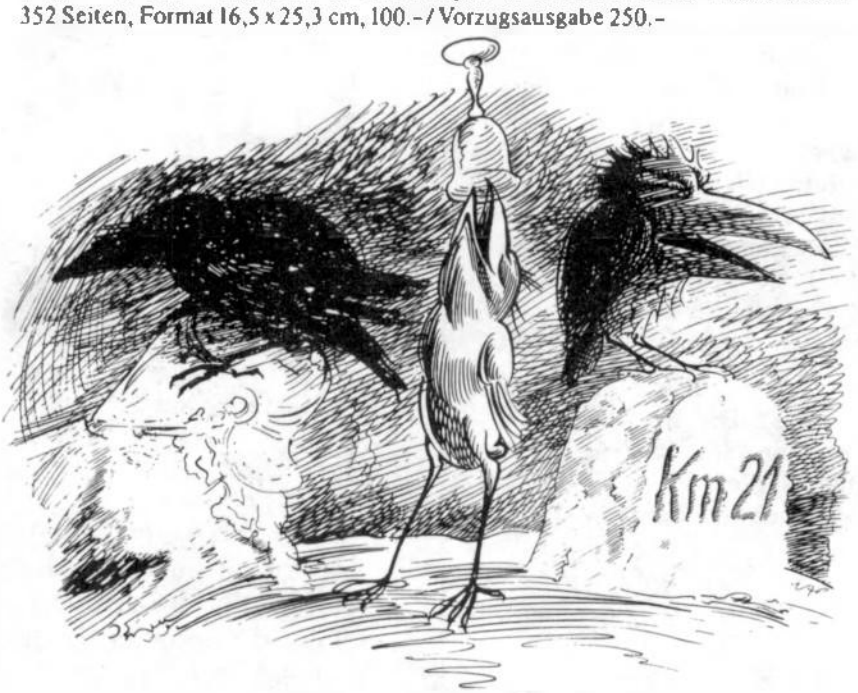
Eine poetische Charakterkunde nach Luther, Kerner und Rorschach: hier macht der Dichter Verse auf die Flecken, da bleibt kein Klecks mehr ungereimt.
112 Seiten, Format 10,8 x 18 cm, 20.-

Uve Schmidt Die Russen kommen

Wer wissen will, wies weitergeht, nachdems losgegangen ist, der nehme und lese beizeiten: diese Hochrechnung von humanem Zynismus paßt zu jedem Friedens-Demo-Dress. 176 Seiten, Format 10,8 x 18 cm, 20.-

Hans Wollschläger
Herzgewächse oder Der Fall Adams

Fragmentarische Biographik in unzufälligen Makulaturblättern. Erstes Buch.
352 Seiten, Format 16,5 x 25,3 cm, 100.-/Vorzugsausgabe 250.-



Zeichnung von Friedrich Karl Waechter

Haffmans Verlag AG

Zeltweg 66 CH-8032 Zürich

Rotbücher

Anne Duden
Übergang
Prosa

Rotbuch 261 · ca. 136 Seiten
ca. DM 10

Übergehen in richtungslose Zustände ist das Thema dieser Texte. Die Orte sind alltäglich: öffentlicher Verkehr, Wohnungen, Restaurants, Autobahnen, ein Landhaus und eben Körper und Kopf, die man überall mithinnimmt, weil man sie damals nicht losgeworden ist. Es gibt keinen Fluchtpunkt, sondern nur die Totalität des Geschehens und das ins Gesicht genagelte dritte Auge, »das sieht wie eine Axt, spaltend und unerbittlich.«

Yaak Karsunke
auf die gefahr hin
Gedichte

Rotbuch 262 · 80 Seiten · DM 8

wer umkippte blieb einfach liegen
die erschossenen sackten
zusammen
in den gaskammern starben sie
stehend

heute läuft
im lagermuseum
ein tonband:

»unsterbliche opfer / ihr sanket dahin«

Karin Reschke
Verfolgte des Glücks
Findebuch der Henriette Vogel

Rotbuch 266 · 224 Seiten · DM 14

Diesen Text hat Karin Reschke Henriette Vogel in den Mund gelegt; einer Frau, die niemals angesehen wurde, wie sie ist, die eingerührt wurde in die Suppe männlicher Geschichtsschreibung. Überliefert ist sie nur als Fußnote der Literaturgeschichte. Man weiß, daß sie sich 1811 zusammen mit Heinrich von Kleist erschossen hat, daß sie ein Kind hatte und einen preußischen Steuerbeamten zum Mann. Ein Leben ohne wirkliche Wahl, Begierde nach Lebendigkeit und mehreren Fußnoten, von denen die letzte Heinrich von Kleist heißt.

Christel Dorpat
Welche Frau wird so geliebt wie du
Eine Ehegeschichte

Rotbuch 263 · 136 Seiten
ca. DM 9 (Abo 8)

»Wir hatten uns geliebt, was immer jeder darunter verstanden hatte, ich hatte als Folge dieser Liebe die Kinder zur Welt gebracht, vier Jahre meines Lebens war ich schwanger gewesen, schwerfällig, ich hatte Berge von Windeln gewaschen, zentnerweise Lebensmittel nach Hause geschleppt, bis ich einen ausgeprägten Bandscheibenschaden hatte, ich hatte gehungert, um schlank zu sein, ich hatte mich bemüht, einen Einblick in politische Verhältnisse zu bekommen, um nicht mehr ein »Häschen« oder ein »Schäfchen« sein zu müssen. . .«

Dietmar Sous
Moll
Eine Erzählung

Rotbuch 264 · 96 Seiten · DM 8

Dietmar Sous gibt in seiner zweiten Arbeit eine Innenschau von einem, der nach acht Jahren seinen Job verliert, von einem, dem der Arbeitsalltag fast alle Vorstellungskraft und Fantasie zerstampft hat. Nach erstem gelassenen Bemühen taumelt Moll zwischen Ohnmacht, dem Abgleiten in Dumpfheit und Rebellion. Die expressiv bilderreiche Sprache des Autors reibt sich am Korsett der Syntax – gleich dem Helden Moll, der mit physischer Gewalt herauszukommen versucht aus dem Käfig von Sprachlosigkeit und Rebellion des Körpers gegen sich selbst.

Irene Böhme
Die da drüben
Sieben Kapitel DDR

Rotbuch 265 · 128 Seiten
ca. DM 9 (Abo 8)

Irene Böhme lebte 35 Jahre in der DDR, ihre Essays beschreiben, wie Veränderungen stattgefunden haben. Sachkundig und informativ, präzise und distanziert, widerstehen sie den üblichen ideologischen Vereinnahmungsversuchen. Die ungewöhnliche Montage von Fakten und Situationsbeschreibungen, von Detailinformation und ironischem Kommentar wirft ein grelles Licht auf den Alltag der knapp 17 Millionen Menschen, die »da drüben« ihre Heimat haben.

Rotbuch Verlag

Potsdamer Str. 98
1 Berlin 30

Rowohlt hat wichtige wirtschafts-politische Seiten

Eine Auswahl

Anthony Sampson
Die Geldverleiher
Von der Macht der Banken und der Ohnmacht der Politik.
384 Seiten. Gebunden **DM 40,-**

Durch die Jahrhunderte hindurch haben Banken das politische und ökonomische Gesicht der Welt verändert. Die Politik des Geldes, die die Titanen des internationalen Bankgeschäfts betreiben, hat die Grenzen nationaler Souveränität und politischer Moral längst hinter sich gelassen. Sie folgt ihren eigenen Gesetzen: den Kriterien von Investionsraten, und Profitmaximierung, von Kreditwürdigkeit und Zahlungsunfähigkeit.

Jean Ziegler
Das Schweizer Imperium
Bankiers und Banditen – Fluchtgeld-Skandal – Profite aus Hunger und Krieg – Kolonialismus im eigenen Land.
7496 / DM 6,80

«Vor diesem Schweizer muß man sich verbeugen. Er ist ein mutiger Mann.» «Vorwärts», Bonn

«Mit dem Anti-Schweiz-Buch geht er den für Schweizer ungewohnten Weg von der Anpassung zum Widerstand.»
«Der Spiegel», Hamburg

Merke: «Wenn Sie einen Schweizer Bankier aus dem Fenster springen sehen, springen Sie hinterher. Es gibt bestimmt etwas zu verdienen.» Voltaire

R. Doleschal / R. Dombois u.a.
VW - Arbeit und Politik der Automobilindustrie
4931 / DM 12,80

Die Automobilindustrie ist eine Schlüsselindustrie; von ihrer Produktion, ihrem Absatz sind weltweit Millionen von Arbeitsplätzen abhängig. Lange Zeit Symbol des Wachstums und des steigenden Lebensstandards in den entwickelten Ländern, zeigt sie seit den siebziger Jahren eine instabile Entwicklung mit nur noch niedrigen Wachstumsraten. Geringere Kaufkraft, höhere Benzinpreise, ökologisches Denken, zunehmende Marktsättigung haben die Absatzspielräume eingeschränkt, während zugleich die internationale Konkurrenz zunahm.
In diesem Buch werden Entwicklungen des VW-Konzerns und im VW-Konzern sowie ihre sozialen Folgen untersucht.

7656 / DM 7,80

Um seinem Thema gerecht zu werden, geht der Autor auf Probleme der Marx-Kritik ein, so zum Beispiel auf die ganze Thematik der Marxschen Entfremdungstheorie, der sogenannten Industriegesellschaft und der Probleme des Überlebens der Entfremdung in den Ländern mit sozialisierter Wirtschaft Mittel- und Osteuropas. Das Buch endet mit einer Darlegung der Gesetze, die die allmähliche Überwindung der menschlichen Entfremdung im Aufbau der klassenlosen Gesellschaft bestimmen.

André Gunder Frank
Weltwirtschaft in der Krise
Verarmung im Norden – Verelendung im Süden.
4352 / DM 4,80

André Gunder Frank: «Ich persönlich habe starke Zweifel, ob der Kapitalismus seine historische Funktion erschöpft hat und in eine Phase des Niedergangs eingetreten ist. Ich glaube, das kapitalistische System ist heute gezwungen, neue Entwicklungsmöglichkeiten in der Dritten Welt und in den um die UdSSR gruppierten Länder zu suchen. Die Frage ist, ob solche Versuche erfolgreich sein können und ob sie dem System helfen werden, die Schwiengkeiten zu überwinden, mit denen es in seinen Zentralzonen heute nicht fertig wird. Die Expansion des Kapitalismus in die peripheren Gebiete und in die sogenannte sozialistische Welt entspricht der ‹natürlichen› Strategie des Systems. Es ist die Frage, ob diese Strategie noch möglich und ausreichend ist.»

Folker Fröbel / Jürgen Heinrichs / Otto Kreye
Die neue internationale Arbeitsteilung
Strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer.
4185 / DM 10,80

Die Krise! Ist sie hausgemacht? Haben die Regierungen westlicher Industriestaaten falsche Politik gemacht? Besteht die Chance, durch bessere Politik die Krise zu überwinden? Die Krise bietet sich dar als Energiekrise, Fiskalkrise, Beschäftigungs-, Investitions- und Weltwirtschaftskrise.
Die Autoren stellen die vielfältigen Aspekte des kapitalistisch organisierten Weltwirtschaftssystems dar.
Die Beiträge dieses Bandes sind Teilergebnisse einer Zusammenarbeit von Forschern des heutigen weltwirtschaftlichen Systems und von Wirtschaftshistorikern.

4723 / DM 6,80

Der erste deutsche Taschenbuch Verlag

rororo